

Die Verfassung und das Recht
der Stadt Gera
in ihrer geschichtlichen Entwicklung
bis zum 17. Jahrhundert

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
in Frankfurt am Main

vorgelegt von
Lothar Krahner
Gerichtsreferendar
aus Neustadt a. d. Orla

1965



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41551901_0029



Rathaus und Marktplatz von Gera

Die Verfassung und das Recht
der Stadt Gera
in ihrer geschichtlichen Entwicklung
bis zum 17. Jahrhundert

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
in Frankfurt am Main

vorgelegt von
Lothar K r a h n e r
Gerichtsreferendar
aus Neustadt a. d. Orla

1966

Erstgutachter: Professor Dr. Adalbert Erler
Zweitgutachter: Professor Dr. Dr. Ekkehard Kaufmann
Tag der mündlichen Prüfung: 14. Juli 1965



Meinen Eltern
in Dankbarkeit gewidmet

Vorwort

Während der Ursprung einer mittelalterlichen Stadt, die Wurzeln und Formen ihrer städtischen Verfassung vor allem an Städten erforscht wurden, die einst zu den bedeutendsten politischen Zentren in der mittelalterlichen deutschen Geschichte zählten, ist die stadtrechtliche Forschung an den kleineren grundherrlichen Städten meist vorbeigegangen. Dadurch entstand eine Lücke, die sich für Mitteldeutschland vor allem (Walter Schlesinger¹⁾), Hans Patze²⁾ und Willy Flach³⁾ im vorigen Jahrzehnt zu schließen bemühten.

Zu diesen bisher unbeachteten Städten, mit denen sich lediglich die lokale Geschichtsschreibung befaßte, zählt auch meine Heimatstadt Gera, obwohl sie im Gegensatz zu anderen im mitteldeutschen Siedlungsgebiet entstandenen Städten relativ früh gegründet wurde.

Die Untersuchung des Geraer städtischen Rechts dürfte bereits um der Stadt selbst willen gerechtfertigt sein, ist sie doch für das Vogt- und Reußenland sowie für Thüringen als Residenz, Hauptstadt und Industriezentrum in Erscheinung getreten. Schließlich ist eine Bearbeitung ihres Rechts und ihrer Verfassung deshalb geboten, weil sie — selbst zur Magdeburger Stadtrechtsfamilie zählend — als Mutterstadt einen eigenen Rechtskreis bildete, wobei ihr Recht auf andere vogtländische und sogar sächsische Städte übertragen wurde.

Somit soll gleichzeitig eine Grundlage geschaffen werden, die Stadtrechte anderer vogtländischer und reußischer Städte zu erforschen. Damit wird dem auch heute noch für die städtischen Forschungen richtungsweisenden Programm der 1937 gegründeten, aber nicht mehr bestehenden Thüringischen Historischen Kommission Rechnung getragen, nämlich die thüringischen Stadtrechte in zusammenfassend-vergleichender Form zu bearbeiten⁴⁾.

Schließlich liegen dank der Arbeiten von Rudolf Kötzschke, Johannes R. Kretzschmar und vor allem von Walter Schlesinger inzwischen genügend Erkenntnisse über die mitteldeutsche Ostsiedlung und das ostdeutsche Städtewesen vor, die es ermöglichen, die Darstellung der Geraer Stadtrechtsbildung auf gesicherte Forschungsergebnisse zu stützen.

Die vorliegende Abhandlung begann ich unter Anleitung von Herrn Professor Dr. Gerhard Buchda, Stadtroda-Jena. Hinweise erhielt ich von den Herren Professoren Dr. Friedrich Schneider, Greiz-Jena, und Dr. Willy Flach, Weimar. Auf dem Gebiet der lokalen Stadt- und Landesgeschichte unterstützten mich die Herren Stadtarchivare Ernst Paul Kretschmer, Gera, und Robert Hänsel, Schleiz.

Diesen Herren bin ich dankbar verbunden. Verpflichtet bin ich auch den Mitarbeitern des Landesarchivs in Greiz, die mir Quellenmaterial beschafft und dadurch meine Arbeit erleichtert haben.

¹⁾ Die Anfänge der Stadt Chemnitz und anderer mitteldeutscher Städte, 1952, S. 208.

²⁾ Recht und Verfassung Thüringischer Städte, 1955, S. 1 f.

³⁾ Grundzüge einer Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar, 1956, S. 144.

⁴⁾ Flach, ebenda, Anhang II, Die Stadtrechtsaufzeichnungen der thüringischen Städte, S. 190.

Weiter gilt mein Dank Herrn Professor Dr. Walter Schlesinger, Marburg, für seine Ratschläge, die mir bei der Fertigstellung der Abhandlung sehr förderlich waren.

Besonders danke ich Herrn Professor Dr. Adalbert Erler, Frankfurt am Main. Durch seine freundliche Unterstützung war es mir möglich, die vorliegende Arbeit als Dissertation zu vollenden.

Wiesbaden, im Februar 1966

Lothar Krahner

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	7
Einleitung	11
Literaturverzeichnis	13
Aufstellung und Nachweis Geraer Verfassungsrechtsquellen	23
Abkürzungen	25
A. Grundzüge der Vorgeschichte von Gera bis zur Marktbildung, Stadtgründung und Bewidmung mit Stadtrecht	27
I. Die Stadt Gera und ihre Vorgeschichte	27
1. Die Lage der Stadt und ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung	27
2. Provincia Gera	28
3. Lehnsherrschaft des Stiftes Quedlinburg über die provincia Gera und dessen Vögte	33
II. Die Gründung der Stadt Gera und ihr Sonderrecht	35
1. Marktbildung und Stadtgründung Geras	35
2. Bewidmung Geras mit Stadtrecht, die ursprüngliche Gerichtsorganisation und Anfänge der Stadtverwaltung	49
B. Die weitere Entwicklung der Stadt Gera, ihre Verfassung und ihr Recht vom 13. bis 16. Jahrhundert	61
I. Entwicklung der Stadt Gera und ihre Stadtherren vom 13. bis 16. Jahrhundert	61
1. Stadtgebiet und Stadtwirtschaft	61
2. Wettinische und böhmische Lehnsherrschaft und die Begründung der Stellung der Vögte als Stadtherren	64
II. Verfassung und Recht der Stadt Gera	67
1. Stadtrecht seit Stadtgründung und die Statuten von 1487	67
2. Verfassung der Stadt	74
3. Rechte und Pflichten der Bürger und der Bewohner der Vororte	93
4. Gerichtsverfassung	99
5. Recht der Bannmeile	103
III. Übertragung des Geraer Stadtrechts auf andere Städte	106
1. Die Geraer Stadtrechtsfamilie	106
2. Östlicher Rechtskreis	107
3. Südlicher Rechtskreis	111
C. Der Niedergang des Geraer Stadtrechts im absolutistischen Reuß und die nochmalige Neufassung und Bestätigung der Statuten im Jahre 1658	119
1. Kampf der Bürgerschaft gegen den Rat und die bürgerlichen Freiheiten	119
2. Die Gestaltung des Stadtrechts in den Statuten von 1658	124
3. Übersicht über die Ablösung der mittelalterlichen Ratsverfassung und Außerkraftsetzung der städtischen Statuten im 19. Jahrhundert	140

Einleitung

Recht und Verfassung der Stadt Gera sind in ihrer geschichtlichen Entwicklung seit der Stadtgründung bis zum 17. Jahrhundert noch nicht eingehend und zusammenhängend bearbeitet worden.

Lediglich Julius Alberti und Heinrich Gottlieb Francke befaßten sich mit Teilgebieten des Geraer Stadtrechts. Alberti veröffentlichte die Statuten von 1487; Francke stellte fest, daß die Städte Schmölln und Crimmitschau Geraer Stadtrecht erhielten. Dabei wies er einen älteren und jüngeren Teil der Geraer Statuten nach.

Diese Abhandlung soll beitragen, die empfindliche Lücke in der städtischen Rechtsgeschichte Geras schließen zu helfen.

Die benutzten urkundlichen Quellen, nämlich Originale, Abschriften, Stadt- und Geschobücher, liegen in den Landeshauptarchiven von Magdeburg und Weimar, vor allem in dem Landesarchiv in Greiz und im Stadtarchiv von Gera verwahrt.

Andere, die Stadt Gera betreffende Urkunden befanden sich in dem Reußischen Hausarchiv im Schleizer Schloß. Sie fielen beinahe restlos Mitte 1945 einem Brand zum Opfer.

Die Aufgabe einer stadtgeschichtlichen Forschung kann im gegenwärtigen Zeitraum nicht etwa der Nachweis von Geltung oder Richtigkeit irgend einer Theorie sein, wie Hans Strahm (Zur Verfassungstopographie der mittelalterlichen Stadt mit besonderer Berücksichtigung des Gründungsplanes der Stadt Bern, 1950, S. 374) zu Recht bemerkt, sondern „die Untersuchung der einzelnen Stadt in ihrer historischen Tatsächlichkeit und Eigenart.“

Die Abhandlung verweist jedoch auf die Stadtrechte reußischer und anderer benachbarter thüringischer Städte, soweit gleiche rechtliche Verhältnisse vorhanden sind. In diesem Rahmen soll die Monographie auch einen Beitrag zur Rechts- und Verfassungsgeschichte Thüringer Städte liefern.

Die Arbeit wurde durch den bedauerlichen Mangel an Urkunden bis zum 15. Jahrhundert erschwert. Stadtbrände und unsachgemäßes Aufbewahren von städtischen Archivalien haben viel Urkundenmaterial vernichtet. Auch dem Brand der Stiftsgebäude in Quedlinburg im Jahre 1501 werden zahlreiche, das Gebiet und die Stadt Gera betreffende Urkunden zum Opfer gefallen sein. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß uns keine schriftlichen Quellen über die Entstehung der Stadt Gera und die Begründung ihres Rechts berichten.

Es war daher von der Topographie des Stadtgebiets als einer der wenigen uns überlieferten Erkenntnisquellen auszugehen und danach die Siedlungsmethode zu bestimmen. Hieraus und aus den Statuten von 1487 waren sodann die Schlüsse zu ziehen, wie sich das städtische Recht gebildet und fortentwickelt hat.

Hierbei waren auch die Voraussetzungen zu untersuchen, die eine Stadtanlage im quedinburgischen Stiftsgebiet Gera begünstigten, vor allem ob Gera Mittelpunkt eines gleichnamigen Burgwardbezirks war und welcher Anteil dem Stift zu Quedlinburg und seiner Vögte von Weida an der Anlage und Rechtsbewidmung Geras zukommt. Gleichzeitig war festzustellen, in welchem Zeitraum Gera als Stadt entstanden ist; die bisherigen Ergebnisse der lokalen Forschung sind unbefriedigend.

Als weiterer Schwerpunkt der Arbeit war neben der Art der Stadtentstehung aufzuzeigen, wie sich das städtische Recht entwickelt hat. Dabei sind drei Stadien feststellbar:

Mit der Gründung Geras erhielten die Bürger Stadtrecht. Der Stadtbezirk bildete hierauf einen Sonderrechtskreis und unterstand einer eigenen Gerichtsbarkeit.

Mit der Ratsverfassung und Autonomie Geras erlangte die städtische Rechtsbildung Mitte des 14. Jahrhunderts ihren Höhepunkt. Der Stadtherr bestätigte das Recht in den Statuten von 1487.

Mitte des 16. Jahrhunderts setzte der Niedergang des Stadtrechts ein, obwohl der Landesherr die Statuten 1658 nochmals bestätigte. Denn in zunehmendem Maße wurde die Stadt Gera in die reußische Landesverwaltung einbezogen und verlor schließlich ihre Eigenständigkeit.

Um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen, wurde darauf verzichtet, die zahlreichen Landes- und Polizeiverordnungen sowie landesherrlichen Reskripte des 16. und 17. Jahrhunderts aufzuführen, welche sich gegen das Recht und die Autonomie Geras richteten.

Nach diesen Entwicklungsstadien des Geraer Stadtrechts — Bildung, Höhepunkt und Auflösung — gliedert sich die Abhandlung in drei große Abschnitte.

Der erste befaßt sich neben der Lage der Stadt mit der Eingliederung des sorbischen Siedlungsgebietes in den deutschen Reichsverband und der weiteren mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung. Sodann schildert er Gera als Quedlinburger Stiftsgebiet und berichtet über die Stadtgründung an einer wirtschaftlich und verkehrsmäßig günstigen Stelle am Mittellauf der Weißen Elster. Dabei konnte festgestellt werden, daß Gera nicht erst seit 1237 als Stadt nachgewiesen werden kann, wie bisher angenommen wurde, sondern bereits Ende des 12. Jahrhunderts einen Markt und eine Münze besaß und als deutschrechtliche Stadt zwischen 1190 und 1195 spätestens bis 1200 neben einer Burg nach rationalem Schema gegründet wurde. Die Stadt bildete den gewerblichen Mittelpunkt eines ländlichen Bezirks, ohne anfangs am Fernhandel teilzunehmen. Weiter wurde festgestellt, daß Gera unter der Stadtherrschaft des Stiftes zu Quedlinburg stand und mit Magdeburger Recht bewidmet wurde. Sodann wird — teilweise hypothetisch — auf die Rechtsbildung im einzelnen eingegangen.

Im zweiten Abschnitt wird vorerst geschildert, wie die Vögte zu Weida und Gera zur Stadtherrschaft gelangten. Dann befaßt er sich mit dem ausgebildeten städtischen Recht. Die Statuten, die Verfassung der Stadt und die Rechte und Pflichten der Bürger werden eingehend besprochen. Sodann wird nachgewiesen, daß das Geraer Recht in zwei Rechten auf andere Städte übertragen wurde.

Schließlich befaßt sich der dritte Abschnitt mit der weiteren Entwicklung des Geraer Stadtrechts, nämlich seinem Niedergang. Dieses Stadium ist einmal von dem Dualismus zwischen Rat und Gemeinde geprägt, der in einer bisher unveröffentlichten Beschwerde der Viertelmeister und der Bürgerschaft aus dem Jahre 1608 zum Ausdruck kommt. Zum anderen kennzeichnet es die absolutistischen Machtansprüche und Eingriffe der Landesherren, die zu verfassungsrechtlichen Spannungen mit dem Rat der Stadt führten. Hierbei wird geschildert, wie es dem Rat 1658 nochmals gelang, die Konfirmation und Rechtsaufzeichnung der Geraer Statuten durchzusetzen und dabei wesentliche Merkmale der rechtlich-städtischen Eigenart von Gera zu bewahren.

Dann begann das mittelalterliche Geraer Stadtrecht zu stagnieren oder wurde durch Landesverordnungen ersetzt, bis es schließlich unter den veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen durch die Gemeindeordnung von 1831 abgelöst wird.

Literaturverzeichnis

- ALBERTI, Julius Der deutsche Ritterorden in Thüringen und im Vogtland, in: 47.—49. Jhber. Hohenleuben, 1875—1877, S. 1 ff.
Die ältesten Herren von Weida, Gera 1880.
Die ältesten Stadtrechte der reußischen Städte, in: 50—51. Jhber., S. 17 ff., 52.—53. Jhber., S. 23 ff., 54.—55. Jhber. Hohenleuben, S. 48 ff., 1878—1884.
s. auch Urkundensammlung zur Geschichte der Herrschaft Gera im Mittelalter.
- AUBIN, Hermann Die deutschen Stadtrechtslandschaften des Ostens, in: Vom deutschen Osten — Festschrift für Max Friederichsen —, hrsg. von Herbert Knothe, Breslau 1934, S. 27 ff.
- AUERBACH,
Alfred, Heinrich Gera als Münzstätte, Gera 1908.
Gera, eine deutsche Gründung, in: Heimatliches aus vergangenen Zeiten VIII. Geraisches Tageblatt Nr. 19 vom 23. 1. 1910.
Der Untergrund des Stadtgebietes, in: Gera — Deutschlands Städtebau, 2. Aufl., bearb. von Luthardt, Berlin 1930, S. 5 f.
- BÄRMANN, Johannes Die Stadtgründungen Heinrichs des Löwen und die Stadtverfassung des 12. Jahrhunderts — Rechtsgeschichtliche Untersuchung —. Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, hrsg. von H. E. Feine, H. Krause und H. Schultze-v. Lasaulx, 1. Bd., Köln—Graz 1961.
- BELOW, Georg v. Der Ursprung der deutschen Stadtverfassung, Düsseldorf 1892.
Das ältere deutsche Städtewesen und Bürgertum, Bielefeld—Leipzig 1898.
Probleme der Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1920.
- BEYERLE, Franz Zur Typenfrage in der Stadtverfassung, in: ZRG. Bd. 50, 1930, S. 1 ff.
- BRÜCKNER, Georg Landes- und Volkskunde des Fürstentums Reuß j.L., Gera 1870.
- BUCHDA, Gerhard Der Hirtenschutt, in: Festschrift für Rudolf Hübner — Sonderdruck —, Jena 1935.
Wirtschaftsrecht in jüngeren thüringischen Landesordnungen, in: Festschrift für Justus Wilhelm Hedemann, Jena 1938, S. 34 ff.
„Gewohnheiten“ in der Pößnecker Schöffenspruchsammlung, in ZRG. Bd. 78, 1961, S. 64 ff.
s. Die Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck T. III.
- BUCHENAU, Heinrich Untersuchungen zur mittelalterlichen Münzgeschichte der Vögte von Weida, Gera und Plauen und anderer thüringischer Dynasten. Beilage zum Jhber. des Großherzogl. Sophienstiftes in Weimar, Wien 1899.
Der Bracteatenfund von Seega, Marburg 1905.
Der Brakteatenfund von Gotha, München 1928.
- CONRAD, Hermann Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. I — Frühzeit und Mittelalter —, 2. Aufl., Karlsruhe 1962.

- Deutsches Städtebuch Handbuch städtischer Geschichte — Bd. II Mitteldeutschland, hrsg. von Erich Keyser, Stuttgart–Berlin 1941.
- DEVRIENT, Ernst Thüringische Geschichte, Leipzig 1907.
- DOBENECKER, Otto Über den Ursprung und Bedeutung der Thüringer Landgrafschaft, in: Ztschr. f. Thür. Geschichte Bd. 15, S. 1 ff.
S. auch Regesta diplomatica necnon epistolaria historiae Thüringiae.
- EBEL, Wilhelm Der Bürgereid als Geltungsgrund und Gestaltungsprinzip des deutschen mittelalterlichen Stadtrechts, Weimar 1958.
- EISENHART, Johann Friedrich Deutsches Recht in Sprichwörtern, neu bearbeitet von Waldmann, Berlin 1935.
- ENNEN, Edith Die europäische Stadt des Mittelalters als Forschungsaufgabe unserer Zeit, in: Rheinische Vierteljahresblätter XI, H. 1 u. 2, 1941, S. 119 ff.
Neues Schrifttum zur Stadtgeschichte des Mittelalters, in: Rheinische Vierteljahresblätter XVII, H. 1/3 1952, S. 233 ff.
Frühgeschichte der europäischen Stadt, Bonn 1953.
- ERLER, Adalbert Das Hissen eines Besens als Rechtssymbol, in: ZRG. Bd. 62, 1942, S. 371 ff.
Bürgerrecht und Steuerpflicht im mittelalterlichen Städtewesen — Mit besonderer Untersuchung des Steuereides —, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1963.
- ERMISCH, Hubert Die Anfänge des sächsischen Städtewesens, in: Sächsische Volkskunde, Dresden 1901, S. 127 ff.
Aus dem Ratsarchiv der Stadt Crimmitschau, in: Neues Archiv f. Sächs. Gesch. u. Altertk. XXII. Bd., 1901, S. 151 ff.
- FACIUS, Friedrich Allstedt — Geschichte der Stadtverfassung, Alstedt 1935.
- FELBRIG, Carl Gottlieb Annales oder Merkwürdigkeiten des 17. bis 19. Jahrh. in der Stadt und Herrschaft Gera, 1780, Manuskript im StA. Gera.
Geraische Stadt- und Landcronic, 1780, Manuskript im StA. Gera.
- FEUSTEL, Paul Geraer Brakteaten, in: Wohin in Gera?, Mai 1954, S. 2 ff.
- FINKENWIRTH, Kurt Urkundliche Geschichte der Gera--Greizer-Wollwarenindustrie von 1572 bis zur Neuzeit, in: 78.—80. Jhber. Hohenleuben, 1910, S. 89 ff.
- FINKENWIRTH, Walter Die Entwicklung der Landeshoheit der Vorfahren des Fürstenhauses Reuß (1122–1329), in: Jenaer histor. Arbeiten H. 2, Bonn 1912.
- FISCHER, Robert Zur Erinnerung an die Stadt Gera, Gera 1878.
Die Stadt Gera und die daselbst bestehenden staatlichen und Gemeindeeinrichtungen, Gera 1904.
- FLACH, Willy Verfassungsgeschichte einer grundherrlichen Stadt Berga a. d. Elstern, in: Ztschr. f. Thür. Gesch. 16. Bd., Beiheft, Jena 1934.
Die Bannmeile der thüringischen Städte, in: Ztschr. f. Thür. Gesch., NF. 34. Bd., Jena 1940, S. 117 ff.

- Die staatsrechtliche Entwicklung Thüringens in der Neuzeit, in: Ztschr. f. Thür. Gesch., NF. 35. Bd., Jena 1941, S. 6 ff.
- Land und Städte in Thüringen, in: Deutsches Städtebuch — Handbuch städtischer Geschichte — Bd. II Mitteldeutschland, Stuttgart—Berlin, 1941, S. 255 ff.
- Die Entstehungszeit der thüringischen Städte, in: Ztschr. f. Thür. Gesch., NF. 36. Bd., Jena 1942, S. 52 ff.
- Grundzüge einer Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar. Die Entwicklung einer deutschen Residenzstadt. Mit einer Übersicht über die Kodifikation der Stadtrechte in Thüringen, in: Vom Mittelalter zur Neuzeit, Festschrift für Heinrich Sproemberg. Hrsg. von Hellmut Kretschmar, Berlin 1956, S. 144 ff.
- S. Die Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck T. I u. II.
- FRANCKE, Heinrich Gottlieb Die Beziehungen der Geraer Statuten zu denjenigen von Schmölln und Crimmitschau, in: Ztschr. f. Thür. Gesch., NF. 15. Bd., Jena 1905, S. 291 ff.
- Weidas Stadtrechte von 1377 und 1483, in: 74. und 75. Jhber. Hohenleuben 1905, S. 54 ff.
- Die Münze zu Weida, in: Reußische Forschungen, Weida 1908, S. 1 ff.
- FRITSCHKE, Alwin Die Unruhen im Vogtland im Jahre 1525, in: 47.—49. Jhber. Hohenleuben, S. 60 ff.
- FRITZ, Johannes Deutsche Stadtanlagen, in: Beilage z. Programm Nr. 520 des Lyzeums zu Straßburg, Straßburg 1894.
- FRÖHLICH, Carl Zur Verfassungstopographie der deutschen Städte des Mittelalters, in: ZRG. Bd. 58, 1938, S. 286 ff.
- Das verfassungstopographische Bild der mittelalterlichen Stadt im Lichte der neueren Forschung, in: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte, Festschrift für Fritz Rörig, Lübeck 1953, S. 61 ff.
- FORBERGER, Carl Plauisches Stadtre Regiment im 16. Jahrhundert, Museumsreihe H. 14, Plauen 1957.
- FUCHS, Moritz Repertorium der in den fürstlich reuß-plauischen Landen jüngere Friedrich Eduard Linie ergangenen älteren Gesetze, Verordnungen, Mandate und Reskripte mit Hinweisen auf die neueste Gesetzgebung nebst einem Anhang, Gera 1842.
- GENGLER, Heinrich Deutsche Stadtrechtsaltertümer, Erlangen 1882. Gottfried Deutsche Stadtrechte des Mittelalters, Nürnberg 1866.
- GERLACH, Walter Die Entstehungszeit der Stadtbefestigungen in Deutschland — Ein Beitrag zur mittelalterlichen Verfassungsgeschichte — Phil. Diss., Leipzig 1913.
- Über den Marktflecken- und Stadtbegriff im späteren Mittelalter und in neuer Zeit, in: Festgabe für Gerhard Seeliger, Leipzig 1920, S. 141 ff.
- GÖNNENWEIN, Otto Marktrecht und Städtewesen im alemannischen Gebiet, in: Ztschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins, 98. Bd., Karlsruhe 1950, S. 345 ff.

- GROSCH, Reinhold S. Die Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck T. I.
- GROSS, Lothar Stadt und Markt im späteren Mittelalter, in: ZRG. 45. Bd., 1925, S. 65 ff.
- GROSSKOPF, Hans Die Herren von Lobdeburg bei Jena — ein thüringisch-osterrländisches Dynastengeschlecht vom 12. bis zum 15. Jahrhundert, Neustadt a. d. O. 1929.
- HAASE, Carl Gegenwärtiger Stand und neue Probleme der Stadtrechtsforschung, in: Westfälische Forschungen, Münster—Köln 1953, S. 129 ff.
- HAHN, Ferdinand Geschichte von Gera und dessen nächster Umgebung, Gera 1855.
- HÄNSEL, Robert Weida zur Zeit der Vögte, in: Geschichte der Stadt Weida in Einzeldarstellungen, 1. Bd. H. 4, Weida 1929, S. 1 ff.
- HARNISCH, Johann Manuskript über die Stadt Gera. Veröffentlicht von E. P. Kretschmer, in: Heimatblätter Gera 1925, Bl. 4 und 5.
- HEFTER, Heinrich Die Deutsche Stadtverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1950.
- HOBOHM, Walter Der Städtische Haushalt Quedlinburgs in den Jahren 1459—1509, Halle 1912.
- HOHLFELD, Johannes Stadtrechnungen als historische Quellen, Phil. Diss., Leipzig 1912.
- HÜBNER, Rudolf Grundzüge des deutschen Privatrechts, 5. Auflage, Leipzig 1930.
- JAUERNIG, R. Die alten in Thüringen gebräuchlichen Maße und ihre Umwandlung, Gotha 1929.
- JECHT, Richard Die Pflichten eines mittelalterlichen Bürgermeisters, in: Deutsche Geschichtsblätter, X. Bd., 4. T., Gotha 1909, S. 89 ff.
- KETTNER, Antiquitates Quedlinburgensis oder keyserliche Diplomata, Friedrich Ernst P päpstliche Bullen, Abtheile und andere Urkunden von dem Keyserlichen Freyen Weltlichen Stifft Quedlinburg, Leipzig 1712.
- KEUTGEN, Friedrich Untersuchungen über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung, Leipzig 1895.
- KLOTZ, Joh. Christoph Beschreibung der Herrschaft und Stadt Gera, Schleiz 1816.
- KLEIN —
BRUCKSCHWAIGER, Jahr und Tag, in: ZRG. 67. Bd., 1950, S. 44 a ff.
Franz
- KNAB, Carl Reußische Münzgeschichte — 1. Nachtrag —, Dresden 1909.
- KÖTZSCHKE, Rudolf Die deutschen Marken im Sorbenland, in: Festgabe für Gerhard Seeliger, Leipzig 1920, S. 79 ff.
Markgraf Dietrich von Meißen als Förderer des Städtebaues, in: NA. f. Sächs. Gesch. u. Altertumsk., 45. Bd., 1924, S. 7 ff.
Die Arten der Rechtsbildung und ihre räumliche Verbreitung, in: Ebert—Frings—Gleißner—Kötzschke—Streitberg, Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten, Halle 1936.

KRETSCHMER,
Ernst Paul

Geschichte der Gemeinde Langenberg und ihrer nächsten Umgebung, 1922.

Vom Rathaus unserer Stadt, in: Heimatblätter 1925, Nr. 4 u. 5. Geschichte der Stadt Gera und ihrer nächsten Umgebung, Gera 1926.

Von alten Handelsstraßen in Ostthüringen, in: Thür. Jahrbuch 1926, S. 164 ff.

Aus vergangenen Tagen des Marienhospitals der Stadt Gera, in: 1. Jahrbuch d. Geraer Museums- und Gesch.-Vereins, Gera 1928, S. 101 ff.

Aus der mittelalterlichen Geschichte Geras, in: Gera — Deutschlands Städtebau, bearb. von Luthardt, Berlin 1930, S. 9 ff.

Auf alten Handelsstraßen Ostthüringens, in: Heimatblätter 1932/33, Bl. 3 u. 4.

Die Geraer Ratsschule und ihre Beziehung zum Gymnasium Rutheneum, ebenda 1933, Bl. 3 u. 4.

Wie das Reußenland evangelisch wurde mit besonderer Berücksichtigung des reußischen Unterlandes, Gera 1933.

Kulturgeschichtliches aus Gera und seiner Umgebung, Gera 1935.

Aus vergangenen Tagen unserer 700-jährigen Stadt, in: Festbuch der Stadt Gera zur 700-Jahr-Feier, Gera 1937, S. 147 ff.

Die staatliche Entwicklung unseres Heimatlandes — eine kurze Geschichte der Vögte, der Städtegründer unserer Heimat und ihrer Rechtsnachfolger, in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Gera — Eine Festgabe zur 700-Jahr-Feier — Gera 1937, S. 9 ff. Die Entstehung der Stadt Gera — Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Städte im ostdeutschen Kolonialland — ebenda, S. 27 ff.

Aus vergangenen Tagen der Geraer Vororte Milbitz, Thieschitz und Rubitz — Ein Beitrag zur Geschichte der Stadt Gera — in: Zweites Jahrbuch des Geraer Museums- u. Gesch. Vereins 1940, hrsg. v. Franz Simcik u. Richard Köppler, 1940, S. 87 ff.

KRETZSCHMAR,
Johannes R.

Die Entstehung von Stadt und Stadtrecht in den Gebieten zwischen der mittleren Saale und der Lausitzer Neiße, Breslau 1905.

Der Stadtplan als Geschichtsquelle, in: Deutsche Geschichtsblätter IX. Bd., 5. H., Gotha 1908, S. 133 ff.

KROESCHELL, Karl

Weichbild — Untersuchungen zur Struktur und Entstehung der mittelalterlichen Stadtgemeinde in Westfalen —, Forschungen zur Deutschen Rechtsgeschichte, hrsg. von H. E. Feine, H. Krause und H. Schultze—v. Lasaulx, 3. Bd., Köln—Graz 1960.

KULISCHER, Josef

Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Berlin 1954.

Kulturräume und
Kulturströmungen

im mitteldeutschen Osten (Karten) von Wolfgang Ebert, Theodor Frings, Käthe Gleißner, Rudolf Kötzschke, Gerhard Streitberg, Halle 1956.

LAUTER, Karl Theodor S. Die Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck T. I.

- LEIPOLDT, Johannes Die Geschichte der ostdeutschen Kolonisation im Vogtland auf der Grundlage der Siedlungsforschung, in: Mitteilungen Plauen, 36. Jahrb. 1928, S. 1 ff.
- LEO, Heinrich Untersuchungen zur Besiedlungs- und Wirtschaftsgeschichte des thüringischen Osterlandes in der Zeit des frühen Mittelalters, in: Leipziger Studien, hrsg. von Buchholz, Lamprecht, Marcks, Seeliger, Bd. VI, H. 3, Leipzig 1900.
- LIEBE, Karl Theodor Seebedeckungen Thüringens, Heinrichstagsprogramm, Gera 1881, S. 4 ff.
- LUDWIG, Walter Urkunden zur Geschichte der Deutschordens-Komturei Plauen, T. I, Museumsreihe H. 13, Plauen 1957.
- MEIER, Paul Jonas Der Grundriß der deutschen Stadt des Mittelalters in seiner Bedeutung als geschichtliche Quelle, in: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, Berlin 1909, S. 106 ff.
- MEISSNER, Hermann Die Stadt Gera und das fürstliche Haus Reuß j. L., Gera 1893.
- MICHELSSEN, A. L. J. Rechtsdenkmale aus Thüringen, Jena 1863.
- MITTEIS, Heinrich Über den Rechtsgrund des Satzes „Stadtluft macht frei“, in: Festschrift für Edmund Stengel, Münster-Köln 1952, S. 342 ff.
Der Staat des hohen Mittelalters, 5. Aufl., Weimar 1955.
- MITTEIS, Heinrich Deutsche Rechtsgeschichte, 8. Aufl., München-Berlin 1963.
- LIEBERICH, Heinz
- OVERMANN, Alfred Die Herausgabe von Quellen zur städtischen Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, in: Deutsche Geschichtsblätter, VII. Bd., H. 10, 1906, S. 263 ff.
- PATZE, Hans Recht und Verfassung thüringischer Städte, Weimar 1955.
Die Entstehung der Landesherrschaft in Thüringen, I. T., Mitteldeutsche Forschungen, 22. Bd., hrsg. v. Reinhold Olesch, W. Schlesinger, Ludwig Erich Schmitt, Köln-Graz 1962.
- PFANNENSCHMIDT, Herbert Das Meilenrecht der Städte Neustadt und Triptis, in: Kultur- und Heimatspiegel Pößneck, Juli-August 1956, S. 109 ff. und 125 ff.
- PFEIFER, Friedrich Die Münzen der Vögte von Weida und der Äbtissin von Quedlinburg aus den Münzstätten Weida und Gera, in: Geschichte der Stadt Weida in Einzeldarstellungen, 1. Bd. H. 4, Weida 1929, S. 58 ff.
- PIETSCH, Ernst Die Entstehung der Städte des sächsischen Vogtlandes, Diss. Leipzig, in: Mitteilungen Plauen 32. Jahrschr. 1922.
- PLANITZ, Hans Frühgeschichte der deutschen Stadt, in: ZRG. 63. Bd. 1943, S. 1 ff.
Die deutsche Stadtgemeinde – Forschungen zur Stadtverfassungsgeschichte, in: ZRG. 64. Bd. 1944, S. 1 ff.
Zur Geschichte des städtischen Meliorats, in: ZRG. 67. Bd. 1950, S. 141 ff.
Die deutsche Stadt im Mittelalter, Graz-Köln 1954.

- PLANITZ, Hans
ECKHARDT, Karl August Deutsche Rechtsgeschichte, 2. Aufl., Graz-Köln 1961.
- PLIETZ, Hans Der sächsisch-reußische Lehensstreit vom Jahre 1742 und die Reichsunmittelbarkeit der Reußen, in: 18. u. 19. Jahrber. des Vereins f. Greizer Geschichte, 1912, S. 31 ff.
- v. POSERN-KLETT Sachsens Münzen im Mittelalter, Leipzig 1846.
- Pößneck S. Die Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck.
- RADIG, Werner Die Siedlungstypen in Deutschland und ihre frühgeschichtlichen Wurzeln, Berlin 1955.
- Regesta diplomatica necnon epistolaria historiae Thuringiae, bearbeitet von Otto Dobenecker, Bd. I (500—1152), Jena 1896, Bd. II (1152—1227), Jena 1900, Bd. III (1228—1266), Jena 1925, Bd. IV (1267—1288), Jena 1939.
- REICHARD, Hans Die deutschen Stadtrechte des Mittelalters in ihrer geographischen, politischen und wirtschaftlichen Begründung. — Umrisse einer geojuristischen Stadtrechtsgeschichte —. Diss. Tübingen 1930 (48).
- RIETSCHEL, Siegfried. Markt und Stadt in ihrem rechtlichen Verhältnis, Leipzig 1897.
- RÖRIG, Fritz Luft macht eigen, in: Festgabe für Gerhard Seeliger, Leipzig 1920, S. 51 ff.
- Des Sachsenspiegels erster Teil oder das sächsische Landrecht, hrsg. von C. G. Homeyer, 3. Aufl., Berlin 1861.
- Des Sachsenspiegels zweiter Teil nebst den verwandten Rechtsbüchern, Bd. I: das sächsische Lehnrecht und der Richtsteig Lehnrechts, hrsg. von C. G. Homeyer, Berlin 1842.
- SCHLESINGER, Walter Burgen und Burgbezirke. Beobachtungen im mitteldeutschen Osten. (Von Land und Kultur, Festschrift für Rudolf Kötzschke, hrsg. von Werner Emmerich, 1937, S. 77—105) in: Mitteldeutsche Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Göttingen 1961, S. 158 ff.
- Egerland, Vogtland, Pleißenland. Zur Geschichte des Reichsgutes im mitteldeutschen Osten. (Forschungen zur Geschichte Sachsens und Böhmens, hrsg. von Rudolf Kötzschke, Dresden 1937, S. 61—91) in: ebenda, S. 188 ff.
- Die Anfänge der Stadt Chemnitz und anderer mitteldeutscher Städte, Weimar 1952.
- Zur Gerichtsverfassung des Markengebietes östlich der Saale im Zeitalter der deutschen Ostsiedlung. (Jahrbuch die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 2, 1953, S. 1—94) in: Mitteldeutsche Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Göttingen 1961, S. 48 ff.
- Zur Frühgeschichte der europäischen Stadt. Bemerkungen zu Edith Ennen, Frühgeschichte der europäischen Stadt, Bonn

1953. (Westfälische Forschungen 7, 1953/54, S. 229–239) in: Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Bd. II — Städte und Territorien —, Göttingen 1963, S. 68 ff.
Über mitteldeutsche Städtelandschaften der Frühzeit. (Blätter für deutsche Landesgeschichte 93, 1957, S. 15–42) in: ebenda, S. 42 ff.

Städtische Frühformen zwischen Rhein und Elbe. (Vorträge und Forschungen, hrsg. vom Institut für geschichtliche Landeskunde des Bodenseegebietes in Konstanz, geleitet von Theodor Mayer, Bd. IV: Studien zu den Anfängen des europäischen Städtewesens, 1958, S. 297–362), in: ebenda, S. 148 ff.

Die Verfassung der Sorben. (Siedlung und Verfassung der Slawen zwischen Elbe, Saale und Oder, in Verbindung mit H. Jahnkuhn, W. Schlesinger und F. Schwarz, hrsg. von Herbert Ludat, Gießen 1960, S. 75–102) in: Mitteldeutsche Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Göttingen 1961, S. 7 ff.

Forum, villa fori, ius fori. — Einige Bemerkungen zu Marktgründungsurkunden des 12. Jahrhunderts aus Mitteldeutschland (Aus Geschichte und Landeskunde. Forschungen und Darstellungen. Franz Steinbach zum 65. Geburtstag, Bonn 1960, S. 408–440) in: ebenda, S. 275 ff.

Bäuerliche Gemeindebildung in den mittelbischen Landen im Zeitalter der mitteldeutschen Ostbewegung, in: Vorträge und Forschungen, Bd. VIII: Die Anfänge der Landgemeinde und ihr Wesen, II, hrsg. vom Konstanzer Arbeitskreis f. mittelalterl. Geschichte, geleitet von Theodor Mayer, 1964, S. 25 ff.

West und Ost in der deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters (Festgabe für Paul Kirn, 1961, S. 111–131) in: Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters Bd. II — Städte und Territorien —, Göttingen 1963, S. 233 ff.

Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter Bd. I. Von den Anfängen kirchlicher Verkündigung bis zum Ende des Inventurstreites —

Bd. II. Das Zeitalter der deutschen Ostbesiedlung (1100–1300) — in: Mitteldeutsche Forschungen, 27, I/II, hrsg. von Reinhold Olesch, Walter Schlesinger, Ludwig Erich Schmitt, Köln–Graz 1962.

SCHMIDT, Berthold

Burggraf Heinrich IV. zu Meißen, Oberstkanzler der Krone Böhmen und seine Regierung im Vogtland, Gera 1888.

Die Herren und Ritter von Gera, in: Ztschr. f. Thür. Gesch. NF. IX. Bd., 1895, S. 667 ff.

Die Zerstörung der Stadt Gera im sächsischen Bruderkrieg am 15. Oktober 1450, in: ebenda, S. 295 ff.

Bausteine zur Geschichte der Stadt Gera.

1. Die Geraische Histographie, in: Geraer Ztg. 1893,
2. Die quedinburgische Stiftsvogtei und das alte vogteiliche Schloß zu Gera, in: ebenda, Nr. 207,
3. Schloß Osterstein, ebenda, Nr. 225,
4. Das Rathaus in Gera, ebenda, Nr. 243,

5. Weitere Nachrichten vom Rathaus in Gera nach Harnisch, in ebenda, Nr. 272.
- Über die mittelalterlichen Siegel der Stadt Gera, in: Beilage zur Nr. 98 der Geraer Nachrichten v. 25. 12. 1896.
- Die Reußen. Genealogie des Gesamthauses Reuß älterer und jüngerer Linie, Schleiz 1903.
- Geschichte der Stadt Schleiz, Bd. I–III, Schleiz 1908, 1909, 1916.
- Der Vogtstitel der Herren von Weida, Gera und Plauen, in: Bunte Bilder aus der Vergangenheit des Vogtlandes, 1911.
- Über die Entstehung der Reichsunmittelbarkeit, Landeshoheit und Landesherrschaft der Vögte von Weida, Plauen und Gera, der Vorfahren des fürstlich reußischen Hauses, in: 25. Jhber. Greiz, 9. Bd., 1918, S. 1 ff.
- Geschichte des Reußenlandes, Bd. I u. II, Gera 1923 und 1927.
- S. auch Urkundenbuch der Vögte von Weida, Gera und Plauen.
- SCHMIDT, Berthold,
KNAB, Carl Reußische Münzgeschichte, Dresden 1907.
Reußische Münzgeschichte — 1. Nachtrag —, Dresden 1909.
- SCHMIDT,
Friedrich Lorenz Geschichte der Stadt Zeulenroda im thür. Vogtland, Bd. I, Zeulenroda 1935.
Zeulenroda — Festbuch zum 500-jährigen Bestehen Zeulenrodas —, Zeulenroda 1938.
Darstellende Geschichte der Stadt Zeulenroda (1325–1867), Bd. II, T. II, 1. Hälfte und 2. Hälfte, Weimar 1953.
- SCHOTT,
August Friedrich Sammlung zu den deutschen Land- und Stadtrechten, I. T., Leipzig 1772.
Von den Statuten der Stadt Gera, in: Unparteiische Kritik über die neuesten juristischen Schriften nebst vermischten Beiträgen, 2. Aufl., Leipzig 1888, S. 543 ff.
- Die Schöffenspruch-
sammlung der
Stadt Pößneck Teil I
Der Text der Sammlung —, bearbeitet von Reinhold Grosch, Karl Theodor Lauter, Willy Flach. Thüringische Archivstudien, hrsg. von Willy Flach, Bd. 7, Weimar 1957.
Teil II
Studien über die Entstehung und die landesgeschichtliche Bedeutung der Sammlung von Willy Flach. Thüringische Archivstudien, hrsg. von Willy Flach, Bd. 8, Weimar 1958.
Teil III
Die Bedeutung der Sammlung für die allgemeine Rechtsgeschichte — Ordnung der Sprüche nach Rechtssachen — von Gerhard Buchda. Thüringische Archivstudien, hrsg. vom Thüringischen Landeshauptarchiv Weimar, Bd. 9, Weimar 1962.
- SCHONBERG, L. Die Technik des Finanzhaushaltes der deutschen Städte im Mittelalter, in: Münchener volkswirtschaftliche Studien, 103. Stück, Stuttgart–Berlin 1910.
- SCHRANIL, Rudolf Stadtverfassung nach Magdeburger Recht — Magdeburg und Halle —. Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Breslau 1915.

- SCHRÖDER, Richard Geschichte des ehelichen Güterrechts in Deutschland, II. T., Abt.: Das sächsische und friesische Recht, Stettin, Danzig, Elbing 1874.
- SCHRÖDER, Richard
Frh. v. KÜNSSBERG, Eberhard Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 7. Aufl., Leipzig 1932.
- SCHUBART —
FIKENTSCHER, Gertrud Die Verbreitung der deutschen Stadtrechte in Osteuropa, in: Forschungen zum deutschen Recht, Bd. IV, H. 3, Weimar 1942.
- SCHULZE, Eduard Otto Die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe, Leipzig 1896.
- SCHWARZ, Sebald Anfänge des Städtewesens in den Elbe- und Saalegegenden, Kiel 1892.
- SOHM, Rudolf Die Entstehung des deutschen Städtewesens, Leipzig 1890.
- SPIESS, Werner Das Marktprivileg. Die Entwicklung von Marktprivileg und Marktrecht insbesondere auf Grund der Kaiserurkunden, in: Deutschrechtliche Beiträge, Forschungen und Quellen zur Geschichte des deutschen Rechts, Bd. XI, H. 3, Heidelberg 1916, S. 295 ff.
- STEINBACH, Franz Geschichtliche Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, Bonn 1932.
- STIEDA, Wilhelm Städtische Finanzen im Mittelalter, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 17. Bd., 1 H., Jena 1899, S. 1 ff.
- STOLLE Mitteilungen aus den Breslauer Signaturbüchern, in: Ztschr. f. Geschichte u. Altertumskunde Schlesiens, VIII.
- STOPFKUCHEN, Erich Verfassung und Verwaltung der Stadt Neustadt a. d. O. seit der Entstehung des Rates (um 1356) bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, Neustadt 1928.
- STRAHM, Hans Zur Verfassungstopographie der mittelalterlichen Stadt mit besonderer Berücksichtigung des Gründungsplanes der Stadt Bern, in: Ztschr. f. Schweizerische Geschichte, 1950, Nr. 3.
- TILLE, Armin Thüringens staatliche Entwicklung, in: Friedrich Schneider u. Armin Tille, Einführung in die thüringische Geschichte, Jena 1931.
Markt und Marktrecht, in: Thüringen, eine Monatsschrift für alte und neue Kultur, 6. Jhrg., 1 H., 1930/31, S. 1 ff.
- THOSS, Alfred Die Geschichte der Stadt Greiz von den Anfängen bis zum Ausgang des 17. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der Rechts-, Verfassungs- und Wirtschaftsentwicklung, Jena 1933.
- UHLEMANN, Walter Stand und Aufgaben der Stadtplanforschung für die Geschichte des Städtewesens, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 24. Bd., 1931, S. 185 ff.

- Urkundenbuch der Stadt Leipzig,
Bd. I. Bearb. von Posern—Klett, Leipzig 1868 (= Codex diplomaticus saxoniae regiae II. Hauptt. Bd. 2).
- Urkundenbuch der Stadt Magdeburg,
bearb. von G. Hertel, Bd. I, 1892.
- Urkundenbuch des Hochstifts Naumburg,
T. I (967—1207), bearb. von Felix Rosenfeld, hrsg. von Histor. Kommission f. Provinz Sachsen u. f. Anhalt, Magdeburg 1925.
- Urkundenbuch der Vögte von Weida, Gera und Plauen
sowie ihrer Hausklöster Mildenerfurth, Cronschwitz, Weida und
Zum hl. Kreuz bei Saalburg, bearb. von Berthold Schmidt.
Bd. I (1122—1356), Jena 1885,
Bd. II (1357—1427), Jena 1892.
- Urkundensammlung zur Geschichte der Herrschaft Gera im Mittelalter,
bearb. von Julius Alberti, Gera 1881.
- VOGEL, Wilhelm Über den Titel „Advocatus“ der Herren von Weida, Gera und
Plauen, Vorfahren des Fürstenhauses Reuß, Plauen 1905.
- WALCH,
Karl Friedrich Vermischte Beiträge zu dem deutschen Recht, T. II, Jena 1772,
S. 87 ff.
- WEIRAUCH,
Hans-Erich Die Güterpolitik des Stiftes Quedlinburg im Mittelalter, in:
Sachsen und Anhalt, Jhrb. d. Landesgesch. Forschungsstelle f.
Provinz Sachsen u. Anhalt, hrsg. von Walter Möllenberg, 1937,
S. 117 ff.
- ZEUMER, Karl Die deutschen Städtesteuern, insbesondere die städtischen
Reichssteuern, in: Staats- und Sozialwissenschaftliche For-
schungen, 1. Bd., 2. H., Leipzig 1878.
- ZOPF, Johann Caspar Reußische-Gerausche Stadt- und Landchronika, Leipzig 1692.
- ZYCHA, Adolf Deutsche Rechtsgeschichte der Neuzeit, Weimar 1937.

Aufstellung und Nachweis Geraer Verfassungsrechtsquellen

I. Stadtrechtsaufzeichnungen

- | | | |
|-----------------|---|---|
| 1487
Nov. 2. | Statuten, verliehen von Hein-
rich, Herrn zu Gera. | 1. Abschrift (16. Jahrh.) LA. Greiz:
a. Rep. Gera DDD II, 9 a, Nr. 1,
Bl. 1—21.
2. Abschrift (17. Jahrh.) Ebenda,
Bl. 24—42.
Publiziert:
1. Walch, Gemischte Beiträge zum
deutschen Recht, II, 1772,
S. 90—142.
2. Alberti, Die ältesten Stadtrechte
der reuß. Städte, 50./51. Jhrb.
Hohenleuben, S. 62—97.
3. Derselbe, Urkundensammlung,
1881, S. 195—233. |
|-----------------|---|---|

- | | | |
|-------------------|--|---|
| 1567
Mai 26. | Wiederholung u. Bestätigung der Statuten von 1487 durch Heinrich Reuß d. J. | Konzept: LA. Greiz: a. Rep. Gera DDD II, 9 a, Nr. 2, Bl. 1–40.
Erwähnung:
1. Walch, ebenda, S. 88.
2. Alberti, Die ältesten Stadtrechte der reuß. Städte, ebenda, S. 62. |
| 1658
April 7. | Statuten, verliehen von Heinrich II. Reuß, für Heinrich IX., für Heinrich X. und in Vormundschaft über Heinrich I. | 1. Original StA. Gera *)
2. Abschriften LA. Greiz: a. Rep. Gera DDD II, 9 a, Nr. 7, Bl. 1–102.
3. 3 Abschriften, ebenda, Kap. XXXIV, 1, Nr. 1 a, 3 a und Privatbesitz des Verfassers.
4. Abschrift, ebenda, Nr. 3.
5. Abschrift, StA. Gera: R 7, F 2 Nr. 16.
6. 5 Abschr. Städt. Museum Gera.
Publiziert:
Schott, Sammlung zu den deutschen Land- und Stadtrechten, I. T., 1772, S. 145–198. |
| 1738
April 10. | Reskript Heinrich XXV.. über die Neufassung des Art. 6 der Statuten von 1658. | LA. Greiz: a. Rep. Gera Bd. IV DDD II, 9, Nr. 8 und StA. Gera. |

II. Landesherrliche Konfirmationen

- | | | |
|-------------------|---|---|
| 1551
Sept. 21. | Reskript Heinrich IV v. Plauen, Burggraf zu Meißen. | StA. Gera (Org.) |
| 1555 | Heinrich d. Ä. und Heinrich d. J. von Plauen, Burggrafen zu Meißen. | Erwähnung:
Alberti, a. a. O., S. 62, derselbe, Urkundensammlung, S. 195. |

III. Landesherrliche Stadtverfassung

- | | | |
|-------------------|--|--|
| 1831
Sept. 13. | VO. über die Verfassung des Stadtrates und der Gemeinde-repräsentation in der Stadt Gera und Regulativ über das Verfahren bei der ersten Ausführung. | 1. Konzept: StA. Gera: R 7, F 2, Nr. 12, Bl. 1–132, Nr. 18 a, 18 b.
2. 2 Abschriften, ebenda, Nr. 5, Bl. 1–52, Nr. 16.
3. Druck: Ebenda, Nr. 16, 19, 21. Sammlg. Reuß. Gesetze Bd. 10. |
|-------------------|--|--|

*) Die Urkunden des städtischen Archivs in Gera waren 1958 im wesentlichen noch nicht registriert; es kann eine Signatur häufig nicht angegeben werden.

Abkürzungen

A. u. N. Bl. Gera =	Amts- und Nachrichtenblatt für das Fürstentum Gera
Aßo =	Altes Schock
Dt. StB. =	Deutsches Städtebuch
Dobenecker I–IV =	Otto Dobenecker, <i>Regesta diplomatica necnon epistolaria historiae Thuringiae</i> , Bd. I–IV. Jena 1896–1939.
fl. =	Florin
G. S. Reuß =	Gesetzsammlung für das fürstlich reußische Land j. L.
Gld. =	Gulden
Gr. =	Groschen
Jahrbuch Gera =	Jahrbuch des Geraer Museums- und Geschichtsvereins
Jhber. =	Jahresbericht
Jhber. Greiz =	Jahresbericht und Mitteilungen des Vereins für Greizer Geschichte zu Greiz
Jhber. Hohenleuben =	Jahresbericht des Vogtländischen Altertumsforschenden Vereins zu Hohenleuben
j. L. =	jüngere Linie
LA. Greiz =	Landesarchiv Greiz
Leipziger Studien =	Leipziger Studien aus dem Gebiet der Geschichte
LhA. =	Landeshauptarchiv
Mitteilungen Plauen =	Mitteilungen des Vereins für vogtländische Geschichte und Altertumskunde zu Plauen
NF =	Neue Folge
Rep. Fuchs =	Repertorium der in den fürstl. reuß-plauischen Landen j. L. ergangenen älteren Gesetze, VO., Mandate und Reskripte. Bearb. v. Moritz Friedrich Eduard Fuchs
rh. =	rheinisch
Samml. Reuß. Ges. =	Sammlung reußischer Gesetze
Ssp. =	Sachsenspiegel – Landrecht –
StA. =	Stadtarchiv
UB. Schmidt I–II =	Urkundenbuch der Vögte Bd. I bis II von Berthold Schmidt
US. Alberti =	Urkundensammlung der Herrschaft Gera von Julius Alberti
ZRG. =	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte – Germ. Abt. –
Ztschr. f. Th. Gesch. =	Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde

A. Grundzüge der Vorgeschichte von Gera bis zur Marktbildung, Stadtgründung und Bewidmung mit Stadtrecht

I. Die Stadt Gera und ihre Vorgeschichte

1. Über die Lage der Stadt und ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung.

Am Rande des ostthüringischen Hügellandes¹⁾ liegt Gera²⁾. Die Stadt breitet sich im Tal und auf den Hängen zu beiden Seiten der mittleren Weißen Elster³⁾ aus.

Die Stadt hat eine bedeutsame Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet hinter sich. Sie war Sitz des Geschlechts der Vögte von Weida und Gera sowie Residenz ihrer Nachfolger, der Reußen. Im Fürstentum Reuß j. L. war Gera Landeshauptstadt bis zum 10. 11. 1918 und danach mit 84 000 Einwohnern die größte Stadt des Landes Thüringen, bis das später eingegliederte Erfurt diesen Rang einnahm.

Als im Jahre 1952 die Länder der DDR in Bezirke aufgeteilt wurden, erhob der thüringische Landtag Gera zur Hauptstadt des gleichnamigen Bezirkes⁴⁾.

Nachdem 1950 die bisher dem Stadtgebiet vorgelagerten Ortschaften eingemeindet wurden, überschritt die Einwohnerzahl knapp die Hunderttausendgrenze.

Seitdem erstreckt sich die Stadt über eine Fläche von 7739,8227 ha, während die Gemarkung Gera noch Anfang dieses Jahrhunderts 3671,5625 ha betrug.

Einer bedeutenden Textilindustrie, deren Grundlage auf die Ende des 16. Jahrhunderts durch flämische Auswanderer eingeführte Zeugwirkerei und Schönfärberei zurückgeht⁵⁾, sowie den zahlreichen metallverarbeitenden Betrieben verdankt die Stadt ihre Stellung als ostthüringisches Industriezentrum. Inzwischen entwickelt sich Gera infolge des Uran-Abbaus in der Umgegend zu einer modernen Bergarbeiterstadt.

Kulturell trat Gera durch das frühere Reußische Theater und auch durch das von dem reußischen Landesherrn, dem um die Stadt verdienten Grafen Heinrich Posthumus (geb. 1572, gest. 1635) im Jahre 1608 gegründeten Gymnasium Ruthenum in Erscheinung.

¹⁾ Der Geraer Naturforscher Karl Theodor Liebe prägte 1881 den Begriff „Ostthüringen“, der in Literatur und im Volksleben festen Fuß faßte. Über die Begrenzung Ostthüringens, s. Liebe, Seebedeckungen Ostthüringens, 1881, S. 4.

²⁾ Der Name Gera ist deutschen Ursprungs. Berthold Schmidt wies nach, daß unter den älteren Bezeichnungen für den gleichnamigen Gau, Landstrich und Ort Gera auch die Form „Geraha“ vorkommt und der zweite Bestandteil „aha“ (= Ache) Wasser bedeutet. In der ersten Silbe „ger“ kann höchstwahrscheinlich das althochdeutsche Adjektiv „garo“ = groß stecken. Der Name Gera würde soviel wie „Großwasser“ oder „Hochwasser“ bedeuten und bezöge sich auf den Elsterfluß.

³⁾ Der Name „Elster“ bedeutet Erlenfluß, E. P. Kretschmer, Aus vergangenen Tagen unserer 700-jährigen Stadt, 1937, S. 20. Die Flußbezeichnung „Alestra“ = Elster erscheint urkundlich 1122. Über deren Ableitung s. Heimatblätter, 1934, Bl. 11.

⁴⁾ Das Land Thüringen übertrug hierbei seine staatsrechtliche Stellung auf die drei thüringischen Bezirke Erfurt, Suhl und Gera.

⁵⁾ Näheres bei Kurt Finkenwirth, Urkundliche Geschichte der Gera-Greizer Wollwarenindustrie von 1572 bis zur Neuzeit, 1910.

Die Altstadt ist in ihrer mittelalterlichen Anlage erhalten geblieben und grenzt sich erkennbar von den übrigen Stadtteilen ab. Sie wurde auf dem rechten Elsterhang in sicherer Entfernung vom Fluß angelegt und war bis gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts von einer 10 m hohen und 1,5 m dicken Ringmauer umgeben. Als ein derartiges Denkmal bürgerlicher Wehrhaftigkeit und auch städtischer Privilegien befindet sich noch am „Stadtgraben“ ein alter Wehrturm mit Resten der Stadtmauer. Weitere Mauerteile sind in den Höfen einiger Häuser der Nikolaistraße zu sehen.

Diese städtische Befestigungsanlage wurde von dem Mühlgraben im Westen und vom Leumnitzer Bach verstärkt, der an der Nordseite der Mauer entlangführte. Zusätzlich schützten einst tiefe Gräben im Osten und Süden Stadt und Bürger. Darauf weist noch die Gassenbezeichnung „Stadtgraben“ an der Südseite der Mauer hin; dieser wurde in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts zugeschüttet⁶⁾.

Die Stadtmauer umgrenzte das fast quadratisch angelegte alte Gera vollständig und war 500 m lang sowie 450 m breit. Durch fünf Tore konnte die Stadt mit ihren 235 Bürgerhäusern⁷⁾ betreten und verlassen werden⁸⁾. Die wichtigsten Tore waren das Bader- und Leumnitzer Tor, da durch sie die Nürnberg–Leipziger Handelsstraße führte. Im Zentrum der Altstadt befinden sich als einstige topographische, wirtschaftliche und rechtliche Mittelpunkte der quadratisch angelegte 45,36 a große Markt, der Kornmarkt und zwischen diesen das 1573–76 wieder aufgebaute Rathaus. Als ein weiteres Rechtsdenkmal ist an der Nordseite des Rathauses der Pranger mit Halseisen zu sehen; ein Zeichen städtischer Gerichtshoheit.

Die Gassen des alten Gera sind gradlinig und gitterartig angelegt⁹⁾, von denen die inneren rechtwinklig zum Markt und Kornmarkt führen.

Unter dem Stadtkern ziehen sich in 6–8 Meter Tiefe Gänge entlang, die teilweise in mehreren Stockwerken übereinander liegen und in den Zechstein gehauen sind. Es waren die Bierkeller der brauberechtigten Bürgerschaft.

2. Provincia Gera

Im Raum von Gera und vor allem östlich des Elstertales hatten sich im 7. Jahrhundert Sorben, ein Stamm der damaligen mitteldeutschen Slawen, niedergelassen¹⁾.

⁶⁾ Über das Zuschütten der Gräben und den Verkauf des nunmehr gewonnenen Gartenlandes s. E. P. Kretschmer, *Geschichte der Stadt Gera*, 1926, S. 162 ff. und derselbe, *Kulturgeschichtliches aus Gera und seiner Umgegend*, 1935, S. 6 f.

⁷⁾ Festgestellt im Jahre 1532, LhA Weimar: Pp 105,1 = *Civitatis Gera Rechenregister der Anlage turgengelds anno etc (1532)*.

⁸⁾ Das Leumnitzer Tor wurde 1837 und das Badertor 1884 abgebrochen.

⁹⁾ Nur vier Gassen machen von der Geradlinigkeit eine Ausnahme. Es sind dies die Häselburg, Alte Schloßgasse, der Steinweg und die Krumme-Gasse. Die drei ersten Gassen verdanken die Krümmung ihrem Anschmiegen an das Gelände. Die vierte Gasse hat wegen ihrer Eigenart den Namen „Krumme-Gasse“ erhalten, um diese Ausnahme besonders herauszustellen.

¹⁾ Über die Stammesgliederung s. Kötzschke, *Die deutschen Marken im Sorbenland*, 1920, S. 82 ff., und Schlesinger, *Die Verfassung der Sorben*, S. 7 ff., 45–47. Die allgemeine slawische und mittelalterliche deutsche Siedlungsbewegung in Ostthüringen besprechen E. O. Schulze, *Die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe*, 1896; H. Leo, *Untersuchung zur Besiedlungs- und Wirtschaftsgeschichte des thür. Ostlandes*, 1900; Johannes Leopoldt, *Geschichte der ostdeutschen Kolonisation im Vogtland auf der Grundlage der Siedlungsforschung*, 1928, und Walter Schlesinger, *Bäuerliche Gemeindebildung in den mittelbischen Landen im Zeitalter der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung*, 1964, S. 25 ff.

Nach prähistorischen Untersuchungen²⁾ siedelten die Sorben an einigen Teilen des jetzigen Stadtgebietes³⁾ und an folgenden östlich von Gera gelegenen Orten:

Brahmenau (Culm), Zschippach, Sölmnitz, Negis (Wüstenhain), Dorna, Röpsen, Speutewitz (Wüstung oberhalb Röpsen nach Trebnitz zu), Trebnitz, Steinbrücken, Naulitz, Collis und Zschochern an der Nord-Ostseite der Altstadt Geras.

Obwohl im allgemeinen das Gebiet westlich von Gera dicht bewaldet war, sind im Elstertal und am Saarbach weitere sorbische Niederlassungen in Rubitz, Thieschitz und Milbitz festzustellen⁴⁾. Vielleicht war auch das südwestlich von Gera gelegene Debschwitz sorbischen Ursprungs.

Diese Siedlungen bildeten einen Bezirk der sorbischen Landesverfassung und waren zu dem Gau Geraha zusammengefaßt, der nördlich an den sich von Zeitz bis Krossen-Langenberg erstreckenden Gau Puonzowa grenzte⁵⁾.

Der Gau Geraha wurde mit dem östlich der Saale gelegenen Slawenland unter Heinrich I. erobert, militärisch besetzt⁶⁾ und damit deutsches Grenzland. Die unterworfenen Slawen hatten an den deutschen König Abgaben zu entrichten. Das Land wurde Reichsgut und unterstand der Verfügungsgewalt der deutschen Könige⁷⁾. Vor allem die Ottonen verfügten darüber in Form von Schenkungen⁸⁾.

Das Grenzland war entsprechend den sorbisch besiedelten Landstrichen – wie dem Gau Geraha – aufzuteilen, gegen die einfallenden Slawen und Ungarn zu sichern und zu verwalten. Dadurch wurde eine Besiedlung durch deutsche Bauern und schließlich durch Handwerker und Kaufleute vorbereitet.

Zu diesem Zweck legten Heinrich I.⁹⁾ und Otto I. in den besetzten Ostgebieten besonders an den Handelsstraßen und in den slawischen Siedlungsräumen ein Burgwardsystem an, das in anderen, bereits verwalteten Grenzgebieten schon bestand. Den Burgbezirken stand ein deutscher Verwalter als Vertreter des deutschen Königs vor.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird ein solcher Burgbezirk den Gau Geraha und somit das sorbische Siedlungsgebiet um Gera umschlossen haben, und zwar mit dem festen Sitz¹⁰⁾ auf dem Hainberg (Osterstein) linksseitig der Elster.

Dafür spricht folgendes: Wie Walter Schlesinger¹¹⁾ zu Recht ausführt, war „das geschichtliche Leben in Mitteldeutschland durchaus an die altbesiedelten Landschaften geknüpft.“ Ein derartiger Siedlungsraum, wie ihn die sorbischen Dörfer des Gaues

²⁾ Diese sind noch nicht abgeschlossen. Die bisherigen Ergebnisse in den letzten Jahrzehnten wurden kaum publiziert, jedoch in Vorträgen mitgeteilt.

³⁾ Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, 1926, S. 52, Anm. 21, nennt diese.

⁴⁾ Kretschmer, Aus vergangenen Tagen der Vororte Milbitz, Thieschitz und Rubitz, 1940, S. 89 f.

⁵⁾ Über die weiteren Slawengäue in Thüringen s. Dobenecker I, S. XII.

⁶⁾ Hierzu Näheres bei Kötzschke, Die deutschen Marken im Sorbenland, 1920, S. 79 ff., und besonders Schlesinger, Egerland, Vogtland, Pleißenland, S. 189 f., und derselbe, Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter, Bd. I, 1962, S. 8 ff.

⁷⁾ Schlesinger, Egerland, Vogtland, Pleißenland, S. 190.

⁸⁾ Tille, Thüringens staatliche Entwicklung, 1931, S. 14 f.

⁹⁾ Über den Anteil Heinrichs I. an dem Burgensystem s. Schlesinger, Burgen und Burgbezirke, S. 165 f.

¹⁰⁾ Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, Bd. I, S. 180, hält die Existenz einer Burg in dem genannten Zeitraum für sicher, während Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, 1926, S. 60, deren Anlage erst gegen Ende des 10. Jahrhunderts vermutet.

¹¹⁾ Verfassung der Sorben, a.a.O., S. 22.

Geraha östlich der Elster darstellten, konnte aus der militärischen und verwaltungsmäßigen Planung schwerlich ausgelassen werden. Vielmehr wird er als ein Bezirk der neuen Landeseinteilung eingefügt worden sein. Es entsprach auch der damaligen Praxis, daß sich die Burgbezirke mit den slawischen Kleingauen deckten¹²⁾. Nicht zuletzt ist an die alten Handelswege zu denken, die vor allem von Süden her, aber auch von Westen kommend, Geraer Gebiet kreuzten und die zu sichern waren¹³⁾. Weiter ist nicht zu erwarten, daß Otto III. 999¹⁴⁾ seiner Schwester Adelheid, Äbtissin des Stiftes zu Quedlinburg, ein Gebiet, nämlich die provincia Gera schenkt, ohne daß es sich hierbei für sie um einen an Nutzungen und Abgaben ertragreichen und somit militärisch geschützten und verwaltungsmäßig geordneten Siedlungsbezirk handelt. Darauf weisen auch die in der Urkunde genannten Gebäude, Gutshöfe und Mühlen hin. Schließlich ist in Königsurkunden des 10. und 11. Jahrhunderts die Lage der Orte östlich der Saale fast ausnahmslos nach dem Burgward bezeichnet worden¹⁵⁾. Es ist anzunehmen, daß der Name provincia Gera auch die Bezeichnung des Burgwards war und diesem entlehnt worden ist.

Allerdings ist nicht bekannt, wer die zentral gelegene Burg auf dem Hainberg bei Gera angelegt und dem Burgward vorgestanden hat.

Als anschließende Burgwarde¹⁶⁾ befanden sich im Norden Langenberg (Hausberg) mit dem sorbischen Siedlungsgebiet in Köstritz-Pohlitz und im Süden Weida (Osterburg). Der Burgbezirk Gera, dessen Gaubezeichnung als Landschaftsname Geraha weiterlebte¹⁷⁾, umfaßte das aus etwa 15 Dörfern bestehende, oben ^{17a)} beschriebene sorbische Siedlungsgebiet östlich und nur im geringen Umfang westlich der Elster. Damit deckt sich der Burgward Gera als Verwaltungseinheit und wohl auch als Gerichtsbezirk im allgemeinen mit der altbesiedelten sorbischen Landschaft¹⁸⁾.

Die westliche Talseite der Elster war dicht bewaldet, und lediglich die sorbischen Dörfer Rubitz, Thieschitz und Milbitz befanden sich dort. In kriegerischen Zeiten gewährte der Burgward der Bevölkerung Schutz und Zuflucht, die eine in der Regel als Burgbann bezeichnete Abgabe leistete¹⁹⁾. Weiter hatten nach königlichem Gebot Slawen und Deutsche an die Kirche einen Zins (Zehnt) zu entrichten, der in dem Burgward als gleichzeitigem Einziehungsbezirk kirchlicher Abgaben geleistet wurde²⁰⁾. Auch befanden

¹²⁾ Hierzu allgemein Kötzschke, Die deutschen Marken im Sorbenland, 1920, S. 106.

¹³⁾ Näheres bei Kretschmer, Von alten Handelsstraßen in Ostthüringen, 1926, S. 164 ff., und derselbe, Auf alten Handelsstraßen Ostthüringens, 1932/33, Bl. 3 u. 4. Die frühe verkehrstechnische Erschließung Geras vermutet auch Patze, Die Entstehung der Landesherrschaft in Thüringen, I.T., 1962, S. 39 Nr. 28.

¹⁴⁾ DO III, 322.

¹⁵⁾ Schlesinger, Zur Gerichtsverfassung des Markengebietes östl. der Saale im Zeitalter der deutschen Ostbesiedlung, S. 55.

¹⁶⁾ Vgl. hierzu die Übersicht bei Schlesinger, Burgen und Burgbezirke, Karte S. 168 f., die jedoch Gera und Weida nicht als Burgwarde ausweist.

¹⁷⁾ Allgemeines über den Fortbestand der Wohngebiets-Bezeichnungen als Landschaftsnamen s. Schlesinger, Verfassung der Sorben, S. 22.

^{17a)} S. S. 29.

¹⁸⁾ Grundsätzliches über die Burgwardverfassung bei Schlesinger, Burgen und Burgbezirke, S. 178.

¹⁹⁾ Näheres über die militärische Bedeutung der Burgwarde s. ebenda, S. 178 f.

²⁰⁾ Hierzu ebenda, S. 179, und derselbe, Zur Gerichtsverfassung des Markengebietes östlich der Saale im Zeitalter der deutschen Ostbesiedlung, S. 55, sowie Leo, Untersuchungen zur Besiedlungs- und Wirtschaftsgeschichte des thür. Osterlandes, 1900, S. 43.

sich in dem Burgward Gera, wie bereits erwähnt, die typischen landwirtschaftlichen Einrichtungen, nämlich Wirtschaftshöfe und Mühlen²¹⁾.

Vielleicht reichen manche der in den Dörfern vorhandenen Rittergüter als früherer Sitz eines deutschen bauerlichen Burgmannes und auch die dort vorzufindenden Wehrkirchen in die Zeit der deutschen Burgwardverfassung zurück²²⁾.

Anfangs lagen der Gau Geraha und der Burgward im Zentrum der von König Otto I. 965 errichteten Mark Zeitz, die 981 der Mark Merseburg angegliedert wurde²³⁾. Weiter zählte Gera zu dem 968 von Otto I. gegründeten Bistum Zeitz²⁴⁾ — der Bischofsitz wurde 1028 von Zeitz nach Naumburg an der Saale verlegt — und somit zur Erzdiözese Magdeburg.

Der Bezirk des Burgwards Gera wird sich seit Anfang des 12. Jahrhunderts mit dem Beginn der ostdeutschen Siedlungsbewegung²⁵⁾, vor allem mit der deutsch-bäuerlichen Besiedlung der Landschaft Gera, aufgelöst haben²⁶⁾. Die sich neu entwickelnden landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Zentren gestalteten die Besiedlungsstruktur völlig um. Dennoch bildete der Burgward, wie wir mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen können, als militärischer und wirtschaftlicher Mittelpunkt der Landschaft Gera eine der frühesten Grundlagen für die spätere Stadtgründung²⁷⁾.

Bereits vor dem Jahr 1000 erscheint das dem Burgward Gera angehörende und von Sorben besiedelte Gebiet östlich der Elster als wirtschaftlich erschlossen, ertragreich und geordnet. In diesem Zeitraum tritt der Name der jetzigen Stadt erstmalig als Landschaftsbezeichnung — terminus Gera — hervor, als Kaiser Otto III. im Jahre 995 der bischöflichen Kirche von Zeitz den Landstrich Ponzouua (Ponzowa) mit dem festen Platz Krozna (Krossen an der Elster) schenkte²⁸⁾. Hierbei handelt es sich um den Gau Gera.

Vier Jahre später, am 26. April 999²⁹⁾, schenkte Otto III. die noch reichsunmittelbare provincia Gera seiner Schwester Adelheid³⁰⁾, Äbtissin des freiweltlichen Stiftes zu Quedlinburg³¹⁾.

²¹⁾ Auf diese regelmäßige wirtschaftliche Ausgestaltung des Mittelpunkts eines Burgwards weist Schlesinger, Burgen und Burgbezirke, S. 180, hin.

²²⁾ S. hierzu Schlesinger, Burgen und Burgbezirke, S. 175.

²³⁾ Zur Entwicklung der Marken s. Kötzschke, Die deutschen Marken im Sorbenland, 1920, S. 88 ff.

²⁴⁾ Über die Grenzen des Bistums Zeitz bzw. Naumburg s. Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, Bd. I, S. 41 f. u. Bd. II, S. 486.

²⁵⁾ Hierüber Schlesinger, Egerland, Vogtland, Pleißenland, S. 193.

²⁶⁾ Allgemeines über die Auflösung der Burgwardverfassung s. Schlesinger, Burgen und Burgbezirke, S. 185 f.

²⁷⁾ Allgemein dazu Planitz, Frühgeschichte der deutschen Stadt, 1943, S. 5 ff.

²⁸⁾ DO III, 163. Über die Beweggründe der Schenkung s. Schlesinger, Zur Gerichtsverfassung des Markengebietes, S. 61 f.

²⁹⁾ DO III, 322.

³⁰⁾ Weirauch, Güterpolitik des Stiftes Quedlinburg, S. 125; Schlesinger, a.a.O., S. 63, und Patze, Entstehung der Landesherrschaft in Thüringen, I. T., S. 95.

³¹⁾ Das von der Königin Mathilde 936 in der Kaiserpfalz Quedlinburg gegründete Stift wurde ausdrücklich als freiweltlich bezeichnet und unterstand dem deutschen König. Die Äbtissin hatte später den Status eines unmittelbaren Reichsstandes und Sitz sowie Stimme auf der Rheinischen Prälatenbank des Reichstages. Das Stift gehörte zum obersächsischen Kreis. 1803 wurde es aufgehoben. Näheres bei Weirauch, a.a.O., S. 117 ff.

Die flächenmäßige Größe der provincia war gering³²⁾. Otto III. schenkte und übertrug seiner Schwester Adelheid die provincia mit der Bestimmung, daß sie selbst von dem erwähnten Erbe die vollständige und freie Verfügung habe, es zu vergeben oder für ihr Seelenheil zu stiften oder was ihr mehr beliebt, weiter zu tun. Der Landstrich ging später entweder durch Verfügung zu Lebenszeit oder durch Erbfall auf das Stift Quedlinburg über, das bis 1358 im Besitz der Herrschaft Gera blieb.

Der Äbtissin mit übertragen wurden nebst allen auf dem Landstrich ruhenden Nutzungen, wie Abgaben, Zinsen, Jagd und Fischerei, die Gebäude, Gutshöfe und Mühlen. Ferner erhielt sie mancipia utriusque sexus, Leibeigene beiderlei Geschlechts.

In der Schenkungsurkunde ist wiederum nur von einem Gebiet und keinem Ort die Rede. Auch der sichere Nachweis einer Burg oder eines deutschen Herrensitzes geht aus der Urkunde nicht einwandfrei hervor. Doch lassen die Umstände wie die erwähnten Leibeigenen, die übertragenen Mühlen und Gutshöfe auf einen Verwaltungsbezirk, dem ein vermutlich auf dem Osterstein wohnender deutscher Beamter des Reiches vorstand, schließen.

Mit der umfassenden Übertragung der provincia Gera und der darauf ruhenden Rechte wird auch die Gerichtsbarkeit dieses Burgwards auf die Äbtissin des Stifts zu Quedlinburg übergegangen sein, der nunmehr die Gerichtsgefälle zustanden. Jedenfalls beansprucht im Jahre 1237 die Äbtissin Gertrudis die von ihrem Vogt in Gera verein nahmten und einbehaltenen Gerichtsgelder³³⁾.

Seit dem Jahre 999 bis 1125 sind keinerlei urkundliche Nachrichten über die Landschaft Gera nachweisbar. Jedoch machte während dieses Zeitabschnitts die Ostbesiedlung in den angrenzenden Gebieten unaufhörliche Fortschritte. Bei Zeitz wurde das Kloster Bosau durch Bischof Dietrich von Naumburg (1112 — 1123) im Jahre 1114 gegründet. Seit 1121 bezog diese Abtei den Zehnt aus zahlreichen Dörfern des Gaus Gera³⁴⁾. In dieser Urkunde und der des Bischofs Udo I. von Naumburg über den Zehnt in den Gauen Pleiße und Gera von 1146 wird nur der pagus Gera oder lediglich der Name Geraha genannt³⁵⁾.

Ferner wird der Gau Gera in weiteren das Benediktiner-Kloster Bosau und das Kloster Lausnitz betreffenden Urkunden von 1136 bis 1256 erwähnt³⁶⁾.

Im Jahre 1125 erhalten wir eine weitere Nachricht über Gera. Es ist eine Familie von

³²⁾ Obgleich die Urkunde über die Grenzen der Landschaft nichts aussagt, sind sie — bis auf die Ostseite — bekannt. Es waren natürliche Grenzen, und zwar im Westen der Flußlauf der Elster. Die westlich der Elster gelegenen Dörfer Rubitz, Thieshitz und Milbitz gehörten nicht zur Provinz, denn das Zeitzer Domkapitel gab 1147 das Dorf Rubitz dem Ludwig von Wippra zu Lehen, Dobenecker I, 1571. Vgl. zur Westgrenze auch Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, S. 62. Im Norden grenzte die provincia an den Brahmebach, und im Süden zog sich die Grenzlinie den Zaufensgraben entlang nach Osten. Dort fehlte eine natürliche Begrenzung. Trotzdem kann die Ostgrenze unter Betrachtung des sorbischen Siedlungsgebietes festgestellt werden. Die im Raum von Gera am östlichsten wohnenden Sorben saßen in Naulitz und Brahmenau (Culm). Zwischen beiden Orten wird man sich die Ostgrenze zu denken haben.

³³⁾ Dobenecker II, 697. Allgemein hierzu Schlesinger, 'Zur Gerichtsverfassung des Marken- gebietes, S. 64.

³⁴⁾ Dobenecker I, 1160.

³⁵⁾ Ebenda I, 1552.

³⁶⁾ Ebenda I, 1326; 1666; 1667; II, 28; 195; 425; III, 2478.

Gera, die urkundlich auftritt, und zwar ein Lupo (Luph) von Gera³⁷⁾. 1148 ist der Freie Sibertus von Gera³⁸⁾ und 1204 ein Edler Tuto von Gera urkundlich nachweisbar³⁹⁾.

Gera — wahrscheinlich die Elsterburg auf dem Hainberg links des Flusses — war damit seit etwa 1104 bis 1204 Sitz eines Geschlechts, der Familie von Gera⁴⁰⁾. Vermutlich standen die Genannten dem Burgward Gera vor⁴¹⁾.

Berthold Schmidt⁴²⁾ und Ernst Paul Kretschmer⁴³⁾ vermuten wohl folgerichtig, daß die Edlen von Gera Vögte des Stiftes Quedlinburg waren. Das mit zahlreichem Streubesitz ausgestattete und von der Geraer Besitzung weit abgelegene Stift⁴⁴⁾ benötigte schon anfangs infolge der schwierigen örtlichen Verhältnisse Beamte zur Verwaltung und Rechtsprechung. Als derartige Stifts-Beamte traten dann die Reichsvögte von Weida auf. Alfred Auerbach⁴⁵⁾ meint sogar, daß die Familie von Gera begann, die Stadt zu gründen. Hierfür findet sich jedoch kein Anhalt. Dennoch haben diese nobiles durch Kolonisation des Landstriches Gera und durch Anlegung einer Burg Mitte des 12. Jahrhunderts auf der rechten Elsterseite, dem späteren Stadtschloß, Voraussetzungen zur Stadtgründung geschaffen.

3. Lehnsherrschaft des Stiftes Quedlinburg über die provincia Gera und dessen Vögte

Die Äbtissinnen des Stiftes zu Quedlinburg bedienten sich der Vögte als Beamte, um die Güter der Abtei verwalten und beschützen zu lassen. Den Vögten oblag auch die Gerichtsbarkeit¹⁾, da nach kanonischem Recht die Äbtissinnen nicht den Blutbann, die hohe Gerichtsbarkeit über Hals und Hand, ausüben und Todes- sowie Leibesstrafen vollstrecken konnten²⁾. In Gera hatten sie anfangs die Vogtei als Amt und nicht als Lehen inne.

³⁷⁾ Er erscheint als Zeuge des Erzbischofs Adalbert von Mainz in einer Urkunde über die Bestätigung des Klosters St. Peter zu Saalfeld. Diese wurde in Erfurt ausgestellt, ebenda I, 1196.

Ein Ritter Lupo kommt bereits in einer am 30. Januar 1104 vom Papst Paschalis II. ausgestellten Urkunde über das Kloster Pegau vor, ebenda I, 1107. Er begegnet als Abgesandter des Grafen Wiprecht. In zwei weiteren Urkunden des Bischofs Dietrich von Naumburg von 1121 und 1122 erscheint als Zeuge ein Luf, der von den Ministerialen als Edler bezeichnet wird, ebenda I, 1160, 1170. Näheres über die Familie von Gera s. Kretschmer, Gesch. d. Stadt Gera, S. 60 ff., und derselbe, Aus vergangenen Tagen unserer 700-jährigen Stadt, 1937, S. 18 f.

³⁸⁾ Cod. dipl. Saxon. II, 2 Nr. 192; Kettner, Antiquitates Quedlinburgenses, 1712, S. 38, 180, vermutet, Sibertus de Gera sei ein Ministeriale in Gera.

³⁹⁾ Berthold Schmidt, Die Herren und Ritter von Gera, 1895, S. 670 f., 674—677; Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens Bd. II, 1962, S. 234.

⁴⁰⁾ Kretschmer, Gesch. d. Stadt Gera, S. 60, 62 u. 77; Schlesinger, ebenda Bd. I, S. 180, stellt ebenfalls diese Familie fest. Das Geschlecht ist nach Kretschmer, Aus vergangenen Tagen unserer 700-jährigen Stadt, S. 18, bis Mitte des 18. Jahrhunderts in der Steiermark, Kärnten und Niederösterreich nachweisbar, bis es im Mannesstamm erlosch. Die Stadtfarben Geras Schwarz und Gelb gehen auf dieses Geschlecht zurück. Die Vögte von Weida und Gera und, als sie 1550 ausstarben, ihre Rechtsnachfolger, die Fürsten Reuß, übernahmen Schwarz und Gelb in ihre Hausfarben.

⁴¹⁾ So auch Berthold Schmidt, Entstehung der Reichsunmittelbarkeit der Vögte, 1918, S. 11 ff.

⁴²⁾ Die Herren und Ritter von Gera, 1895, S. 672.

⁴³⁾ Aus der mittelalterlichen Geschichte Geras, 1930, S. 10.

⁴⁴⁾ Über die Lage des Besitzstandes s. Weirauch, a.a.O., S. 126.

⁴⁵⁾ Gera — eine deutsche Gründung, 1910, Nr. 19.

¹⁾ Schröder — v. Künßberg, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 1932, S. 537, 623.

²⁾ So auch in Quedlinburg selbst, Dt. StB. II, S. 644. S. auch Weirauch, a.a.O., S. 155.

Solche Stiftsvögte waren die bereits oben genannten Ritter und Edlen von Gera. Sie übten ihre militärische, verwaltende und richterliche Funktion bis etwa Mitte des 12. Jahrhunderts aus. Um diese Zeit — etwa 1143 — wird ein Angehöriger des Geschlechts der Weidaer namens Erkenbert II. im Raume von Weida bezeugt^{2a)}, der Veitsberg und das links der Elster gelegene Gebiet vom Kaiser Friedrich I. erhielt³⁾. Ob die Edlen von Gera infolge allzu eigennützigen Handelns vom Stift abgesetzt⁴⁾ oder von den mächtigen, benachbarten Reichsvögten von Weida aus ihrem Amt verdrängt worden sind⁵⁾, kann nicht mehr festgestellt werden.

Das Stift übertrug jedenfalls den Reichsvögten von Weida das Amt der Stiftsvogtei in Gera. Als Zeitpunkt dieses Rechtsaktes ist etwa 1180 anzunehmen, da in dem Vergleich der Äbtissin Gertrud mit Heinrich d. Ä. im Jahre 1237⁶⁾ der Vogt behauptet, seine Vorfahren haben lange Zeit die advocatia de Gera verwaltet und die gesamten Einnahmen der hohen Gerichtsbarkeit allein bezogen. Vermutlich war es Heinrich I. (ca. 1172 — 1193), den das Stift mit dem Amt der Vogtei betraute. Allgemein wird angenommen, daß dieser 1172 von Kaiser Friedrich I. in Altenburg mit der Reichsvogtei über das umfangreiche Gebiet belehnt worden sei, das nach den Vögten von Weida, Gera und Plauen den Namen terra advocatorum⁷⁾ erhielt und später als das sächsische und thüringische Vogtland bezeichnet wurde⁸⁾.

Die Stiftsvogtei wurde Ende des 12. Jahrhunderts bereits erblich. Sie verblieb dem Hause der Vögte von Weida und späteren Vögte und Herren von Gera. In einer undatierten Urkunde der Äbtissin Agnes II. (1184 — 1203)⁹⁾ wird erstmalig von einem advocatus der provincia Gera ohne Nennung des Namens gesprochen¹⁰⁾. Die gewissenhafte Äbtissin versuchte erfolgreich, die Vermögensverhältnisse des Stiftes zu ordnen und die Erträge aufzuzeichnen¹¹⁾. Agnes II. beschwerte sich in der Urkunde darüber, daß der Vogt Einkünfte des Stiftes an sich zu ziehen gewußt habe, welche ihm und anderen wieder abgekauft werden mußten.

Die Vögte ließen sich nicht abhalten, während der folgenden schwachen Regierung der Äbtissin Sophie (1203 — 1226) und den anschließenden kurzen Amtszeiten der innerhalb von fünf Jahren verstorbenen Äbtissinnen Bertradis, Kunigunde und Osterlinde sich erneut Rechte und Einkünfte der Quedlinburger Landes- und Stadtherrschaft über Gera anzueignen. Zusätzlich war das Stift durch Reichswirren zeitweise in Mitleidenschaft gezogen, wodurch eine straffe Verwaltung der Stadt und provincia Gera von

^{2a)} UB. Schmidt I.4. Sein Vater Erkenbert I. ist bereits 1122 nachgewiesen, ebenda I,1.

³⁾ Näheres über das Geschlecht von Weida bei Hänsel, Weida zur Zeit der Vögte, 1929, S. 2 f., u. B. Schmidt, Geschichte des Reußenlandes I, 1923, S. 29 f.

⁴⁾ Das behauptet Vogel, Über den Titel „Advocatus“, 1905, S. 13.

⁵⁾ So Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, S. 63.

⁶⁾ Dobenecker III, 697.

⁷⁾ Urkundlich nachgewiesen 1343, UB. Schmidt I, 855.

⁸⁾ Den Besitzstand der Vögte nennt Hänsel, a.a.O., S. 4. Zum Geschlecht der Weidaer s. auch Alberti, Die ältesten Herren von Weida, 1880, u. Berthold Schmidt, Geschichte des Reußenlandes I, 1923, S. 29 ff.

⁹⁾ Dobenecker II, 1234.

¹⁰⁾ Für die Weidaer wird 1209 erstmals die Bezeichnung „advocatus“ bezeugt, Dobenecker II, 1423, u. UB. Schmidt I, 38. S. auch Vogel, Über den Titel „Advocatus“ der Herren von Weida, Gera u. Plauen, 1905, S. 12; B. Schmidt, Der Vogtstitel der Herren von Weida, Gera u. Plauen, 1911; W. Finkenwirth, Die Entwicklung der Landeshoheit der Vorfahren des Fürstenhauses Reuß, 1912; u. Schlesinger, Egerland, Vogtland, Pleißenland, S. 200.

¹¹⁾ Näheres bei Weirauch, a.a.O., S. 140 ff.



Stiftsgebäude in Quedlinburg — Sitz der Stadtherren von Gera

Quedlinburg aus nicht möglich war¹²⁾. Den Stiftsvögten war dann freie Hand gelassen, was sie gründlich zu ihren Gunsten ausnutzten.

Anders wurde es während der langen Amtszeit der Äbtissin Gertrudis (1233 – 1270). Diese löste verpfändete Besitzungen ein, kaufte veräußerte zurück und verwaltete energisch den Besitz des Stiftes¹³⁾. Nach der bereits oben genannten Urkunde von 1237¹⁴⁾ reiste sie selbst nach Gera, um die dortigen Verhältnisse zu überprüfen und verglich sich mit Heinrich d. Ä., Vogt von Weida, über die gerichtlichen Einnahmen der Vogtei und über die Gewinne der Geraer Münze. Gertrudis teilte mit, daß wegen der Gerichtsgefälle mit ihrem Beamten Streit entstanden sei. Er habe sämtliche Einkünfte für sich behalten, während dagegen eine Teilung von 2/3 für das Stift und 1/3 für den Vogt üblich und angemessen sei¹⁵⁾.

Der Vogt von Weida behauptete seinerseits, ihm stünden alle gerichtlichen Einnahmen zu, denn diese Gepflogenheit wäre schon lange Zeit bei seinen Vorfahren gebräuchlich gewesen. Schließlich verglichen sich beide Parteien dahin, daß die Äbtissin gegen die Zahlung von 70 Mark Silber nicht nur den Vogt, sondern auch seine Söhne als Nachfolger mit den streitigen 2/3 Anteilen der Gerichtsgefälle und mit der Münze in Gera belehnte.

Danach war die Stiftsvogtei inzwischen erbliches Lehen geworden, ein Rechtszustand, den die Äbtissin Gertrudis in der Belehnung der Söhne des Vogtes mit der Vogtei und deren Einnahmen anerkannte.

Dieser Vergleich bestätigt erneut, daß es den Vögten gelang, ihre Stellung und Rechte in Gera auszubauen.

Am 15. August 1238 verliehen Heinrich und Jutta, „grevyn zu Gera“, der Hauptkirche St. Johannis in der Stadt Gera einen Garten und Zehnt daselbst¹⁶⁾.

Die drei Enkel Heinrich des Reichen (gest. vor 1209) bildeten, es muß noch vor 1244 erfolgt sein, die drei Hauptlinien Weida, Gera und Plauen. Die Vögte von Gera waren seitdem ein selbständiges Geschlecht¹⁷⁾.

Die urkundlich nachweisbaren Beziehungen der Vögte von Gera zum Stift zu Quedlinburg werden immer spärlicher, und die Vögte bauten ihre hoheitsrechtliche Stellung im Geraer Stiftsgebiet immer mehr aus, bis sie schließlich die Grund- und Landesherrschaft erlangten.

II. Die Gründung der Stadt Gera und ihr Sonderrecht

1. Marktbildung und Stadtgründung Geras

Über die städtebauliche Entstehung Geras und die früheste Bewidmung mit Stadtrecht ist urkundlich nichts überliefert. Deshalb ist besonders die topographische Untersuchung

¹²⁾ Weirauch, a.a.O., S. 144 ff.

¹³⁾ Vgl. hierzu ebenda, S. 155 ff.

¹⁴⁾ Dobenecker III, 697.

¹⁵⁾ Es war auch üblich, einem Vogt lediglich ein Drittel aller Sporteln und Strafen zuzubilligen, vgl. auch Schlesinger, Anfänge der Stadt Chemnitz, 1952, S. 29, u. derselbe, Zur Geschichte der Gerichtsverfassung des Markengebietes, S. 58, 117.

¹⁶⁾ Dobenecker III, 743. Die Schenkung bestätigte Bischof Engelhard von Naumburg am 1. August 1240, ebenda III, 907.

¹⁷⁾ Hänsel, a.a.O., S. 4 f.

der Stadtanlage geeignet, das Dunkel um die Geraer Stadtentstehung zu erhellen und Erkenntnisse über die Stadtrechtsbildung zu gewinnen¹⁾).

Hierbei weist Johannes Fritz auf eine besondere Methode zur Erforschung der Rechtsgeschichte einer Stadt hin, nämlich „ob es nicht mindestens unbillig sei, über den rechtlichen geistigen Teil der Städte schier zu vergessen, daß sie jedoch auch einen sichtbaren, materiellen Teil: einen Körper haben! Sollte es nicht von einigem Nutzen sein“, so folgert Fritz weiter, „auch diesen zu betrachten, d. h. die Städte statt auf ihre Rechte, Statuten und Einrichtungen hin einmal anzusehen und zu vergleichen nach ihrer Bauart, Anlage und ganzen äußeren Erscheinung“²⁾. Fritz weist auf eine bestimmte Stadtanlage hin, die sich von der früherer römischer Städte durch ihre Regelmäßigkeit auszeichnet. Bei diesen nach rationalem und planmäßigem Schema angelegten Städten sind die Straßen nach Himmelsrichtungen orientiert, verlaufen schnurgerade, kreuzen sich sowie die Marktplätze rechtwinklig und die Stadtmauer umgibt das Weichbild in quadratischer oder runder Form. Der Durchmesser beträgt in der Regel 500 m. Der örtliche Mittelpunkt dieser Städte ist ihr Marktplatz.

Diese Stadttypen³⁾ werden auch nie von einem Fluß oder Bach durchflossen, liegen aber regelmäßig in deren Nähe. Sumpfige Stellen scheinen aus militärischen Gründen mehr gesucht als gemieden worden zu sein. Als Ursache solcher regelmäßigen Stadtanlage gibt Fritz eine bewußte und planmäßige Gründung an⁴⁾. Nach dieser im 12. und 13. Jahrhundert vor allem im Osten Deutschlands angewandten Städteplanung wird dieser Grundriß als sog. „ostdeutsches Normalschema“ bezeichnet⁵⁾.

¹⁾ Die Verfassungstopographie ist seit Johannes Fritz, *Deutsche Stadtanlagen*, 1894, zur unentbehrlichen Hilfswissenschaft stadtrechtlicher Forschungen geworden. „Ihre Aufgabe ist die Untersuchung der räumlichen Entwicklung des Stadtbildes im Hinblick auf ihre verfassungsrechtlichen Hintergründe“, Fröhlich, *Das verfassungstopographische Bild der mittelalterlichen Stadt*, 1953, S. 61. Näheres über die Bedeutung der städtischen Verfassungstopographie in der Stadtrechtsforschung s. Fröhlich, ebenda, S. 61 ff.; P. J. Meier, *Grundriß der deutschen Stadt in seiner Bedeutung als geschichtliche Quelle*, 1909, S. 106 ff., und neuerlich Hans Patze, *Die Entstehung der Landesherrschaft in Thüringen*, 1962, S. 404, Anm. 1.

Entscheidende Ergebnisse für die Rechtstopographie der Städte brachte Beyerle, *Zur Typenfrage in der Stadtverfassung*, 1930, S. 1 ff. Eine bedeutende Arbeit auf gleichem Gebiet leistete Strahl, *Zur Verfassungstopographie der mittelalterlichen Stadt mit besonderer Berücksichtigung des Gründungsplanes der Stadt Bern*, 1950, S. 372 ff.

Gute Beispiele von Stadtplanuntersuchungen zur Erforschung von Stadtentstehung und Stadtrechtsbildung geben Rietschel, *Markt und Stadt in ihrem rechtlichen Verhältnis*, 1897; J. R. Kretschmar, *Entstehung von Stadt und Stadtrecht in den Gebieten zwischen der mittleren Saale und der Lausitzer Neiße*, 1905, und *Stadtplan als Geschichtsquelle*, 1908, S. 133 ff., 136 f.; Schlesinger, *Die Anfänge der Stadt Chemnitz und anderer mitteldeutscher Städte*, 1952, für Chemnitz und Patze, *Recht und Verfassung thüringischer Städte*, 1955, und *Die Entstehung der Landesherrschaft in Thüringen I.T.*, 1962, S. 404 ff., für thüringische Städte.

²⁾ *Deutsche Stadtanlagen*, 1894, S. 4.

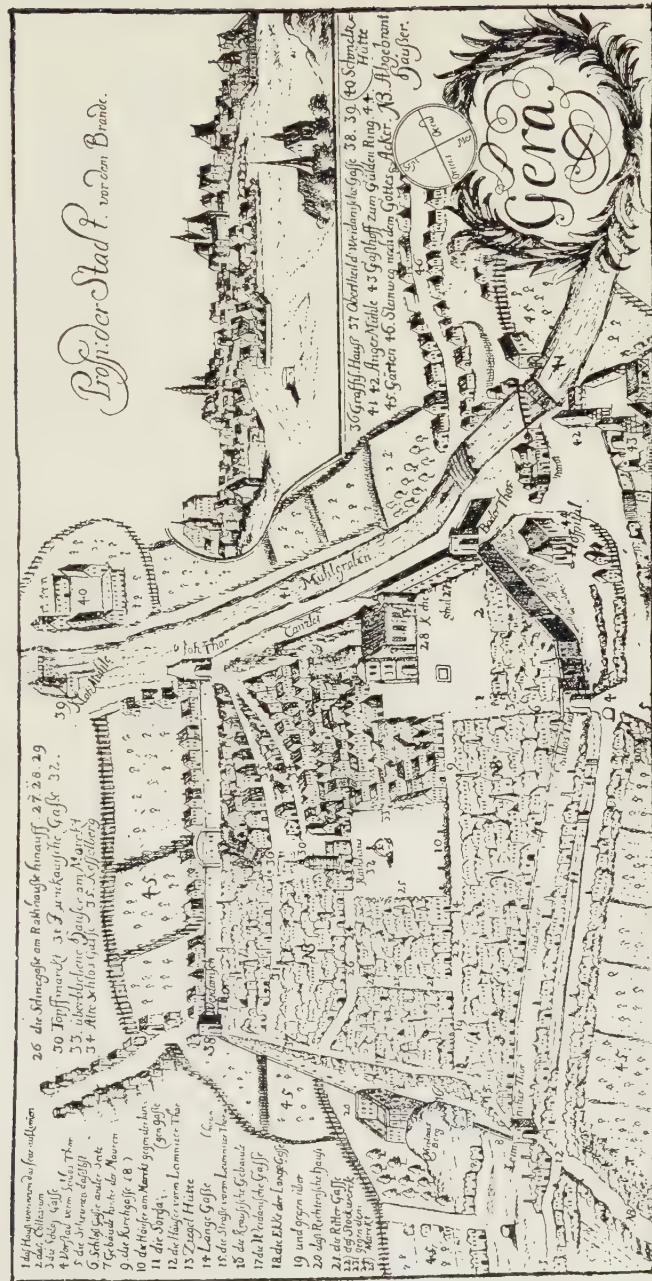
³⁾ Über die verschiedenen Grundrißtypen der planmäßig angelegten Städte vgl. P. J. Meier, a.a.O., Sp. 105 ff.

⁴⁾ Fritz, a.a.O., S. 21.

⁵⁾ Schlesinger, *Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter*, II, 1962, S. 26. Das eigentliche Städtegründungsgebiet ist das ostdeutsche Kolonisationsland östlich der Saale und Elbe. Nach Flach, *Entstehungszeit thüringischer Städte*, 1942, S. 63, sind 84 Städte in Thüringen bewußte und planmäßige Gründungen. P. J. Meier, a.a.O., Sp. 105 ff., und Schlesinger, *West und Ost in der deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters*, 1963, S. 251, weisen jedoch nach, daß auch im Westen und Südwesten Deutschlands im genannten Zeitraum Städte planmäßig gegründet und angelegt wurden. Der Begriff „ostdeutsches Normalschema“ ist deshalb nicht wörtlich und absolut zu verstehen.

Der weitberühmten Stadt Vera/ander Gfster im Loigatlande/

Eigendlicher *Arb* und vorachaffter *Verd* von ihrer jämmerlichen *Ern* / so nach *St*tes größtem *Verh*ange
 als amtoten *M*erg dieses 1686sten *J*abres / durch eine höchst überbliche *Feuers*-*St*unst geschehen und nach ihrer *St*uffart
 und *A*usgang mit *S*iffen bemercket ist.





Stadtplan von Gera um 1820

Handelt es sich bei Gera um einen solchen planmäßigen Stadtgrundriß, so ist dieser geeignet, ein urkundliches und zwar einer schriftlichen Quelle ebenbürtiges Zeugnis für die städtische Entstehungsgeschichte abzugeben⁶⁾.

Die ältesten Stadtpläne Geras von 1686 und 1820 sowie die noch heute erkennbare bauliche Anlage der Altstadt selbst bestätigen einen planmäßigen Stadtgrundriß. Danach ist das Straßensystem gitterartig angelegt. Deutlich sind auf den Stadtplänen die zwei geraden Hauptstraßen — Lange Gasse und Böttchergasse — zu erkennen, die von Ost nach West führen und zweimal von Hauptstraßen — Weidaische Gasse — Steinweg und Schloß- sowie Klotzgasse — aus Nord nach Süd rechtwinklig geschnitten werden. An deren Anfängen und Enden lagen, außer im Norden⁷⁾, die fünf Stadttore.

Die vier Hauptgassen nahmen den Fernhandelsverkehr, der Gera berührte, auf und leiteten ihn durch die Stadt. So führte durch das westliche Badertor die von Bamberg—Nürnberg kommende Handelsstraße, zog sich die Lange Gasse entlang und verließ Gera durch das Leumnitzer Tor in Richtung Zeitz — Leipzig. Es war der wichtigste Straßenzug, an dem die Stadt angelegt wurde. Durch das Schloßtor zur Schloßgasse gelangte der Verkehr der „Alten Straße“ oder „Täler-Straße“ von Jena in die Stadt und führte durch die Lange Gasse und das Leumnitzer Tor weiter nach Altenburg. Durch das gleiche Tor erreichte die sich von Halle über Dürrenberg, Teuchern und Zeitz erstreckende „Salzstraße“ Gera und zog sich über die Weidaische Gasse, die Lange Gasse und Klotzgasse nach Gera — Liebschwitz und weiter in Richtung Zwickau. Die sich von Süden heranziehenden Straßen aus Plauen und Weida mündeten durch das Weidaer Tor in die Stadt.

Somit führten die Gera berührenden Handelsstraßen durch die Haupttore der Stadt, nämlich das Bader- und Leumnitzer Tor sowie das Schloß- und Weidaer Tor und anschließend durch die vier Hauptgassen der Stadt, deren verkehrstechnische Bedeutung überwiegend von dem durchziehenden Verkehr bestimmt wurde. Die Nebengassen sind lediglich Verbindungswege zwischen den genannten Verkehrsachsen und diesen untergeordnet. Die von Ost nach West verlaufenden Hauptgassen führten zu dem topographischen Mittelpunkt der Stadt, dem fast quadratisch angelegten Hauptmarkt und dem Kornmarkt.

Selbst das Rathaus ist zwischen den beiden Marktplätzen nach den Himmelsrichtungen orientiert und zeigt genau von Osten nach Westen.

Es hat den Anschein, daß Gera vom Zentrum des Marktes aus gebaut wurde, da die gesamte Stadt die Form einer gleichmäßigen Anlage besitzt⁸⁾.

Somit entspricht die viereckige, fast quadratische Stadtanlage Geras dem sog. „ost-deutschen Normalschema“⁹⁾ ¹⁰⁾ und weist Gera als eine planmäßige Stadtanlage aus.

Die uns vorliegenden Stadtpläne von 1686 und 1820 geben die ursprüngliche Stadtanlage getreu wieder. Selbst Stadtbrände, die Gera heimsuchten, haben kaum zu einer

⁶⁾ Strahm, a.a.O., S. 395.

⁷⁾ Dort steigt das Gelände zum Nikolaiberg erheblich an.

⁸⁾ Planitz, Die deutsche Stadt im Mittelalter, 1954, S. 193 f. Diese Gründungsform kam im ostdeutschen Siedlungsland häufig vor, so Weimar, Naumburg, Zittau, Leipzig, Neustadt a.d.O., Jena usw.

⁹⁾ Dt. StB. II, S. 297.

¹⁰⁾ Die meisten Stadtgründungen besaßen die quadratische oder rechteckige Form, die nach Planitz, a.a.O., S. 197, besonders im 12. und 13. Jahrh. bevorzugt wurde. So auch das etwa zur gleichen Zeit von den Vögten zu Weida angelegte Plauen, Ludwig, Urkunden zur Geschichte der Deutschordens-Komturei Plauen, 1957, S. 56.

Veränderung des Stadtgrundrisses geführt¹¹⁾). Die Bürger hingen mit großer Zähigkeit an ihrem Grundbesitz, weil er die Voraussetzung für ihre innegehabten Rechte als Vollbürger war und somit ihre Existenzgrundlage darstellte. Jahrhundertlang hielten sie an ihrer area fest. Erst das vorige Jahrhundert hat hierin Veränderungen gebracht.

Der mit der Mauer umschlossene Stadtraum betrug etwa 22,5 ha. Die Größe entspricht den mit Ausgang des 12. Jahrhunderts gegründeten Städten¹²⁾).

Gera ist eine Fünftorstadt. Hans Planitz¹³⁾ zählt von diesen eine Gruppe — darunter Gera — zu den Gründungsstädten, deren Entstehung im wesentlichen auf einem einheitlichen Gründungsvorgang beruht.

Gera ist also keine zufällig aus einem Dorfe gewachsene Stadt. Sie ist aber auch nicht völlig aus „wilder Wurzel“ entstanden¹⁴⁾. Der vorstädtische ursprüngliche Siedlungskern war die Burg und Burgsiedlung auf der rechten Elsterseite¹⁵⁾, also im wesentlichen der westliche Stadtteil mit Schloß, Regierungsgebäude, Kirchuine und Schulplatz. Die verkehrsgünstige Lage an dem Flußübergang der Frankenstraße und an den übrigen, sich kreuzenden Handelswegen mag dazu beigetragen haben, daß dort die deutsche Burg, und zwar im bisherigen Burgwardmittelpunkt errichtet wurde¹⁶⁾.

Von dieser Burg nahm die Stadtanlage unter planmäßiger Einordnung der Burggüter der castellani¹⁷⁾ und der Pfarrkirche (St. Johannis) der provincia Gera¹⁸⁾ ihren Ausgang. Den quedlinburgischen Wirtschaftshof an der Ostecke des früheren Roßplatzes, am alten Siedelhof, und die zwei Mühlen beließ man außerhalb des Stadtgebietes.

Die Stadt Gera ist somit aus einem konstitutiven Gründungsakt planmäßig entstanden, wie das bei den Städtegründungen des 12. und 13. Jahrhunderts im ostdeutschen Siedlungsgebiet typisch ist¹⁹⁾. Gera ist damit eine bewußt angelegte Burgsiedlung²⁰⁾.

¹¹⁾ Vgl. hierzu Ermisch, Die Anfänge des sächsischen Städtewesens, 1901 S. 135. Lediglich die wenigen abgebrannten Häuser zwischen der Langen Gasse und dem Marktplatz wurden nicht wieder errichtet.

¹²⁾ Planitz, a.a.O., S. 201 f.

¹³⁾ Ebenda, S. 247, Anm. 11. Weiter nennt er u. a. Saalfeld 1208, Gotha (1180—1189) sowie die Ratsstadt Naumburg (13. Jahrh.).

¹⁴⁾ Der Begriff „auf“ oder „aus wilder Wurzel“ ist aus dem Sachsenspiegel III, 79,1 übernommen. Dort bedeutet er ungeordnetes, verlassenes Ödland: „Svar gebure en nie dorp besettet von wilder wortelen . . .“.

¹⁵⁾ Sicher 1234 bezeugt, Dobenecker III, 457.

¹⁶⁾ Schlesinger, Burgen und Burgbezirke, S. 186.

¹⁷⁾ Die Städtebildung scheint im mitteldeutschen Osten im allgemeinen von der Burg als militärischem Zentrum und Verwaltungsmittelpunkt ausgegangen zu sein, und die Burg wurde in die Stadtanlage einbezogen, wie das Flach, Grundzüge einer Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar, 1956, S. 149, für Weimar, und Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter, II, 1962, S. 27, für das Vogt- und Pleißenland neuerlich nachweisen. Vgl. auch Planitz, Frühgeschichte der deutschen Stadt, 1943, S. 18, und derselbe, Deutsche Stadt im Mittelalter, 1954, S. 165, 184 ff. Auch die Stadtgründung Quedlinburgs nahm von der dortigen Burg Heinrichs I. ihren Ausgang. Der gleiche Siedlungsvorgang ist für Plauen i.V. und Neustadt a.d.O. festzustellen.

¹⁸⁾ Über die Pfarrkirche Geras s. unten S. 46.

¹⁹⁾ Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter, II, S. 26, und derselbe, Die Anfänge der Stadt Chemnitz, 1952, S. 79, nimmt das auch für Chemnitz, und Ludwig, a.a.O., S. 55—57, für Plauen an.

²⁰⁾ So auch Radig, Siedlungstypen in Deutschland und ihre frühgeschichtlichen Wurzeln, 1955, S. 138 f.

Wie andere Städte des Vogtlandes ist auch Gera neben einem Dorf gegründet worden²¹⁾. Das im Nordosten der Stadt liegende Sorbendorf Zschochern bezog man nicht mit in das Stadtgebiet ein²²⁾.

Der Stadtherr von Gera war offenbar das Stift zu Quedlinburg. Die auf der Stadtburg in Gera gesessenen Vögte zu Weida kamen hierfür nicht in Betracht, denn sie standen im Stiftsgebiet Ende des 12. Jahrhunderts, dem Zeitraum der Stadtgründung, lediglich der Vogtei in Gera als Beamte vor. Das beweist auch die Tatsache, daß in Gera von etwa 1185 bis 1270 nur Brakteaten mit dem Äbtissin-Bildnis geprägt wurden. Der Vogt war nicht abgebildet, obgleich das seiner angestrebten Landeshoheit und Stadtherrschaft förderlich gewesen wäre²³⁾. Im Gegensatz hierzu sind aus dem von den Vögten zu Weida gegründeten Plauen i. V. aus der Zeit um 1220 und aus Weida zwischen 1240 bis 1260 geprägte Brakteaten vorhanden, die sie als Landesherren darstellen²⁴⁾.

Einen weiteren Beweis für die Quedlinburger Stadtherrschaft liefert uns die Urkunde vom 5. 10. 1234²⁵⁾. Danach entläßt Bischof Engelhard von Naumburg auf Ersuchen Heinrichs d. Ä., Vogt zu Weida, die Geraer Burgkapelle aus der Parochie der Stadtkirche St. Johannis zu Gera. Danach war die städtische Pfarrkirche nicht, wie allgemein östlich der Saale üblich, der Burgkapelle angegliedert, sondern sie war von der Burg losgelöst und die Burgkapelle vielmehr ihr angeschlossen. Berücksichtigt man die im Geraer Stiftsgebiet gegebenen verfassungsrechtlichen Verhältnisse, so ist aus dem Genannten zu schließen, daß die auf der Stadtburg gesessenen Weidaer Vögte noch keine landeshoheitlichen Befugnisse in Gera besaßen.

Deshalb ist die Frage Walter Schlesingers²⁶⁾, ob man hieraus auf die Gründung der Kirche vom Stifte Quedlinburg aus schließen kann, zu bejahen. Die Vögte von Weida waren für die Landschaft Gera lediglich Stiftsbeamte.

Allerdings führten die Vögte zu Weida im Auftrage der Äbtissin Agnes II. (1184–1203) des Stiftes zu Quedlinburg den städtebaulichen Siedlungsakt aus. Deshalb weist Gera bestimmte Merkmale in seinem Grundriß und seiner Anlage auf, die auch bei anderen vögtischen Städten wie z. B. Plauen i. V. feststellbar sind. Die Weidaer besaßen auch die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen, eine geeignete Fläche in Hausstätten, Plätze und Gassen einzuteilen, denn sie besiedelten seit Mitte des 12. Jahrhunderts das Vogtland²⁷⁾ und legten neben Gera etwa zur gleichen Zeit die Städte Weida und Plauen i. V. an.

Als Städtebauer kommen die Vögte zu Weida Heinrich I., genannt der Fromme (ca. 1172 – 1193) oder Heinrich II., genannt der Reiche (1193 bezeugt, gestorben vor 1209)

²¹⁾ Die gleiche Methode wurde für Plauen i.V., Weida und Schleiz angewandt. Allgemein hierzu Planitz, Deutsche Stadt im Mittelalter, S. 188.

²²⁾ Näheres über die Gründe S. 51.

²³⁾ Später — wohl gegen Ende der Regierungszeit der Äbtissin Agnes II. (1184–1203) und zwischen 1209–1240 — wurde lediglich ein auf das Geschlecht der Weidaer hinweisender Weidenzweig mit dargestellt, Pfeifer, Die Münzen der Vögte von Weida und der Äbtissin von Quedlinburg aus den Münzstätten Weida und Gera, 1929, S. 61.

²⁴⁾ Ludwig, Urkunden zur Geschichte der Deutschordens-Komturei Plauen, 1957, S. 64; Feustel, Geraer Brakteaten, 1954, S. 3, und Schmidt—Knab, Reußische Münzgeschichte, 1907, S. 11.

²⁵⁾ Dobenecker III, 457. Auf diesen historischen Vorgang macht Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, I. S. 180 f., aufmerksam.

²⁶⁾ Schlesinger, a.a.O., S. 180. Hinweise, die auf eine Königskirche deuten, bieten sich nicht an.

²⁷⁾ Schlesinger, Egerland, Vogtland, Pleißenland, S. 189, 207; derselbe, Kirchengeschichte Sachsens, II, S. 27.

²⁸⁾ in Betracht, denn Gera wurde, wie unten nachgewiesen wird²⁹⁾, zwischen 1190 und 1200 gegründet.

Die Motive der Stadtgründung Geras sind quellenmäßig nicht nachweisbar. Wahrscheinlich bestanden sie für das Stift als Stadtherren und die Vögte als Gründer in den wirtschaftlichen und vor allem finanziellen Vorteilen, die der Marktverkehr und der Besitz von Zoll- und Münzstätten mit sich brachten³⁰⁾. Geleitsgelder, Zölle und Steuern, die sich aus den städtischen Erwerbszweigen und dem Handel ergaben, erhöhten die Einnahmen wesentlich. So trug die Äbtissin Agnes II. als Einkünfte Geras in das Güterverzeichnis des Stiftes den Betrag von 60 Pfund Freiburger Silber ein³¹⁾. Die Gründer waren an den Gerichtsgefallen zu einem Drittel beteiligt³²⁾. Außerdem besaß die Stadt durch ihre Befestigung den Charakter einer erweiterten Burg und war militärischer Stützpunkt³³⁾, der auch der Sicherung der Fernhandelsstraßen und des Elsterüberganges diente³⁴⁾.

Vor allem ist aber daran zu denken, daß die Stadtgründung Geras die deutsche Besiedlung der sorbischen provincia Gera abschloß und daß die Stadt als Wirtschaftsplatz die umliegenden Dörfer mit gewerblichen Gütern zu versorgen hatte³⁵⁾. Für die Stiftsvögte als die tatsächlichen Herren des Ortes bedeutete die Stadtgründung Geras einen erheblichen Machtzuwachs, durch den auch der vorbeiführende Handelsverkehr wirtschaftlich genutzt werden konnte.

Über den Zeitpunkt der Gründung Geras sagen die Urkunden nichts aus. Um diesen zu bestimmen, ist vorerst der terminus ante quem, also der früheste Zeitpunkt festzustellen, vor dem die Stadtgründung liegen muß.

Als solcher galt nach bisher allgemeiner Auffassung das Jahr 1237, in welchem Gera urkundlich als „oppidum“ ausgewiesen wird³⁶⁾. Danach wurde die Stadtgründung Geras dem 13. Jahrhundert zugerechnet³⁷⁾. Die Einwohner Geras werden in dieser quedenburgischen Urkunde „cives oppidi de Gera“ genannt. Damit wird eindeutig bestätigt, daß der Ort Gera 1237 bereits die Eigenschaften einer mittelalterlichen Stadt besaß³⁸⁾.

Jedoch läßt sich urkundlich noch eine frühere Bezeichnung Geras als Stadt nachweisen.

²⁸⁾ Über die Landesgeschichte der Vögte von Weida s. Hänsel, Weida zur Zeit der Vögte, 1929, S. 2 ff.

²⁹⁾ S. S. 44 ff.

³⁰⁾ Schubart-Fikentscher, a.a.O., S. 96 ff.

³¹⁾ Dobenecker II, 1235.

³²⁾ Vergleich zwischen Äbtissin Gertrudis und Vogt Heinrich vom 25. 10. 1237, Dobenecker III, 697. Weiter ist an die Möglichkeit zu denken, daß den Vögten vom Stift als Anerkennung die erbliche Übertragung der Vogtei als Lehen für das Geschlecht der Weidaer zugesichert wurde. Vgl. auch Ermisch, a.a.O., S. 146.

³³⁾ Die genannten Ursachen für Städtegründungen werden wohl für die thüringischen Territorialherren die gleichen gewesen sein. S. hierzu Flach, Grundzüge einer Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar, 1956, S. 150.

³⁴⁾ Planitz, Die deutsche Stadt im Mittelalter, 1954, S. 168, weist auf die Bedeutung der Stadt als militärische Sicherung von Flußübergängen hin.

³⁵⁾ Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, Bd. II, S. 26.

³⁶⁾ 1237 Oktober 25., Dobenecker III, 697. Original 1945 im Reußischen Hausarchiv zu Schleiz vernichtet.

³⁷⁾ So neben Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, 1926, S. 98; Flach, Entstehungszeit der thür. Städte, 1942, S. 68, 72 f.

³⁸⁾ Nach Pietsch, Entstehung der Städte des sächsischen Vogtlandes, 1922, S. 64, wird oppidum im Vogtland im 13. Jahrh. im Sinne einer befestigten Stadt gebraucht.

In einem bisher nicht genügend ausgewerteten Güterverzeichnis des Stiftes zu Quedlinburg aus der Zeit der gewissenhaften Äbtissin Agnes II. (1184 – 1203), jedoch nicht vor 1194³⁹⁾, wird von Gera als einer „nova civitas“ gesprochen⁴⁰⁾. Es heißt dort:

„Item in provincia Gerensi 6 marcas Fribergensis argenti et denarios mellis secundum statum anni, item ibidem 3 modios papaveris secundum mensuram terrae illius et tres modios milli, tres modios pisae, 20 modios humuli, quae cedunt Dn. Abbat. exceptis, quae cedunt officiato ⁴¹⁾, item nova civitas ⁴²⁾ ad Dn. Abbat. dinoscitur pertinere, item v. f. qui Oberland nuncupatur, item Dn. Abbatisa habet in moneta et in telonio ⁴²⁾ 13 marcas et centum, inde recipit Dn. Abbat. centum marcas una minus etc.“

Nach dem Inhalt der Urkunde kann die „nova civitas“ nur in der provincia Gera gelegen haben. Der Abdruck des Güterverzeichnisses endet mit „centum marcas una minus etc“, und es schließt eine andere örtliche Zuordnung aus. Außer Gera ist aber in dem Gebiet keine weitere städtische Niederlassung nachgewiesen. Auch die Auslegung des Terminus nova civitas als eine „neue Stadt“ gegenüber der „alten Stadt“ ist nicht schlüssig, denn der Gegensatz Neustadt – Altstadt ist im Mittelalter für Gera nicht vorhanden.

Somit ergibt sich eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß mit „nova civitas“ die neu gegründete Stadt Gera gemeint war, die später nicht weiter als die „neue Stadt“ oder die „Neustadt“ bezeichnet, sondern nach dem Namen der Provinz und des Burgwards „Geraha“ oder „Gera“ benannt wurde.

Dieser Schluß wird auch durch die Erwähnung von „Münze und Zoll“ bestätigt, die innerhalb der Landschaft Gera allein in der Stadt Gera und zwar nur eine kurze Zeit darauf urkundlich nachweisbar sind^{42a)}.

Die Bezeichnung „nova civitas“⁴³⁾ beweist einmal, daß Gera bis spätestens 1203 bereits eine Stadt im früheren Rechtssinne war und die äußeren und inneren Merkmale einer mittelalterlichen Stadt besaß. Zum anderen geht daraus hervor, daß die Stadt unter der Regierung der Äbtissin Agnes II., vielleicht erst eine kurze Zeit vor Abfassung des Güterverzeichnisses gegründet worden war.

Damit kann nach der genannten Urkunde als vorläufiges Ergebnis die Stadtgründung von Gera in das auslaufende 12. Jahrhundert gesetzt werden⁴⁴⁾.

³⁹⁾ Nach Weirauch, Güterpolitik des Stiftes Quedlinburg im Mittelalter, 1937, S. 140, stammen die überlieferten Urkunden der Agnes II. frühestens aus dem Jahre 1194.

⁴⁰⁾ Kettner, a.a.O., S. 206. Das Original ist nach Mitteilung des StA. Quedlinburgs wohl nicht mehr vorhanden. Dobenecker II, 1235, veröffentlichte nur einen Teil dieses Güterverzeichnisses, der die Einkünfte betrifft, ohne die Nennung Geras als nova civitas mitzuteilen. Das vollständige „alt Verzeichniß etlicher Abtey Güter zu Zeiten der Agnes“ schien nur wenigen Stadthistorikern bekannt gewesen zu sein. Selbst E. P. Kretschmer erwähnte es nicht in seiner vollständigen Abfassung.

⁴¹⁾ Dem Schultheißen.

⁴²⁾ Gesperret von mir.

^{42a)} Dobenecker III, 697.

⁴³⁾ Über die rechtliche Deutung der civitas seit dem 12. Jahrh. und die rechtlichen Merkmale einer mittelalterlichen Stadt s. Flach, Entstehungszeit der thür. Städte, 1942, S. 58 f., und Schlesinger, Über mitteleuropäische Städtelandschaften der Frühzeit, 1957, S. 42 f.

⁴⁴⁾ Die auch von Buchenau, Untersuchungen zur mittelalterlichen Münzgeschichte der Vögte von Weida, Gera und Plauen, 1899, S. 4, Anm. 2, vertretene Ansicht ist in der bisherigen Stadtgeschichtsforschung Geras nicht berücksichtigt worden.

Dieser Zeitpunkt deckt sich auch mit dem Abschluß der ostdeutschen Siedlungsbewegung im Vogtland, der Ende des gleichen Jahrhunderts erfolgte ⁴⁵⁾ und wodurch erst die Voraussetzungen für eine Stadtgründung in dem quedinburgischen Stiftsgebiet geschaffen wurden⁴⁶⁾.

Weiter sprechen für die Ansicht, daß Gera noch im 12. Jahrhundert gegründet wurde, die Forschungsergebnisse Walter Schlesingers, „daß die Wurzeln des Städtewesens im mitteldeutschen Osten, d. h. östlich der Saale gelegenen Teile Mitteldeutschlands, in frühere Zeit hinabreichen, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist“⁴⁷⁾.

Zusätzlich liegen hierfür noch andere Beweise vor. Einen solchen liefert uns die wiederholt erwähnte Urkunde der Äbtissin Gertrudis von Quedlinburg vom 25. Oktober 1237. Darin schließt sie mit Heinrich d. Ä., Vogt von Weida, einen Vergleich über die gerichtlichen Einnahmen der Vogtei Gera und über die in Gera befindliche Münze. Gertrudis (1232 – 1270) teilt hierin mit, sie habe das Streitverhältnis mit Heinrich d. Ä. beigelegt. Dieser habe bisher alle herkömmlichen Einkünfte aus der Banngewalt der Vogtei, von denen ihm nur ein Drittel, ihr aber zwei Drittel zuständen, zu Unrecht und zum Nachteil des Stiftes für sich verwandt. Dem hielt der Vogt entgegen, er wie seine Vorfahren hätten sowohl jene zwei Drittel wie auch den dritten Teil lange Zeit völlig ungehindert besessen. Gegen Zahlung von 70 Mark Silber erhielt er nunmehr die strittigen Anteile zu Lehen. Weiter hat ihm Gertrudis das Lehen der Münzstätte in Gera anerkannt, das er und seine Vorfahren bisher unbestritten inne hatten.

Danach befand sich schon längere Zeit in Gera eine Münze des Stiftes⁴⁸⁾, welche bereits die Vorfahren des Vogtes zu Lehen besaßen. Wird zu den Vorfahren, auf die sich Heinrich d. Ä. beruft, nach vorsichtiger Schätzung nur der Vater, Heinrich II., der Reiche (erscheint erstmals 1193, gestorben vor 1209), gezählt, so kann als sicher seit etwa 1190 die Tätigkeit einer Münze in Gera angenommen werden⁴⁹⁾ ⁵⁰⁾.

Vermutlich kann noch der Großvater, Heinrich I., der Fromme (nachgewiesen seit 1172),

⁴⁵⁾ Schlesinger, Egerland, Vogtland, Pleißenland, S. 209.

⁴⁶⁾ Darüber s. Näheres unten S. 45 ff.

⁴⁷⁾ Die Anfänge der Stadt Chemnitz und anderer mitteldeutscher Städte, 1952, S. 11 f. Die gleiche Feststellung für den ostsaalischen Teil Mitteldeutschlands ebenda, S. 172. Dieser Auffassung schließen sich lokale Stadtgeschichtsforscher an, so Ludwig, a.a.O., S. 3, 38, 56, für die Stadtgründung von Plauen i.V.

⁴⁸⁾ Nach Francke, Münze zu Weida, 1908, S. 3, betrugen die Einnahmen zur Zeit der Agnes II. 113 Mark Silber jährlich. Erhalten habe sie aber nur 99 Mark. Über die Geraer Münzgeschichte s. Näheres bei B. Schmidt u. Knab, Reußische Münzgeschichte 1907, nebst Ersten Nachtrag 1909. Die Münze wurde in dem von Kettner, a.a.O., S. 206, veröffentlichten Güterverzeichnis zwischen 1194 und 1203 erstmals erwähnt.

⁴⁹⁾ Auch B. Schmidt u. Knab, Erster Nachtrag zur Reußischen Münzgeschichte, S. 2, bestätigen erneut die urkundlich nach ihrer Auffassung ungefähr um 1200 belegte Münzstätte in Gera. Sie räumen jedoch ein, daß diese bereits ein oder zwei Jahrzehnte früher in Betrieb gewesen sein könne. Aus der Zeit bis 1200 geprägte Münzen geben Schmidt-Knab in ihrer reußischen Münzgeschichte die Nr. 1–3, 9, 10 und 12 ohne Weidenzweig sowie die Nr. 20–25 und 42 mit solchen Zweigen an. Im Geraer Städtischen Museum sind zwei vor 1200 geprägte Brakteaten ausgestellt.

⁵⁰⁾ Die Münze scheint 1270 bis 1280 ihre Tätigkeit eingestellt zu haben. Jedenfalls findet sich kein Gepräge von ihr über diese Zeit hinaus.

dazu gerechnet werden, so daß der Münzstättenachweis noch etwa um zehn Jahre vorzuverlegen wäre⁵¹⁾.

Die Annahme, daß sich bereits ab etwa 1180 in Gera eine Münze befand, wird auch durch die gefundenen Brakteaten bestätigt, die der Geraer Münzprägung zuzurechnen sind. Sie sind von dem Münz- und Stempelschneider Luteger gefertigt und nach Heinrich Buchenau etwa zwischen 1185 — 1190 in Gera geprägt worden⁵²⁾.

Weiter ging in der Regel die Münzstättenerrichtung mit der Marktbildung nebeneinander her und bedingten einander. Mangels einer Reichs- oder Landeswährung waren die örtlichen Münzprägungen zum Marktverkehr erforderlich, denn Handel und Produktion waren ohne Ausgleichswert als Zwischenstufe, d. h. ohne Geld in größerem Ausmaß nicht möglich. Eine Münze setzte deshalb stets einen Markt mit Handelsverkehr und Gewerbe voraus, und umgekehrt war für einen Markt die Münze erforderlich⁵³⁾. Deshalb war im Mittelalter allgemein die Münzverleihung Bestandteil des königlichen Marktprivilegs⁵⁴⁾.

Nach der seit etwa 1180 nachgewiesenen Münzstätte ergibt sich, daß in Gera seit der gleichen Zeit ein Markt als sicher anzunehmen ist⁵⁵⁾. Erleichtert hat die Marktgründung außer der guten wirtschaftlichen Lage die Hauptkirche, die Menschen regelmäßig aus dem Gebiet der jetzigen Stadt versammelte⁵⁶⁾, und die Burg, die Schutz gewährte.

Die zwischen 1185 — 1190 geprägten Brakteaten beweisen aber für diesen Zeitraum nicht nur einen Markt in Gera, sondern sogar die Stadtgründung. Der Geraer Markt hat nämlich nach dem städtischen Grundriß nicht zum Markttort, Marktflecken oder zur Kaufmannswik geführt, sondern zur planmäßig gegründeten Stadt.

Falls sich ein Markttort oder eine Niederlassung von Kaufleuten oder Handwerkern allmählich herausgebildet hätte, könnte der Stadtgrundriß von Gera unmöglich die planmäßige Form und geraden Linien der Straßenzüge, Stadtmauer, Marktplätze u. a. aufweisen. Eine Aufnahme der Marksiedlung in das Stadtgebiet wäre jeder auf den Stadtplänen und noch heute in der Altstadt von Gera festzustellenden Planmäßigkeit zuwidergelaufen. Ein solches Mißverhältnis ist aber nicht feststellbar. Gera besitzt

⁵¹⁾ Buchenau, a.a.O., S. 6, zählt unter Berücksichtigung der „Kürze des geschichtlichen Gedächtnisses im Mittelalter“ zu den Vorfahren des Vogtes Heinrich dessen Vater und Großvater und glaubt die Münze sogar seit 1160—1170 im Besitz der Vögte. Das dürfte wohl zu früh angesetzt sein. Vgl. hierzu auch Feustel, Geraer Brakteaten, 1954, S. 2 f. Nach P. J. Meier, a.a.O., Sp. 115, befanden sich in Thüringen schon vor 1180 in Mühlhausen, Nordhausen, Erfurt, Eisenach und auch bereits in Gotha, Weimar, Kelbra, Apolda, Camburg a.d.S. und Altenburg Münzen, die auf einen regen Handelsverkehr hinweisen. Buchenau, a.a.O., S. 2, nennt als erste Münzstätten Thüringens neben Erfurt, Arnstadt, Naumburg und Merseburg. Etwa ab 1000 werden Münzprägungen in Thüringen nachgewiesen.

⁵²⁾ Buchenau, Der Bracteatenfund von Seega, 1905, Sp. 128 f., Nr. (490 b) — 491 und derselbe, Der Brakteatenfund von Gotha, 1928, S. 120 Nr. (360). Hinsichtlich der zeitlichen Einordnung durch Schmidt und Knab s. Fußnote 49. Nach von Posern-Klett, Sachsens Münzen im Mittelalter, 1846, S. 98 ff., erst Münzprägungen ab 1200.

⁵³⁾ Keutgen, a.a.O., S. 184.

⁵⁴⁾ Spieß, Marktprivileg, 1916, S. 320 ff., Schlesinger, Forum, villa fori, ius fori, S. 289. So Markt-, Münz- und Zollprivileg Ottos III. von 994 an das Stift zu Quedlinburg.

⁵⁵⁾ Das nimmt auch Feustel, Geraer Brakteaten, 1954, S. 3, an. Die urkundliche Erteilung eines Markt- und Stadtprivilegs für Gera ist uns nicht überliefert worden. Sie kann aber nach dem Inhalt des Quedlinburger Güterverzeichnisses aus „moneta et teloneum“ gefolgert werden; vgl. hierzu S. 41.

⁵⁶⁾ Gönnerwein, a.a.O., S. 346.

auch keine Neustadt im Sinne einer mittelalterlichen städtischen Neugründung. Auch der westliche vorstädtische Teil mit Regierungsgebäude, Kirchrüine und Schulplatz war keine Marktsiedlung gewesen, denn er blieb allein landesherrlichen Gebäuden vorbehalten.

Vielmehr hat der Rechtsakt der Marktverleihung mit Münz- und Zollprivileg eine unmittelbare Stadtgründung als einen rational schematischen Siedlungsakt zur Folge gehabt; anderenfalls wäre eine allmähliche und dadurch regellos ausgebildete Marktsiedlung erfolgt. Deshalb kann angenommen werden, daß die Siedlungsanlage der Stadt neben der Marktbildung oder verhältnismäßig kurz danach unter dem Schutze der Burg einherging, ja diese wegen Fehlens einer geeigneten Ortschaft geradezu bedingte⁵⁷⁾. Aus dem Marktprivileg wird sich das Stadtprivileg herausgebildet haben, das in der deutschen Ostbesiedlung häufig angewandt wurde⁵⁸⁾. Außerdem sind die im deutschen Osten ins Leben getretenen neuen Gemeinwesen im allgemeinen nicht rein zufällig entstanden, sondern überwiegend, wie Schubart-Fikentscher⁵⁹⁾ und Schlesinger⁶⁰⁾ feststellen, im „bewußten Rationalismus“ errichtet und nach „rationalem Schema“ angelegt worden. Sie können als Abschluß der großen mittelalterlichen Ostbesiedlung angesehen werden. Das hat auch für die Stadt Gera zu gelten.

Nach diesen Feststellungen kann der in das Ende des 12. Jahrhunderts angesetzte Zeitpunkt der Stadtgründung Geras noch konkreter bestimmt werden. Er fällt auf Grund des Schemas der Stadtanlage mit dem durch Brakteatenfunde bezeugten Markt 1185 – 1190 zusammen oder liegt höchstens wenige Jahre danach. Weiter kann begründet angenommen werden, daß die Äbtissin Agnes II. (1184 – 1203) das Güterverzeichnis nicht gegen Ende ihrer Regierung, sondern an dem frühesten nachgewiesenen Zeitpunkt ihrer urkundenden Tätigkeit, also gegen 1194 anfertigen ließ.

Somit ist die Stadt Gera zwischen 1190 und 1195, spätestens bis 1200 gegründet worden, und zwar als civitas im Sinne des mittelalterlich-rechtlichen Stadtbegriffs.

Die Bezeichnung Geras als civitas durch Agnes II. kennzeichnet also tatsächlich den Ort als deutsch-rechtliche Stadt und liegt zeitlich nahe hinter dem Siedlungsakt.

Dieses Ergebnis wird auch nicht durch die Bezeichnung Geras als „villa“ etwa um 1200⁶¹⁾ erschüttert⁶²⁾, sondern eher gestützt. Der Terminus villa hat, wie andere Ortsbezeichnungen, eine wechselnde Bedeutung. So wurde tatsächlich im 9. bis 11. Jahrhundert darunter wie unter oppidum und vicus ein offener Ort verstanden⁶³⁾. Walter

⁵⁷⁾ Diese Ansicht wird auch durch P. J. Meier, a.a.O., Sp. 115, für Thür. Städte unterstützt. Er sagt zu anschließenden Stadtgründungen: „Da aber im allgemeinen in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts . . . bei Neugründungen die Periode der bloßen Marktniederlassung, die älteste Form eines kaufmännischen Ortes, abgeschlossen ist und an ihre Stelle die Städte getreten sind, so kann man den Schluß wagen, daß namentlich die dynastischen thüringischen Münzorte damals schon städtischen Charakter besaßen.“

⁵⁸⁾ Spieß, a.a.O., S. 370 ff.

⁵⁹⁾ A.a.O., S. 16. Da die gewissenhafte und energische Äbtissin Agnes II. (1184–1203) im Zeitabschnitt der Stadtgründung regierte, ist an eine planmäßige wirtschaftliche Entwicklung der provincia Gera unter genauer Anweisung der Vögte zu denken.

⁶⁰⁾ Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter, II, 1962, S. 26.

⁶¹⁾ Dobenecker II, 1234.

⁶²⁾ Pietsch, Entstehung der Städte des Sächs. Vogtlandes, 1922, S. 113, glaubt, unter villa nur Siedlungen bäuerlichen Charakters verstehen zu müssen.

⁶³⁾ Gerlach, Entstehungszeit der Stadtbefestigung in Deutschland, 1913, S. 9. Vgl. auch Schwarz, Anfänge des Städtewesens in den Elb- und Saalegegenden, 1892, S. 3.

Gerlach⁶⁴⁾ weist aber für die folgenden Jahrhunderte eine unter französischem Einfluß sich wandelnde Ortsbezeichnung nach. Unter villa verstand man bereits seit Mitte des 12. und besonders im 13. Jahrhundert auch die befestigte Stadt. Hans Planitz⁶⁵⁾ versteht unter dem Terminus villa vor allem im 11. und 12. Jahrhundert eine Kaufmannssiedlung; villa kann nach seiner Ansicht auch jede offene, später befestigte Siedlung sein⁶⁶⁾.

Tatsächlich werden im 11. und 12. Jahrhundert Städte als villae bezeichnet, die nachgewiesenermaßen bereits die Eigenschaften einer Stadt erlangt hatten⁶⁷⁾.

Der Terminus villa drückt jedoch eine nur beschränkte örtliche Bedeutung des Marktverkehrs aus. Trotzdem waren die Einnahmen aus der Landschaft und Stadt Gera nicht gering⁶⁸⁾. Der Terminus villa bestätigt also um die Wende des 12. zum 13. Jahrhundert gleichfalls die städtischen Eigenschaften Geras.

Auch scheint die Stadt um diese Zeit mit Wällen und Gräben oder vielleicht gar mit einer Mauer umgeben gewesen zu sein. Jede Stadt strebte nach einer Ummauerung⁶⁹⁾. Eine frühe Befestigung entsprach auch der Stadtanlage nach dem sog. „ostdeutschen Normal-schema“ und gehörte seit dem 12. Jahrhundert zu den rechtlichen Merkmalen des mittelalterlichen Stadtbegriffs⁷⁰⁾.

In der Landschaft Gera lagen etwa seit Mitte des 12. Jahrhunderts auch die siedlungsmäßigen und wirtschaftlichen Voraussetzungen vor, welche die Anlage eines Marktes, eine örtlich zentralisierte handwerkliche Produktion, und überhaupt die Stadtgründung begünstigten, ja diese sogar erforderten.

Städtisches Leben konnte sich nur dort entwickeln, wo Handel und Gewerbe blühten, also ein Markt betrieben werden konnte. Dieser war wiederum auf ländliche Absatzgebiete für die gewerblichen Erzeugnisse nebst den handwerklichen Reparaturen und Dienstleistungen angewiesen. Auf der anderen Seite bedingten bäuerliche Siedlungen und die landwirtschaftliche Tätigkeit einen städtisch-gewerblichen Mittelpunkt⁷¹⁾. Es

⁶⁴⁾ A.a.O., S. 13.

⁶⁵⁾ Frühgeschichte der deutschen Stadt, 1943, S. 21.

⁶⁶⁾ Ebenda, S. 22.

⁶⁷⁾ Nach Alberti, US. S. 175, wird Bonn im 10. Jahrh. civitas, im 12. Jahrh. villa genannt. Selbst die Stadt Straßburg wird 1265 noch als villa bezeichnet. P. J. Meier, a.a.O., Sp. 113, berichtet von Hettstedt, das 1223 noch villa — für ihn bedeutet das ein Ort mit Markt und Münze — genannt wird. Nach Schlesinger, Die Anfänge der Stadt Chemnitz, S. 102 f., kann im 12./13. Jahrh. villa Kaufmannssiedlung, befestigte Ortschaft und sogar Stadt bedeuten. Zeit wird sogar 1262 noch als civitas vel villa bezeichnet. Erzbischof Adalbert von Mainz bestätigte 1125 dem Kloster villa Saalfeld Markt und Zoll (Dobenecker I, 1193); zu gleicher Zeit ist dort ein Schultheiß nachweisbar; Saalfeld war bereits eine stadtähnliche Siedlung. Selbst Jüterbog war eine mit Stadtrecht bewidmete civitas, als sie später noch als villa bezeichnet wird, Schlesinger, Forum, villa fori, ius fori, S. 275.

⁶⁸⁾ Als solche werden in dem Güterverzeichnis der Agnes II. (Dobenecker II, 1235) als Jahresabgaben genannt: je drei Scheffel Mohn, Hirse, Erbsen und 20 Scheffel Hopfen sowie Honigpfennige nach Jahresergebnis, wahrscheinlich für die Landschaft Gera von der sorbischen Bevölkerung geleistet, nebst 60 Mark Freiburger Silber, vermutlich als Ertrag der Stadt Gera für Münze, Zoll- und Gerichtseinnahmen.

⁶⁹⁾ Planitz, Deutsche Stadt im Mittelalter, 1954, S. 231. Im übrigen zeigt sich die Bedeutung der Befestigung von Städten an der Gestaltung zahlreicher Stadtwappen mit Mauern, Türmen und Toren.

⁷⁰⁾ Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 678 f., Flach, Entstehungszeit der thür. Städte, 1942, S. 58.

⁷¹⁾ Planitz — Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 1961, S. 129, Ziff. 1 d.

mangelte in den Dörfern an Handwerkern, und es wurden dort städtische Gewerbe-
güter benötigt, während die in der Stadt wohnenden Bürger und rastenden Reisenden
auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum Lebensunterhalt angewiesen waren.

Die deutsch-bäuerliche Besiedlung des Bistums Naumburg und somit auch des frucht-
baren, rechtsseitig der mittleren Weißen Elster gelegenen sorbischen Altsiedlungsgebietes
begannt um das Jahr 1100⁷²⁾. Bereits im ersten Drittel des 12. Jahrhunderts sind östlich
von Gera folgende deutsche Neusiedlungsdörfer nachweisbar⁷³⁾:

Hinterkulm (Gnannendorf), Nauendorf, Sölmnitz, Kretzschwitz, Groitschen, Rös-
pen, Negis und Roschütz, deren Zehnt für neugerodete Äcker, berechnet nach Schobern
Garben (scobrones)⁷⁴⁾, dem Kloster Bosau bei Zeitz übertragen wurde. Auch das etwa
10 km nord-östlich von Gera gelegene Heuckewalde wurde in diesem Zeitraum an-
gelegt⁷⁵⁾.

Somit bestand eine wesentliche Funktion der neugegründeten Stadt Gera darin, die
wirtschaftlichen Bedürfnisse der umliegenden Bauernsiedlungen zu erfüllen, und sie
wurde infolge ihres lokalen Marktes zum Wirtschaftszentrum eines ländlichen Be-
zirkes⁷⁶⁾. Allerdings nahmen die Tuchmacher Geras vermutlich bereits im 14. Jahr-
hundert am Fernhandel teil. Ihre Erzeugnisse werden in Artikel 70 der Statuten von
1487 erwähnt. Jedoch wird dadurch die genannte Bedeutung des lokalen Marktes nicht
vermindert.

In Gera befand sich auf dem späteren Johannisplatz die von dem Stift zu Quedlinburg
aus gegründete Hauptkirche der provincia Gera, die St. Johannis Baptist geweiht war⁷⁷⁾.
Ein Pfarrer Konrad wird bereits in einer undatierten Urkunde der Äbtissin Agnes II.
(1184 – 1203) erwähnt⁷⁸⁾. Der Sprengel dieser Pfarrkirche umfaßte auch das ländliche
Siedlungsgebiet der provincia Gera, und die Bauern wurden selbst durch den Gottes-
dienst veranlaßt, die Stadt aufzusuchen. Das wird die Stadtwirtschaft gefördert haben.

Auch die Verkehrslage war vorteilhaft. An Gera zogen Fernhandelsstraßen vorbei⁷⁹⁾,
die an der Stelle der späteren Heinrichsbrücke durch den Fluß führten oder sich in
und auch vor Gera kreuzten. An derartigen Stellen konnte sich städtisches Leben bilden,

⁷²⁾ S. hierzu Näheres bei Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter, II, 1962,
S. 15 ff., und ergänzend derselbe Egerland, Vogtland und Pleißenland, S. 193, 204, sowie
Zur Gerichtsverfassung des Markengebietes, S. 76, und Kötzschke, Die deutschen Marken
im Sorbenland, 1920, S. 96 f.

⁷³⁾ Dobenecker I, 1160; 1552. S. hierzu Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter,
II, S. 197, 504 u. 506.

⁷⁴⁾ Darüber Schlesinger, Bäuerliche Gemeindebildung in den mittelbischen Landen, 1964,
S. 32.

⁷⁵⁾ Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter, II, S. 16.

⁷⁶⁾ Schlesinger, ebenda, S. 26, weist auf diese besondere Aufgabe hin.

⁷⁷⁾ Dobenecker III, 743. Näheres über die kirchliche Organisation bei Schlesinger, ebenda,
I, S. 180 f., und über die Personalpfarre der städtischen Burkapelle, derselbe, ebenda,
II, S. 378, 575.

⁷⁸⁾ Dobenecker II, 1234.

⁷⁹⁾ Hierzu E. P. Kretschmer, Von alten Handelsstraßen in Ostthüringen, 1926, S. 164 ff., und
derselbe, Auf alten Handelsstraßen Ostthüringens, 1932/33, Blatt 3 und 4. Unter den
sächs. Königen, besonders durch Lothar (1125–1137) war im deutschen Osten ein großes
Verkehrsgebiet erschlossen worden, in welchem der deutsche Kaufmann unter königlichem
Schutz dem Handel nachging, Schlesinger, Die Anfänge der Stadt Chemnitz und anderer
mitteldeutscher Städte, S. 190 ff. Der besiedelte deutsche Osten bot ein gutes Absatzgebiet
und der Handelsverkehr zog sich in der Regel von Südwest nach Nordost.

denn die Stadt diene den durchreisenden Kaufleuten als Versorgungsstelle, Herberge und Zwischenstation⁸⁰⁾.

Als bedeutendste Straße berührte Gera die mittelste der drei von den süddeutschen Handelsstädten Regensburg, Nürnberg und Bamberg nach Leipzig führenden Handelswege⁸¹⁾.

Unterhalb der Stadt überquerte diese sog. Frankenstraße die Elster und erreichte Gera durch das Badertor. An der Furt und der im 17. Jahrhundert erbauten Holzbrücke erhoben die Stadtherren Geras Zoll- und Geleitsgeld. Die Gemeinde teilte sich mit den Landesherren im Verhältnis 2:1 in die Bau- und Unterhaltungskosten der Brücke⁸²⁾. Die Landesherren begründeten die höhere Kostenpflicht der Stadt damit, daß die Brücke der Bürgerschaft besondere wirtschaftliche Vorteile gebracht habe, denn die alte Handelsstraße führe darüber.

Diese von Schleiz und Triptis über die Hohe Reuth nach Gera verlaufende Frankenstraße war mit den beiderseitig führenden Heer- und Handelsstraßen sowie mit der bereits um 768 erwähnten Königsstraße durch Querwege verbunden. Hinter Triptis mündete noch der von Saalfeld, Pößneck herausführende Straßenzug in die Frankenstraße.

Weiter zog sich von Halle ein alter Handelsweg elsteraufwärts, der die Salzwerke Dürrenberg bei Weißenfels berührte und über Teuchern nach Zeitz, an Krossen und Langenberg vorbei nach Gera führte. Dann verlief der Straßenzug über das frühere sächsische Dorf Liebschwitz südlich von Gera Richtung Osten nach Zwickau. Dort vereinigte er sich mit der von Halle in das salzarme Böhmen führenden Salzstraße. Nach dieser wurde auch der Geraer Nebenzweig genannt.

Ferner schnitt die Frankenstraße im Elstertal bei Gera — Tinz den Straßenzug Eisenberg — Ronneburg. Die Rittersitze Tinz und Roschütz schützten diese Kreuzung.

Schließlich sind noch die Verbindungswege links und rechts der Elster von Gera nach Weida und Plauen und die „Alte Meßstraße“ von Gera nach Zeitz über Roschütz, Langenberg — Gasthaus Trotz über Reichenbach, Klein- und Großaga, Lonzig, Ossig und Golben zu nennen sowie die wichtige, von Jena nach Altenburg über Stadtroda, Hermsdorf, Gera, Korbußen, Großenstein und Reichstädt führende „Alte Straße“ oder „Tälerstraße“.

Neben dieser das städtische Leben fördernden Wirtschafts- und Verkehrslage — in Gera sind im 16. Jahrhundert sechs Gasthöfe bezeugt⁸³⁾ — war für die Stadtanlage selbst die geologische Beschaffenheit der Elsterhänge günstig. Die östliche Talwand der Weißen Elster bildet zwei Terrassen, deren Untergrund aus Zechstein besteht⁸⁴⁾ und die genügend Raum für den Bau eines Ortes boten. Hier waren die Möglichkeiten gegeben, auf baufestem Untergrund in sicherer Entfernung von dem oft Hochwasser führenden Elsterfluß und gegenüber dem Flußübergang der Nürnberg — Leipziger Handelsstraße die Stadt anzulegen.

⁸⁰⁾ Deshalb wurde nach Strahm, a.a.O., S. 397, bei der Wahl des Ortes einer planmäßigen Stadtgründung der Fernverkehr berücksichtigt.

⁸¹⁾ Näheres über den Verlauf bei Kretschmer, Von alten Handelsstraßen in Ostthüringen, S. 164 ff.

⁸²⁾ StA. Gera: Vergleich von 1662, August 11.

⁸³⁾ E. P. Kretschmer, Auf alten Handelsstraßen Ostthüringens, Bl. 3.

⁸⁴⁾ Alfred Auerbach, Der Untergrund des Stadtgebiets, 1930, S. 5 f.

Dort befand sich auch die etwa Mitte des 12. Jahrhunderts vermutlich von den Geraer Vögten errichtete Burg, in deren Schutz der Markt stattfand.

Schließlich wurde die Stadtgründung Geras durch die politische und staatsrechtliche Lage gefördert. Obwohl eine Stadtanlage auch noch Ende des 12. Jahrhunderts königliches Regal war, so hatte sich die Landesherrschaft zum Nachteil der königlichen Zentralgewalt bereits stark ausgebildet. Das Osterland unterstand weltlichen und kirchlichen Grundherren, die in der Territorialbildung im Zuge der deutschen Ostbewegung ihr Land wirtschaftlich zu erschließen und politisch unter ihren Einfluß zu bringen suchten. So waren es die führenden Herrengeschlechter, die aus ihrer Landeshoheit heraus im 12. und vor allem im 13. Jahrhundert im mitteldeutschen Osten Städte gründeten⁸⁵⁾, ohne im allgemeinen das königliche Recht zu beachten⁸⁶⁾. Es handelte sich hierbei um die politischen Kräfte, die für die Siedlungsaktion in ihrem Territorium im Rahmen der von den Staufern geförderten deutschen Ostbewegung bestimmend waren⁸⁷⁾. Das Stift zu Quedlinburg war somit als Grundherr der allodial übereigneten provincia Gera nicht gehindert, die Stadt aufgrund ihrer entstehenden Landeshoheit⁸⁸⁾ anzulegen, wobei es allerdings nicht ausgeschlossen bleibt, daß für Gera ein königliches Markt- und Stadtgründungsprivileg erteilt worden ist⁸⁹⁾.

Die Stadtgründung Geras scheint die Siedlungsbewegung im Stiftsgebiet im wesentlichen abgeschlossen zu haben⁹⁰⁾.

Nach der bereits erwähnten Bezeugung Geras als oppidum im Jahre 1237 wurde der Ort in der Urkunde des Landgrafen Albrecht von Thüringen über den Verkauf der Burg und Stadt Gera an den Vogt Heinrich von Gera am 9. September 1303 erneut als civitas bezeichnet⁹¹⁾.

Am 5. September 1314 verleiht Heinrich d. Ä., Vogt von Gera, dem Kloster Cronschwitz Zinsen aus dem Dorfe Hundhaupten und einer Mühle bei Zwötzen⁹²⁾. Unter den Zeugen erscheint Otto, plebanus in Gera. Die Urkunde bestätigt auch die inzwischen erfolgte deutsch-bäuerliche Besiedlung des bewaldeten linksseitigen Elstergebietes westlich von Gera.

⁸⁵⁾ Über das Städtewesen der deutschen Ostbesiedlung vor allem in Thüringen und Sachsen s. Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, II, S. 25—29. Nach Schlesinger, ebenda, S. 27, und Flach, Entstehungszeit der thür. Städte, 1942, S. 75, waren in Thüringen neben den Landgrafen aus ludowingischem und wettinischem Hause sowie den Grafen von Schwarzburg und Weimar-Orlamünde die Herren von Lobdeburg und die Vögte von Weida, Gera und Plauen bedeutende Städtegründer. Die Lobdeburger gründeten folgende Städte: Jena 1236, Stadtroda 1251, Lobenstein 1278, Lobeda 1284, Schleiz 1285, Neustadt a. d. O. 1287, Kahla 1299 und Saalburg 1313. Die Vögte, die Gera anlegten, gründeten noch Weida 1209, Plauen i. V. 1244, Reichenberg i. V. 1240, Greiz 1302, Ronneburg 1304, Werdau 1304, Adorf 1290 und Schmölln 1331. Für das sächsische Territorium s. Kötzschke, Markgraf Dietrich von Meißen als Förderer des Städtebaues, 1924, S. 7 ff.

⁸⁶⁾ S. auch als Beispiel die Stadtgründung von Groß-Wusterwitz, Schlesinger, Forum, villa fori, ius fori, S. 282.

⁸⁷⁾ Den Anteil der Staufer an der deutschen mittelalterlichen Ostbesiedlung würdigt Schlesinger, Egerland, Vogtland, Pleißenland, S. 204.

⁸⁸⁾ Bärmann, a.a.O., S. 230.

⁸⁹⁾ Näheres darüber unten S. 56.

⁹⁰⁾ Nach Schlesinger, ebenda, S. 209, endete die Besiedlung des Vogtlandes gegen Ende des 12. Jahrhunderts.

⁹¹⁾ UB. Schmidt, I, 361.

⁹²⁾ Ebenda I, 454. Dort erwähnt Heinrich d. Ä. auch Hinricus de Tepen, iudex noster in Gera.



Altstadt von Gera mit Rathaus, Marktplatz und Kornmarkt

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Stadt Gera ist planmäßig in dem letzten Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts, vermutlich zwischen 1190 und 1195 von der Äbtissin Agnes II. des Stiftes zu Quedlinburg gegründet worden, wobei ihre Stiftsvögte Heinrich I., der Fromme, oder Heinrich II., der Reiche, die Stadt anlegten.

Sie entstand gegen Ende der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung nach rationalem Schema als deutsch-rechtliche Gründungsstadt und war Mittelpunkt einer gewerblich-handwerklichen Produktion. Der dort betriebene Handel besaß anfangs lediglich lokale Bedeutung und erstreckte sich auf die bäuerlich besiedelte provincia Gera und schließlich auf die links der Elster noch angelegten Dörfer. Dadurch wurde die Stadt zum gewerblichen Zentrum eines bestimmten ländlichen Bezirks. Weiter diente sie durch ihre günstige Lage an Fernhandelsstraßen als Beherbergungsort, ohne jedoch anfangs am Fernhandel teilzunehmen.

Gera besaß einen Markt und es kann begründet angenommen werden, daß die Stadt seit ihrer Gründung von einem Wall als Mauer umgeben wurde. Markt und Mauer zählten zu den Kennzeichen, die eine mittelalterliche Stadt im Rechtssinne von den ländlichen Siedlungen oder bloßen Marktflecken unterschieden.

2. Bewidmung Geras mit Stadtrecht, die ursprüngliche Gerichtsorganisation und die Anfänge der Gemeindebildung.

Einen schriftlich-urkundlichen Nachweis über die Bewidmung Geras mit Stadtrecht besitzen wir ebensowenig wie einen solchen über die Stadtgründung. Trotzdem können aus dem Vorgang der Stadtwerdung Erkenntnisse über die Stadtrechtsbildung gewonnen werden, wobei die Statuten von 1487 ergänzend heranzuziehen sind.

Wie oben nachgewiesen, ist die Stadt Gera im Rahmen der deutschen Ostbesiedlung bewußt und planmäßig gegründet worden. Eine derartige im Sorbengebiet entstandene Ansiedlung deutscher Handwerker und Kaufleute war jedoch nicht nur anlagemäßig, sondern auch rechtlich eine völlige Neuschöpfung¹⁾, die sich als konsequente Weiterbildung einer bereits im Westen entstandenen städtischen Rechtsordnung auf deutschem Siedlungsgebiet zeigt²⁾.

Der Siedlungszweck bedingte für Gera wie auch für andere im östlichen Siedlungsgebiet gegründete Städte ein besonderes und zwar freies Grund- und Bodenrecht³⁾. Das Landrecht mit lehns-, dienst- und hofrechtlichen Abzweigungen war wegen seiner am Grundbesitz begründeten persönlichen Bindung für städtische Verhältnisse ungeeignet. Es hätte ja die Siedler vom Grundherrn abhängig gemacht.

Dieses neue Bodenrecht war die Landnahme zu freier Erbleihe, wodurch alle städtischen Siedler untereinander gleichberechtigt angesiedelt wurden und unter einem gleichen freien Siedlungsrecht lebten.

¹⁾ So Kroeschell, Weichbild, 1960, S. 15, und bereits Joh. R. Kretschmar, Die Entstehung von Stadt und Stadtrecht in den Gebieten zwischen der mittleren Saale und der Lausitzer Neiße, 1905, S. 4.

²⁾ Schlesinger, West und Ost in der deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, S. 249, u. derselbe, Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter, II, 1962, S. 25.

³⁾ Gönnerwein, Marktrecht und Städtewesen im alemannischen Gebiet, 1950, S. 362, erkennt die Bedeutung des Grundstücksrechts im *ius fori* an. Nach Kroeschell, a.a.O., S. 14, 47 ff. 61 ff. u. 110, erzeugte die Landnahme Weichbildgut. Es bildete die Grundlage städtischen Rechts und der Stadtfreiheit.

So bewirkte die Stadtgründung Geras die persönliche Freiheit der Ansiedler⁴⁾.

Außerdem waren die Bürger Geras wie auch die anderer Städte⁵⁾ vor allem Handwerker und Händler; sie mußten für ihre bürgerlich-selbständige Tätigkeit persönlich frei und ungebunden sein. Das Landrecht vermochte nicht die Grundlage der neuen bürgerlichen Gemeinschaft, der ihnen zugrunde liegenden städtischen Produktionsverhältnisse und den daraus bedingten Rechtsbedürfnissen zu bilden⁶⁾. Hierzu war vielmehr städtisches Recht erforderlich.

Um das Weichbild⁷⁾ Geras zu besiedeln, waren aus den westlichen altdeutschen Gegenden Handwerker und Händler anzuwerben, denen neben ihrem bisherigen Erb- und vielleicht auch Güterrecht städtische Privilegien als eine Art Ansiedlungsprämie zu gewähren waren. Anderenfalls hätten sie wohl kaum die Mühsal und die Gefahren des Auswanderns und Siedelns übernommen.

Daher führt Fritz⁸⁾ unter Bezugnahme auf die planmäßig gegründeten Städte folgerichtig aus, daß in allen derartigen ostdeutschen Gründungen die Rechtsbewidmung nicht als ein relativ spät erfolgter Akt zu betrachten sei, der ein längeres Bestehen der Siedlung voraussetzte, sondern daß die Siedlungsanlage und Rechtsbewidmung zeitlich zusammenfallen. So werden diese Gründungsstädte des ostdeutschen Siedlungslandes und die Ansiedler anläßlich der Gründung vom Stadtherrn mit Sonderrecht bewidmet worden sein und seit Gründung und Siedlung die Früchte einer vorläufig zum Abschluß gelangten städtischen Rechtsentwicklung genossen haben⁹⁾.

Das wird nach der Entstehungsform und Verfassungstopographie von Gera auch für diese Stadt und ihre Bürger zu gelten haben.

Deshalb ist die These begründet, daß Gera *sub iure forensi vel civili* gegründet worden ist und den Bürgern mit der Ansiedlung und Anlage der Stadt Sonderrechte verliehen wurden.

Dafür spricht zusätzlich die urkundliche Bezeichnung Geras als *civitas* gegen Ende des 12. Jahrhunderts. Hierdurch wurde bekundet, daß der Ort Gera städtische Merkmale besaß, also neben dem Markt auch einen äußerlich abgegrenzten Sonderrechtskreis mit städtischem Gerichtsbezirk darstellte und die Bürger eine Gemeinde bildeten.

Das Gera verliehene städtische Sonderrecht erstreckte sich räumlich auf das Weichbild. Darunter war für Gera nach Art. 76 und 93 der Statuten von 1487 das von der Mauer umgrenzte Stadtgebiet zu verstehen. Erst im 15. Jahrhundert erweiterte sich der städtische Rechtskreis nach Süden und Osten, wo sich keine herrschaftlichen Besitzungen befanden, auf die jenseits der Mauern gelegene Stadtflur und die dort entstandenen Vororte¹⁰⁾, ohne jedoch die Pfahlbürger an den bürgerlichen Privilegien teilhaben zu lassen. Das Stadtrecht stand allein den Bürgern zu.

⁴⁾ Kroeschell, a.a.O., S. 2.

⁵⁾ Näheres bei Planitz, Deutsche Stadtgemeinde, 1944, S. 8 ff.

⁶⁾ Hübner, Grundzüge des deutschen Privatrechts, 1930, S. 3.

⁷⁾ Über den Begriff „Weichbild“ im Geraer Stadtrecht, s. S. 73.

⁸⁾ A.a.O., S. 24 ff.

⁹⁾ Joh. R. Kretzschmar, Entstehung von Stadt und Stadtrecht, S. 143 ff.; Schubart-Fikentscher, Die Verbreitung der deutschen Stadtrechte in Osteuropa, 1942, S. 16.

¹⁰⁾ Die Rechtsausdehnung ist für Gründungsstädte typisch. So auch Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, Verfassung und Verwaltung der Stadt Neustadt a. d. O., 1928, S. 162.



Stadtmauerturm am Stadtgraben



Badertor

Eine Gera völlig umschließende Stadtmauer¹¹⁾ war als äußerliches rechtliches Merkmal¹²⁾ deshalb erforderlich, um für jedermann erkennbar die Rechtssphäre der Bürger von den Bewohnern des unmittelbar an der Nordostseite der Stadt gelegenen slawischen Dorfes Zschochern abzugrenzen. Die dort wohnenden hörigen slawischen Bauern sollten an den Privilegien der im Weichbild von Gera angesiedelten Handwerker und Händler keinen Anteil haben und weiterhin nach minderem Recht leben¹³⁾.

Auf die rechtliche Bedeutung einer Stadtmauer verweist folgender Rechtssatz:¹⁴⁾

Einem burger und einen gebur,
scheit nicht me ein czuhen und ein muer.

Aus diesen Gründen war das Befestigungsrecht städtisches Privileg und der Stolz der Bürgerschaft¹⁵⁾. Jahrhundertlang hat dann auch die steinerne Mauer die Bürger der Stadt Gera von den Bewohnern der Vororte rein äußerlich getrennt und auch rechtlich geschieden. Darauf haben die Vollbürger streng geachtet, und ihre Sonderrechte waren Gegenstand heftiger Beschwerden der Pfahlbürger an den reußischen Landesherrn¹⁶⁾.

Die Bewidmung Geras mit Stadtrecht kann nur durch das Stift zu Quedlinburg als Stadtherrn erfolgt sein, da die Vögte zu Weida, wie oben ^{16a)} nachgewiesen, zur Zeit der Gründung noch Stiftsbeamte in der provincia Gera waren.

Der Stadtherr verlieh den Bürgern von Gera aller Wahrscheinlichkeit nach Magdeburger Stadtrecht¹⁷⁾. Dafür spricht folgendes: Der Magdeburger Schöffenstuhl war für Gera Oberhof und wurde im Gegensatz zu den umliegenden wettinischen Städten bis in das 16. Jahrhundert nicht nur vom Rat der Stadt Gera, sondern auch vom Landesherrn um Rechtsbelehrung ersucht¹⁸⁾. Der Rechtszug an einen Oberhof weist gewöhnlich auf gleiche Stadtrechtsgrundsätze hin, um vor allem Rechtsmitteilungen wirksam werden zu lassen¹⁹⁾.

¹¹⁾ Bei der Stadtgründung werden nur Erdwälle, Planken und Gräben die Stadt umgeben haben. Das ist jedoch für die rechtliche Bedeutung der Umfriedung unwesentlich, so Ssp. III, 66,2.

¹²⁾ Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 678 f., erkennen die Mauer als rechtliches Merkmal an. Gönnenwein, a.a.O., S. 364, leitet aus Mauerbau und -unterhaltung sowie Wehraufgabe die sich selbst verwaltende Genossenschaft und damit den rechtlichen Stadtbegriff her.

¹³⁾ Das betrifft auch die bäuerlichen Siedler, Schlesinger, Gemeindebildung in den mitteldeutschen Ländern, S. 54. Vgl. hierzu auch Keutgen, Untersuchungen über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung, 1895, S. 68.

¹⁴⁾ Glosse zum Sächsischen Lehnrecht, Art. 78, des Nikolaus Wurm.

¹⁵⁾ Das findet in zahlreichen Stadtwappen Thür. Städte seinen Ausdruck, in denen Türme, Mauern und Stadttore aufgenommen sind, wie die von Altenburg, Zeulenroda, Neustadt a. d. O., Weida, Plauen i. V. u. a.

¹⁶⁾ S. unten S. 124 f.

^{16a)} S. S. 39 f.

¹⁷⁾ Dt. StB. II, S. 296.

¹⁸⁾ B. Schmidt, Zerstörung Geras im Sächsischen Bruderkrieg am 15. 10. 1450, S. 336, 351—360. Heinrich d. Ä., Herr zu Lobenstein, suchte für seinen Neffen, Heinrich d. J., Herrn zu Gera, vom Kurf. Friedrich wegen Zerstörung Geras Schadensersatz zu erlangen. Als er abschlägig beschieden wurde, forderte er vom Magdeburger Schöffenstuhl ein Rechtsgutachten an. — Nach E. P. Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, S. 155, weisen Geraer Urkunden des Stadtarchivs bis Anfang des 16. Jahrh. auf den Schöffenstuhl von Magdeburg hin, so StA. Gera: Urteil von ca. 1520 in Sachen des Geraer Hospitals. Rechtsersuchen richteten nach Magdeburg auch andere mit Geraer Recht bewidmete und im Herrschaftsbereich der Herren von Gera liegende Städte, wie z. B. Schleiz, B. Schmidt, Geschichte der Stadt Schleiz II, 1909, S. 116. Näheres hierzu bei Flach, Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck, T. II, 1958, S. 42 f.

¹⁹⁾ Aubin, Deutsche Stadtrechtslandschaften des Ostens, 1934, S. 32 ff., Schranil, Stadtverfassung nach Magdeburger Recht, 1915, S. 2; Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 743.

Gera gehörte weiter zum Rechtskreis des Sachsenspiegels. Hierbei ist als typisch festzustellen, daß die in dem Gebiet sächsischen Rechts liegenden Städte Magdeburger Recht besaßen²⁰⁾, und der östliche Teil von Thüringen lag im Wirkungskreis Magdeburger Rechts²¹⁾. So war in Magdeburg wie in Gera der Schultheiß Oberhaupt der Stadtverwaltung²²⁾. Ferner war die Geraer Rats- und Gerichtsverfassung nach Magdeburger Grundsätzen gegliedert²³⁾.

Die Erteilung Magdeburger Stadtrechts an Gera schloß jedoch nicht die Anpassung an besondere Rechtsbedürfnisse aus, die zu einer Sonderrechtsgestaltung führten. Dabei wurden auch Bestandteile anderer nicht sächsischer Rechte mit aufgenommen^{23a)}. So weicht vom Magdeburger Recht z. B. das Geraer Erbrecht ab. Art. 38 der Geraer Statuten von 1487 enthält das Dritteilsrecht der Witwe. Dieser Rechtssatz²⁴⁾ verrät fremdrechtlichen Einfluß und wurde als „Gewohnheit“ vom Magdeburger Schöffensstuhl stets abgelehnt^{24a)}. Dadurch schied die Stadt jedoch nicht aus der Magdeburger Rechtsfamilie aus, denn sie stimmte mit ihr nach wie vor in wichtigen Grundsätzen überein²⁵⁾.

Die Bewidmung Geras mit Magdeburger Recht ist urkundlich nicht nachgewiesen. Die Gründe der Rechtsübertragung können aber erforscht werden. Maßgebend wird neben dem Geltungsbereich des sächsischen Rechts auch die Zugehörigkeit Geras zum Erzbistum Magdeburg gewesen sein. Schließlich galt in der gesamten Markgrafschaft Meißen, zu der auch Gera nach Auflösung der Mark Zeitz zählte, Magdeburger Recht²⁶⁾. Der Stadtherr Geras besaß in seiner Residenz- und Hauptstadt Quedlinburg

²⁰⁾ Magdeburger Recht wurzelte stark im Sachsenspiegel, Schröder — v. Knüßberg, a.a.O., S. 741, Schubart-Fikentscher, a.a.O., S. 48, 57.

²¹⁾ Ebenda, S. 46. Der Geltungsbereich und die Gründe der Verbreitung dieses Rechts ist ebenda, S. 47 ff., und 57 ff. dargestellt. Die Karte Nr. 24 über die „Verbreitung des Stadtrechts“ von Magdeburg in „Kulturräume und Kulturströmungen“ ist unvollständig und erfaßt thür. Raum nicht mit.

²²⁾ Schubart — Fikentscher, a.a.O., S. 49.

²³⁾ Haase, Gegenwärtiger Stand und neue Probleme der Stadtrechtsforschung, 1953, S. 140.

^{23a)} Das geschah auch in anderen mitteldeutschen Städten, wie Buchda, Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck, T. III, 1962, S. 7 f. nachweist; s. hierzu auch Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 742 f.

²⁴⁾ Schubart-Fikentscher, a.a.O., S. 115, glaubt an fränkisch-thüringische Rechtseinwirkung. Anderer Ansicht Schröder, Geschichte des ehelichen Güterrechts in Deutschland, II T., 3. Abt., 1874, S. 96 ff. Auch in Altenburg, das zum Goslarer Rechtskreis gehörte, war Dritteilsrecht wirksam. Es galt auch in Zeulenroda (Art. 3 der Statuten v. 1438), Saalburg und in Greiz, Thoß, a.a.O., S. 36. S. über dessen Verbreitung auch Buchda, a.a.O., S. 8.

^{24a)} S. hierzu Buchda, „Gewohnheiten“ in der Pößnecker Schöffenspruchsammlung, S. 64 f.

²⁵⁾ Hierbei bleibt noch im einzelnen zu untersuchen, welche Teile des Geraer Stadtrechts dem Magdeburger Recht angehören und welche anderen Rechtseinflüssen entstammen.

²⁶⁾ Schubart — Fikentscher, a.a.O., S. 91, verneint irrtümlich für das Vogtland Magdeburger Recht, erkennt aber ebenda, S. 114 f., dessen Einfluß auf vogtländische Städte an, stellt diesen aber als gering hin. Sie verweist ebenda, S. 115 u. 115 Anm. 109, auf die zahlreichen Leipziger Rechtsbelehrungen für Plauen. Auch Reichenbach i. V. besaß 1367 Magdeburger Recht. Stopfkuchen, a.a.O., S. 164, läßt offen, ob das neustädtische Recht auf das von Magdeburg zurückgeht. Das ist m. E. zu bejahen. Auf die weitgehende Übereinstimmung der Geraer mit der Neustädter Ratsverfassung und auf Rechtsgleichheiten wird laufend verwiesen. Außerdem forderten Rat und Gericht zu Neustadt a. d. O. von dem Magdeburger Recht besitzenden Leipzig zahlreiche Rechtsgutachten ein, Flach, Schöffenspruchsammlungen der Stadt Pößneck, II, S. 36, und Stopfkuchen, a.a.O., S. 170 ff. Magdeburger Recht besaß auch Zeulenroda, für das auch sächsisches Landrecht gültig war, F. L. Schmidt, a.a.O., Bd. II, T. I, S. 55. Er behauptet, daß die Städte des gesamten Vogtlandes magdeburgisches Recht hatten. Zeulenroda ging in Magdeburg, Leipzig und Halle zu Haupte, ebenda, S. 78. Über die Verbreitung Magdeburger Recht im ostdeutschen Siedlungsgebiet s. Reichard, a.a.O., S. 66 ff.



Graue Flächen = Mit Braurecht bewidmete Bürgerhäuser

neben Goslarer auch Magdeburger Recht²⁷⁾. Das Stift wird aus Gründen der Rechtsgleichheit geneigt gewesen sein, Gera magdeburgisches Recht zu erteilen.

Weil uns schriftliche Rechtsquellen aus frühester städtischer Siedlungsgeschichte nicht überliefert sind, kann der ursprüngliche Rechtszustand in Gera lediglich aus dem Inhalt der späteren Statuten^{27a)} gefolgert, teilweise auch nur hypothetisch gedeutet werden. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß Gera im Verlaufe der großen Siedlungsaktion im mitteldeutschen Osten als eine planmäßige Stadtanlage gegründet wurde. Danach wird sich das Stadtrecht wie folgt herausgebildet haben:

Die Vögte zu Weida warben im Auftrage des Stadtherrn eine erforderliche Anzahl Handwerker und vielleicht auch einige Kaufleute zum Siedeln an²⁸⁾. Man versprach ihnen neben der Ansiedlung wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten und zu diesem Zweck weitgehende rechtliche Freiheiten und sicherte ihnen zu, sie bei ihrem Erbrecht und vielleicht auch Güterrecht zu belassen^{28a)}.

So läßt das in Gera einst geltende städtische Erbrecht darauf schließen, daß wenigstens im Zeitraum der Stadtgründung in Gera Franken angesiedelt wurden. Das fränkische Institut des Drittelsrechts blieb Geraer Stadtrecht, obwohl später zweifellos nicht-fränkische Siedler zugezogen waren.

Wie aus den uns überlieferten Stadtgrundrissen und aus der noch heute feststellbaren Anlage der Altstadt von Gera zu schließen ist, ließen die Vögte von Weida den Boden des abgesteckten Stadtgebietes aufteilen und ihn planmäßig längs der festgelegten Gassen und Plätze in Hausstätten (Wurte, areae) gliedern²⁹⁾. Diese je nach der Gassenlage gleichflächigen Hausgrundstücke sind noch auf dem Stadtplan von 1820 deutlich erkennbar. Somit erhielt jeder Siedler einen gleichen Anteil am Grundbesitz als Bau- platz und Hausstätte. Ackerland dürfte nur in geringem Umfange verteilt worden sein. Es handelte sich bei Gera vorwiegend um eine Handwerkersiedlung³⁰⁾. Jedoch waren die Stadtbewohner berechtigt, ihr Vieh gemeinschaftlich auf den Enzianwiesen weiden zu lassen³¹⁾. Diese äußere Allmende erstreckte sich vom Quedlinburger Wirtschaftshof vor der Westseite der Stadtmauer zur Elster. Durch die gemeinsame Benutzung der Gemeindeweide bildeten die Bürger eine Markgenossenschaft³²⁾.

Nach der für Gera ermittelten Gründungsmethode ist zu folgern, daß sich das neue Recht der Stadt in erster Linie auf die Landnahme und das Ansässigwerden der unter-

²⁷⁾ Bereits 1042 wurde Quedlinburger Kaufleuten das gleiche Recht wie denen zu Magdeburg zugestanden, Schlesinger, Forum, villa fori, ius fori, S. 289 f.

Weiter verlieh König Lothar 1134 den Bürgern von Quedlinburg das Recht (lex ac iustitia) der Kaufleute von Goslar und Magdeburg (DL III Nr. 61).

^{27a)} Die Statuten der Stadt Gera vom 2. 11. 1487 enthalten älteres und neueres Recht, s. hierzu unten S. 68 ff.

²⁸⁾ Allgemein hierzu Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 681 f.

^{28a)} S. zu der Praxis der Personalität des Rechts für Kolonisten Schlesinger, Bäuerliche Gemeindebildung in den mitteldeutschen Ländern, 1964, S. 54.

²⁹⁾ Zu dieser Gründungsmethode s. auch Strahm, a.a.O., S. 399.

³⁰⁾ Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 682, Anm. 21.

³¹⁾ Das Weiden städtischen Viehes durch die Stadthirten ordnete Art. 57 Geraer Statuten von 1487 an. Art. 3 untersagte es den Bürgern, die „gemeine“, also Flächen der städtischen Allmende in Besitz zu nehmen und einzuzäunen.

³²⁾ Hübner, a.a.O., S. 136.

einander gleichberechtigten Handwerker und Händler gründete und sich zunächst auf die Grundbesitzverhältnisse³³⁾ bezog.

Die städtische Leihe war Kolonistenleihe, d. h. die Hausstätten wurden den Siedlern zu freier Erbleihe und somit unter günstigen Bedingungen erteilt³⁴⁾. Der Besitz des zu Stadtrecht empfangenen grundherrlichen Bodens begründete kein in Fronen bestehendes persönliches Abhängigkeitsverhältnis, wie das bei den im Altsiedlungsgebiet wohnenden und unterworfenen Sorben oder den Burgmannen der Stadtburg erfolgte.

Der freien Erbleihe als dem Bodenrecht einer städtischen Neugründung auf grundherrlichem Lande entsprach es, daß die Hausstätten zwar vererblich, aber nur beschränkt veräußerlich waren (Art. 61, 66, 67 und 76 der Statuten von 1487). Darauf begründete sich für die Siedler, die den im Weichbild gelegenen Grundbesitz innehatten, ihr Bürgerrecht und ihre Steuerpflicht.

Die Hausstätten wurden den Ansiedlern zu einem Erbzins übertragen. So forderte der kirchliche Stadtherr, das Stift, wie in Quedlinburg so auch in Gera einen Areal- oder Wurtzins³⁵⁾. Diese auf dem beliebigen Grundbesitz — nach Adalbert Erler der rechtlich einzige und auch später noch praktisch wichtigste Steuertatbestand — ruhende Abgabe ging schließlich als die wesentlichste direkte Steuer und zwar nunmehr als genossenschaftlicher Beitrag auf die Gemeinde über³⁶⁾. Sie begegnet uns in Art. 51 der Geraer Statuten von 1487 als „geschoß“ wieder.

In Art. 76 des Geraer Stadtrechts kommt die Zahlung des Wurtzinses noch klarer zum Ausdruck. Danach hatte der nutzungsberechtigte Bürger einen „jerlichen erbzins der sthat von dem gute zu gebe zu einer beweissung, das das guth zu der stadt gehore“.

Der Geraer städtische Boden war also nur dinglich und für alle Bürger gleich mit einem Zins (Wurtzins) belastet³⁷⁾, der aber auf keinem Abhängigkeitsverhältnis des einzelnen Siedlers zum Grundherrn beruhte oder dazu führte.

Jahrhundertlang war der Besitz der Hausstätten, die den Geraer Siedlern einstmals im Weichbild zugeteilt wurden, für die Stadtbewohner eine wesentliche Grundlage für ihr volles Bürgerrecht. Der Hausbesitz war Voraussetzung, dem eidgenossenschaftlichen Gemeindeverband anzugehören und die bürgerlichen Privilegien auszuüben, wie aus Art. 2, 32, 52, 53 und 88 der Statuten von 1487 hervorgeht.

³³⁾ Kroeschell, Weichbild, 1960, S. 14, bezeichnet zu Recht die Landnahme der Siedler als einen der Urvorgänge der Rechtsbildung einer Neugründung. So auch Schlesinger, Bäuerliche Gemeindebildung in den mittelbischen Landen im Zeitalter der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung, S. 55.

³⁴⁾ Sohm, Entstehung des deutschen Städtewesens, 1890, S. 63; Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 682; Planitz — Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, S. 399; Schlesinger, Städtische Frühformen zwischen Rhein und Elbe, S. 170. Die Erbleihe ist mit einem vererb- und veräußerlichen Erbbaurecht vergleichbar. Der Siedler hatte Vermögen bzw. Materialien mitzubringen, um das Haus bauen und ein Gewerbe betreiben zu können. Das Hofrecht setzte dagegen voraus, daß das Vermögen vom Grundherrn stammte und diesem gehörte.

³⁵⁾ Das ist den Art. 51 und 76 der Statuten zu entnehmen. Zum mittelalterlichen städtischen Steuerrecht wird auf die grundlegende Arbeit von Adalbert Erler, Bürgerrecht und Steuerpflicht im mittelalterlichen Städtewesen, 1963, verwiesen.

³⁶⁾ Ebenda, S. 19, 36.

³⁷⁾ Vgl. hierzu Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 690 f. So hatten z. B. in Quedlinburg, Goslar, Halberstadt und Stendal die Bürger einen allerdings geringen Arealzins zu zahlen, während nach Schlesinger, Städt. Frühformen zwischen Rhein und Elbe, S. 174, die Bewohner von Naumburg vermutlich wegen des wirtschaftlich größeren Anreizes ihre Hausstätten zinsfrei erhielten.

Deshalb durfte — wie Art. 61 und 64 der Statuten bestimmen — das bürgerliche Lehn-
gut nicht an Ritterbürtige oder Auswärtige gelangen, welche eine Steuer- oder Gehor-
samspflicht dem Rat gegenüber ablehnten. Das hätte die Gemeindebildung gestört und
die Aufnahme dieser Hausbesitzer in die bürgerliche Schwureinung unmöglich gemacht.
Daher war ein Besitzwechsel der Hausstätten zu Lebenszeit der bürgerlichen Besitzer
durch Veräußerungsverbote³⁸⁾ beschränkt, soweit dieser nicht an Geraer Bürger er-
folgte. So erhält Art. 76 der Statuten das Gebot, wonach fremde Käufer städtischen
Gutes geschworene Bürger werden mußten. Trotz dieser Verfügungsbeschränkung
waren die Geraer Bürger persönlich frei.

Außer einem freien Grund- und Bodenrecht wird den angesiedelten Bürgern ein erb-
rechtliches Sonderrecht erteilt worden sein, das auch zum Bestandteil des Geraer Stadt-
rechts wurde. Solche Erbrechtsprivilegien sind für die mit Geraer Recht bewidmeten
Städte Ronneburg, Schleiz, Saalburg und Zeulenroda nachgewiesen³⁹⁾.

Ferner entsprach es dem Rechtsakt der Marktverleihung für Gera, wie er urkundlich
in den Worten „moneta et teloneum“ nachgewiesen wird⁴⁰⁾, daß die Bürger berechtigt
waren, den Markt ohne Zoll zu besuchen und dort die selbst hergestellten Waren zu
verkaufen. Dieses alte Bürgerrecht enthält bereits das uns bekannt gewordene früheste
Stadtrecht, die Art. 41 — 43 der Geraer Statuten von 1487⁴¹⁾.

Weiter war die Gemeinde bald berechtigt worden, auf dem Marktplatz von fremden
Händlern Stättegeld einzufordern. Art. 41 der genannten Statuten verweist auf dieses
Privileg. Zweifellos stand ursprünglich dieser Marktzins mit dem Zoll dem Stadtherrn
zu, denn der städtische Handel und Markt erfolgten auf seinem Grund und Boden.

Weitere bürgerliche Privilegien betrafen das in Art. 2 der Statuten genannte Fisch-
recht im Mühlgraben und das bereits genannte Weiderecht der Bürger auf der Allmende
der Enzianwiesen.

Um das Bürgerrecht zu erlangen, waren weder die persönliche Freiheit des Siedlers noch
andere Bedingungen erforderlich. Aus Art. 42 der Statuten ist zu schließen, daß ledig-
lich der Nachweis der ehelichen Geburt und wohl anfangs zusätzlich der Erwerb städti-
schen Grundbesitzes hierzu gefordert wurden.

Die Landnahme zu freier Erbleihe, also der Besitz einer im Weichbild gelegenen Haus-
stätte, wird im Zeitpunkt der Stadtgründung allein das Bürgerrecht⁴²⁾ begründet haben.
Es erzeugte neben den Rechten des Bürgers auch dessen Pflichten⁴³⁾. So beruhte die Ver-
pflichtung der Bürger, die Mauer zu unterhalten und für die Sicherheit zu wachen
(Art. 69 der Statuten), auf dem sich herausbildenden genossenschaftlichen Gedanken
des gemeinsamen Interesses an der Sicherheit und dem Schutz von Gemeinde und Stadt.

Die persönliche Freiheit der Siedler umfaßte auch ihre Wohnstätten und ihre Häuser.
Ihr Hausrecht ist in den Art. 32 — 35 besonders eingehend geregelt und garantiert.

³⁸⁾ Hierzu Kroeschell, a.a.O., S. 15, 51, 61 f., 111; Ebel, Bürgereid, 1958, S. 50.

³⁹⁾ Näheres über die Bewidmung dieser Städte mit Geraer Stadtrecht s. unten S. 107 f., 111 ff.
und 115 ff.

⁴⁰⁾ S. oben S. 41.

⁴¹⁾ S. hierüber unten S. 68 ff.

⁴²⁾ Ebel, a.a.O., S. 46 f.

⁴³⁾ Nach Kroeschell, a.a.O., S. 62, folgt das aus dem Besitz von Weichbildgut. Jedoch ist Erler,
Bürgerrecht und Steuerpflicht, 1963, S. 17, und Ebel, Bürgereid, 1958, S. 3, zuzustimmen,
daß sich die Einheit von Rechten und Pflichten des Bürgers aus dem genossenschaftlichen
Verband aller Bürger ergibt.

In dem Bürgerhaus war Friede, und der Bürger war darin vor allen Störungen sicher. Dieser Friede durfte nur „mit urtheil und recht“, also mit richterlicher Erlaubnis, aufgehoben werden und nur, „umb todtschlagk und peinliche sach“ richten und den Täter aburteilen zu können⁴⁴⁾. Bereits der Unfug und die Sachbeschädigung an dem Bürgerhaus oder seinen „vier pfehle“ wurden mit Strafe bedroht⁴⁵⁾.

Wie oben dargelegt, begründete sich in der Stadt Gera die handwerklich-gewerbliche Tätigkeit und der Handelsverkehr auf das Marktprivileg. Die zwei Marktplätze — Hauptmarkt und Kornmarkt — waren nicht nur topographisch und wirtschaftlich, sondern vor allem rechtlich Mittelpunkt der Stadt. Sie waren die zulässigen städtischen Handelsplätze und auf grundherrlichem Boden des Stadtherrn angelegt, der sich auch vorbehielt, den Marktplatz bevorzugt zu benutzen (Art. 39 der Statuten von 1487). Neben der wirtschaftlichen Bedeutung war die Marktverleihung für Gera ein weiteres wesentliches Element der Stadtrechtsbildung⁴⁶⁾.

Ob dieser Rechtsakt auf das Stift zu Quedlinburg zurückgeht oder ob es ein königlicher war, kann nicht mehr mit Sicherheit bestimmt werden. Allerdings läßt die in dem Güterverzeichnis der Äbtissin Agnes II.⁴⁷⁾ enthaltene Formulierung „moneta et teloneum“ darauf schließen, daß das Marktprivileg verbunden mit dem Münz- und Zollrecht Gera verliehen wurde. Diese Praxis ist königlichen Rechtsakten eigen⁴⁸⁾ und spricht für eine königliche Verleihung.

Daraus ergibt sich ein besonderer Rechtszustand: der königliche Bann, ein auf dem Markt- und Handelsverkehr ruhender Frieden. Dieser sollte einen sicheren Geschäftsablauf gewährleisten und wurde von dem Marktzeichen angezeigt⁴⁹⁾. Das war in Gera nach Art. 39 der Statuten ein Strohwich. Er gab den Beginn und das Ende des besonderen Friedens, der Marktfreiheit sowie der sonstigen für den Handelsverkehr getroffenen technischen Regeln bekannt.

Somit bildete sich im Weichbild Geras durch das neue Grund- und Bodenrecht, durch andere bürgerliche Privilegien und das Marktrecht ein städtisches Sonderrecht heraus: das Geraer Stadtrecht.

Es hatten jedoch nicht alle städtischen Bewohner daran Anteil. Im Weichbild Geras wohnten auch die Burgmannen und Ritterbürtige der Vögte von Weida und Gera. Nahe der Stadtburg lagen ihre Freihöfe und Burggüter, die sie als Burglehen besaßen⁵⁰⁾. Die castellani, die niedrigste Klasse der ritterlichen Dienstleute, in ihrer Gesamtheit auch die „ehrbare Mannschaft“ genannt, besorgten anfangs allein die Verteidigung der Burg. Ihr Lehen bestand in einem Hof mit einer oder mehreren Hufen Land. Sie

⁴⁴⁾ Art. 32 Geraer Statuten von 1487. In Straßburg war schon im 11. Jahrh. das Bürgerhaus befreit vor dem gewaltsamen Eindringen ohne richterliche Genehmigung.

⁴⁵⁾ Art. 35 Geraer Statuten von 1487.

⁴⁶⁾ Schlesinger, Forum, villa fori, ius fori, S. 289. Über die Gleichstellung von ius fori und ius civitatis im Magdeburger Rechtskreis s. ebenda. Vgl. auch Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 681 ff.

⁴⁷⁾ S. oben S. 41.

⁴⁸⁾ Schlesinger, a.a.O., S. 289.

⁴⁹⁾ Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 683.

⁵⁰⁾ 1647 waren anlässlich der Landesteilung zwischen den Söhnen des 1635 verstorbenen Heinrich Posthumus im Stadtgebiet Gera noch acht Burggüter. Die Belehnung erfolgte bis in das 19. Jahrh. durch die Kanzlei der Stadt- und Landesherrn Reuß j. L. Über die Lage der Burggüter s. E. P. Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, S. 104 ff.

waren von sämtlichen städtischen Abgaben befreit⁵¹⁾ und unterstanden der landgerichtlichen Rechtspflege. Dadurch gab es in Gera noch Hörigkeit. Für den genannten Personenkreis galt für ihr Verhältnis zum Stadtherrn unbeschränkt Lehns-, Hof- und Dienstrecht⁵²⁾.

Deshalb war das Stadtgebiet keine reine Sonder- und damit Stadtrechtssphäre, sondern enthielt für eine bestimmte Personengruppe noch andere Rechtskreise⁵³⁾.

Aus dem Art. 61 der Statuten ist zu entnehmen, daß der erst später in Erscheinung tretende Rat der Stadt stets gegen dieses privilegierte Eigenleben im Stadtgebiet vorgegangen ist. So war er bestrebt, die außerhalb der bürgerlichen Eidgenossenschaft im Weichbild angesessenen „Fremdkörper“ sich nicht mehren zu lassen und die Freihöfe mit dem Stadtgut zu verschmelzen. Deshalb war nach dieser Norm jedem Bürger geboten, „keinen edelman . . . hauss ader guther, die da schosbar seindt, zu kauffen, besitzenn ader zu gebrauchenn, er wolle dan . . . alle gerechtigkeit als ein ander burger davon pflegenn und under der stath gehorsam sein“⁵⁴⁾.

Die Stadtgründung Geras und das sich dadurch herausbildende Sonderrecht in Form der freien Erbleihe, des Marktrechts und der bürgerlichen Privilegien führte zur Exemption vom Landgericht⁵⁵⁾.

Die neuen Rechtsverhältnisse forderten ein Gericht, in dem Schöffen saßen, die das neue städtische Recht kannten, die nach dem geschriebenen und ungeschriebenen Geraer Recht das Urteil zu finden sowie es durch die Rechtsprechung weiter zu bilden vermochten.

Die Herausbildung eines besonderen Stadtrechts und die Entstehung eines Stadtgerichtsbezirks standen daher in Wechselwirkung und bedingten einander. Das Stadtrecht vermochte sich auch erst auszubilden, als die Stadt einen eigenen Gerichtsbezirk darstellte.

Lediglich die peinlichen Strafsachen der hohen Gerichtsbarkeit verblieben in der Zuständigkeit des Vogtgerichts⁵⁶⁾.

Das Weichbild von Gera unterstand mit Stadtgründung als eigener Gerichtsbezirk der Rechtsfindung des Stadtgerichts, dem der scultetus der Äbtissin als Richter vorstand. Hierauf weist der am 25. Oktober 1237 zwischen der Äbtissin Gertrude und dem Vogt Heinrich d. Ä. in Gera abgeschlossene Vergleich⁵⁷⁾. Darin wird die Jurisdiktion des quedinburgischen Schultheißen besonders erwähnt.

⁵¹⁾ St. A. Gera: 1693 März 20. Belehnung des Handelsmannes Gottfried Pörner mit Freihaus und Hof auf dem Nikolaiberg (Schreibersches Haus). Das Haus war steuerfrei. Nur Reichs- und Türkensteuern lasteten darauf.

⁵²⁾ Planitz—Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 1961, S. 132 Ziff. 4. Über den Gegenstand des Lehns-, Hof- und Dienstrechts sowie dessen Beziehungen zum Landrecht s. Näheres bei Hübner, a.a.O., S. 3 f.

⁵³⁾ Planitz — Eckhardt, a.a.O., S. 122 f. So auch Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, II, S. 31, in Altenburg und Leipzig.

⁵⁴⁾ Solche Beschränkungen bestanden auch in Mühlhausen, Eisenach, Blankenburg und Stadtilm. S. auch Ebel, a.a.O., S. 50.

⁵⁵⁾ Allgemein hierzu Schröder — Künßberg, a.a.O., S. 685; Kroeschell, a.a.O., S. 15, 96; Bärmann, a.a.O., S. 180, 286 f.; Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, II, S. 32; v. Below, Ursprung der deutschen Stadtverfassung, 1892, S. 82 ff., und Schubart — Fikentscher, a.a.O., S. 94.

⁵⁶⁾ Dobenecker III, 697.

⁵⁷⁾ Ebenda.

Im Jahre 1251 ist ein solcher stadtherrlicher Beamte namens Richvinus nachgewiesen⁵⁸⁾. Wie in Magdeburg, Quedlinburg und Leipzig⁵⁹⁾ war auch in Gera das Stadtgericht ein Schultheißengericht⁶⁰⁾ und damit ein stadtherrliches Organ. Vermutlich war alle 14 Tage in Gera Gerichtstag⁶¹⁾. Die Gerichtsgefälle fielen dem Stadtherrn, das Stift zu Quedlinburg, zu⁶²⁾.

Somit waren die Bürger der unmittelbaren Gerichtshoheit des Stadtherrn unterstellt. Neben dem Schultheißen werden die den Blutbann besitzenden Vögte wahrscheinlich in drei Gerichtsversammlungen über *causae maiores*⁶³⁾, nämlich über alle eine peinliche Strafe zu erwartenden verbrecherischen Handlungen gerichtet haben. Das Obergericht blieb auch nach Stadtgründung ein landesherrliches, durch den Vogt verwaltetes Gericht⁶⁴⁾. In der Stadt richtete er oder seine Pfleger nach Landrecht. Als Richter der Geraer hohen Gerichtsbarkeit sind 1314 Hinricus de Tepen⁶⁵⁾ und 1362 Dither Puster⁶⁶⁾ nachgewiesen. Weiter urkundete am 3. Februar 1404 der Richter zu Gera, Mathes von Draxdorf, gemeinsam mit dem Rat zu Gera⁶⁷⁾.

Der Schultheiß unterstand unmittelbar dem Stadtherrn und das Amt des *sculteti* hatte den Charakter eines *officiū*⁶⁸⁾.

Die sachliche Zuständigkeit des Stadtgerichts umfaßte nach dem Vergleich von 1237 in Zivilsachen die Entscheidung über Schulden, in Strafsachen die Aburteilung von Beleidigungen und leichten Körperverletzungen. Während sich die städtische Zivilgerichtsbarkeit erweiterte und vor allem das städtische Bodenrecht umfaßte⁶⁹⁾, verblieb es in Strafsachen bei den *causae minores*. Es hat diese Zuständigkeit stets bewahrt, und die Hochgerichtsbarkeit war bis auf einen Zeitraum von 44 Jahren⁷⁰⁾ der städtischen Gerichtshoheit nicht zugeordnet.

Das Schultheißenamt war also das eigentliche Stadtgericht, obgleich es ursprünglich allein von dem Beamten des Stadtherrn wahrgenommen wurde und der *scultetus* den sich widerstreitenden Interessen der Stadtherrschaft und der Bürger ausgesetzt war⁷¹⁾. Zu vermuten ist, daß die Bürgerschaft bald nach Stadtgründung ihre Mitwirkung an der städtischen Gerichtsbarkeit angestrebt hat.

Allerdings kann Ernst P. Kretschmer⁷²⁾ nicht in der Annahme gefolgt werden, daß

⁵⁸⁾ Ebenda, III, 1952.

⁵⁹⁾ Schranil, a.a.O., S. 13, 72; Planitz, Deutsche Stadt im Mittelalter, 1954, S. 148.

⁶⁰⁾ Dobenecker III, 697. Eine *scultetia* ist auch für Plauen i. V. nachweisbar, Ludwig, Urkunden zur Geschichte der Deutschordens-Komturei Plauen, 1957, S. 71.

⁶¹⁾ Das entsprach Magdeburger Recht, Bärmann, a.a.O., S. 263; Schranil, a.a.O., S. 82 ff.

⁶²⁾ Dobenecker III, 697.

⁶³⁾ Auch in Neustadt a. d. O. hielt der Arnshaugker Vogt drei gehegte Dinge, Stopfkuchen, a.a.O., S. 163. Über die Gerichtshoheit der Kirchenvogteien s. Schlesinger, Zur Gerichtsverfassung des Markgebietes, 1953, S. 107 ff.

⁶⁴⁾ Vergleich vom 25. 10. 1237, Dobenecker III, 697.

⁶⁵⁾ UB. Schmidt I, 454.

⁶⁶⁾ Ebenda, II, 98.

⁶⁷⁾ Ebenda, II, 440.

⁶⁸⁾ Ebenda I, 385; so auch in Magdeburg, Schranil, a.a.O., S. 81.

⁶⁹⁾ Kroeschell, a.a.O., S. 88.

⁷⁰⁾ Von 1603 bis 1647 erhielt die Stadt Gera die hohe Gerichtsbarkeit vom Landesherrn verpfändet.

⁷¹⁾ Bärmann, a.a.O., S. 181.

⁷²⁾ Geschichte der Stadt Gera, 1926, S. 98, 143.

die in den Jahren 1209 und 1224⁷³⁾ auftretenden Urkundenzeugen Bürger der Stadt Gera und Schöffen des Schultheißengerichts seien. Unter „urbani de Gera“ sind in dem damaligen Zeitabschnitt die Burgmannen der Vögte zu verstehen.

Der städtische Gerichtsbezirk bezog sich auf das Weichbild Geras, und später dehnte er sich auf die gesamte Stadtflur aus⁷⁴⁾.

Alle Bürger Geras und wohl auch alle sich in der Stadt aufhaltenden Personen waren der städtischen Jurisdiktion unterworfen, soweit deren Rechtsangelegenheiten das Stadtrecht berührten. Ausgeschlossen blieb wiederum peinliche Tat. Der besondere Gerichtsstand der Burgmannen und Ritterbürtigen verblieb bei dem Vogteigericht.

Ein weiteres rechtliches Merkmal der mittelalterlichen Stadt war die politische Organisationsform der Bürger, die Gemeinde und damit die Gemeindefähigkeit.

Die planmäßige Stadtgründung Geras war nicht nur eine neue Siedlungsart, sondern sie schuf auf diesem Territorium einen Rechtskörper, die Gemeinde. Die der sonstigen, vor allem sorbischen Landbevölkerung gegenüber privilegierte Rechtsstellung der Bürger, wobei auch die Beleihung mit grundherrlichem Gut zu freier Erbleihe mitgewirkt haben mag⁷⁵⁾, bewirkte den Zusammenschluß der gleichberechtigten angesessenen Siedler zu einem eidgenossenschaftlichen Bürgerverband⁷⁶⁾. Da Gera bereits gegen Ende des 12. Jahrhunderts als *civitas* bezeichnet wurde⁷⁷⁾, ist anzunehmen, daß sich diese innere Organisationsform der Gemeinde früh vollzog.

Die Gemeindebildung wird vermutlich bald zu einer eigenen Verwaltung der bürgerlichen und städtischen Angelegenheiten geführt haben, zu denen wohl auch die Wahrung ihrer Rechte dem Stadtherrn gegenüber und die Verwaltung des Gemeindevermögens als körperschaftliches Gesamteigentum zählten. Doch liegt die Entwicklung bürgerlicher Selbstverwaltung im tiefsten Dunkel.

Fest steht, daß anfangs Stadt und Gemeindeverband vom Stadtherrn beherrscht wurden, der die entscheidenden Befugnisse über das Gemeinwesen in seinen Händen hielt.

Sein ausführendes Organ war der *scultetus*⁷⁸⁾. Wahrscheinlich stand dieser mangels einer Gewaltenteilung neben dem Stadtgericht auch der städtischen Verwaltung vor⁷⁹⁾.

Trotz der Gemeindebildung erlangte Gera in den ersten 150 Jahren weder eine Ratsverfassung noch städtische Autonomie.

⁷³⁾ Dobenecker II, 1423 und 2191.

⁷⁴⁾ Bärmann, a.a.O., S. 248.

⁷⁵⁾ Schlesinger, Städtische Frühformen zwischen Rhein und Elbe, S. 170; Kroeschell, a.a.O., S. 64, 67.

⁷⁶⁾ Ebel, Bürgereid, S. 47. Es werden noch andere Ursachen hierzu beigetragen haben. Über die Wurzeln der Gemeindebildung s. Schlesinger, Über mitteleuropäische Städtelandschaften, S. 59.

Kroeschell, a.a.O., S. 64, 67; Steinbach, Geschichtliche Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, 1932, S. 71.

⁷⁷⁾ S. oben S. 41.

⁷⁸⁾ Dobenecker III, 697. Allgemein hierzu Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 686.

⁷⁹⁾ Allgemein hierzu Planitz — Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 1961, S. 183 Nr. 5; Bärmann, a.a.O., S. 293. Wahrscheinlich war der Schultheiß nicht nur richterlich, sondern auch verwaltend tätig. Letztere Funktion bestand in Magdeburg nach Schranil, a.a.O., S. 81 f., 192, 202, in der Vertretung der Stadt und in der Leitung der Bürgerversammlung. Vermutlich war das in Gera auch so. Selbst in Neustadt a. d. O. oblag nach Stopfkuchen, a.a.O., S. 15, anfangs die städtische Verwaltung dem Schultheißen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß infolge der planmäßigen Gründung der Stadt Gera mit dem Siedlungsvorgang der Rechtsakt der Stadtrechtsbewidmung durch die Stadtherrschaft erfolgt ist und beide als ein einheitlicher Vorgang erscheinen. Danach besaß das zum Magdeburger Rechtskreis gehörende Gera Ende des 12. Jahrhunderts die rechtlichen Voraussetzungen einer mittelalterlichen Stadt. Vor allem Marktprivileg und Landnahme zu freier Erbleihe bildeten städtisches Recht.

Gleichzeitig schied der auf das Weichbild bezogene Rechtskreis aus der Zuständigkeit des landgerichtlichen Vogtgerichts aus und bildete einen eigenen städtischen Gerichtsbezirk unter dem stadtherrlichen Schultheißen.

Schließlich führte die zu gleichen Rechten erfolgte Ansiedlung der Bürger zu einem Gemeindeverband, der das Weichbild umfaßte. Diesem stand vermutlich anfangs der Schultheiß allein vor.

B. Die weitere Entwicklung der Stadt Gera, ihre Verfassung und ihr Recht vom 13. bis 16. Jahrhundert

I. Entwicklung der Stadt Gera und ihre Stadtherren vom 13. bis 16. Jahrhundert

1. Stadtgebiet und Stadtwirtschaft

Hinweise auf Bürger und Stadt im 13. und 14. Jahrhundert bleiben infolge des knappen Quellenmaterials wiederum recht spärlich.

Im Jahre 1224 werden als Zeugen einer Schenkung „urbani de Gera“, also Burgmannen aus Gera namens Gerungo, Heinrico, Eberhardo, Godefrida erwähnt¹⁾.

Ein Ritter Lutegerus de Gera ist unter den Zeugen eines Plauener Verhältnisse betreffenden Vertrages von 1244 aufgeführt²⁾.

1306 wird Gera erneut oppidum genannt³⁾. Als Zeuge erscheint Herbordus, plebanus in Gera.

Die Anzahl der Bürger ist uns nicht bekannt. Erst das Türkensteuer-Register aus dem Jahre 1532⁴⁾ teilt uns hierüber Näheres mit. Danach befanden sich in der Stadt 235 Bürgerhäuser. Nimmt man 4,5 Köpfe je Familie an, so käme die Einwohnerzahl auf 1057 Personen. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits Vororte mit 39 Häusern gebildet. Zusätzlich befanden sich 9 Häuser in Pöppeln und 2 in Vollersdorf⁵⁾. Neben dem Gesinde und den zur Miete wohnenden Hausgenossen werden in Gera um 1500 etwa 2000 Personen gewohnt haben. Das entsprach einer Stadt mittlerer Größe⁶⁾.

Die Vororte schützte der Rat 1706 durch Gatter, die gewöhnlich nach den Stadttoren benannt waren⁷⁾.

¹⁾ Dobenecker II, 2191.

²⁾ Ebenda III, 1167.

³⁾ UB. Schmidt I, 385.

⁴⁾ LhA. Weimar: Pp 105,1 = Civitatis Gera Rechenregister der Anlage turgengelds anno etc (1532).

⁵⁾ Dt. StB. II, S. 297. Die Vororte entstanden im 15. Jahrh.

⁶⁾ Kulischer, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, 1954, S. 168.

⁷⁾ Über die Gatter berichten aus eigenem Erleben Klotz, Beschreibung der Herrschaft und Stadt Gera, 1816, S. 160, und Hahn, Geschichte von Gera, 1855, S. 752, 1435 f. Im Westen befand sich an der Ecke des ehemaligen Heinrichs- und Roßplatzes das Badergatter. Das Schloß- und Bieblacher Gatter sperren im Norden am Puschkinplatz bzw. am Ende der Leipziger Straße, etwa beim jetzigen Metropoltheater, die Vororte ab, und den östlichen Vorort schützte an der Bauverein-, Altenburger Straße das Leumnitzer Gatter. Klotz- und Weidaer Gatter schlossen die südlichen Vororte an der Ecke Mühlen- und Burggasse bzw. an der Greizer- und Quergasse.

Gera hat vor 1450 außer dem sorbischen Dorf Zschochern keine Vororte gehabt⁸⁾, und nur die Klotz- und Haus- oder Angermühle, zwei Kapellen und zwei Hospitäler, die Baderei und der quedlinburgische Wirtschaftshof lagen außerhalb der Stadt.

Eine Urkunde vom 21. Mai 1405⁹⁾ über die Ablösung des herrschaftlichen Zolls der Vorstadtbewohner — hierbei wird es sich um Zschochern handeln — gibt nur spärliche Hinweise über die städtischen Verhältnisse. Die „fursteter gemeynlich gesessen in der furstad Gera“ wurden vom Stadtherrn vom Zoll befreit. 1542 bestand die Stadt nach dem Steuerregister nur noch aus 183 Bürgerhäusern¹⁰⁾. Auch die Gebäude in den Vorstädten schienen sich zahlenmäßig verringert zu haben. Nur noch 31 Häuser zählte man. In Pöppeln befanden sich 10 und in Vollersdorf 2 Häuser. 33 Hausgenossen wurden angegeben. Erst seit 1647 erhalten wir genaue Einwohnerzahlen der Stadt; es wohnten dort 2371 Personen, die 527 Familien bildeten¹¹⁾.

Der Rat war eifrig auf die Vergrößerung des Stadtgebietes bedacht. Die Stadt erwarb die Wald- und Feldgrundstücke des Rittergutes Pöppeln. Die Teilkäufe erfolgten 1495, 1517, 1535 und 1539^{11a)}. Der städtische Grundbesitz erweiterte sich dadurch erheblich. Gera erlangte ausgedehnte stadteigene Waldungen, die es bisher nicht besessen hatte. In dem Eigentum der Bürger befand sich nunmehr landwirtschaftlicher Grundbesitz, so daß Bürger auch Ackerbau betrieben. Aber nur wenige gingen dieser Beschäftigung nach. Die Landwirtschaft vermochte Gera nie den Charakter einer Gewerbestadt zu nehmen¹²⁾. Besonders die Inhaber der Freihöfe widmeten sich dem Ackerbau. Die Bürger werden neben ihrem Gewerbe Vieh gehalten haben, denn Artikel 73 der Statuten von 1487 spricht „von miste und ander Hindernis“ und befaßte sich mit dem Problem der Sauberhaltung der Straßen.

Schon früh strebte die Bürgerschaft erfolgreich nach wirtschaftlicher Herrschaft über die Bewohner des platten Landes, um dem städtischen Markt ein größeres Einzugsgebiet zu geben. Ihre wirtschaftliche Bedeutung lag als Stadt mittlerer Größe vor allem in der lokalen Produktion. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf den Lokalhandel und befriedigte den Warenbedarf des umliegenden Landes¹³⁾. Als Produktionszweige kamen neben der Bierbrauerei frühzeitig Leinweberei und Tuchmacherei auf. Die Leinweberei ist in der provincia Gera urkundlich zuerst durch Artikel 87 der Statuten von 1487 nachgewiesen. Darin wird den „leynewebern“ gestattet, sich in den Dörfern um die Stadt Gera, jedoch nicht innerhalb einer viertel Meile, niederzulassen. Aus diesem städtischen Privileg ist zu folgern, daß in Gera Leinwebler wohnten und dort gewerblich tätig waren. Erst 1609 erhielten sie ihre ersten Innungsartikel¹⁴⁾.

⁸⁾ E. P. Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, S. 159. Er gibt 30 Häuser in der früheren Schleizerstraße für 1639 an. Die Gegend um Gerbergasse, Meistergässchen und Walkmühlenplatz war mit 10 Häusern bebaut.

⁹⁾ UB. Schmidt, II, 455.

¹⁰⁾ LhA. Weimar: Pp 105,2. Schacz Register Letare anno 1542.

¹¹⁾ Brückner, Landes- und Volkskunde des Fürstentums Reuß j. L., 1870, S. 411.

^{11a)} StA. Gera: 1535, April 5; 1662, August 11. Befreiung der Rittergüter Pöppeln und Vollersdorf vom Ritterdienst. Näheres über den Erwerb des Ritterguts Pöppeln bei Hahn, a.a.O., S. 458 ff.

¹²⁾ Das beweist auch die geringe Zahl an Mühlen. In Gera waren es die Klotz- u. Angermühle. Nach Flach, Grundzüge einer Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar, S. 153, befanden sich in und vor dem landwirtschaftlich geprägten Weimar im 14. Jahrh. sechs Mühlen.

¹³⁾ Am Fernhandel beteiligten sich nur wenige Städte.

¹⁴⁾ StA. Gera: F 19 Abt. I Nr. 1, Innungsartikel des Leinweblerhandwerks zu Gera vom 25. September 1609. S. über die Leinweberei u. Tuchmacherei Kurt Finkenwirth, Urkundliche Geschichte der Gera-Greizer Wollwarenindustrie, S. 89 ff.

Die Produktion der Leineweber war für die Stadt unbedeutend und hatte nur lokalen Charakter. Neben der Lohnarbeit — die Leineweber holten sich das Garn, das sie für ihren Auftraggeber gegen Entgelt verwebten — kam auch eine handwerkliche Tätigkeit für den Verkauf auf.

Eine größere Bedeutung erlangte die Tuchmacherei¹⁴⁾. Der Stadtherr, Heinrich d. M., verlieh 1478 der aus 43 Meistern bestehenden Tuchmacherinnung Geras eine neue Satzung¹⁵⁾. Aller Wahrscheinlichkeit nach waren in Gera Tuchmacher bereits im 13. und 14. Jahrhundert ansässig. Die Zahl von 43 Tuchmachermeistern war für die Stadt wenige Jahrzehnte nach ihrer vollständigen Vernichtung beträchtlich. Die den örtlichen Bedarf übersteigende Produktion läßt bereits ohne besonderen Nachweis den Schluß auf den Export Geraer Tuche zu.

Die starke Tuchmacherzunft¹⁶⁾ suchte bald handelsrechtlichen Vorrang durch Erweiterung des städtischen wirtschaftlichen Einflußgebietes zu erlangen und Anschluß am Fernhandel zu finden. Schon die Geraer Statuten von 1487 sprechen in Artikel 70 „von geleit der ganzen tuche“. Es ist von dem Zoll die Rede, der für die Ausfuhr von Tuchen „nach altdem herkhomen“ als Geleitsgeld an den Stadtherrn zu entrichten war. Hierbei handelt es sich um den Export, der sich von Gera aus nach Osten und Norden hin entwickelte. Fremde Kaufleute erwarben „Gerisch tuch“. Geraer Erzeugnisse sind schon im 14. Jahrhundert nach Naumburg, Frankfurt/Oder, Leipzig, Breslau und anderen östlichen Messen und Handelsmetropolen ausgeführt worden. So lieferte 1426 der Kaufmann Lucas Waltheim Gorlitsche Tuche im Wert von 1600 fl. rheinisch nach Breslau und tauschte dafür 400 Ochsen ein¹⁷⁾.

Die Tuchmacher zählten zu den reichsten und angesehensten Bürgern und nahmen als städtisches Patriziat frühzeitig Einfluß auf das Stadtregiment.

Vor der Stadt, in Zschochern, siedelten sich die Töpfer an. Eine Gasse, der frühere „Sack“, ist nach ihnen benannt. Sie zählten nebst den Müllern zum unehrlichen Handwerk und hatten auch Fronen zu leisten. In dem Teilungsbuch von 1647 ist die Rede von Frondiensten der Handwerker. Das Töpferhandwerk mußte ohne Bezahlung „rauh Döpffe“ für die Hofküche fertigen. Weiter hatte es auf den „Forwergen und Schäfereyen“, auch in der „Frohnfeste“ die schlechten Öfen ohne Bezahlung auszubessern und Kacheln dazu zu geben¹⁸⁾.

Auch die Seilerhandwerker in Gera und Langenberg hatten ohne Lohn alljährlich 14 Tage auf dem Stadtschloß zu arbeiten.

Ein wesentlicher Erwerbszweig der Bürgerschaft war bis in das letzte Drittel des vorigen Jahrhunderts^{18a)} das Braugewerbe, das für das Wirtschaftsleben der Stadt von Bedeutung war. Das Rechtsspruchwort: „Brauen bringt den Bürgern eine güldene Nahrung“ beweist das¹⁹⁾.

Als Absatzgebiet Geraer Biers kam nicht nur die Stadt, sondern nach den Grundsätzen der mittelalterlichen Stadtwirtschaft vor allem die Dörfer der Herrschaft Gera in Frage.

¹⁵⁾ LA. Greiz: F 34, Abt. I, Tuchmacherinnungsbrief vom 25. Mai 1478.

¹⁶⁾ S. Näheres bei Hahn, a.a.O., S. 383 f.

¹⁷⁾ Stolle, Mitteilungen aus den Breslauer Signaturbüchern, S. 357.

¹⁸⁾ E. P. Kretschmer, a.a.O., S. 178, Anm. 58.

^{18a)} S. hierzu S. 141, Anm. 7.

¹⁹⁾ Eisenhart, Deutsches Recht in Sprichwörtern, 1935, S. 34 f. Auch Flach, a.a.O., S. 158, weist auf die große Bedeutung der „Braunahrung“ für die Bürger der Stadt Weimar hin.

Besonders westlich und südlich von Gera entstanden weitere bäuerliche Siedlungen²⁰⁾ und die Landbewohner waren grundsätzlich verpflichtet, ihr Bier in der Stadt zu kaufen. Deshalb wachten die Bürger über ihr Privileg, damit es nicht auf andere Personen oder Ortschaften übertragen wurde²¹⁾. Brauen und Schenken waren allerdings nur Vorrechte der „besessenen“ Bürger²²⁾. Bereits aus Artikel 53 des Stadtrechts von 1487 geht hervor, daß Bürger oder Bürgerinnen, die eigene Häuser besaßen, in einem bestimmten Verhältnis zu ihrem Eigentum daran zu brauen berechtigt waren. Insgesamt besaß Gera 221 mit Braurecht versehene Häuser²³⁾. Die Menge des Bieres, die der einzelne Bürger brauen durfte, richtete sich nach der Größe seines Besitztums²⁴⁾.

Gebraut wurde in neun Brauhäusern der Stadt. Die Inhaber der Brauhäuser und deren Lage im Stadtgebiet weist E. P. Kretschmer nach²⁵⁾.

Auch der Rat ließ in zwei Gaststätten Bier schenken. Es waren dies nach Art. 31 Geraer Statuten der Ratskeller und eine Ratsschenke unter dem Nikolaiberg. In den Ratschenken bestand nach Artikel 31 der Statuten ein besonderer Rechtsbrauch, um die Zechprellerei und die damit verbundene Minderung städtischer Einnahmen zu verhüten. Liefen einer oder mehrere Zecher „unberechnet von der Orthen“, d. h. gingen sie, ohne ihre Getränke bezahlt zu haben, so war der letzte Gast verpflichtet, ihre Zeche zu übernehmen. Er konnte sich dann an die Schuldner halten und sie auf Zahlung des Wertes der Zeche verklagen²⁶⁾.

Im 16. Jahrhundert betrieb man in Gera Schmelzhütten und Hammerwerke²⁷⁾. In Trebnitz befand sich ein Kupferschieferabbau.

Bergbau und Hüttenwesen waren aber für die städtische Wirtschaft unbedeutend.

2. Wettinische und böhmische Lehnsherrschaft und die Begründung der Stellung der Vögte als Stadtherren

In der Zeit von 1270 bis 1308 war Bertradis II. Äbtissin des Stiftes zu Quedlinburg. In ihrer Amtszeit verschuldete das Stift. Um dessen Finanzen zu heben, veräußerte sie Gerechtsame, Renten und Güter ihrer Besitzungen und sogar einige von diesen selbst¹⁾.

²⁰⁾ U. B. Schmidt I, 454 = Hundhaupten und Zwötzen (1314); ebenda I, 463 = Waltersdorf (1315).

²¹⁾ Das Braugewerbe stellte eine wesentliche wirtschaftliche Existenzgrundlage der Bürgerschaft dar.

²²⁾ Nach Art. 21 Weidaer Statuten v. 1373 war auch dort nur dem „Man (der,) stat recht hat und burger ist“ das Bierbrauen gestattet; auf dem Land war es verboten.

²³⁾ Fischer, Die Stadt Gera und die Gemeindeeinrichtungen, 1904, S. 174.

²⁴⁾ Thoß, Geschichte der Stadt Greiz, 1933, S. 118, stellt das Gleiche für Greiz fest. Näheres über die Anzahl der Gebräude s. Kretschmer, a.a.O., S. 183 ff.

²⁵⁾ A.a.O., S. 184 f.

²⁶⁾ In Art. 11a der Weidaer Statuten von 1373 ist auch eine merkwürdige Bestimmung über Zechprellerei enthalten. Der betrogene Wirt hatte durch zwei oder drei Zeugen dem andern Wirt, bei dem der Zechpreller saß, den Betrug nachzuweisen und war berechtigt, von seinem Kollegen den Ersatz des Schadens zu fordern. Der in Anspruch Genommene wurde von der Schadenersatzpflicht frei, falls er den Gast unverzüglich fortwies. Der geschädigte Wirt konnte dann den Gast auf „Schuldhaft“ setzen lassen, bis er sein Geld erhalten hatte.

²⁷⁾ Die Straßennamen „Schmelzhüttenstraße“ und „Kupferhammer“ erinnern noch daran.

¹⁾ Näheres bei Weirauch, Güterpolitik des Stiftes Quedlinburg im Mittelalter, 1937, S. 167 ff.

Die Vögte nutzten die Notlage des Stiftes, zu der der Zusammenbruch der zentralen Reichsgewalt beitrug, zu ihrem Vorteil kräftig aus. Sie nannten sich nicht mehr Vögte, sondern Herren von Gera und erlangten schließlich die Landeshoheit über die Stadt und das Stiftsgebiet Gera²⁾.

Gleichzeitig strebten die mächtigen, benachbarten Wettiner, Markgrafen von Meißen und Landgrafen von Thüringen³⁾, die Lehnsherrschaft über das Stiftsgebiet an und versuchten, es unter ihren Einfluß zu bringen; die schwache Regierung der Bertrads II. war für ihr Vorhaben geeignet. Im Jahre 1269 eroberten die Wettiner Gera, bemächtigten sich des Stiftsgebietes und unterwarfen die Vögte. Der Wettiner Dietrich von Landsberg und seine Nachfolger waren bis 1303 unumschränkte Herren von Stadt und Land Gera⁴⁾. Aber bereits vorher versuchten sie, die Vögte unter ihren Einfluß zu bringen. In dem Grimmaischen Vertrag der Vögte von Weida, Gera und Plauen mit dem Markgrafen von Meißen, Heinrich der Erlauchte, vom 1. September 1254⁵⁾ nennen jene den Markgrafen *noster dominus*.

In einer weiteren Urkunde des Landgrafen Albrecht von Thüringen vom 1. April 1280⁶⁾, in der er u. a. dem Deutschen Orden das demselben von den Vögten zu Plauen und Gera verliehene Recht über die Kirchen zu Plauen und Tanna bestätigt hatte, kommt die Lehnshoheit der Landgrafen über die Geraer klar zum Ausdruck.

Sie werden in der genannten Schrift nicht als *advocatus de Gera*, sondern als *nobiles viri* bezeichnet. Die Geraer, Weidaer und Plauener hatten ihren Vogtstitel zwar noch nicht abgelegt, ließen sich aber die Herrenbezeichnung offensichtlich gern gefallen. Immerhin weist diese neue Bezeichnung auf den allmählichen Wegfall der Beamten-eigenschaft hin.

In der Zeit um 1292 befand sich Gera kurze Zeit im Besitz Friedrichs, Herrn von Dresden⁷⁾.

In einem Vertrag des Markgrafen Dietrich zur Lausitz (Dietzmann) über die Aussöhnung mit seinem Vater, dem Landgrafen Albrecht von Thüringen, vom 28. September 1293⁸⁾ setzte der Sohn für eine Summe von 1000 Mark Haus und Stadt Gera mit Zubehör als Sicherheit. Nach dieser Quelle erscheint Markgraf Dietrich zur Lausitz als unmittelbarer Lehnsherr und damit Verfügungsberechtigter über die Stadt. Das Stift Quedlinburg wurde nicht erwähnt. Die Pfandsomme von 1000 Mark zahlte Dietrich nicht und trat Haus und Stadt Gera an seinen Vater ab.

Albrecht, Landgraf von Thüringen, übertrug nunmehr durch Kaufvertrag vom 11. September 1303⁹⁾ Burg und Stadt Gera mit allen Rechten und Nutzungen, wie alles sein verstorbener Vater besessen hatte, dem ihm befreundeten Vogt Heinrich von Gera für ein nicht genanntes Kaufgeld. Auch bei diesem bedeutenden Rechtsakt blieb das Stift Quedlinburg unerwähnt.

²⁾ Zu den historischen Vorgängen s. E. P. Kretschmer, *Geschichte der Stadt Gera*, 1926, S. 70 ff.; Plietz, *Sächsisch-reußische Lehnstret*, 1912, S. 53 ff.

³⁾ 1247 erwarben sie Thüringen.

⁴⁾ B. Schmidt, *Entstehung der Reichsunmittelbarkeit*, 1918, S. 16.

⁵⁾ Dobenecker III, 2265.

⁶⁾ Ebenda IV, 1782.

⁷⁾ Urkunde vom 1. Oktober 1292, *Urk.-Buch der Städte Dresden und Pirna*, S. 7.

⁸⁾ U. S. Alberti, XVIII.

⁹⁾ U. B. Schmidt I, 361.

Die Stellung der Vögte als Herren von Gera festigte sich.

Drei Jahre später trat die Lehnsherrschaft von Quedlinburg über Gera wieder in Erscheinung, nachdem rund 70 Jahre davon nichts zu bemerken war. In einem Lehnbrief vom 7. Juli 1306¹⁰⁾ verkaufte die Äbtissin Bertradis für 750 Mark Freiberger Silber das Schultheißenamt — dieses hatte sich das Stift 1237 ausdrücklich vorbehalten — sowie alle gerichtlichen Einnahmen in und um Gera an Heinrich von Gera. Weiter veräußerte das Stift an Grundbesitz zwei Allode sowie das Patronat über die Pfarrkirche St. Johannis in Gera und andere Gerechtsame.

Damit entäußerte es sich aller noch im Stadtgebiet innegehabten Rechte. Der kaum zu bemerkende Einfluß von Quedlinburg auf geraisch städtische Angelegenheiten hörte endgültig auf.

Die noch verbliebene Lehnshoheit des Stiftes über die Stadt hatte keine praktische Bedeutung mehr. Stadt und Schloß waren den Stiftsbeamten übereignet, und der Anteil rechts der Elster war nunmehr quedinburgisches Reichsafterlehn der Vögte.

Auf der 1306 erfolgten Rechtsübertragung begründeten die Vögte ihre Stellung als Stadtherren von Gera. Rund 70 Jahre später nannten sie sich auch nicht mehr Vögte^{10a)}; sie waren die „Herren von Gera“.

Nachdem die mit der hohen Gerichtsbarkeit belehnten Vögte zu Gera auch die Grundherrschaft erlangt hatten, strebten sie die Landesherrschaft und Reichsunmittelbarkeit¹¹⁾ an. Dazu war die Landeshoheit notwendig¹²⁾, die sich auf königliche Regalien begründete.

König Ludwig der Bayer verlieh und bestätigte ihnen alle Regalien sowie ihre hergebrachten Lehen und Rechte in der „Reußischen Goldenen Bulle“ vom 24. Juni 1329¹³⁾. Dieser königliche Rechtsakt war die erste förmliche Beurkundung sämtlicher Regalien, die sie zwischenzeitlich erlangt hatten. Damit erreichten die Vögte eine staatsrechtliche Machtstellung, die für sie als künftige Territorialherren grundlegend war.

Eine landständige Verfassung bildete sich im Territorium heraus.

Äbtissin Jutta (1308 — 1347) zu Quedlinburg belehnte am 11. Juni 1342¹⁴⁾ nochmals Heinrich d. Ä. und Heinrich d. J., Vögte zu Gera, mit „hus und stat“ Gera.

Das Stift zu Quedlinburg, Pröpstin Margarethe und Kapitel, übertrug 1358¹⁵⁾ formell

¹⁰⁾ Ebenda, I, 385. Über die Güterpolitik der Äbtissin Bertradis II. s. Weirauch, a.a.O., S. 167 ff.

^{10a)} U. B. Schmidt II, S. 278, 300, Vogt und Herr zu Gera; ebenda II, S. 229, 234, 235 272, 306, Herr zu Gera.

¹¹⁾ Darüber berichtet Plietz, a.a.O., S. 59 ff. S. auch Schlesinger, Egerland, Vogtland, Pleißenland, S. 211.

¹²⁾ Über den Begriff der Landeshoheit siehe Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 644 ff., und Planitz — Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 1961, S. 192 f. Über den Weg der Herren von Gera und Reußen zur Landeshoheit s. Schmidt, Entstehung der Reichsunmittelbarkeit, 1918; W. Finkenwirth, Entwicklung der Landeshoheit des Fürstenhauses Reuß, 1912, und Plietz, Sächs.-Reußischer Lehnstreit, 1912, S. 66.

¹³⁾ LA. Greiz: Hausarchiv Reuß ä.L. I,1 Nr. 1 (U. B. Schmidt I, S. 669). Diesem bekannten Ludovicianischen Diplom ging für die Vögte am 17. Mai 1316 (U. B. Schmidt I, 469) sowie am 1. Juni 1323 (ebenda I, 535) eine Regalienverleihung Ludwigs voraus. Ihnen wurden Bergwerke, Jagd und Geleit als Regalien übertragen bzw. bestätigt. Merkwürdigerweise fehlt das Hauptregal der Vögte, der Blutbann. Vielleicht war er auch in den ererbten Reichslehen der Vögte mit einbegriffen.

¹⁴⁾ U. B. Schmidt I, 840.

¹⁵⁾ Ebenda II, 30, 31. Die Belehnung des Markgrafen zu Meißen erfolgte deshalb in getrennten Urkunden, weil sich die Äbtissin mit der Pröbstin und dem Kapitel zerstritten hatte, vgl. hierzu Weirauch, a.a.O., S. 177 f.

die Oberlehnshoheit über Vogtei, Pfarrei, Haus und Stadt Gera den Markgrafen zu Meißen, obgleich sie bereits Lehnsherren waren.

In einer anderen Urkunde des gleichen Jahres¹⁶⁾ belehnte das Stift durch die Äbtissin Agnes III. die Markgrafen von Meißen mit Haus und Stadt Gera und verwies am gleichen Tage¹⁷⁾ den Vogt wegen der Stadt an die Markgrafen. Ihre Belehnung mit Haus und Hof Gera empfangen die Vögte von Gera weiterhin von den Wettinern und waren von ihnen abhängig¹⁸⁾.

Im Jahre 1446 ersuchte und empfing Fridericus Placidus, Herzog zu Sachsen und Kurfürst, von der Äbtissin Anna von Plauen die Lehen über die Herrschaft Gera¹⁹⁾. 1479 baten die Wettiner das Stift Quedlinburg, archivalisches Material über ihre Belehnung zu übersenden. Dem kam das Stift, wie aus der Urkunde vom 3. August 1479²⁰⁾ hervorgeht, auch nach.

Am 4. Oktober 1546²¹⁾ verzichtete der Kurfürst Moritz von Sachsen zugunsten König Ferdinands von Böhmen auf die Lehnsoberhoheit über die geraischen Gebiete. Die Stadt und das ehemalige Stiftsgebiet wurden böhmisches Kronlehen²²⁾.

Es scheint, die Verbindung der Stadt zu dem Stift Quedlinburg reißt mit Elisabeth von Weida endgültig ab, die Anfang des 16. Jahrhunderts Mitglied des Stifts und schließlich Äbtissin in Gernrode war.

Im Jahre 1550 starb das Geschlecht der Vögte und Herren von Gera aus.

II. Verfassung und Recht der Stadt Gera

1. Stadtrecht seit der Stadtgründung und die Statuten von 1487

Zur Stadtrechtskodifikation scheint es in Gera wie auch in anderen thüringischen Städten erst spät gekommen zu sein¹⁾. Das erste schriftlich abgefaßte und uns in Form von Statuten überlieferte Stadtrecht ist am 2. November 1487 der Stadt Gera von dem Stadtherrn Heinrich d. Ä. erteilt worden²⁾.

Zuerst veröffentlichte es Walch im Jahre 1772³⁾. Dann publizierte 1881 Alberti⁴⁾ die Statuten.

¹⁶⁾ U B. Schmidt II, 37.

¹⁷⁾ Ebenda II, 38.

¹⁸⁾ S. Näheres bei Plietz, a.a.O., S. 71 f.

¹⁹⁾ Kettner, a.a.O., S. 38; B. Schmidt, a.a.O., S. 104, behauptet zu Unrecht, das Stift habe niemals wieder seit 1358 eine Lehnshoheit über Gera ausgeübt oder beansprucht.

²⁰⁾ U S. Alberti, LVII. S. auch B. Schmidt, a.a.O., S. 104.

²¹⁾ Plietz, a.a.O., S. 92.

²²⁾ Näheres darüber ebenda, S. 97 ff.

¹⁾ Vgl. die Stadtrechtskodifikation thüringischer Städte bei Patze, Recht und Verfassung Thüringischer Städte, 1955, 233 ff., und Flach, Grundzüge einer Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar. Mit einer Übersicht über die Kodifikationen der Stadtrechte in Thüringen, Anhang II, 1956, S. 189 ff.

²⁾ LA Greiz: a. Rep. Gera Kap. DDD II 9a Nr. 1 Bl. 1–21 (Abschriften).

³⁾ Vermischte Beiträge zu dem deutschen Recht, II, Nr. VI, S. 90–142, nebst kurzer Einleitung ebenda, S. 87–89.

⁴⁾ Urkundensammlung zur Geschichte der Herrschaft Gera im Mittelalter, S. 195–233, derselbe, Die ältesten Stadtrechte der reußischen Städte, S. 62–97.

Gera besaß aber schon vorher Stadtrecht. Wie oben begründet, konnte das Stift Quedlinburg als Stadtherr bei der Gründung Geras auf bereits ausgebildetes Stadtrecht zurückgreifen⁵⁾. Das mit der Stadtgründung Geras den Siedlern verliehene städtische Sonderrecht bildete sich gewohnheitsrechtlich weiter aus, bis man es auf Anweisung des Rates in dem Geraer Stadtbuch aufzeichnete⁶⁾. Willküren und Handfeste des Rates und die städtische Rechtsprechung ergänzten das Stadtrecht und paßten es den örtlichen, spezifischen Verhältnissen an⁷⁾.

Diese Rechtsentwicklung bestätigt uns die Präambel der Geraer Statuten von 1487. Dort stellt Heinrich d. Ä., Herr der Stadt Gera, fest:

„ . . . nachdem wir in zugesaget habenn, sie bey alt herkomen, statuten, freiheden und gewonheiten zv bleiben lassenn und auch zu bessern, nue hetten sie dise nachgeschribene Statuta, freiheit und gewonheit, . . . aus der stadt alt herkomen, gesetz unnd besserunge mit zeitiger guther betrachtung verfasst“⁸⁾.

Weiter heißt es:

„ . . . unnd so sie vormals bey unsern vofaren, eldern und hern vatter, aller loblicher gedechtnus, auch gesetze gehabt und gebraucht.“

Die Statuten von 1487 waren grundsätzlich nicht Privilegien, die der Stadtgemeinde besondere neue Vorrechte verliehen. In ihnen waren im wesentlichen nur allgemein anerkannte Stadtrechtssätze kodifiziert und bestätigt.

Sie waren äußerlich in die Form einer Handfeste gekleidet. Inhaltlich war es neben der Aufzeichnung alter Privilegien (Art. 2, 41, 53 u. a.) zum wesentlichen Teil autonomes Stadtrecht, das durch die Normengebung der Stadtgemeinde und des Rates und durch die rechtserzeugende Tätigkeit des Stadtgerichts entstanden war. Der Stadtherr bestätigte es.

Walch⁹⁾ und Francke¹⁰⁾ weisen nach, daß die Statuten nicht auf einmal entstanden sind, sondern sie enthalten älteres und neueres Stadtrecht. Die alten Rechtsnormen entsprechen denen der Städte Schmölln und Crimmitschau und sind in den ersten 57 der insgesamt 95 Artikel der Statuten enthalten. Allerdings zählen hierzu nicht die Artikel 2, 10, 18, 19, 20, 36, 37, 38, 51, 54, 56 und 57, die dem Schmöllner Stadtrecht fremd sind. Entsprechende Gebote und Gewährungen können aber wie z. B. Art. 2., der das Fischen im Mühlgraben und in der Elster zum Inhalt hat, bereits früh vom Stadtherrn erteilt oder üblich gewesen sein.

Die ersten 57 Artikel überliefern uns den Rechtszustand, wie er in der Stadt im 13. und 14. Jahrhundert wirksam war¹¹⁾. Unter den Bezeichnungen der Präambel „bey alt herkomen und freiheden“ sowie „aus der stadt alt herkomen, gesetz unnd besserunge“ sind auch schriftlich abgefaßte Rechtsnormen zu verstehen. Denn Schmölln wurde

⁵⁾ Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 740. Vgl. Schubart — Fikentscher, a.a.O., S. 31; Alberti, Die ältesten Stadtrechte, S. 31. S. auch Planitz — Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, S. 143.

⁶⁾ So auch Walch, a.a.O., S. 88.

⁷⁾ So auch in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 164.

⁸⁾ Diese und künftige Zitate der Statuten von 1487 sind Alberti, Urkundensammlung, entnommen.

⁹⁾ A.a.O., S. 88.

¹⁰⁾ Beziehungen der Geraer Statuten zu denjenigen von Schmölln u. Crimmitschau, 1905, S. 293 ff.

¹¹⁾ Ebenda.

bereits gegen Ende des 14. Jahrhunderts Geraer Recht verliehen¹²⁾. Weiter übersandte die Stadt auf Anforderung des altenburgischen Rats etwa 1439/40 geraische Rechtsaufzeichnungen¹³⁾. Die Worte „eldern und hern vatter“ lassen nach Francke¹⁴⁾ folgende Auslegung zu: Das Wort „eldern“ kann ein Adjektiv zu dem Wort Vater sein, so daß „eldern vatter und hern vatter“ zu lesen ist. Unter „eldern vatter“ fallen der Großvater Heinrich VII. (1341 — 1420) und die Vorfahren Heinrich V. (1309 — 1377) sowie Heinrich II. (1274 — 1306). Damit kann nach den Statuten urkundliches, zusammengefaßtes Stadtrecht in Gera bis etwa Mitte des 13. Jahrhunderts nachgewiesen werden^{14a)}. Wie oben jedoch begründet, hatte der Stadtherr schon mit der Stadtgründung der Gemeinde Privilegien über Bodenrecht und Marktrecht erteilt.

Das Original der Statuten von 1487 ist leider nicht mehr vorhanden. Wohl aber existieren Abschriften, die Walch und Alberti als Grundlage für ihre Veröffentlichungen gedient haben.¹⁵⁾

Die Statuten enthalten insgesamt 95 Artikel. Ursprünglich waren keine Zahlen dem Text beigefügt. In der Präambel ist die Rede davon, daß die Artikel mit „eyttel Item anhebende“ verfaßt wurden. Aber sechs davon beginnen nicht mit „Item“¹⁶⁾. Es sind dies Art. 13, 29—31, 62 und 63, die Bestandteil anderer Rechtssätze waren. Der besseren Übersicht und Systematik wegen wurden einige Abschnitte gespalten und selbständig. Dagegen enthält Art. 39 zwei mit „Item“ beginnende Gebote, die das Marktrecht betreffen und wohl deshalb in einem Artikel zusammengefaßt wurden.

Sämtliche Rechtssätze der Statuten sind sprachlich und auch technisch stilistisch dem Sprachgebrauch des 15. Jahrhunderts angepaßt. Die Entstehung und Herausbildung der einzelnen Rechtsnormen seit der Stadtgründung bis zu diesem Zeitpunkt können mangels Quellen nicht verfolgt werden. Walch¹⁷⁾ stellte schon bei seiner Veröffentlichung der Geraer Statuten bedauernd fest:

„Wenn gleich bereits im vorigen Jahrhundert eine eigene Geraische Chronik¹⁸⁾ ans Licht getreten: so findet sich doch in derselben nicht die geringste Nachricht von den alten Rechten dieser so bekannten und der Handlung halben hauptsächlich in Ansehen stehenden Stadt im Voigtland“.

Der Rechtszustand der Stadt kann, soweit das Urkundenmaterial versagt, nur unter Vergleich der von den Vögten von Weida und Gera gegründeten und mit Recht bewidmeten Städte, deren Kodifikationen zeitlich vor der Geras liegen, erforscht werden¹⁹⁾. Das wären Weida mit geschriebenem Stadtrecht von 1377 und 1483²⁰⁾ und

¹²⁾ S. hierzu S. 108 ff.

¹³⁾ Patze, *Recht und Verfassung thür. Städte*, 1955, S. 74, Anm. 6.

¹⁴⁾ A.a.O., S. 294 f.

^{14a)} Nach Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 740 f., begann im 13. Jahrh. die amtliche Verarbeitung des Stadtbuchinhaltes und des städtischen Gewohnheitsrechtes zu ausführlichen Stadtrechtskodifikationen.

¹⁵⁾ S. Walch, a.a.O., S. 89, Verzeichnis und Nachweis Geraer Verfassungsrechtsquellen oben S. 23 f. Schleiz hat Geraer Stadtrecht. Die Originalurkunde der Statuten der Stadt Schleiz von 1492 stimmt mit den Abschriften der Geraer Statuten fast wörtlich überein.

¹⁶⁾ Francke, a.a.O., S. 291, nennt nur fünf Artikel.

¹⁷⁾ A.a.O., S. 87.

¹⁸⁾ Gemeint ist die *Reußisch-Geraische Stadt- und Landchronika*, Leipzig 1692, von Johann Caspar Zopf.

¹⁹⁾ Diese Methode fordert Joh. Kretzschmar, *Stadtplan als Geschichtsquelle*, S. 136.

²⁰⁾ Veröffentlicht durch Francke, *Weidas Stadtrechte von 1377 und 1483*, 1905, S. 60 ff.

Zeulenroda mit Statuten von 1438²¹⁾). Vor allem die Normen letzterer Stadt stellen grundsätzlich den Rechtszustand dar, wie er wohl auch in Gera gegolten hat²²⁾). Den Ort Zeulenroda erhob Heinrich von Gera, Herr zu Lobenstein, zur Stadt und erteilte zum gleichen Zeitpunkt Stadtrecht. Das Recht dieser Stadt ist deshalb so bedeutungsvoll, weil Zeulenroda mit der Erhebung zur Stadt sofort geschriebenes Recht erhielt. Gewohnheitsrecht konnte sich dort nicht herausbilden, und die Statuten von 1438 umfassen das gesamte Recht, das Heinrich, aus dem Geschlecht derer von Gera, der Stadt verliehen hat²³⁾). Geraer Stadtrecht wird wahrscheinlich Vorbild gewesen sein.

Aber auch das Recht der Stadt Weida enthält mehrere Normen, die mit denen von Gera vergleichbar sind und inhaltlich übereinstimmen.

Die Stadtrechte anderer reußischer Orte können zur Erforschung geraischen Rechts nicht herangezogen werden. Gera war für deren Rechtsbildung selbst Mutterstadt²⁴⁾). Weiter dient zur geraischen Rechtserforschung das „alte Stadtrecht“, die ersten 57 Artikel der Statuten. Sie stellen einen systematisch geordneten Gesetzeskomplex dar, der durch Normen neueren Inhalts ergänzt wurde. Dadurch schloß man die Lücken in dem schriftlich abgefaßten Stadtrecht und erkannte auch Willküren des Stadtrates sowie gewohnheitsrechtliche Regeln und Gebräuche an, die im 13. bis 15. Jahrhundert entstanden waren. Darauf deutet auch ein Hinweis in der Präambel, daß die Statuten „aus der stadt alt herkomen, gesetz unnd besserunge mit zeitiger guther betrachtung verfasst“ worden seien. Der damalige Stadtherr, Heinrich d. Ä., hat dem Rat versprochen, die Stadt bei alten Gesetzen und Freiheiten zu belassen, diese erneut zu bestätigen sowie zeitgemäße Rechtsergänzungen zu genehmigen. Die Statutenvorlage durch den Rat erfolgte zweifelsfrei unter neuer angemessener sprachlicher Fassung der alten, im Stadtbuch eingetragenen Rechtsnormen.

Der Stadtherr hat „solche nachgeschriebene gesetze von artigkel zu artigkeln . . . übersehenn, zeitige guthe betrachtung darauff gehabt, inn radt beschlossen und durchaus zugelassenn, vorwilliget, confirmirt und bestetiget.“

Von Abänderungen und Streitigkeiten mit dem Rat über einzelne Rechte ist hier trotz des auch in Gera bestehenden Dualismus nicht die Rede. Wahrscheinlich war der Rat über die Wünsche des Stadtherrn vorher genau unterrichtet worden. Hier kommt auch eine gewisse Abhängigkeit des Rates von der Stadtherrschaft zum Ausdruck²⁵⁾).

Während in der Regel im 12. und 13. Jahrhundert die Autonomie der Stadträte mehr hervortritt, sind ihre stadtrechtserzeugenden Beschlüsse im 15. Jahrhundert bereits von der Zustimmung des Stadtherrn abhängig.

²¹⁾ Veröffentlicht von Alberti, Älteste Stadtrechte der reußischen Städte, S. 41–52, und F. R. Schmidt, Geschichte der Stadt Zeulenroda Bd. II, T. I, S. 53 ff. Näheres über das Stadtrecht bei F. L. Schmidt, a.a.O., S. 50 ff. Die Stadt gehörte von 1325–1500 zur Gera-Schleizer Herrschaft, um von 1500–1547 an Reuß-Greiz verpfändet zu werden. Von 1547–1562 stand die Stadt unter der Herrschaft der Burggrafen von Meißen. Dann kam Zeulenroda 1564 zur mittleren und ab 1616 zur älteren Linie Reuß. Das von den Vögten gegründete und mit Magdeburger Stadtrecht begabte Weida kam 1427 an die Ernestinische Linie und zählte später zu dem Eisenacher Rechtskreis. Über die Stadtrechtsaufzeichnungen Weidas und Zeulenrodas s. Flach, Grundzüge einer Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar. Mit einer Übersicht über die Kodifikation der Stadtrechte in Thüringen, 1956, S. 236 f., 238 f.

²²⁾ Darauf weist auch Alberti, a.a.O., S. 41, hin.

²³⁾ F. L. Schmidt, a.a.O., S. 50 f.

²⁴⁾ S. unten S. 106 f.

²⁵⁾ Im Vogtland und überhaupt in Ostthüringen bestand wohl nie eine absolute Unabhängigkeit der Räte und Gemeinden von der Stadtherrschaft.

Überhaupt hat die Konfirmation der Statuten von dem Stadtherrn den Anschein, einen Kompetenzstreit mit dem Rat beizulegen und die gegenseitigen Funktionen und Rechte genau abzugrenzen. Das beweist z. B. die Teilung der Geldbußen, die der Rat über Auswärtige verhängte, während die Strafgeelder von Bürgern allein der Stadt zustanden. Durch diese Regelung behielt sich die Herrschaft ein Kontrollrecht über das Stadtgericht vor. Nach dem alten Geraer (Schmöllner) Recht vereinnahmte nämlich der Rat sämtliche Geldstrafen. Das beweist, daß die Teilungsregelung erst kurz vor 1487 den Strafrechtsnormen beigefügt wurde. Der Stadtherr schien sich althergebrachter Rechte erinnern und diese gegenüber dem Rat gewahrt zu haben. Wahrscheinlich beabsichtigte auch der Rat, seine Rechte zu erweitern. Er wurde schließlich durch einige Regeln in seiner Tätigkeit eingeengt. So stand z. B. die Aufsicht über das Handwerk neben dem Rat auch dem Stadtherrn zu, während das in Schmölln ein alleiniges Recht des Stadtrates war. Der Rat der Stadt unterstand nach den Statuten in wichtigen Funktionen zumindest formal der Aufsicht des Stadtherrn.

Hier zeigte sich bereits eine Einschränkung der städtischen Autonomie, die dann in kommenden Jahrhunderten in zunehmendem Maße dem absolutistischen Herrschaftsanspruch des Landesherrn weichen mußte. Die teils aus landesherrlichen Privilegien, teils aus gewohnheitsrechtlichen Regeln und aus Ratsbeschlüssen bestehenden Statuten enthalten öffentliches wie privates Recht²⁶⁾, Strafrecht wie auch Zivilrecht, materielles und formelles Recht²⁷⁾.

So bestehen die Rechtsnormen der Statuten aus folgenden Geboten einschließlich Verboten sowie Privilegien für die Bürger und folgenden Regeln der Rechte und Pflichten des Rates der Stadt:

a) Ältere Hälfte der Statuten von 1487

- Art. 1–10 bestimmen Zuständigkeit und Aufgaben von Bürgermeister und Rat. Sie enthalten auch Zivil- und Strafprozeßnormen. Weiter sichern und weisen sie Bürgerrechte und -pflichten aus. Auch strafrechtliche Gebote und Polizeibestimmungen sind aufgenommen.
- Art. 11–13 enthalten Strafbestände und Gebote, damit der kirchliche Gottesdienst nicht gestört werde.
- Art. 14–20 regeln Wirtschafts- und Zollrecht sowie die damit zusammenhängenden Funktionen des Rates.
- Art. 21–26 schützen den Rat und die städtischen Beamten vor Beleidigungen und Tätlichkeiten der Bürger und verpflichten diese zum Gehorsam dem Rat gegenüber.
- Art. 27 regelt den Zusammenschluß von Handwerkern in Zünften.
- Art. 28–35 sind Strafnormen materiell-rechtlichen Inhalts, um den Frieden in öffentlichen Gebäuden der Stadt zu wahren. Das Hausrecht wird garantiert und geschützt.
- Art. 36–38 sind zivilprozessuale und erbrechtliche Normen.
- Art. 39–43 haben Wirtschaftsrecht zum Inhalt.

²⁶⁾ Nach Hübner, a.a.O., S. 17 f., gab es allerdings im Mittelalter keine Trennung zwischen privatem und öffentlichem Recht.

²⁷⁾ H. G. Gengler, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters, 1866, S. 151, begnügt sich mit dem kurzen und auch unzutreffenden Hinweis, die Geraer Statuten seien bis auf einige die Verhältnisse des Rates und die Erbfolge normierenden Stellen fast durchaus polizeilichen Inhalts. S. über Herkunft und Inhalt städtischen Rechts Ebel, Bürgereid, 1958, S. 3.

- Art. 44–50 sind feuerpolizeiliche Vorschriften.
- Art. 51 enthält städtisches Steuerrecht.
- Art. 52–54 ordnen das städtische Brauwesen.
- Art. 55–57 schützen Viehzucht, Feld- und Gartenbau und regeln das Viehweiden.

b) Jüngere Hälfte der Statuten von 1487

- Art. 58 dient der Fürsorge elternloser Kinder.
- Art. 59–60 stellen gewerberechtliche Normen dar.
- Art. 61–69 untersagen die Veräußerung städtischen Vermögens und enthalten steuerliche Regelungen.
- Art. 70 schützt die Käufer Geraer Erzeugnisse vor übermäßigem Zoll.
- Art. 71–75 gewährleisten die öffentliche Sittlichkeit und städtische Ordnung.
- Art. 76–77 sollen die Sicherheit aufrechterhalten und Vermögen der Stadt erhalten.
- Art. 78–84 sind verfassungsrechtliche Normen.
- Art. 85–92 sind Normen gewerberechtlichen Inhalts.
- Art. 93–95 bestimmen einzelne Rechte und Pflichten von Rat und Bürgern.

Das alte Recht der Stadt Gera ist, wie oben angedeutet, uns überliefert, denn es ist in den Statuten der Stadt Schmölln fast wörtlich enthalten. Francke²⁸⁾ gibt eine gute Übersicht über die älteren Geraer Artikel in den Schmöllner Statuten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß drei Rechtsnormen der neueren Statuten, nämlich Artikel 64, 67 und 84, bereits in dem Schmöllner Stadtrecht enthalten sind. Wahrscheinlich ist, daß der Rat der Stadt Schmölln diese Rechtsnormen, die sich in Gera später herausgebildet haben, nachträglich übernommen hat. Vergleicht man die Normen des alten Stadtrechts – so wie sie sich in den Schmöllner Statuten zeigen – mit denen der Statuten von 1487, so ist in der neueren Form ein Zusammendrängen der Rechtssätze festzustellen. Die alten Artikel (Schmöllner Statuten) 1 und 2 sind in Art. 1, Art. 9 und 10 in Art. 9, und Art. 15 und 22 in Art. 16 und 17 der Geraer Statuten gefaßt.

Auch ein entgegengesetztes Beispiel ist zu verzeichnen. Art. 54 des alten Geraer Rechts (Schmölln) ist in Art. 28 bis 31 der Geraer Statuten von 1487 aufgegliedert. Die früheren Art. 49 und 50 sind in dem Art. 55 der Geraer Statuten enthalten.

Der alte Rechtssatz: *Legem brevem esse oportet, quo facilius ab imperitis teneatur*, ist nicht konsequent durchgeführt. Das beweist auch die redaktionelle Bearbeitung sämtlicher Rechtsnormen vor Konfirmation durch den Rat, der die Rechtssätze wohl durch notwendige Zusätze erweiterte.

Walch²⁹⁾, Alberti³⁰⁾ und Francke³¹⁾ weisen auf das langsame Wachsen des Geraer Stadtrechts hin. Sie führen folgerichtig aus, die Statuten von 1487 beruhen nicht auf einem einmaligen gesetzgeberischen Akt, sondern faßten altes und neues Recht zusammen. Obgleich Alberti und Francke zu einem richtigen Ergebnis kamen, berücksichtigten sie bei ihren Untersuchungen nicht die Entstehungsform der Stadt, die auf einem konstitutiven Akt beruht und mit ihrer Gründung gleichzeitig ihr Recht erhalten hatte. Dieses Stadtrecht vervollkommnete sich erst allmählich und paßte sich den ört-

²⁸⁾ A.a.O., S. 307.

²⁹⁾ A.a.O., S. 88.

³⁰⁾ A.a.O., S. 24 ff.

³¹⁾ A.a.O., S. 295, 308.

lichen sowie wirtschaftlichen Verhältnissen der Stadt an. Gera kann im Mittelalter eine beachtenswerte wirtschaftliche Entwicklung aufweisen. Das Stadtrecht hatte dem Rechnung zu tragen. Ein entsprechender Rechtsbildungsprozeß mußte deshalb notwendig stattgefunden haben. Zum anderen wurden auch Ratswillküren in das Geraer Stadtrecht wie u. a. die Gehorsamspflicht der Bürger in Art. 1, 21, 22 einbezogen.

Eine von Georg Brückner aufgestellte Behauptung soll hier wie schon durch Alberti³²⁾ zurückgewiesen werden. Nach Brückner³³⁾ sollen 1419 die Gebrüder Heinrich und Heinrich, Herren zu Gera, Schleiz und Lobenstein, den Rat der Stadt Pößneck um Mitteilung der trefflichen Stadtverfassung gebeten haben. Damit sollte das Recht der Stadt Schleiz gehoben werden, um „dann aber auch Gera zu einer gleich tüchtigen Bürgerschaft auszubilden“. Brückner kann dafür keinen Beweis antreten.

Eine Verleihung von Pößnecker Recht ist ganz und gar unwahrscheinlich, falls man die oben aufgezeichnete Stadtrechtsbildung auf Grund der Verfassungstopographie berücksichtigt. Pößneck besaß außerdem Saalfelder Stadtrecht³⁴⁾. Aufgezeichnetes Pößnecker Recht ist nicht mehr vorhanden; das von Saalfeld ähnelt aber nicht den Geraer Statuten.

Zur Untersuchung, Erklärung und Auslegung der Statuten von 1487 sind die Rechtsnormen der Geraer Statuten von 1658 ergänzend heranzuziehen, soweit sich deren Normen auf die bisherigen Rechtssätze begründen.

Gleichbedeutend wird in den beiden Statuten der Begriff „Weichbild“ gebraucht. In den von 1487 erscheint er in Art. 76 und 93, jedoch nicht in seiner ursprünglich rechtlich umfassenden Bedeutung, sondern es ist darunter allein das Stadtgebiet innerhalb der Mauern zu verstehen³⁵⁾. Diesen Inhalt behielt der Terminus Weichbild nach dem Stadtrecht von 1658 bei. Das städtische Gebiet außerhalb der Mauern wird in den Art. 56 und 76 der Statuten von 1487 als Stadtflur bezeichnet.

Nach dem Tode eines Stadtherrn bemühte sich der Rat, von seinem Nachfolger die Stadtgesetze und Statuten anerkannt und bestätigt zu erhalten. Solche Konfirmationen erfolgten durch Heinrich IV., Burggrafen von Meißen, ohne Abänderungen der Statuten in den Jahren 1551³⁶⁾ und 1555³⁷⁾. Auch am 26. Mai 1567 läßt eine vorliegende, vollständige Ausfertigung der Statuten auf eine unveränderte Neuerteilung durch Heinrich d. J. schließen³⁸⁾.

Das in den Statuten von 1487 enthaltene Geraer Stadtrecht lösten erst die Statuten von 1658 ab. Eine weitere Konfirmation des mittelalterlichen Stadtrechts erfolgte nicht.

³²⁾ A.a.O., S. 61 f. u. derselbe, Urkundensammlung der Geschichte der Herrschaft Geras, S. 184.

³³⁾ Landes- und Volkskunde des Fürstentums Reuß j. L., 1870, S. 443.

³⁴⁾ Flach, Die Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck, T. II, S. 40.

³⁵⁾ Nach Kroeschell, Weichbild, 1960, S. 114 f., 117 u. 125 f., bedeutet im Magdeburger Rechtskreis Weichbild lediglich das städtische Territorium. Kroeschell, ebenda, Anhang I, S. 263, 266, nennt nur die Statuten v. 1658.

³⁶⁾ StA. Gera: Konfirmation der Geraer Statuten am 21. September 1551 (Org.). Nach B. Schmidt, Geschichte des Reußenlandes, II, 1927, S. 24, bestätigte Heinrich IV. 1551 alle Statuten reußischer Städte.

³⁷⁾ Flach, Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar — Anhang II —, S. 206; Alberti, Urkundensammlung, S. 195, u. derselbe, Älteste Stadtrechte, S. 62.

³⁸⁾ LA. Greiz: a. Rep. Gera, Bd. IV Kap. DDD II 9 a Nr. 2, Bl. 1—40. Die Abschrift ist bis auf den Bestätigungstext längs durchgestrichen. Es scheint tatsächlich das Geraer Stadtrecht 1567 bestätigt worden zu sein. Walch, a.a.O., S. 88, und Alberti, Älteste Stadtrechte, S. 62, sprechen von einer neuen Redaktion der Statuten.

Subsidiär war in der Stadt Landrecht anzuwenden. Als solches kam sächsisches, hilfsweise das gemeine Recht in Frage³⁹⁾). Nach Kettner⁴⁰⁾ galt in Gera „Anno 1266 . . . das Jus saxonicum des Repkau, der des Graf Hoyers Rath war“. Das Rechtsbuch des Sachsenspiegels war auch in Gera vorhanden⁴¹⁾).

2. Verfassung der Stadt

Die Verfassung von Gera kennzeichnet sich durch das im 14. Jahrhundert herausgebildete Organ des Rates als die Stadtoberkeit und die später hinzukommende Gemeindevertretung. Dadurch erreichte die Stadt ihre höchste verfassungsrechtliche Ausgestaltung, die sie als mittelalterliche civitas von der Stadtherrschaft zu erreichen vermochte.

Bertradis, Äbtissin des Stiftes zu Quedlinburg, verkaufte am 7. Juli 1306¹⁾ an Heinrich von Gera das officium sculteti, durch das die Vögte nicht nur in den Besitz der städtischen Gerichtsbarkeit gelangten, sondern auch bestimmenden Einfluß auf das Stadtrecht erhielten. Da sich in Thüringen im allgemeinen die städtische Selbstverwaltung gleichmäßig entwickelte²⁾, setzte vermutlich in der Stadt bald darauf eine bürgerliche Bewegung ein, in der die Selbstregierung und Autonomie gefordert wurden. Jedenfalls gelang es der Gemeinde, das Schulzenamt, also die Gerichts- und Verwaltungshoheit an sich zu bringen. Das wird jedoch nicht freiwillig von den Vögten als Stadtherren geschehen sein, um das junge Gemeinwesen selbständig zu machen. Die anfänglichen städtischen Privilegien für die Bürger Geras sind nämlich als eine Zugabe für die Besiedlung des Stiftsgebietes zu werten. Dagegen mußten nach der Stadtgründung weitere städtische Rechte und bürgerliche Freiheiten dem Stadtherren abgerungen oder abgekauft werden. Beschränken ja zusätzliche Rechte für Stadt und Bürgerschaft die stadtherrlichen Befugnisse und — was noch einschneidender wirkte — die finanziellen Einkünfte und Erträge.

Wahrscheinlich hat die Stadt Gera das Schulzenamt der Stadtherrschaft abgekauft, denn diese befand sich immer häufiger in Geldnot³⁾).

Dafür spricht auch das Neustädter Beispiel⁴⁾. Die Bürgerschaft dieser Stadt erhielt 1360 vom Landgrafen Friedrich III. gegen eine Abgabe das zeitlich beschränkte Recht, den

³⁹⁾ Auch in anderen Städten des Reußenlandes galt das Sachsenrecht subsidiär. So nach Art. 3 g der Zeulenrodaer Statuten. Es heißt dort: Was aber in diesem Erbrecht nicht ausgesagt wäre, das soll erben nach sächsischem Landrecht. Francke, Weidas Stadtrechte, S. 129, vermutet auch die Geltung des Sachsenrechts in Weida. Nach B. Schmidt, Geschichte der Stadt Schleiz, T. II, 1909, S. 116, galt solches in Schleiz und nach Thoß, a.a.O., S. 58, auch in Greiz.

⁴⁰⁾ A.a.O., S. 216.

⁴¹⁾ Nach E. P. Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, 1926, S. 155, befand sich in der Geraer Gymnasialbibliothek eine Abschrift des Sachsenspiegels, die mit Randbemerkungen versehen war und zweifellos von der Stadtverwaltung Geras stammte. Hofrat Dr. Büttner zählte diese örtlichen Ergänzungen dem 14. und 15. Jahrhundert zu. Leider ist diese Schrift nicht mehr auffindbar.

¹⁾ UB. Schmidt I, 385.

²⁾ Flach, Land und Städte in Thüringen, 1941, S. 259.

³⁾ S. hierzu die Urkunden vom 5. 9. 1448, 14. 12. 1468, 5. 4. 1476 und von 1502 betr. die Übernahme stadtherrlicher Schulden durch den Rat der Stadt Gera, StA. Gera. Vgl. auch Schönberg, Die Technik des Finanzhaushaltes der deutschen Städte im Mittelalter, 1910, S. 20.

⁴⁾ Stopfkuchen, a.a.O., S. 15.



Älteste Siegel der Stadt Gera von 1350 und 1460

Schultheißen selbst zu wählen. Jedoch wird sich die Geraer Stadtherrschaft aller Wahrscheinlichkeit nach das Bestätigungsrecht vorbehalten haben⁵⁾).

Leider liegen diese Vorgänge im Dunkel.

Von den wenigen archivalischen Quellen des 14. Jahrhunderts gibt uns eine solche von 1350⁶⁾ erstmalig einen sicheren Hinweis auf die Ratsverfassung⁷⁾. Hierbei handelt es sich um ein städtisches Siegel, das an einer Urkunde befestigt war. Es heißt dort am Ende der Urkunde:

„Und zcu eyne urkunde und eyner bestetunge dirre rede gebe ich yn dyzsen prif mit eyne angehangen insigil der stat zcu Gera, der ist gegeben noch Christi unsers herren geburt driczenhundert iar in dem fumcigesten iare, an dem dinstage vor phingesten“. = 11. Mai 1350.

Das uns übertragene älteste Stadtsiegel zeigt eine runde Form⁸⁾. Die in Minuskelschrift abgefaßte Inschrift lautet:

„Siggillum borgensium in gera“.

Dieses Vollsiegel — es ist ein solches mit Helm und Schild — beweist die rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung der Stadt im 14. Jahrhundert und ist neben dem Rathaus und der Stadtglocke Symbol der mit freiem Recht ausgestatteten Stadt Gera.

Es beweist weiter die Ratsverfassung der Stadt. Die Vögte als Stadtherren werden der Stadt Gera das Siegel besonders verliehen haben⁹⁾).

Kretschmer¹⁰⁾ berichtet von einem anderen gut erhaltenen Stadtsiegel aus dem Jahre 1404¹¹⁾ und vermutet ein noch älteres vorangegangenes Siegel der Stadt¹²⁾.

Kurz darauf ist auch 1360¹³⁾ in einem Mühlenkaufvertrag ein Geraer Bürgermeister namens Heinz Schuler nachweisbar, und 1404¹⁴⁾ urkundet neben Bürgermeister Hans Poppindorff der Rat der Stadt in einem weiteren Kaufvertrag über ein in Tinz gelegenes Gut.

Die Führung eines Vollsiegels von der Bürgerschaft zu Gera setzt weitgehende Autonomie der städtischen Selbstverwaltung voraus, die natürlich nicht erst seit der Fertigung

⁵⁾ So in Neustadt a. d. O., ebenda, S. 16.

⁶⁾ UB. Schmidt I, 918. Johannes Kinde versprach dem Kloster Cronschwitz bei Weida treulich dienen zu wollen, wenn ihm das Vikariat des St. Katharinenaltars zu Ronneburg übertragen würde.

⁷⁾ Die Anfänge der Ratsverfassung zeigen sich im mitteldeutschen Osten im 13. Jahrhundert, Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, II, 1962, S. 32. Nach Planitz, Deutsche Stadtgemeinde, S. 34, Anm. 183, erfolgte selbst in Magdeburg der Übergang zur Ratsverfassung spät. Er vermutet etwa um 1241. In Jena ist der Rat 1275, Schleiz 1297, Stadtroda 1310 und in Neustadt a. d. O. 1368 nachweisbar.

⁸⁾ Über die ältesten Siegel der Stadt Gera vgl. Berthold Schmidt, Über die mittelalterlichen Siegel der Stadt Gera, 1896.

⁹⁾ Eine derartige Privilegierung ist für Zeulenroda nach Art. 1 der Statuten der Stadt nachgewiesen.

¹⁰⁾ Vom Rathaus unserer Stadt, 1925.

¹¹⁾ UB. Schmidt II, 440. In einem Schriftstück urkunden Mathes von Draxdorf, Richter zu Gera, und Bürgermeister Hans Poppindorf, Heinrich Grosse, Heinrich Bremsencz und der gesamte Rat zu Gera, daß Else Wintorf und ihre Kinder ihr Gut zu Tinz an Heinrich, Herrn zu Gera, verkauft haben.

¹²⁾ Geschichte der Stadt Gera, S. 212 ff., und Entstehung der Stadt Gera, 1937, S. 71 ff.

¹³⁾ UB. Schmidt II, 70.

¹⁴⁾ Ebenda 440.

des ersten nachgewiesenen Siegels entstanden war¹⁵⁾. Mit der ausgebildeten, vollen städtischen Selbstverwaltung in dem genannten Zeitabschnitt dürfte die rechtliche Ausbildung Geras als mittelalterliche Stadt vollendet und der Wandel von der Genossenschaft zur Körperschaft vollzogen sein ^{15a)}. Durch das Siegel brachte der Rat im öffentlichen Rechtsverkehr gegenüber jedermann zum Ausdruck, daß er die Bürger der Gemeinde zu vertreten und für diese rechts- und handlungsfähig aufzutreten habe¹⁶⁾. Es verkörpert somit den Charakter der Rechtspersönlichkeit der geraischen Bürgerschaft¹⁷⁾, die rechts- und handlungsfähig war.

Ein weiteres Siegel¹⁸⁾ — das alte ging wahrscheinlich 1430 während der Stadtverwüstung verloren — stammt von 1460. Es hat folgende Inschrift:

„Sigillum + civium + civitatis + Gera + LX“.

Über den Inhalt der Geraer Stadtverfassung informiert uns die Bestätigungsurkunde des Kaufvertrages über ein Gut in Gera-Tinz im Jahre 1404¹⁹⁾. Darin sind als Zeugen die drei Bürgermeister Poppindorff, Grosse und Bremsencz sowie alle Ratsmitglieder der Stadt Gera aufgeführt.

Diese Zusammensetzung weist auf drei Ratsmittel hin, die uns auch die Statuten von 1487 bestätigen. Nähere Kenntnis über die städtische Ratsverfassung erhalten wir schließlich durch die Statuten der Stadt Zeulenroda von 1438, denen Geraer Recht zugrunde gelegen hatte, und die von Gera aus dem Jahre 1487.

So befaßt sich u. a. Art. 9 des Zeulenrodaer Stadtrechts mit der städtischen Obrigkeit. Dort heißt es:

„Auch sullen sie auß der gemeyn tzwen kysen, die mit sampt den neuen räthen von den alden rechnunge hören, auch von der gemeyn wegen, was yn noth ist, vbringen, das getrewlichen handeln sullen.“

Danach war die Stadtverwaltung noch nicht demokratisch organisiert, und die Rechtsnorm deutet auf die Herrschaft einer auf wirtschaftliche Macht sich stützenden städtischen Oberschicht hin. Wahrscheinlich waren nur einige wenige Patrizierfamilien der städtischen Kaufmannschaft ratsfähig. Der Stand der kleinen Handwerker schien 1438 in Zeulenroda noch kein entscheidendes Mitbestimmungsrecht erlangt zu haben. In der städtischen Verfassung blieb die Gemeindevertretung unberücksichtigt.

Da der Geraer Rechtszustand bei der Rechtsbewidmung Zeulenrodas mit maßgebend war, bestand vermutlich in Gera Anfang des 15. Jahrhunderts die gleiche Rechtslage. Das städtische Patriziat schien eine eigennützige Interessenpolitik betrieben zu haben. Das entfremdete die Stadtohrigkeit von den anderen bürgerlichen Schichten, vor allem den Handwerkern, und mußte zu Auseinandersetzungen führen²⁰⁾. Weiter bewirkte die steigende Warenproduktion und die Teilnahme der Geraer Tuchmacher am Fernhandel

¹⁵⁾ Nach Berthold Schmidt, Geschichte der Stadt Schleiz, 1909, Bd. II, S. 119, sind bereits 1277 ein magister consulum und consules civitatis für Schleiz erwähnt. Brakteaten mit dem Schleizer Stadtwappen kommen aber schon im ersten Viertel des 13. Jahrhunderts vor.

^{15a)} Allgemein hierzu Mitteis — Lieberich, Deutsche Rechtsgeschichte, 1963, S. 167 f., II 3 d.

¹⁶⁾ Planitz, Deutsche Stadt im Mittelalter, S. 115.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 59.

¹⁸⁾ Es befindet sich an mehreren Urkunden:

StA. Gera: 1495 Oktober 5. über Stadtwiese bei St. Wolfgang. 1525 Sühnevertrag des Landesherrn mit der Stadt Gera wegen Beteiligung der Bürger am Bauernkrieg.

¹⁹⁾ UB. Schmidt II, 440.

²⁰⁾ Bärmann, a.a.O., S. 293.

ein politisches und wirtschaftliches Erstarken der Zünfte, die bisher von den Kaufmannsgeschlechtern beherrscht wurden. Die Handwerker werden sicher verlangt haben, am Stadtreghment teilzuhaben. Jedenfalls wird nach den Statuten von 1487 in der Geraer städtischen Verfassung eine beschränkte Mitwirkung von Bürgern am Stadtreghment anerkannt.

So tritt in Gera im 15. Jahrhundert neben dem Rat eine gewisse Gemeindevertretung der Bürgerschaft auf. Diese bestand aus den in Art. 79 der Statuten genannten „zwölf von der gemein“.

Kämpfe zwischen ratsfähigen Familien und der übrigen Stadtgemeinde sind uns für Gera quellenmäßig nicht nachgewiesen. Und doch müssen soziale Auseinandersetzungen stattgefunden haben. An ein freiwilliges Aufgeben oder auch nur Einschränken so wichtiger „althergebrachter Rechte“ wie die Ratsfähigkeit des Geraer Patriziats und der Führung des Stadtreghments ohne eine Kontrolle durch die Bürgerschaft ist wohl nicht zu denken. Vielleicht hat die völlige Vernichtung der Stadt im Sächsischen Bruderkrieg die gesellschaftliche Umgruppierung begünstigt²¹⁾. In den vogtländischen Städten scheinen die Zünfte etwa Anfang bis Mitte des 15. Jahrhunderts ihre Mitwirkung in der Stadtobergkeit erzwungen zu haben²²⁾.

Die bestehenden Gegensätze zwischen Gemeinde und Rat gehen aus Art. 27 der Geraer Statuten hervor. Dieser untersagt den Handwerkern bei einer Buße von einem neuen Schock, „hinder der Herrschaft oder einem radt“ sich zu verbinden²³⁾.

In der Präambel der Geraer Statuten von 1487 tritt uns der Rat mit seinen Mitgliedern namentlich entgegen. Diese werden von dem Stadtherrn als die „ersamen unser liebenn getruwen“ genannt. Es sind drei Bürgermeister, neunzehn Ratskumpane²⁴⁾, auch Ratsmannen, Ratsverwandte, Ratsgeschworene oder Ratsfreunde²⁵⁾ genannt.

Der Rat bestand somit aus drei Ratsmitteln²⁶⁾, denen je ein Bürgermeister vorstand. Es waren der regierende, der sitzende und der ruhende Rat.

Infolge der kollegialischen Organisation des Rates war der Bürgermeister kein eigentliches Oberhaupt, sondern nur primus inter pares. Er hatte einen Stellvertreter, der als „Nächster des Bürgermeisters“ bezeichnet wurde²⁷⁾.

Hierbei handelt es sich um eine entfaltete, ausgebildete Ratsverfassung, an deren

²¹⁾ B. Schmidt, Geschichte der Stadt Schleiz, Bd. II, 1909, S. 123 f., glaubt, im Schleizer Stadtbrand von 1517 die Ursache des geänderten Stadtreghments zu sehen.

²²⁾ In Schleiz erfolgte 1642 eine Änderung der Ratsverfassung. Statt zweier Ratsmittel führte man drei ein. Die Reform ist auf Drängen der Zünfte erfolgt, ebenda, S. 123.

²³⁾ Bündnisverbote sind auch in Zunftbriefen enthalten, so Art. 26 des Schuhmacher-Innungsbriefes von 1651.

²⁴⁾ In Greiz waren es vier, Thoß, a.a.O., S. 37. Der Neustädter Rat bestand aus zwölf Personen, Stopfkuchen, a.a.O., S. 19.

²⁵⁾ Die Bezeichnungen ergeben sich aus dem Geraer Stadtbuch.

²⁶⁾ Die gleiche Verfassung bestand in Weida, Art. 14, 17 der Weidaer Statuten von 1483. In Greiz regierten zwei Ratsmittel, ein sitzender und ein ruhender Rat, Thoß, a.a.O., S. 43. Nach Schranil, a.a.O., S. 210 ff., waren vor allem im 15. Jahrh. in Magdeburg drei Ratsmittel zu unterscheiden. Für Gera ist das ein weiterer Beweis für die Entlehnung magdeburgischen Verfassungsrechts, denn Städte mit Magdeburgischem Recht wie z. B. Pegau, Hohlfeld, Stadtrechnungen als Historische Quellen, 1912, S. 123, haben ein dreifaches Ratskollegium. Auch Stopfkuchen, a.a.O., S. 18, spricht von einem dreifachen Rat in Neustadt a. d. O.

²⁷⁾ StA. Gera: Stadtbuch Gera 105, 11. 3. 1546.

Bildung sicher das städtische Zunftwesen weitgehenden Anteil hatte, denn die Handwerker bildeten den Kern der Bürgerschaft.

Die Ratskumpane hatten gewöhnlich besondere Verwaltungszweige zu bearbeiten. Der Kämmerer führte die städtische Finanzverwaltung, die Stadtkasse oder die Kämmerei²⁸⁾. Der Weinherr beaufsichtigte den Ratskeller und besorgte den Weineinkauf²⁹⁾. Weiter befaßte sich ein Ratsmann mit der Armenpflege und überprüfte die Spitäler, während ein anderer sich dem städtischen Brauwesen widmete und die Zahlung der bürgerlichen Abgaben für die einzelnen Gebräude kontrollierte. Auch das Bauamt verwaltete ein Ratsmitglied. Schließlich befaßten sich die Ratsmannen mit der Lebensmittelpolizei³⁰⁾.

Der Rat der Stadt stand der Bürgerschaft oder Gemeinde (gemein) gegenüber. Sie wurde nach demokratisch anklingenden Prinzipien durch die in Art. 79 genannten „zwölf von der gemein“ vertreten³¹⁾. Diese werden auch noch als Gemeinmeister bezeichnet, wie das z. B. in der Präambel – zehn von ihnen sind namentlich genannt – und in Art. 78 der Statuten erfolgte. Die „vonn der gemein“ und die Gemeinmeister sind in Gera nicht zwei verschiedene, voneinander getrennte Organe und sind nicht mit den Viertelmeistern zu verwechseln³²⁾.

Die Gemeinmeister scheinen aus der Zunftbewegung hervorgegangen zu sein³³⁾ und wurden teilweise auch ratsfähig³⁴⁾.

Es waren je vier Gemeinmeister einem Rat beigeordnet, von dem sie zu Sitzungen hinzugezogen wurden. Sie hatten die Interessen der Bürger dem Rat gegenüber zu wahren³⁵⁾. In einer Urkunde von 1495 (Montag nach Michaelis)³⁶⁾ heißt es von ihnen: „gemeyne beysitzer von wegen gantzer gemeyn“.

Die Bürger waren besonders an einer jährlichen Finanzkontrolle interessiert. Sie fühlten sich offenbar durch Steuern und Akzisen bedrückt und forderten Rechenschaft über den Stadthaushalt³⁷⁾. So stand nach Artikel 78 der Statuten von 1487 und Art. 3 der Statuten von 1658 den Gemeinmeistern eine gewisse Kontrolle über die städtischen Einnahmen und Ausgaben zu, indem sie die jährliche Rechnungslegung des alten Rates auf ihre sachliche und rechnerische Richtigkeit überprüften³⁸⁾. Außerdem setzte sie der Rat zur Brot- und Fleischkontrolle ein³⁹⁾.

²⁸⁾ Dieses Amt übertrug man bald einem besoldeten städtischen Beamten.

²⁹⁾ Nach Verpachtung der Ratskellerwirtschaft im 17. Jahrh. fiel diese Funktion fort.

³⁰⁾ Art. 15–17 Geraer Statuten von 1487.

³¹⁾ In Schleiz waren es acht, B. Schmidt, Geschichte der Stadt Schleiz, Bd. II, S. 125; Zeulenroda sechs, F. L. Schmidt, a.a.O., S. 71; Lobenstein, Weida und Plauen, Präambel der Statuten von Plauen i. V. v. etwa 1583, je vier; Greiz zwei, Thoß, a.a.O., S. 44, und in Neustadt zwölf Gemeinmeister, Stopfkuchen, a.a.O., S. 27. Dort erscheinen sie seit 1453, ebenda.

³²⁾ So B. Schmidt, a.a.O., S. 125, für Schleiz.

³³⁾ Das vermutet für Neustadt Stopfkuchen, a.a.O., S. 27.

³⁴⁾ So auch in Neustadt a. d. O., ebenda, S. 30.

³⁵⁾ Nach Thoß, a.a.O., S. 44, beschwerten sich die Bürger in Greiz über die Gemeinherren: An dem schlechten Bier sind die Gemeinherren schuld, als sie der gemeinen Bürgerschaft vorstehen und darum reden sollten, als stillschweigen. S. auch Art. 10 und 58 Statuten von Plauen i. V. von etwa 1583.

³⁶⁾ Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, S. 201.

³⁷⁾ S. hierzu Schönberg, Technik des Finanzhaushaltes der deutschen Städte im Mittelalter, S. 18 f.

³⁸⁾ So auch in Zeulenroda, Art. 9 der Statuten von 1438 und in Plauen i. V., Art. 6 und 7. Statuten von etwa 1583.

³⁹⁾ Thoß, a.a.O., S. 44.

Es scheinen die Zwölf auch versucht zu haben, im Interesse der Gemeinde die Bürgermeister- und Ratswahlen zu beeinflussen, was ihnen in Art. 79 untersagt wird.

Das Weichbild war in drei Bezirke oder Stadtviertel eingeteilt⁴⁰⁾. Diesen standen die Viertelmeister vor, die die Bürger ihres Stadtviertels zu vertreten hatten⁴¹⁾. Sie besaßen bestimmte Aufsichts- und Verwaltungsrechte und wirkten als Mittler zwischen Gemeinde und Rat. Die Viertelmeister betreuten ihre Stadtviertel. Ihre Aufgabe bestand darin, die Bürger zu Versammlungen zu rufen. Art. 21 drohte demjenigen mit Strafe, der nicht „zu seinem viertel in das gespreche trette“, der sich somit von den Aussprachen fernhielt. Jeder Bürger sollte seinen bürgerlichen Pflichten nachkommen. Die Viertelmeister hatten den Rat vor allem über die Mängel ihres Viertels zu unterrichten. So hatten sie die Gebäude auf ordnungsgemäße Wasserrinnen⁴²⁾, Aborte, Backöfen, Feuerlöschgeräte, Brunnen usw. hin zu überprüfen. Bei Bränden leiteten sie die Bekämpfungsmaßnahmen⁴³⁾. Ein anschauliches Zeichen bürgerlicher Autonomie war, daß die Viertelmeister als Vertreter der Bürger ihres Bezirkes die Schlüssel für die Stadttore aufbewahrten⁴⁴⁾. Während die „Zwölf von der Gemeinde“ Sitz und Stimme im Rat hatten, war das bei den Viertelmeistern nicht der Fall.

Das Gemeindeelement bestand in Gera somit aus den Gemeindemeistern und bedingt aus den Viertelmeistern. Ende des 16. Jahrhunderts versuchte der Rat, sich der „Zwölf“ zu entledigen und nur noch die Viertelmeister zu dulden, wie unten S. 119 ff. noch näher mitgeteilt wird.

Die gesamte Bürgerschaft trat nach Art. 21 der Statuten auch als willensbildendes Organ durch die Gemeindeversammlung, die universitas civium, in Erscheinung⁴⁵⁾. Derartige Gemeindeversammlungen scheinen aber nur noch selten und bei wichtigen, Bürgerschaft, Stadt oder die Stadtherrschaft (Art. 21) betreffenden Angelegenheiten durch den Rat einberufen worden zu sein. Das geschah z. B. anlässlich der Konfirmation der Geraer Statuten. Die Stadtgesetze waren „der ganzenn gemein vorgehaltenn und durchaus verlesen lassenn, sie und die ganzte gemein gevolworth und verwillkurt, solche gesetze sete, vest und unverbrochenn zu haltenn“, wie aus der Präambel der Statuten hervorgeht. Die Gemeindeversammlung hatte den neuen Stadtgesetzen zuzustimmen.

⁴⁰⁾ 1653, Januar 3, Verzeichnis der Hausgenossen in der Stadt Gera, LA. Greiz: a. Rep. Gera Bd. V, FFF a Nr. 7. Eine Gliederung der Stadt in Stadtviertel erfolgte neben anderen reußischen Städten in Greiz, Thoß, a.a.O., S. 66; Schleiz, B. Schmidt, a.a.O., S. 124; Zeulenroda, F. L. Schmidt, a.a.O., S. 211; Plauen i. V., Forberger, a.a.O., S. 37, Anm. 6, zu Art. 60.

Das erste Viertel der Stadt Gera umfaßte das Stadtzentrum mit dem nordwestlichen Stadtteil. Es schloß Rathaus, Markt und Kirchhof ein und grenzte an die untere Hälfte der Langen Gasse, an Ritter-, Schuh- sowie Kirch- und Schloßgasse. Das zweite Viertel bestand aus dem nordöstlichen Stadtteil und wurde von der östlichen Hälfte der Langen Gasse, dem Steinweg, Nikolaiberg und der Weidaischen-, Butter- und Rittergasse begrenzt. Das dritte Viertel war am umfangreichsten und erstreckte sich auf das gesamte südliche Stadtgebiet. Grenzen waren ein Teil der Weidaischen Gasse, Schuh-, Zwickauer-, Klotz- und Alte Schloßgasse. Es umfaßte Kornmarkt und Häselburg.

⁴¹⁾ In Neustadt a. d. O. versahen die Vier der Gemeinde die Funktion der Viertelmeister bis 1587, Stopfkuchen, a.a.O., S. 30.

⁴²⁾ Vgl. Art. 75 Geraer Statuten von 1487.

⁴³⁾ Nach Stopfkuchen, a.a.O., S. 31, und Thoß, a.a.O., S. 66, auch in Neustadt a. d. O. und Greiz.

⁴⁴⁾ Als diese durch den Rat den Stadtknechten anvertraut wurden, beschwerten sich die Bürger darüber beim Landesherrn. S. dazu unten S. 120 Ziff. 8.

⁴⁵⁾ So auch in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 26 f.

Über die Stellung der Bürgerschaftsversammlung im genossenschaftlichen System der Gemeinde s. Ebel, Bürgereid, 1958, S. 16 ff.

Die Ratswahl erfolgte nach Art. 79 der Statuten jährlich durch freie Kur⁴⁶⁾. Sie diente eigentlich nur der Kooperation. Die geraische Bürgerschaft war daran nicht beteiligt⁴⁷⁾ und hatte an der Zusammensetzung des Rates keinen Einfluß. Gewöhnlich übernahm geschlossen das ruhende Ratsmittel die Stadtregierung.

Das Ratskollegium ergänzte sich bei Wegfall eines oder mehrerer Mitglieder durch Wahl aller Ratskumpane⁴⁸⁾. Neue Mitglieder wählte man aus ratsfähigen Familien. Die Ratsmitglieder trugen diese Würde in der Regel lebenslänglich⁴⁹⁾. Bäcker und Fleischer werden wohl in Gera wie auch in anderen Städten wegen Interessenkollision — der Rat hatte die Aufsicht über sie — nicht erwünscht gewesen sein⁵⁰⁾.

Der Rat wurde jährlich als neu gewählt betrachtet und vom Stadtherrn nach Rechnungslegung des alten Rates bestätigt. Die Wahlregeln des geraischen Stadtrechts zeigen eine gewisse Abhängigkeit der Stadt von der Stadtherrschaft⁵¹⁾. Letztere behielt sich vor, die Gewählten nach ihrem „gefallen zuzulassen oder auszuthun“. Dazu heißt es in Art. 2 der Statuten von 1658: „Da aber von ihro Gnaden eine oder mehr Personen ausgethan würden, so oft und vielmahl es geschehe, wieder andere an der ausgethanen Stadt kießen“.

Nur die im Weichbild angesessenen Vollbürger durften auf Grund von Art. 80 der Statuten von 1487 in den Rat oder zu den „zwolffe von der gemein gekoren“ werden. Die bürgerlichen Hausgenossen hatten zu diesen Organen keinen Zugang.

Das dreifache Ratskollegium wechselte nach Art. 1 der Statuten von 1658 jährlich „uf Michaelis“ im Amt⁵²⁾.

Johann Andreas Harnisch⁵³⁾ berichtet über die Ratswahl in Gera mit den Feierlichkeiten und Zeremonien, wie sie etwa im 17. Jahrhundert üblich waren. Danach versammelte sich die Geraer Bürgerschaft im Rathaussaal. Nachdem ihr die Statuten vermutlich unter

⁴⁶⁾ Die jährliche Wahl entspricht magdeburgischem Stadtrecht und war im Magdeburger Weichbildrecht, Col. 93, XIX, vorgeschrieben. Vgl. auch Schranil, a.a.O., S. 200. Art. 1 Statuten von Weida sah auch die einjährige Amtsdauer des Rates vor.

⁴⁷⁾ So auch in Zeulenroda, F. L. Schmidt, a.a.O., S. 67; Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 17; Greiz, Thoß, a.a.O., S. 150; Schleiz, B. Schmidt, a.a.O., S. 119 f.

⁴⁸⁾ So auch in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen a.a.O., S. 19.

⁴⁹⁾ So in Zeulenroda, F. L. Schmidt, a.a.O., S. 68; in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen a.a.O., S. 18 f., und in Schleiz, B. Schmidt, a.a.O., II, S. 120.

⁵⁰⁾ Es galt hier der einstmals das Gothaer Rathaus zierende Spruch aus dem 15. Jahrhundert:
„Wo der Bürgermeister schenket Wein,
die Fleischer mit im Rate sein,
und ein Ratsherr bäckt das Brot,
da leidet mancher Bürger Not!“.

⁵¹⁾ Eine solche stadtherrliche Genehmigung war nach Schranil, a.a.O., S. 90, auch für die Schöffen des Magdeburger Stadtgerichts und nach Stopfkuchen, a.a.O., S. 17, für den Neustädter Rat erforderlich. Eine völlige Unabhängigkeit vom Stadtherrn haben die Städte der Mark Meißen nie erlangt, Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, II, 1962, S. 32.

⁵²⁾ Jährlicher Amtswechsel bestand in den meisten vogtländischen Städten, wie z. B. in Weida, Schleiz, B. Schmidt, a.a.O., S. 119; in Greiz, Zeulenroda, F. L. Schmidt, a.a.O., S. 67, und ist auch in Neustadt a. d. O. festzustellen, Stopfkuchen, a.a.O., S. 17 f.

⁵³⁾ Das Manuskript veröffentlichte teilweise B. Schmidt, Bausteine zur Geschichte der Stadt Gera, Nr. 6: Das Rathaus in Gera, und Nr. 7: Weitere Nachrichten vom Rathaus in Gera. Das Original seiner Arbeit scheint, wie Kretschmer berichtet, dem großen Brand von 1780 zum Opfer gefallen zu sein. Über Feierlichkeiten zu Neustädter Ratswahlen s. Stopfkuchen, a.a.O., S. 17 f.

Hinweis auf den geleisteten Bürgereid verlesen worden waren⁵⁴⁾, hatten die Bürger einzeln den neuen Ratsmitgliedern den Handschlag zu geben. Zu dieser jährlichen Bürgerversammlung wurde also nicht (mehr?) geschworen⁵⁵⁾.

Durch den Handschlag erneuerten jedoch die bürgerlichen Stadtbewohner das bereits in ihrem Bürgereid (Art. 42, 43, 76) abgegebene Versprechen, der Gemeinde treu und der Stadtobrigkeit gehorsam zu sein⁵⁶⁾ und wohl auch im Hinblick auf die verlesenen Statuten die Selbstbindung, das Geraer Stadtrecht anzuerkennen und zu beachten.

Auch der Rat wurde vereidigt⁵⁷⁾. Darauf weist Art. 24 der Statuten von 1487, der von dem Ratskollegium spricht, dessen Mitglieder „uff ire eide dasitzenn“. Der Schwurtext ist uns nicht überliefert. Sicher wurden sie eidlich verpflichtet, das gemeine Beste bei ihren Entscheidungen zum Nutzen von Stadt und Gemeinde abzuwägen. Das kommt in Art. 25 und 51 der Statuten zum Ausdruck, wonach die Buße nach des „Rats Erkenntnis“ festzusetzen ist, wobei dieser Grundsatz zu beachten war.

Jedes Ratsmittel war mit einem Bürgermeister als Vorsitzenden und ausführendem Vollzugsorgan besetzt. Der gesamte Rat bestand aus drei Bürgermeistern, aus drei Kämmerern⁵⁸⁾, sechs Bau- sowie sechs Weinherren. Zu jedem Rat zählten sechs Personen. Weiter gehörte ein Stadtschreiber⁵⁹⁾ dazu, der die wichtigste Person im Stadtr Regiment war. Grundsätzlich hatte jedes Ratsmittel verschiedene Aufgaben.

Die Zweiheit und damit die Trennung von städtischer Gerichtsbarkeit und administrativer Tätigkeit durch die einzelnen Ratsmittel entspricht magdeburgischem Recht⁶⁰⁾. Beide Aufgaben oblagen jedoch dem Ratskollegium. Die Mitglieder des ruhenden Rates wurden nebst den Gemeinmeistern zu Plenarsitzungen des gesamten Rates hinzugezogen, wie aus der Präambel der Statuten hervorgeht. Solche fanden vermutlich wie in anderen Städten in regelmäßigen Zeitabständen statt⁶¹⁾.

Die allgemeinen Gemeindeangelegenheiten bearbeitete der „regierende Rat“, während das städtische Schöffengericht sich aus dem „sitzenden Rat“ zusammensetzte. Das dritte Ratsmittel, der „ruhende Rat“, bildete sich aus dem vorjährigen sitzenden Rat, und die Ratsmannen des ruhenden Rates ergänzten in der Regel die fehlenden Mitglieder der beiden anderen Ratsmittel. Zusätzlich wurden sie als Zeugen zu wichtigen Rechtsgeschäften hinzugezogen.

Nach je einem Jahr Amtstätigkeit erfolgte ein Wechsel der Ratsmitglieder vom regierenden zum sitzenden und schließlich zum ruhenden Rat. Die Mitglieder der jeweils letzten zwei Ratsmittel waren weniger in Anspruch genommen. Sie konnten in Ruhe ihrem Berufe nachgehen, den sie als Angehörige des regierenden Ratsmittels vernachlässigt hatten.

⁵⁴⁾ S. hierzu Ebel, Bürgereid, 1958, S. 32 f. Dieser Brauch fiel später fort, s. unten S. 125.

⁵⁵⁾ Ebel a.a.O., S. 22 ff. In Ölsnitz im Vogtland fanden bei Ratswahlen Schwörtage statt, ebenda, S. 33.

⁵⁶⁾ Ebenda, S. 37.

⁵⁷⁾ Näheres ebenda, S. 42 ff., 111 f.

⁵⁸⁾ 1602 erstmalig ein Kämmerer namens Nikol Graul nachweisbar, Fischer, a.a.O., S. 101.

⁵⁹⁾ S. S. 121 Nr. 15, 122 Nr. 15. In Art. 7 der Zeulenrodaer Statuten ist besonders ein vereidigter Stadtschreiber für den Rat vorgesehen.

⁶⁰⁾ Haase, Gegenwärtiger Stand und neue Probleme der Stadtrechtsforschung, 1953, S. 140.

⁶¹⁾ Nach Stadtverfassung von Greiz II, Art. 2 v. 1672 hatte wenigstens jeden Monat einmal eine Plenarsitzung stattzufinden.

Anläßlich einer neuen Ratsverpflichtung fand nach Art. 3 der Statuten von 1658 die „Abhörung der Stadtrechnung“ statt. Der bisher regierende Rat hatte, wie schon erwähnt, als letzte Amtshandlung die Ausgaben und Einnahmen „abzulesen“, das städtische Rechnungswesen mit Belegen zu begründen und die Ausgaben nachzuweisen. Sie hatten auch über Mängel in der Stadtverwaltung zu berichten und dem neugewählten Ratsmittel den Bestand an barem Geld, Wein und anderen Vorräten zu übergeben. Der neu in Pflicht genommene Rat war vom alten gebührend zu erinnern und zu ermahnen, „was gemeiner Stadt Nutzen und frommen erfordert“. Bei der jährlichen Rechnungslegung⁶²⁾ stellten die „Zwölf von der Gemeinde“ dem scheidenden Rat oft „unangenehme Fragen“. Der geraische Rat hat sie schließlich kraft seiner Gewalt „umb allerhand Unruhe willen, so die selben erwecket“, abgeschafft⁶³⁾.

Aller Wahrscheinlichkeit nach bestand schon früh der in Art. 72 der Statuten von 1658 kodifizierte Brauch, der den neugewählten Rat verpflichtete, alljährlich mit Beginn der Amtstätigkeit den Stadtbewohnern die geraischen Statuten und Stadtgesetze vorzulesen⁶⁴⁾. Dadurch sollten die Bürger ständig an ihre Rechte und Pflichten erinnert werden.

Der Tätigkeitsbereich des Rates von Gera war umfangreich. Er erstreckte sich sachlich auf alle Gebiete der städtischen Selbstverwaltung und örtlich auf das Weichbild der Stadt innerhalb der Mauern. Schließlich erweiterte Art. 62 die räumliche Zuständigkeit – wahrscheinlich bereits im 14. Jahrhundert –, als man Häuser, Scheunen und andere Gebäude vor dem Mühlgraben und Badertor auf der äußeren Allmende errichtete. Diese „sal auch der stadt mit lehen, zinssenn, geschossenn und fronen . . . volgen“. Die Weichbildserweiterung erfolgte sicher auf Betreiben des Rates, der an einem Steuerzuwachs sehr interessiert war⁶⁵⁾. Die außerhalb der Mauer liegenden Grundstücke und deren Besitzer unterlagen nach geraischem Stadtrecht dem Amtsbereich des Rates, und die Pfahlbürger hatten sich dessen Willen unterzuordnen.

Die Bürger fühlten sich nur für das innerhalb der Mauern liegende Gemeindeeigentum verpflichtet und rechneten das Gut der Vorstädte nicht dazu. Das beweisen die Streitigkeiten zwischen Bürgern und Vorstädtern. Die Vollbürger weigerten sich, beim Kauf von Vorstadtgrundstücken die darauf ruhenden Lasten zu übernehmen, so daß die Vorstädter weiter z. B. zu Fronen verpflichtet waren⁶⁶⁾.

Der regierende Rat führte damit das Stadtre Regiment. Dieses Ratsmittel kann als der eigentliche Rat und die Stadtobrigkeit von Gera bezeichnet werden. Er hatte sich – zur Beschlußfassung über die täglich anfallende Arbeit und um Gemeindemitglieder anzuhören – regelmäßig in bestimmten Zeitabständen zu „ordentliche gewisse vndt richtige Siztage“ auf dem Rathaus zusammenzufinden. Nach Art. 5 der Statuten von 1658 waren jeweils dreimal in der Woche Ratssitzungen abzuhalten und zwar montags, mittwochs und freitags früh nach dem Gottesdienst und nachmittags ab 14.00 Uhr. An den übrigen Tagen der Woche sollten die Ratsmitglieder ihrem eigenen Hauswesen vorstehen und ihren Beruf ausüben.

⁶²⁾ Harnisch, Heimat-Blätter 5, 1925, berichtet darüber.

⁶³⁾ Näheres s. unten S. 121 Ziff. 2.

⁶⁴⁾ So auch in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 164, u. Plauen i. V., Art. 56, Statuten von 1583.

⁶⁵⁾ So auch in Greiz, Thoß, a.a.O., S. 73.

⁶⁶⁾ S. S. 125.

Der Bürgermeister⁶⁷⁾ hatte die Ratssitzungen anzuberaumen, zu leiten und den „vorstehenden handel mit klarliegenden worten ordentlich (zu) proponieren“⁶⁸⁾ sowie für deren Vorbereitung und sachgemäße Durchführung zu sorgen⁶⁹⁾. Als Sprecher des Kollegiums übte er auch die Sitzungspolizei aus.

Der regierende Bürgermeister repräsentierte und vertrat die Stadt nach außen hin⁷⁰⁾ und unterhielt den Verkehr mit dem Stadtherrn sowie mit auswärtigen Personen und Vertretungen fremder Ortschaften. Auch führte er im Kriegsfall den Befehl über die bewaffnete Bürgerschaft.

Der Bürgermeister war in allen wichtigen Entscheidungen von der Zustimmung des Ratskollegiums und in gewissen Fällen auch von der der „Zwölf von der Gemeinde“ abhängig (Art. 78 Statuten von 1487).

Das Disziplinarrecht über die Ratsmitglieder übte auf Grund von Art. 83 das Plenum aus⁷¹⁾.

Der Rat der Stadt führte als Zeichen der Rechtspersönlichkeit der Gemeinde das Stadtsiegel⁷²⁾. Er war Träger städtischer Wehrhoheit und hatte für den Schutz der Bürgerschaft und für die öffentliche Sicherheit zu sorgen.

Der Rat besaß die freie und vom Stadtherrn unabhängige Entscheidung darüber, neue Bürger in den Gemeindeverband aufzunehmen, solche bei Gehorsamsverweigerung auf Grund von Art. 1 und 24 der Statuten aus der Stadt für ein Vierteljahr zu verweisen und das Bürgerrecht zu entziehen.

Weiter besaß der Rat das Privileg für den Weinschank, beaufsichtigte und unterhielt die städtischen Betriebe und Einrichtungen wie Ratsschenken, Ratswaage, Gemeindebrunnen mit Fischkästen sowie Kuttelhof und Kalkbrennerei (Art. 88, 31, 14, 20, 60). Er verwaltete auch das städtische Eigen. Der Rat war ferner oberste Schulbehörde und übte auch das Patronatsrecht über die Stadtkirche St. Johannis aus. Damit oblag ihm die Pfarrwahl⁷³⁾.

Eine wesentliche innere Funktion war die städtische Polizei. Als Polizeiorgan überwachte der Rat den gesamten Marktverkehr (Art. 15 — 19), das sonstige Wirtschaftsleben und hatte die Lebensmittel-, Bau-, Sicherheits-, Sitten- und Gesundheitsaufsicht inne (Art. 10, 9, 16, 17). Er setzte die Preise fest und bestimmte die Maße und Gewichte (Art. 15, 17, 14). Ferner erließ er die Brau- und Schankordnung für die brauberechtigten Bürger (Art. 52).

Weiter oblag es ihm, den städtischen Frieden zu wahren, die bürgerlichen Freiheiten zu erhalten und das Privateigentum der Vollbürger zu schützen sowie das Stadtrecht durchzusetzen. Vor allem hatte er die ihm durch die Bürgerversammlung gestellten Aufgaben zu erfüllen und deren Beschlüsse auszuführen⁷⁴⁾.

⁶⁷⁾ Verzeichnis der Geraer Bürgermeister von 1451—1898 bei R. Fischer, a.a.O., S. 105 f.

⁶⁸⁾ II Art. 3 Greizer Statuten 1672.

⁶⁹⁾ Art. 1, 22 Geraer Statuten 1487.

⁷⁰⁾ Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, 1962, S. 333.

⁷¹⁾ S. auch Jecht, Pflichten eines mittelalterlichen Bürgermeisters, 1909, S. 89 ff.

⁷²⁾ Hierüber s. oben S. 75 f.

⁷³⁾ Näheres bei E. P. Kretschmer, Die Geraer Ratsschule und ihre Beziehungen zum Gymnasium Rutheneum, 1933, und derselbe, Wie das Reußenland evangelisch wurde, 1933, S. auch Bärmann, a.a.O., S. 184.

⁷⁴⁾ Ebel, Bürgereid, S. 20.

Dem genossenschaftlichen Charakter der Bürgergemeinde, in die nach der Stadtgründung neue Bürger durch Vertrag und Eid aufgenommen wurden, entsprach es, daß die Einzelnen nicht nur den Nutzen des Zusammenschlusses genossen, sondern auch die Gemeindelasten zu tragen hatten.

Deshalb umfaßt der Begriff des Stadtrechts „bald die Befugnisse und Vorteile, bald aber auch die öffentlichen Pflichten“ der Bürger⁷⁵⁾. So war es eine wesentliche Funktion des Rates von Gera, die Bürger zur Erfüllung ihrer Leistungspflichten in dem notwendigen Maße persönlich und wirtschaftlich heranzuziehen⁷⁶⁾. In diesem Rahmen hatte der Rat eine mögliche Verteidigung des Stadtgebietes zu organisieren, die nächtlichen Bürgerwachen zu bestimmen und Arbeitseinsätze zu beschließen, um Stadtmauer, Rathaus und anderes Stadtgut zu errichten oder zu erhalten. Dabei hatte jeder, der im Weichbild wohnte und den Schutz der Mauer und Bürgerwehr benützte, selbst mitzuwirken (Art. 23, 69).

Die mit der Stadtgründung an die Stadtherrschaft als Grundherrn des städtischen Bodens zu zahlende direkte Vermögenssteuer (Bede, Geschoß) und andere Abgaben waren wahrscheinlich Anfang des 14. Jahrhunderts und wohl gegen eine jährliche Ablösungsrente⁷⁷⁾ auf die Gemeinde übergegangen⁷⁸⁾. Nunmehr verwandelten sich die Abgaben, nämlich „geschoß und zinsen“ nach Art. 51, 62 und 93 der Statuten in einen genossenschaftlichen Beitrag der Bürger, und ihre Steuerpflicht war lediglich Ausfluß ihres Bürgerrechts⁷⁹⁾.

Es bildeten sich feste Steuertermine heraus. Als Steuerorgan hatte der Rat nach Art. 51 und 62 der Statuten die Gemeindesteuern festzusetzen und zu vereinnahmen.

Die zweifellos älteste Steuer war in Gera die Bede (Art. 51, 62, 93)⁸⁰⁾. Sie war eine direkte und ihrem Grundgedanken nach feste Vermögenssteuer. Die im Geraer Weichbild wohnenden Vollbürger hatten nach Art. 51 nur die Grundstücke, die Stadtgüter waren, zu verschossen. Weiter fiel darunter der Grundbesitz, den sie zusätzlich zu Lehen hatten. Die Bede, in Art. 51 der Statuten von 1487 als Geschoß bezeichnet⁸¹⁾, war für die Vollbürger eine reine Grundsteuer.

Eine andere Regelung galt nach Art. 51 für die unbehausten Bürger oder Hausgenossen. Sie waren nach des „rahts erkentnis“ zu veranlagten, wobei der Rat das gemeine Beste von Gemeinde und Bürger abzuwägen hatte.

In Gera galt wie in anderen mittelalterlichen Städten das steuerliche Prinzip der Selbstveranlagung⁸²⁾. Wie Art. 51 anordnet, hatten die Steuerpflichtigen in bestimmten Zeit-

⁷⁵⁾ Erler, Bürgerrecht und Steuerpflicht, 1963, S. 17; Ebel, a.a.O., S. 3.

⁷⁶⁾ Erler, ebenda, S. 18, 42.

⁷⁷⁾ StA. Gera: In Urkunden von 1503 und 1505 trat der Stadtherr seine Jahresrente von 168 fl. an mehrere Gläubiger ab. Die Zahlung einer festen Jahresrente an die Stadtherrschaft ist auch in Neustadt a. d. O. nachweisbar, Stopfkuchen, a.a.O., S. 74.

⁷⁸⁾ Für das im Weichbild noch vorhandene Lehnsgut erhielt die Stadtherrschaft bis 1608 Steuern. S. hierzu unten S. 133.

⁷⁹⁾ Erler, a.a.O., S. 18 f.

⁸⁰⁾ S. auch v. Below, Probleme der Wirtschaftsgeschichte, 1920, S. 622.

⁸¹⁾ Über die verschiedenen Bezeichnungen der Bede s. Erler, a.a.O., S. 18 f.

⁸²⁾ Näheres darüber s. ebenda. S. 46 ff.

abständen⁸³⁾ dem Rat ihre Vermögenswerte bekanntzugeben und wohl auch den Steuer-
eid zu leisten, die Vermögensangabe gewissenhaft vorzunehmen⁸⁴⁾. Der auf Bürger-
ethos und Bürgermoral sich stützende Grundsatz der Selbstveranlagung bewirkte, daß
vor allem die Bürger und ihre Wohnungen vor der Belästigung der Stadtknechte
verschont blieben und ihr Hausrecht gewahrt wurde⁸⁵⁾. Lediglich das Gut der Pfahl-
bürger durfte der Stadtknecht nach Art. 93 wegen des Geschosses und der Zinsen
pfänden.

Eine Steuerhinterziehung — oder vielmehr der dadurch zum Ausdruck gekommene
Eidesbruch — galt als ein besonders moralisch verwerfliches, gemeinschädigendes Ver-
halten. Mitbürger, die davon erfuhren, waren auf Grund ihres Bürgereides verpflichtet,
den Täter bei dem Rat anzuzeigen⁸⁶⁾. So hatte der Bürger nach dem Geraer Bürgereid
u. a. zu schwören:

„Zum Wohle der Stadt nach allen meinen Kräften beizuwirken, Schaden und
Nachteil . . . von derselben abzuwenden, insbesondere jedes zu meiner Kennt-
nis kommende gegen die Gesetze, das Wohl . . . der Stadt gerichtete Unterneh-
men anzuzeigen und durch meine tätige Beihilfe zu verhüten“⁸⁷⁾.

Der Rat bestrafte nach Art. 51 der Geraer Statuten von 1487 das Verschweigen von
versteuerbarem Gut und damit den gebrochenen Steuereid mit der Beschlagnahme der
betroffenen Gegenstände zugunsten der Stadt⁸⁸⁾.

Die Steuern der unbehausten Bürger und der Vorstädter bezeichnete man auch als
Schutzgeld⁸⁹⁾.

Die Steuerbefugnis des Rates endete nicht an der Stadtmauer, sondern erst an den Gren-
zen der Stadtflur. So versteuerte er gemäß Art. 62 der Statuten die jenseits des Mühl-
grabens an dem städtischen Anger gelegenen Häuser und Scheunen, soweit es sich nicht
um herrschaftliches Lehngut handelte.

Steuer- und Rechnungstermine waren, wie in Neustadt a. d. O. und Greiz, Michaelis und
Walpurgis⁹⁰⁾. Waren außerhalb des Weichbildes wohnende Steuerschuldner mit der
Zahlung in Verzug, wurden auf Grund von Art. 93 die fälligen Leistungen gepfändet.
Ein umfassendes Bild über den städtischen Haushalt Geras gibt uns eine Stadtrechnung

⁸³⁾ Stopfkuchen, a.a.O., S. 74 f., berichtet, daß in Neustadt a. d. O. alle vier Jahre zur Neu-
festsetzung des versteuerbaren Vermögens ein Schwörjahr abgehalten wurde. Während
der Bürgerversammlung mußte jeder Bürger „bei seinen Ehren, Treuen, Glauben und
wahren Worten“ vor den Ratsmeistern und Kämmerern seinen ganzen steuerpflichtigen
Besitz und dessen Wert im einzelnen angeben. Dieser wurde von dem Stadtschreiber in
das Geschoßbuch eingetragen. Dieses Verfahren deutet auf einen Gelöbniseid nach den
Begriffsmerkmalen von Erler, Bürgerrecht und Steuerpflicht, S. 55, 64, 100. Für Gera ist
ein ähnliches Verfahren anzunehmen.

⁸⁴⁾ Erler, ebenda.

⁸⁵⁾ Ebenda, S. 46 f. S. auch die Beschwerde der Geraer Bürger über das ungehörige Auftreten
der Stadtknechte S. 121 Nr. 14.

⁸⁶⁾ Erler, a.a.O., S. 47, 112.

⁸⁷⁾ StA. Gera: Sammlung Reußischer Gesetze II, Nr. 103, S. 101. Über die eidlich übernom-
mene Rügepflicht s. auch Erler, a.a.O., S. 47, 112.

⁸⁸⁾ So auch in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 77. In anderen Städten erfolgte die
zeitweise Stadtverweisung, Erler, a.a.O., S. 20, 24, 26.

⁸⁹⁾ Über die indirekten Steuern s. Robert Fischer, Stadtbuch von Gera, S. 205 ff. S. auch Dt.
StB. II, S. 298.

⁹⁰⁾ Stopfkuchen, a.a.O., S. 76; Thoß, a.a.O., S. 88.

aus den Jahren 1632 bis 1638. Danach setzten sich die Einnahmen der Stadt aus folgenden Abgaben, Steuern und Einkünften zusammen:

Am ertragreichsten war die Bede (Geschoß)⁹¹⁾. Dann folgte der Gewinn aus den beiden Ratsschenken, dem Ratskeller und dem Schankkeller am Nikolaiberg. Dagegen warf die in Untermaus befindliche Ratsschenke nur geringe Erträge ab. Erheblich war auch der Braupfannenzins⁹²⁾, während Brantweininszen⁹³⁾ verhältnismäßig gering waren. Es scheint hauptsächlich Bier als tägliches Getränk verlangt und somit hergestellt worden zu sein. Die brauberechtigten Bürger hatten für jedes Gebräude Pfannengeld zu zahlen.

Der Kastenzins⁹⁴⁾ sowie Erbzins, die bei der Verfügung über ein städtisches Grundstück fällig waren, und der Garküchenzins waren im Gesamthaushalt nicht beträchtlich. Die Stadt unterhielt im Rathaus eine Garküche, die zu einem jährlichen geringen Zins verpachtet wurde.

Die Abgaben der Fleischer und Bäcker für die Benutzung der Verkaufsstände, der Bänke, waren gleichfalls niedrig. Selbst Strafgerichte und Gerichtskosten des Erbgerichts waren als städtische Einnahmen unwesentlich, da ein Teil der Geldbußen an den Stadtherrn zu zahlen war. Größere Einnahmen erzielte die Stadt durch den Betrieb der Ziegelscheune sowie durch Kapitalverzinsung. Jährlich wurden beträchtliche Beträge teils an Bürger oder Auswärtige, teils an den Stadtherrn ausgeliehen. Die Darlehen waren zu verzinsen.

Den jährlichen Überschuß übernahm man jeweils in das neue Rechnungsjahr als Einnahme.

Die Höhe und Art der städtischen Einnahmen sowie die der Ausgaben ist aus der Stadtrechnung des Geraer Rates von Ostern 1632 bis Ostern 1638 zu ersehen⁹⁵⁾.

Einnahmen

1. Bestand von letzter Jahresabrechnung	5.546 R	1 gl.	4 Pf.
2. Kellergewinn	1.922 R	4 gl.	5 Pf.
3. Ratsschenke Untermaus	28 R	7 gl.	5 Pf.
4. Erbgeschoß	3.018 R	13 gl.	— Pf.
5. Hausgenossengeschoß	219 R	9 gl.	— Pf.
6. Erbzinsen	415 R	1 gl.	— Pf.
7. Braupfannenzins	1.074 R	10 gl.	— Pf.
8. Kastenzins	786 R	4 gl.	3 Pf.
9. Geldzinsen	200 R	18 gl.	3 Pf.
10. Brantweininszen	67 R	— gl.	— Pf.
11. Schoßzins	60 R	— gl.	— Pf.
12. Garküchenzins	210 R	— gl.	— Pf.
13. Brotbankzinsen	60 R	14 gl.	— Pf.

⁹¹⁾ Das war auch in anderen Städten der Fall. Sie betrug in Neustadt a. d. O. etwa ein Viertel der Gesamteinnahmen, Stopfkuchen, a.a.O., S. 73 f.

⁹²⁾ Robert Fischer, a.a.O., S. 207.

⁹³⁾ Ebenda, S. 209.

⁹⁴⁾ Der „gemeine Kasten“ ist nach der Reformationszeit das Vermögen, das nach Einziehung der geistlichen Güter an die Städte gefallen war. Daraus wurden die Ausgaben für Kirchen und Schulen bestritten.

⁹⁵⁾ LA. Greiz: a. Rep. Gera Bd. V FFFa Nr. 4. Seit wann in Gera geordnete Rechnungsbücher geführt wurden, ist unbekannt.

14. Fleischbankzinsen	21 R	9 gl.	— Pf.
15. Zins am oberen Fischwasser	57 R	3 gl.	— Pf.
16. Zins am unteren Fischwasser	84 R	— gl.	— Pf.
17. Wiczins	Vacat		
18. Zins von Torwohnungen	Vacat		
19. Zins aus den Siechhäusern	Vacat		
20. Kopfhammerzins	66 R	— gl.	— Pf.
21. Steinbruchzins	Vacat		
22. Zwingerzins	Vacat		
23. Turmzins	Vacat		
24. Grabenzins	10 R	6 gl.	— Pf.
25. Einnahmen von Pöppeln und Vollersdorf	91 R	6 gl.	— Pf.
26. Einnahmen geborgter Hauptsummen	2.028 R	17 gl.	— Pf.
27. Nutzung aus Stadtholz	532 R	18 gl.	6 Pf.
28. Einnahmen aus dem Ratsweidicht	48 R	11 gl.	— Pf.
29. Nutzung aus der Ziegelscheune	1.633 R	9 gl.	8 Pf.
30. Nutzung aus Malzhäusern	113 R	1 gl.	— Pf.
31. Einnahmen aus dem Kuttelhof	256 R	3 gl.	8 Pf.
32. Strafen im Obergericht	Vacat		
33. Einnahmen aus Geleit und Walkmühlenbenutzung	1.388 R	8 gl.	10 Pf.
34. Strafen in Erbgerichten	222 R	17 gl.	6 Pf.
35. Bürgerrecht	319 R	— gl.	— Pf.
36. Stättegeld	251 R	8 gl.	5 Pf.
37. Abzugsgeld	332 R	9 gl.	5 Pf.
38. Außenfloßholzen	Vacat		
39. Einnahmen von Handwerkern	554 R	7 gl.	— Pf.
40. Einnahmen von niedergelegter Hauptsumme	30 R	— gl.	— Pf.
41. Interesse von retardierten Ratsschulden	Vacat		
42. Allgemeine	34 R	6 gl.	— Pf.
Gesamteinnahmen:	21.624 R	18 gl.	7 Pf.

Ausgaben

1. Ins Rathaus gebaut	225 R	7 gl.	10 Pf.
2. Für das Malzhaus auf dem Niclasberg	42 R	10 gl.	6 Pf.
3. Für die Pfarrkirche	51 R	18 gl.	1 Pf.
4. An der Stadtmauer gebessert	28 R	1 gl.	— Pf.
5. Auf das Badertor	11 R	4 gl.	40 Pf.
6. Auf das Schloßtor	12 R	13 gl.	— Pf.
7. Leumnitzertor	12 R	19 gl.	— Pf.
8. Weidaertor	8 R	10 gl.	3 Pf.
9. Auf das Klotztor	9 R	16 gl.	4 Pf.
10. Ausgaben für das Kuhhirtenhaus	10 R	9 gl.	— Pf.
11. Ausgaben für das Schweinehirtenhaus	6 R	11 gl.	11 Pf.
12. Ausgaben in die Lazarethhäuser	35 R	5 gl.	6 Pf.
13. Ausgaben Kuttelhof	35 R	4 gl.	4 Pf.
14. Ausgaben Röhrenwasser gewendet	612 R	17 gl.	— Pf.
15. Pflaster gewendet	22 R	18 gl.	— Pf.

16. Ausgaben der Braupfanne	456 R	12 gl.	5 Pf.
17. Ausgaben an der Elster- u. Große Brücke	62 R	10 gl.	— Pf.
18. Allgemein gebaut	55 R	— gl.	7 Pf.
19. Ausgaben zur Erhaltung der neuen Anlehen	106 R	3 gl.	6 Pf.
20. Ausgaben auf die Obergerichte gewendet	379 R	2 gl.	6 Pf.
21. Ausgaben für Geleitslandwegbesserung	152 R	8 gl.	6 Pf.
22. Ausgaben abgelegter Hauptschulden	1.956 R	6 gl.	— Pf.
23. Ausgaben Zinsen dem Gemeinen Kasten	1.969 R	5 gl.	— Pf.
24. Ausgaben Hosp. B. Virg.	223 R	3 gl.	— Pf.
25. Ausgaben anderer gemeiner Gläubiger	412 R	4 gl.	6 Pf.
26. Stipendien	660 R	— gl.	— Pf.
27. Zinsen von neuen Anleihen	2.983 R	2 gl.	15 Pf.
28. Ratsbesoldung und Ratsdiener	3.209 R	11 gl.	6 Pf.
29. Geschenke und Verehrungen	91 R	20 gl.	3 Pf.
30. Ausgaben auf die Stadtwohnung	127 R	7 gl.	— Pf.
31. Ausgaben auf die Kirchrechnung	100 R	10 gl.	3 Pf.
32. Ausgaben auf die Schosserei	275 R	15 gl.	— Pf.
33. Ausgaben zur Ausführung der Stadtgerechtigkeit	152 R	3 gl.	— Pf.
34. Ausgaben zur Bewirtung armer Leute	100 R	12 gl.	10 Pf.
35. Ausgaben für Botenlohn	172 R	3 gl.	3 Pf.
36. Ausgaben für angeflößtes Scheitholz	Vacat		
37. Scheithauerlohn	318 R	6 gl.	— Pf.
38. Ausgaben für Reißholz zu lesen	104 R	19 gl.	— Pf.
39. Ausgaben für Reißholz zusammenzuschlagen	33 R	18 gl.	88 Pf.
40. Ausgaben für die Gebind zu ackern	205 R	15 gl.	— Pf.
41. Ausgaben für Weiden zu koppeln	3 R	9 gl.	— Pf.
42. Ausgaben für Holzfuhrlohn von Scheiten	218 R	5 gl.	— Pf.
43. Ausgaben für Stadtrinder	20 R	17 gl.	— Pf.
44. Ausgaben für Stadtschweine	10 R	6 gl.	— Pf.
45. Ausgaben für Pfarrfelder zu ackern	144 R	— gl.	— Pf.
46. Gemeindeausgaben:	2.015 R	11 gl.	6 1/2 Pf.
Gesamtausgaben:	17.833 R	9 gl.	9 1/2 Pf.
Einnahmen:	21.624 R	18 gl.	7 Pf.
Guthaben: ⁹⁶⁾	3.741 R	8 gl.	9 1/2 Pf.

Ein weiteres wichtiges Amt, das in die Zuständigkeit des Stadtrates fiel, war die Organisation des Schulwesens. Eine städtische Schule war bereits Mitte des 15. Jahrhunderts und vielleicht noch früher in Gera vorhanden. An dieser waren zwei Lehrer tätig, die in Art. 25 „schulmeister“ und „undermeister“ genannt werden. Als Bedienstete der Stadt genossen sie den gleichen Schutz wie andere städtische Beamte.

Eine Aufgabe des Stadtrates ist in Art. 1 der Statuten allen anderen Rechtsnormen vorangestellt und weist auch auf die Entstehung des Geraer Stadtrechts hin. Den Rat beauftragte schon früh der Stadtherr, für die rechtzeitige und vollständige Zahlung

⁹⁶⁾ Die Endsummen wurden ungeachtet der rechnerischen Richtigkeit wiedergegeben.

herrschaftlicher Forderungen zu sorgen. Der Rat hatte städtische und kirchliche Ansprüche und solche der Ratsbeamten durchzusetzen und Schulden zu vereinnahmen.

Der Rat führte auch die Stadtbücher, die angelegt wurden, um wichtige Rechtshandlungen einzutragen⁹⁷⁾. Dazu gehörten die Statutenbücher, in welchen die Privilegien, Ratswillküren und andere Rechtsnormen der städtischen Rechtsordnung registriert wurden⁹⁸⁾. In Gera sind Stadtbücher aus den Jahren 1536 bis 1561⁹⁹⁾ vorhanden, worin aber nur Rechtsgeschäfte beurkundet und Vorgänge der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie gelegentliche steuerliche Veranlagungen eingetragen wurden¹⁰⁰⁾. Zweifellos führte man bereits vorher derartige Stadtbücher, denn es handelt sich um formvoll gestaltete und ausgeprägte Beurkundungen.

Der Rat der Stadt war insbesondere verpflichtet, die Statuten und damit das Geraer Stadtrecht einzuhalten, die Rechtsnormen zu beachten und kein Recht zu beugen. Verstieß dagegen ein Bürgermeister oder Ratskumpan, so war nach Art. 83 in Anwesenheit aller Ratsmittel über den Rechtsbruch zu verhandeln und der „verbrecher“ nach Erkenntnis des gesamten Rats zu bestrafen.

Endlich war in Art. 95 dem regierenden Rat eine für die künftige Rechtsgestaltung und Rechtsbildung wesentliche Befugnis erteilt. Die Rechtsnorm lautet:

„Der rath hat macht, mehr ordnung zu machen mit wissen der herrschaft“.

„Item es hat auch der rath von der stadt wegenn andere notdurfft und ordnung, daraus gemeiner nutz und redligkeit der stadt entstehenn und unradt mocht vermidenn werdenn, wue man das erkennt, zu ordenn und zu setzen, ab das wol hyrinne nicht verzeichnet stunde, doch nicht ferner dan under denn burgern und in der stadt, aber dennoch mit rathe und wissen der herschafft.“

Art. 95 bevollmächtigte den Stadtrat, außer seiner in den Statuten festgelegten verwaltenden und rechtsprechenden Funktion auch gesetzgeberisch tätig zu werden. Er konnte durch die autonome Satzungsgewalt Willküren beschließen und somit das Stadtrecht Geras ergänzen und erweitern. Die neuen Rechtssätze mußten geeignet sein, der Bürgerschaft zu nützen, die städtische Ordnung zu wahren, Not- und Mißstände zu beseitigen und drohenden Gefahren vorzubeugen.

Die Rechtsetzung hatte durch das gesamte Ratskollegium in Plenarsitzungen zu erfolgen. Hierzu behielt sich allerdings der Stadtherr in Art. 95 das Recht der Zustimmung vor und besaß somit ein Aufsichtsrecht.

Die Geraer mittelalterliche Stadtverfassung enthält somit eine dreifache Funktion des Rates: eine gesetzgebende, rechtsprechende und verwaltende¹⁰¹⁾.

Die Arbeit des Rates hatte dem Wohl der Stadt und damit den Interessen der Bürgerschaft zu dienen. Deshalb waren Bürgermeister und Ratsmitglieder verpflichtet, keinerlei Spekulationen, auch bei günstigen Käufen zu betreiben. Mußten wichtige Kaufverträge abgeschlossen oder Verpflichtungen im Interesse der Stadt eingegangen werden, hatten

⁹⁷⁾ Vgl. auch Planitz — Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte 1961, S. 146.

⁹⁸⁾ Solche Statutenbücher hat es höchstwahrscheinlich auch in Gera gegeben, wie die Zusammensetzung der Statuten von 1487 beweist.

⁹⁹⁾ StA. Gera: Stadtbuch von Gera 1536 bis 1561. Fol. 130 b — 312.

¹⁰⁰⁾ Ebenda 1, 1 b: Am 30. 10. 1536 kauft Jherominus Aytner das Haus und zwei Teile des daran gelegenen Gartens am Leumnitzer Tor von Gregor Cratsch. Der Rat bedingt sich anlässlich der Kaufverhandlung 12 Gr. Geschoß von Cratsch und 13 Gr., 9 Pf. jährliche Abgabe von Aytner aus.

¹⁰¹⁾ Nach Schranil, a.a.O., S. 215, auch in Magdeburg.

nach Art. 78 der gesamte Rat und als Vertreter der Bürgerschaft die Zwölf von der Gemeinde zuzustimmen.

Die Statuten sicherten auch den Schutz und die Autorität des Rates. So hatten sich nach Art. 1, 21 und 22 die Stadtbewohner seinen Anordnungen zu fügen. Hierbei handelt es sich um Ratswillküren, die in den Statuten aufgenommen wurden, um den Rat in die Lage zu versetzen, seine Autorität zu wahren. Ein „itlicher burgermeister in seinem sitzenden jäh“ konnte nach Art. 1 einen jeglichen Bürger in städtischen Angelegenheiten oder auch „umb schulde“ dem Stadtherrn, der Stadt, den Weinmeistern, dem Marstallvorsteher und anderen städtischen Beamten oder Dienern, Gastwirten sowie der Kirche gegenüber oder auch wegen einer verhängten Geldstrafe „in gehorsam gebiethenn, uff ein thorhaus zu gehen und nicht herrabe zukomen“ ohne Anordnung des Rates¹⁰²). Einen solchen Befehl übermittelte der Rat dem Bürger an drei aufeinanderfolgenden Tagen. Für die erste Mißachtung des Gebotes hatte der ungehorsame Bürger ein altes Schock, dann zwei alte Schock und bei der dritten Gehorsamsverweigerung fünf alte Schock an die Stadt zu zahlen (Art. 1)¹⁰³). Außerdem besaß der Rat die Befugnis, den ungehorsamen Bürger für ein Vierteljahr aus Gera zu verweisen (Art. 1, 24). Er durfte erst nach Zustimmung des Rates wieder seinen Wohnsitz in Gera begründen, hatte zusätzlich die Geldstrafe und Schulden zu zahlen und trotzdem noch das Torhaus zu besteigen. Frauen erhielten Hausarrest.

Mit der Befugnis, einen ungehorsamen Stadtbewohner für einen längeren Zeitraum aus der Stadt Gera weisen zu können, hatte sich der Rat ein gewaltiges Machtmittel geschaffen¹⁰⁴). Damit konnten die Bürger zum Gehorsam gezwungen werden. Weitere Normen zur Durchsetzung des Ratswillen enthalten Art. 21 und 22. In letztgenanntem Rechtssatz ist neben dem einfachen Bürger auch den Ratskumpanen, Viertelmeistern oder einem von den Zwölfen aus der Gemeinde angedroht, bei Ungehorsam auf das Torhaus steigen zu müssen, soweit er „bey gehorsam gemanet zu komen“. Daß auch städtische Amtspersonen genannt wurden, läßt auf deren vorherige Sonderrechte und Straffreiheit schließen.

Während der Amtshandlungen scheinen die städtischen Beamten und Ratsmitglieder häufig von unzufriedenen Bürgern beschimpft worden zu sein. Die Strafvorschriften der Art. 24 und 25 sollten den Rat davor schützen¹⁰⁵). Schließlich untersagte Art. 6 den vorgeladenen Personen, sich vor dem Rat zu zanken, um die Arbeit der Stadtbürgerschaft nicht zu erschweren und um die Ordnung und den Frieden im Rathaus zu wahren¹⁰⁶).

In der Regel war die Ratstätigkeit eine ehrenamtliche und unbesoldete. In Art. 84 ist jedoch eine Entschädigung für Arbeitsausfall vorgesehen, da die Ratskumpane „irer narung, gewerbs und geschiks mannichfeldigk verhindert werdenn“. Diese Rechtsnorm wird erst Anfang bis Mitte des 15. Jahrhunderts nach dem Sieg der Zunftbewegung in das geraische Stadtrecht aufgenommen worden sein. Weniger begüterte Ratsmitglieder waren auf eine solche Vergütung angewiesen. Es war nunmehr möglich, auch

¹⁰²) In Weida hatte der ungehorsame Bürger die Stadt auf Jahr und Tag zu meiden (Art. 14 Statuten von 1483).

¹⁰³) So auch nach Art. 13 in Zeulenroda; lediglich die Geldstrafen waren andere. Sie sollten zum Bau der Stadtmauer verwandt werden.

¹⁰⁴) Der Bürger hatte sich von seiner Familie zu trennen und seinen Beruf in Gera aufzugeben. Er verlor während der Verbannung seine Bürgerrechte und galt als tot. Dieses strenge Zwangsmittel der Stadtverweisung drohen nur Art. 1 und 24 an. Es diente der zwangsweisen Durchsetzung des Ratswillens.

¹⁰⁵) Auch in Art. 2 der Weidaer Statuten von 1377.

¹⁰⁶) So auch ebenda, Art. 3.

nicht wohlhabende Bürger in den Rat zu wählen. Bürgermeister und Ratskumpane waren ferner von öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen befreit und brauchten weder Wache noch Bauarbeiten zu leisten, damit sie sich voll ihren Amtsgeschäften und schließlich noch ihrem Beruf und der Familie widmen konnten. Dieses Recht gewährte ihnen Art. 83 der Statuten von 1487. Besondere Privilegien wie z.B. ein außerordentliches Fischrecht unter Benutzung eines Ratsfischnetzes besaßen die Ratsmänner jedoch nicht¹⁰⁷⁾.

In dem geraischen Verfassungsrecht ist noch ein für jede mittelalterliche Stadt und somit auch für Gera bedeutendes Rechtsdenkmal zu erwähnen, das mit dem Stadtregiment in einem engen, äußerlichen Zusammenhang stand. Als Korporation haben sich die städtischen Bewohner Geras ein „Bürgerhaus“, domus civium, als Sitz, Verwaltungsgebäude und Gerichtsort geschaffen. Es ist das Rathaus.

Die erste urkundliche Nachricht über das Geraer Rathaus stammt aus dem Jahre 1425 Nach der Urkunde vom 30. März 1425¹⁰⁸⁾ über die Landesteilung der Brüder Heinrich d. Ä., Heinrich d. M. und Heinrich d. J., Herren zu Gera, erhielt Heinrich d. M. u. a. „fumffczick schock newes geldes . . . ierlichs zinses von dem rathhausze zu Gera“.

Das Rathaus war von jeher Versammlungsort der Gemeinde und Mittelpunkt städtischer Verwaltung sowie Rechtsprechung und somit Wahrzeichen der mittelalterlichen Stadt. Bereits durch dieses Gebäude unterschied sich der Ort Gera rein äußerlich vom Dorf. Das Rathaus war Kennzeichen bürgerlicher Willensbildung. Hier verwaltete der Rat die Gemeindeangelegenheiten. Das Haus nahm deshalb in der städtischen Verfassung einen wichtigen Platz ein. „Hier werden“, sagt Planitz¹⁰⁹⁾ über die Bedeutung des Rathauses, „die städtischen Verordnungen erlassen, hier die städtischen Urkunden niedergeschrieben, hier werden die städtischen Bußen abgeliefert und die städtischen Steuern eingezahlt“. Diese hervorragende Stellung des Gebäudes im bürgerlichen Verfassungsleben zeigte sich nicht nur in der Stattlichkeit des Hauses, sondern auch an dessen bevorzugter Lage in der Stadtmitte zwischen den wirtschaftlichen Mittelpunkten, den beiden Marktplätzen. Ursprünglich wird es nur eine einfache Versammlungshalle gewesen sein. Nach der erweiterten städtischen Verwaltungstätigkeit genügte diese nicht mehr. Auch benötigte der Rat als Zeichen bürgerlicher Autonomie zu Repräsentativzwecken ein festes, geräumiges Haus.

Harnisch¹¹⁰⁾ gibt uns in seiner Chronik einen interessanten Einblick in die Räumlichkeiten des damaligen Rathauses.

Die Glocke des Rathauses diente dem Rat, um der Gemeinde seine Gebote mitzuteilen. Das Glockenläuten als Vorladung wird auch in den Statuten erwähnt. So erhält Art. 21 den Tatbestand, daß ein Bürger oder Hausgenosse in Sachen der Herrschaft oder der Stadt trotz vernommener Ladung nicht kommt, und zwar beim „dritten leuten der rathaus gelockenn“. Der Säumige hatte sein unentschuldigtes Fernbleiben mit 2 gr. Strafe in die Stadtkasse zu büßen. Den Anordnungen des Rates war unbedingt Folge zu leisten.

Das Läuten der Ratsglocke galt in den deutschen Städten als Zeichen und Symbol der

¹⁰⁷⁾ So der Rat von Greiz, Thoß, a.a.O., S. 42, und der von Schleiz, B. Schmidt, a.a.O., S. 122. Allerdings wurden die Geraer Ratsmitglieder von der Zahlung der Abzugsgelder befreit. S. hierzu unten S. 135.

¹⁰⁸⁾ UB. Schmidt, II, 708.

¹⁰⁹⁾ Deutsche Stadtgemeinde, S. 61.

¹¹⁰⁾ Bei E. P. Kretschmer, Vom Rathaus unserer Stadt, 1925.

Stadtfreiheit¹¹¹⁾, denn sie benachrichtigte die Bürger nicht nur von Befehlen des Rates oder warnte vor Gefahren (Art. 23, 46), sondern ertönte auch bei Verkündung der städtischen Verfassung oder bei Erlass wichtiger städtischer Verordnungen. Desgleichen zeigte sie die Ratswahlen und die Einführung des neuen Rates in sein Amt an und gab nach Art. 39 der Statuten den Handel auf dem Markt für jedermann frei.

Die Glocke war in einem Türmchen untergebracht, das den Dachfirst des Rathauses zierte.

Im 16. Jahrhundert erlangte Gera den Status einer landesherrlichen Stadt. Gegenüber der Landesherrschaft war der Ort kanzleischriftsässig. Er unterstand unmittelbar dem Landesherrn bzw. seiner Kanzlei als territoriale Zentralbehörde¹¹²⁾ und empfing Befehle aus der Kanzlei des Stadt- und Landesherrn¹¹³⁾. Gera „saß somit auf der Kanzleischrift“, und die Bürger wurden als „Schriftsassen“ bezeichnet. Ständiger Vertreter des Stadtherrn in Gera war ein Hauptmann oder Amtmann.

Als Körperschaft hatte die Stadt ihren Gerichtsstand vor dem Hofgericht des Territorialherrn.

Die Stadt war durch den Rat im Landtag vertreten¹¹⁴⁾. Zu den städtischen Bediensteten in Gera zählten der Flurschütze und Gemeindegirte¹¹⁵⁾. In Art. 49 der Statuten von 1658 wird auch ein städtischer Wachtmeister genannt, der die Funktion des früheren Stadtknechts inne hatte¹¹⁶⁾. Weiter waren besoldete Angestellte der Stadtförster, die Schullehrer, der Totengräber und der Ratsschenk. Als ein bedeutender städtischer Beamter ist der Stadtschreiber zu nennen.

Der Flurwächter oder Flurschütze beaufsichtigte die vor den Stadtmauern liegenden Gärten, Felder und Gehölze der Bürger. Er konnte nach Art. 55 der Statuten von 1487 und nach dem Art. 39 des Stadtrechts von 1658 Täter, die sich eines Sachschadens oder Diebstahls in den Stadtfuren schuldig machten und die er auf frischer Tat antraf, auspfänden, um den Geschädigten sicherzustellen.

Der Gemeinde- oder Stadthirte hütete das Vieh der Bürger auf dem Anger, der städtischen Viehtrift, damit die Bürger sich anderen Dingen, vor allem ihrem Gewerbe, voll widmen konnten. Dadurch wurde das gemeine Wohl gefördert¹¹⁷⁾.

Der Geraer Hirte stand wahrscheinlich im städtischen Angestelltenverhältnis und wurde wie Flurschütze und Stadtknecht von der Stadt besoldet¹¹⁸⁾.

Wesentlich für die städtische Selbstverwaltung war der Stadtschreiber, der auch als Schriftführer beim Gericht tätig war. Er fertigte alle wichtigen Schriftstücke und Urkunden an und führte die Stadtbücher¹¹⁹⁾. Während der Rat personell wechselte und die

¹¹¹⁾ Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, 1962, S. 332; Planitz, Deutsche Stadtgemeinde, S. 61; derselbe, Deutsche Stadt im Mittelalter, S. 116. Nach Geraer Stadtrecht enthalten Art. 21, 23, 39 u. 46 Regeln für Glockengeläut.

¹¹²⁾ Die amtsässigen Städte unterstanden dem landesherrlichen Amt und damit einem niederen Beamten. Ihre Bewohner hießen „Amtssassen“.

¹¹³⁾ Diese befand sich schließlich selbst in der Stadt.

¹¹⁴⁾ Näheres s. Fischer, a.a.O., S. 87 ff.

¹¹⁵⁾ Im 17. Jahrh. waren es zwei, ein Kuh- und ein Schweinehirt.

¹¹⁶⁾ In Art. 5 der Weidaer Statuten von 1377 wird dieser „Bürgerknecht“ genannt.

¹¹⁷⁾ Näheres über die Bedeutung des Gemeindegirten bei Buchda, Hirtenschutt, 1935, S. 3 ff.

¹¹⁸⁾ Nach I, Art. 10 der Greizer Stadtverfassung v. 1672 hatten die Vollbürger jährlich am Tag Andreas dem Rat Hut- und Wachgeld zu zahlen.

¹¹⁹⁾ Der Stadtschreiber führte das Stadtbuch und beurkundete darin alle wichtigen Rechtsgänge. Er legte die Steuerregister an und nahm zu Walpurgis und Michaelis die Erbzinsen ein. Im Geraer Stadtbuch 1537, 6 b, 7, 7 b wird er anlässlich einer Hinterlegung und Errichtung einer letztwilligen Verfügung erwähnt.

Ratsmitglieder nur nebenberuflich tätig waren, blieb der Stadtschreiber infolge guter Kenntnisse der städtischen Verhältnisse das ständige Verwaltungselement, das hauptsächlich die städtische Verwaltungstätigkeit bestimmte. Bei Ratsversammlungen hatte der Stadtschreiber anwesend zu sein. Gegen ihn richtete sich oft der Zorn der Bürgerschaft¹²⁰⁾. Seine Tätigkeit erforderte rechtliche Kenntnisse. Er war deshalb meist akademisch gebildet und Jurist. Bei seinem Amtsantritt wurde er vereidigt.

Die Stadtknechte hatten mancherlei Aufgaben. Neben dem Ordnungsdienst auf dem Rathaus luden sie Bürger zu Rats- und Gerichtssitzungen vor und nahmen auch Steuern ein¹²¹⁾. Weiter oblag ihnen, auf die äußere Ordnung der Stadt zu sehen und technische Arbeiten auf dem Rathaus zu verrichten¹²²⁾.

Nachdem die Stadt eigene Waldungen erworben hatte, stellte sie einen Förster an, der aber wie die Bürger keinerlei Jagdrecht besaß.

3. Rechte und Pflichten der Bürger und der Bewohner der Vororte

Das Stadtrecht von Gera unterteilt die städtischen Einwohner in Bürger und Gesinde.

Die Bürger waren nach Art. 51 und 52 der Statuten von 1487 behaust (Vollbürger) oder unbehaust (Hausgenossen oder Mitbewohner)¹⁾.

Um Bürgerrecht zu erlangen, war ursprünglich der Besitz eines Hauses im Weichbild von Gera erforderlich. Als aber der beschränkte Raum des Stadtgebietes nicht mehr ausreichte, neue Bewohner mit Arealen zu beleihen, trotzdem aber Bürger benötigt wurden, und diese auch in den zweistöckigen Häusern unterkamen, wird der Rat auf das bisherige Erfordernis der sog. Haushälligkeit verzichtet haben. Es wurde selbst unbehausten, der Stadt nützlichen Personen Bürgerrecht verliehen.

Dieser neue Rechtszustand galt bereits 1487 und wahrscheinlich schon früher; er ließ jedoch die unbehausten städtischen Bewohner keine gleichberechtigten Bürger werden.

Die unbehausten Bürger hießen deshalb Hausgenossen oder Mitbewohner (Art. 46 und 51), weil sie Mieter in den Häusern der Vollbürger waren. Der Rat entschied, ob ein Vollbürger einen solchen aufnehmen durfte.

Durch die Aufnahme unbehauster Personen zu Bürgern wurde vermieden, daß eine große Anzahl von Stadtbewohnern außerhalb der beschworenen bürgerlichen Bindungen stand, die dem Stadtrecht eidlich nicht verpflichtet waren und eine neue neben dem eidgenossenschaftlichen Verband bestehende gesellschaftliche Klasse bildeten²⁾.

Dagegen vermochten die sich auf der Stadtflur außerhalb des Weichbildes ansiedelnden Vorortbewohner, auch Pfahlbürger genannt, erst im 18. Jahrhundert Bürgerrecht zu erlangen.

¹²⁰⁾ Siehe Beschwerde der Geraer Bürgerschaft über den Rat unten S. 121 Ziff. 15.

¹²¹⁾ Die Bürger beschwerten sich über die Hausfriedensbrüche der Geraer Stadtknechte, die einfach in die Bürgerhäuser kämen, ohne erst anzuklopfen. S. unten S. 121 Ziff. 14.

¹²²⁾ Vgl. Thoß, a.a.O., S. 78 f.

¹⁾ Allgemein hierzu Planitz — Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 1961, S. 254.

²⁾ Ebel, Bürgereid, 1958, S. 51 f., 74 f.

Die Bürger Geras blieben weiterhin persönlich frei und nicht verpflichtet, dem Landesherrn Fronen und Abgaben zu leisten³⁾). Voraussetzung zur vollen Teilnahme an den städtischen Privilegien und Freiheiten war allerdings neben dem Bürgerrecht noch der zusätzliche Besitz eines Hauses im Weichbild der Stadt.

Nach Gera ziehende Personen hatten nach Art. 42 der Statuten von 1487 binnen 14 Tagen das Bürgerrecht zu erlangen, falls sie an den Vergünstigungen der Bürger teilhaben wollten.

Hierzu hatten sie ihre eheliche Geburt nachzuweisen. Der persönliche Stand war unwesentlich.

Der neue Bürger hatte den Bürgereid zu leisten. Es handelte sich hierbei um mehr als einen bloßen formalen Akt oder eine symbolhafte Handlung. Der neue Bürger wurde durch den geleisteten Bürgereid als genossenschaftliches Mitglied in den Gemeindeverband aufgenommen, und erst dann genoß er die bürgerlichen Freiheiten, den Schutz des städtischen Gemeinwesens und hatte natürlich auch seine Bürgerpflichten zu erfüllen.

Der Bürgereid war ein sog. Versprechenseid⁴⁾), nämlich der Stadt und Gemeinde treu und dem Rat gehorsam zu sein⁵⁾). Hinzu kommen noch einzelne beschworene Verpflichtungen wie Nachteil und Schaden von der Stadt abzuwenden, gegen die Stadt gerichtete Unternehmungen anzuzeigen und durch tätige Hilfe zu verhüten.

Durch diesen Eid unterwarf sich der neue Bürger dem Stadtrecht, und es wurden durch ihn seine Bürgerrechte und -pflichten begründet⁶⁾).

Zusätzlich hatte der vereidigte Bürger ein Bürgergeld in Höhe von 20 neuen Groschen an die Stadt zu entrichten. Hierbei handelt es sich um eine Gebühr zur Aufnahme in die Schwurgenossenschaft⁷⁾).

Das Bürgerrecht durfte niemanden ohne Grund verweigert werden.⁸⁾).

Auch jeder, der in Gera über erworbene Erbschaften oder bürgerlichen Grundbesitz verfügen wollte, mußte nach Art. 64 und 76 der Statuten von 1487 geschworener Bürger werden⁹⁾). Es sollten nämlich sämtliche städtischen Hausbesitzer Mitglied der bürgerlichen Eidgenossenschaft sein¹⁰⁾).

Nicht zuletzt liegen die Motive für dieses stadtrechtliche Gebot auf steuerlichem Gebiet. Es sollte verhindern, daß bürgerliches Vermögen aus Gera herausgebracht und dadurch die bürgerliche Steuerkraft geschwächt wird. Die Stadt würde in diesem Fall Steuern einbüßen¹¹⁾).

³⁾ Die gleiche Rechtslage bestand in anderen reußischen Städten. Ausgenommen waren Greiz, Hirschberg a. d. S. und auch die Städte Neustadt a. d. O. und Berga a. d. E. Die Bürger in Greiz hatten die Parkwiesen zu hauen, während Gewittergefahr der Herrschaft beim Getreideeinfahren zu helfen u. a., Thoß, a.a.O., S. 48 f. In Hirschberg hatten die Bürger die herrschaftlichen Wiesen zu hauen. Die Bürger von Neustadt hatten Anspanndienste zu leisten, Stopfkuchen, a.a.O., S. 120, und die Bergaer waren zum Jagdfronen verpflichtet, Flach, Verfassungsgeschichte einer grundherrlichen Stadt Berga, S. 34.

⁴⁾ Näheres bei Ebel, Bürgereid, S. 6 ff., 46 ff., 61 ff.

⁵⁾ Sammlung Reußischer Gesetze II, Bd., Nr. 103.

⁶⁾ Ebel, a.a.O., S. 68.

⁷⁾ Ebenda, S. 57.

⁸⁾ IV Art. 1 Greizer Statuten.

⁹⁾ So auch in Greiz, Thoß, a.a.O., S. 46.

¹⁰⁾ Näheres hierüber bei Ebel, a.a.O., S. 50 f.

¹¹⁾ Darauf verweist besonders Erlar, Bürgerrecht und Steuerpflicht, 1963, S. 36 f.

Im Zusammenhang mit den in Art. 64 und 76 der Statuten ausgesprochenen Veräußerungsverboten von Grundstücken an Nichtbürger enthält Art. 61 das Gebot, daß Edelleute nur dann im Weichbild gelegene Bürgerhäuser oder sonstiges städtisches Gut erwerben dürfen, falls sie bereit wären, diesen Grundbesitz und ihr Vermögen der Stadt Gera zu versteuern, ferner alle übrigen bürgerlichen Pflichten zu übernehmen und die Anweisungen des Rates zu befolgen. Den Bürgereid forderte man von ihnen nicht.

Hier treten die Wechselbeziehungen zwischen Bürgerrecht und Steuerpflicht besonders deutlich hervor. Vor allem Art. 64 und 76 der Geraer Statuten von 1487 beweisen, daß die Verpflichtung der Stadtbewohner, direkte Steuern an die Gemeinde zu zahlen, untrennbar mit dem Bürgerrecht verbunden ist¹²⁾. Art. 61 bekundet zusätzlich, daß niemand einseitig die Vorteile genießen kann, die das Wohnen in einer Stadt und der Besitz eines Bürgerhauses gewähren, ohne hierzu seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zum Wohle des Gemeinwesens einzusetzen. Oder kurz gesagt: Wer nicht schossen wollte, dem blieb die Stadt Gera verschlossen¹³⁾.

Die Bürger übertrugen nach Art. 43 das Bürgerrecht auf ihre Kinder. Sobald sich jedoch die Söhne verselbständigten, den Markt benutzten und den Handel ohne Zoll betreiben wollten, hatten sie nach der genannten Norm des Geraer Stadtrechts den Bürgereid zu leisten¹⁴⁾ und ein Bürgergeld von „ein halb stubigenn wynn“ an den Rat zu entrichten.

Die behausten Bürger waren deshalb mit vollen bürgerlichen Rechten privilegiert, weil sie im Besitz aller Bürgerrechte waren. Demgegenüber waren die Hausgenossen Personen minderen Rechts und mußten z. B. auf das Braurecht verzichten¹⁵⁾.

So waren nur die Vollbürger brauberechtigt. Darüber hinaus berechnete sie Art. 88 wie auch die Besitzer der zwei Vorstadtgasthöfe, nicht nur Bier, sondern auch süße Getränke zu schenken. Nur den besessenen Bürgern und deren Kindern war es nach Art. 2 erlaubt, im Mühlgraben zu fischen, sobald das Wasser abgeschlagen war. Das gleiche Recht stand ihnen an dem „Rats-Elster-Wasser“ zu, falls es über die Ufer trat¹⁶⁾. Auf das Fischrecht waren die Bürger stolz, da dieses als besonderes Privileg städtischer Freiheit galt¹⁷⁾. Dagegen besaßen sie auf der Stadtflur und in den stadteigenen Waldungen kein Jagdrecht, obwohl es sonst die Landesherren für Niederwild vielfach auf den Stadtfluren gewährten¹⁸⁾.

Die Hausgenossen hatten nach Art. 80 weder Zugang zu den städtischen Ämtern, noch konnten sie in den Rat gewählt werden.

Den Bürgern stand als weitere Schicht städtischer Einwohner das Gesinde, die Tagelöhner und Gesellen, gegenüber, die sich bei ihnen im Dienstverhältnis befanden. Art. 8, 21 und 45 der Statuten erwähnen diese soziale Schicht. Wie die Pfahlbürger erhielten

¹²⁾ Ebenda, S. 17, 27, 36.

¹³⁾ Nach Erler, ebenda, S. 20, hatte derjenige die Stadt zu verlassen, der nicht schossen wollte.

¹⁴⁾ Ebel, a.a.O., S. 46 ff., 55. So auch in Greiz, Thoß, a.a.O., S. 46.

¹⁵⁾ So auch in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 76, und Zeulenroda nach Art. 12 der Statuten von 1438.

¹⁶⁾ Nach Flach, a.a.O., S. 30 f., waren die Bürger Bergas zum Fischen bei Hochwasser an der Elster berechtigt.

¹⁷⁾ Vgl. Flach, ebenda, S. 32, Fischrecht besaßen auch die Greizer Vollbürger, Thoß, a.a.O., S. 51.

¹⁸⁾ In Zeulenroda war nach Art. 16 der Statuten von 1438 den Bürgern erlaubt, zu ihrem Bedarf auf der Stadtflur am Tage Hasen zu fangen. Gleiche Rechte standen den Bürgern von Berga a. d. E., Flach, a.a.O., S. 31, und von Neustadt a. d. O. zu, Stopfkuchen, a.a.O., S. 126.

sie als „mindere“ Stadtbewohner kein Bürgerrecht. Die vorübergehend zur Erledigung von Geschäften, auf Besuch oder andere sich in Gera aufhaltende Personen, die kein Bürgerrecht besaßen, waren die „Gäste“¹⁹⁾, auch „Auswärtige“ genannt. Die Stadt gewährte ihnen lediglich Frieden und Sicherheit.

Männliche und weibliche Bürger besaßen im allgemeinen gleiche Rechte. Allerdings konnten Frauen nicht in den Rat oder in die Gemeindevertretung gewählt werden und Ehefrauen war versagt, an den Bürgerversammlungen teilzunehmen.

Alle Geraer Bürger besaßen beim Kauf und Verkauf von Waren auf dem Markt Zollfreiheit. Sie brauchten die landesherrliche Steuer nicht zu zahlen, die von Auswärtigen und fremden Marktbesuchern entrichtet werden mußte.

Das wesentlichste Recht männlicher Bürger und verwitweter Bürgerinnen war ihr Anspruch auf Teilnahme am politischen Leben der Gemeinde, nämlich Gemeindeversammlungen zu besuchen und über wichtige Angelegenheiten abzustimmen.

Ein frühes Bürgerprivileg war Freiheit und persönliche Sicherheit²⁰⁾. Dieses wurde den Bürgern im Weichbild und dort besonders im Gebäude des Rathauses garantiert. Dort herrschte, wie Art. 28 es ausdrückt, „von alters her rechter Burgfrieden“. Diesen Sonderfrieden zu verletzen, galt als moralisch und gesellschaftlich verwerflich. Der Friedensbruch wurde hart bestraft²¹⁾. Es galt der Rechtsgrundsatz: *civium domus sua sit pro munitione*.

Die Macht der herrschaftlichen Landsknechte endete an der Rathauspforte. Auch das Bürgerhaus war nach altem deutschen Recht befriedet²²⁾.

Der Sonderfrieden ruhte auf den „vier Pfählen“²³⁾.

Ein wegen peinlicher Tat verdächtiger Bürger oder auch dessen Gesinde durfte der Ankläger oder Landsknecht nach Art. 30 und 32 der Geraer Statuten nur mittels eines richterlichen Haftbefehls und nicht anders „herausgewinnen“. Die übliche Selbsthilfe des Klägers war hier an der Stätte des Friedens ausgeschlossen. Er mußte sich an das Gericht wenden, um seinen Anspruch und seine Forderung durchzusetzen²⁴⁾. Die Unantastbarkeit des Bürgerhauses als „feste Burg“ eines Gemeindemitgliedes wurde auch gewahrt, falls sich ein Fremder in dieses hineinflüchtete²⁵⁾. Es bot Asyl. Ein gerichtlicher Haftbefehl war gemäß Art. 33 erforderlich, um die verfolgte Person der Strafverfolgung zuzuführen. Der Ankläger konnte lediglich das Haus belagern, um ein Entweichen des Verbrechers zu verhindern. Der Wirt des Bürgerhauses besaß das Hausrecht, und niemand durfte ihn darin beeinträchtigen, im Haus beleidigen oder gar körperlich verletzen. Art. 34 räumte brauberechtigten Bürgern das Recht ein, den in ihren Häusern befindlichen und sich streitenden Personen Frieden zu gebieten. Auch das Gebäude an sich oder, wie Art. 35 sagt, die „vier pfehle“, stand unter strafrechtlichem Schutz. Niemand durfte es beschädigen oder den Bürger darin stören. Die Sanktion hierzu lautet: „Wer an dem wricht, der leide darumb, was recht ist“. Schon die Art der Strafandrohung be-

¹⁹⁾ So in Art. 39 der Statuten von 1487.

²⁰⁾ Ist für Zeulenrodaer Bürger in Art. 14 der Statuten von 1438 enthalten. Außer peinlicher Tat durfte kein Bürger von Landsknechten des Stadtherrn verhaftet werden.

²¹⁾ Nach Art. 28 der Geraer Statuten drohte eine Buße von 20 neuen Groschen.

²²⁾ Vgl. hierzu Sohm, Die Entstehung des deutschen Städtewesens, 1890, S. 34 ff.

²³⁾ Der Terminus des Geraer Stadtrechts für das Haus als Friedensstätte ist allgemein wie in Art. 35 „vier Pfähle“. So auch in Art. 10 h Weidaer Statuten von 1377.

²⁴⁾ So auch Art. 14 Zeulenrodaer Statuten.

²⁵⁾ So nach Art. 15 auch in Zeulenroda, falls der Hauswirt für den Flüchtling bürgte.

weist, daß unter allen Umständen ein Bürgerhaus ein Ort des Friedens ist, in dem aller Streit zu ruhen hatte.

Die Gemeindeangehörigen hatten Anspruch auf obrigkeitlichen Schutz sowie auf Benutzung der öffentlichen, städtischen Anstalten wie Brauhaus, Ratswaage, Kuttelhof (Schlachthof), Ratsschenke u. a. sowie der äußeren Allmende, Mühlgraben, Markt, Gassen usw.

Vorrecht der Bürger war der ausschließliche Gerichtsstand vor dem Stadtgericht²⁶⁾. Dem Bürger stand zu seiner Rechtsverfolgung in erleichterter Form das Schöffengericht und auch das Obergericht zur Verfügung. Er brauchte nach Art. 36 der Statuten keine Gerichtskosten zu zahlen, um klagen zu können. Fremden wurde diese Vergünstigung nicht gewährt. Die Gerichtskosten waren als „helffgelt“ bezeichnet.

Die Bürger erhielten einen wirksamen ökonomischen Schutz auf der Grundlage der mittelalterlichen Stadtwirtschaft durch das städtische Marktsystem, die Geraer Bannmeile²⁷⁾ und durch das in Art. 59 ausgesprochene Gebot, keinen Auswärtigen und Fremden in der Stadt mälzen, brauen und schenken zu lassen. Dadurch wurde den Bürgern der Absatz ihrer Waren gewährleistet und eine lästige, die wirtschaftliche Stellung der Bürger gefährdende Konkurrenz von vornherein ausgeschaltet.

Der Einheit von Rechten und Pflichten entsprach es, daß die Bürger für ihre Gemeinde Leistungen zu erbringen hatten. Sie hatten an der Gemeindeverwaltung mitzuwirken, die Freiheiten und Rechte von Gemeinde und Stadt zu wahren und insoweit nach den Grundsätzen bürgerlicher Hilfpflicht ihre Stadt zu schützen und zu verteidigen.

Weiter waren sie verpflichtet, für ihr Gemeinwesen Dienstleistungen, Steuern und Abgaben zu erbringen, denn Wachen und Schossen waren charakteristische Merkmale bürgerlicher Freiheit und Gleichheit²⁸⁾.

So waren alle Bürger verpflichtet, die Ausgaben und Kosten der Stadt durch Steuern und Abgaben zu decken²⁹⁾.

Die Gemeindeangehörigen waren auf Grund ihres Bürgereides zum Gehorsam dem Rat gegenüber verpflichtet. So hatten sich die Bürger und Bürgerwitwen auf Glockengeläut oder auf Ladung durch die Stadtknechte, wie Art. 21 der Statuten es vorsah, auf den Marktplatz oder in das Rathaus zur Bürgerversammlung zu begeben und durften sich vor Beendigung der Versammlung nicht entfernen (Art. 10 der Statuten von 1658). Sogar den Ehefrauen und Kindern war es untersagt, ihre Männer oder Väter dort zu entschuldigen, denn sie hatten zum Rathaus keinen Zutritt. Lediglich der männliche Nachbar war dazu berechtigt.

Die Bürger hatten nicht nur an Gemeindeversammlungen, sondern nach Art. 21 auch in ihren Stadtvierteln an Gesprächen und Beratungen teilzunehmen, die durch Viertelmeister geleitet und einberufen wurden.

Machte sich der Bürger gegenüber dem Rat eines Ungehorsams schuldig, so konnte er nach Art. 1 und 24 der Statuten von 1487 für ein Vierteljahr aus der Stadt gewiesen werden³⁰⁾. Der Bürger war auch verpflichtet, als Vormund tätig zu werden und konnte dieses Amt nicht ablehnen (Art. 58 der Statuten).

²⁶⁾ Den Bürgern war in Art. 5 verboten, sich ohne Wissen des Erbgerichts zu Gera vor dem stadtherrlichen Obergericht zu verklagen.

²⁷⁾ Näheres darüber s. unten S. 103 ff.

²⁸⁾ Erler, a.a.O., S. 17 f.

²⁹⁾ Näheres darüber s. oben S. 84 ff.

³⁰⁾ Über den Strafzweck der Stadtverweisung s. Ebel, a.a.O., S. 178 f.

In Kriegszeiten hatten sich die Bürger auf Grund von Art. 77 der Statuten mit ihren Waffen zur Verfügung zu stellen. Weiter hatten sie oder ihr Gesinde ausbrechendes Feuer sofort laut „zu beschreien“, wie es Art. 45 bestimmte. Dadurch sollten die Nachbarn auf die Gefahrenquelle aufmerksam gemacht werden, die wiederum nach Art. 46 verpflichtet waren, unverzüglich mit allen verfügbaren Feuerlöschgeräten zur Hilfe zu eilen.

Jeder Bürger hatte, wie Art. 69 es gebot, zu wachen und Hilfeleistungen zu erbringen³¹⁾. Allmählich haben städtisch angestellte Nachtwächter die Wache übernommen. Es ist anzunehmen, daß die Bürger ihren Wachdienst mit einer Abgabe ablösen konnten³²⁾. Selbst die persönliche Verpflichtung, die Mauer zu unterhalten, wurde vermutlich gegen Ende des 17. Jahrhunderts in einen Ablösungsbetrag umgewandelt. So hatten neue Bürger bei ihrer Aufnahme einen Reichstaler zur Erhaltung der Stadtmauer zu zahlen.

Wie Art. 14 bestimmte, hatten die Bürger Gassen, Plätze und sonstiges öffentliches Gemeindeland zum Gebrauch durch die gesamte Bürgerschaft nutzbar zu halten. Nichts durfte davon eingezäunt oder den Privatgrundstücken angeschlossen werden.

Die Bürger waren berechtigt, Vieh zu halten. Jedoch durften Kühe, Schafe und Ziegen nach Art. 69 der Statuten von 1658 nur diejenigen besitzen, die einen Acker, Garten oder eine Wiese bewirtschafteten und dadurch ausreichend Futtermittel besaßen, um das Vieh im Winter ernähren zu können. Weiter waren die bürgerlichen Viehhalter verpflichtet, dieses täglich durch die Gemeindegirten auf die Weide treiben zu lassen. Es durfte nicht zu Hause, dem Nachbarn zum Schaden gehalten werden. Ein entsprechendes Gebot enthält der Sachsenspiegel II, 54, 1³³⁾.

Weiter untersagte es Art. 57 den Bürgern, sich ungeachtet ihres landwirtschaftlichen Grundbesitzes einen eigenen Hirten zu halten³⁴⁾. Ob die städtischen Viehbesitzer eine Vergütung für den Hirtenschutt an den Rat der Stadt Gera zahlten — der Gemeindegirt wurde wahrscheinlich als unterer Beamter von dem Rat besoldet —, kann nur vermutet werden.

Zogen die Bürger von der Stadt fort, blieben sie noch eine Zeitlang an ihr Bürgerrecht gebunden. In diesem Zeitraum und zwar nach Art. 65 der Statuten noch Jahr und Tag³⁵⁾ hatten sie in Gera „zu Recht zu stehen“. Das heißt, sie unterstanden noch dem Geraer Stadtgericht, das für strafbare Handlungen und für zivilrechtliche Klagen während dieser Zeitspanne zuständig blieb.

Vollbürger und Bürger wohnten nur innerhalb der Stadtmauern, im Weichbild Geras. Sich außerhalb der Mauern in Vorstädten niederlassende Bewohner, die Pfahlbürger, besaßen noch im 15. Jahrhundert keine Bürgerrechte. Wollten sie auch die Vor- teile eines Bürgers genießen, hatten sie sich diese Vergünstigung vom Landes- herrn zu erkaufen. Das beweist die Urkunde der Vorstädter zu Gera vom Jahre 1405

³¹⁾ In Gera war diese Pflicht Personallast, während z. B. das Wachen in Schleiz Reallast war. Diese Leistung war dort als dingliche Last mit dem Bürgerhaus verbunden. Nach dem Schleizer Ratshandelsbuch von 1557 bis 1566, Fol. 19, hatte 1558 ein Haus die dritte Schildwache. So auch in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 134, und in Zeulen- roda, F. L. Schmidt, a.a.O., II, T. I, S. 92.

³²⁾ So in Zeulenroda, ebenda, S. 92.

³³⁾ S. hierzu Buchda, Hirtenschutt, 1935, S. 4 ff.

³⁴⁾ Ebenda, S. 3 ff. Nach sächsischem Landrecht (Ssp. II, 54,2) war die Berechtigung der Land- bevölkerung zur Haltung eines Sonderhirten an die Bewirtschaftung von mindestens drei Hufen Land geknüpft.

³⁵⁾ Über den Begriff „Jahr und Tag“ s. unten S. 134, Anm. 36.

über die Ablösung des herrschaftlichen Zolls³⁶⁾. Darin erließ Heinrich VII. (1341 – 1420) den Bewohnern der Vorstadt Gera den beim Kauf oder Verkauf von Waren auf dem Geraer Markt zu entrichtenden Zoll. Die Ablösungssumme betrug jährlich vier Schock Meißener Groschen, die zur Hälfte zu Michaelis und am Walpurgistag zu zahlen waren. Andere Rechte, wie z. B. das Braurecht, erlangten die Vorstädter nie.

Eine Sondergenehmigung besaßen nach Art. 88 der Geraer Statuten lediglich die Besitzer der beiden Vorstadtgasthöfe, die fremdes Bier schenken und ausländische Weine anbieten konnten. Die privilegierte Stellung der Inhaber beider Vorstadtgasthöfe findet auch in Art. 89 ihren Ausdruck. Sie waren dem Rat unterstellt und standen unter Stadtrecht. Zwischen Bürgern und Pfahlbürgern bestand infolge der unterschiedlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung kein gutes Einvernehmen. So hatten die Pfahlbürger dem Landesherrn noch zu fronen und bei der Einbringung der Ernte behilflich zu sein. Sie mußten dessen Wiesen „abräumen“, die Maulwurfshaufen einebnen, auf den Hofwiesen Heu und Grummet machen, Scheunen ausräumen, Getreide abladen und den Mist in Vorwerk Untermhaus zusammentragen³⁷⁾. Noch 1799 bestimmte ein Reskript des Landesherrn³⁸⁾, daß diejenigen Bürger, die außerhalb der Stadt wohnten und nur wegen gekaufter Stadtfelder Bürgerrecht erlangten, doppelten Schoß zu bezahlen hatten und nicht die Vorrechte der in der Stadt wohnenden Bürger erlangen durften³⁹⁾. Erst nach geworfenem Strohwisch war ihnen gestattet, auf dem Markt zu kaufen.

4. Gerichtsverfassung

Die niedere Rechtspflege (Erbgerichtsbarkeit) ging nach Erwerb des Schulzenamtes durch die Vögte von Gera im Jahre 1306¹⁾ bald auf die Stadt und zwar höchstwahrscheinlich mit der Ausbildung der Ratsverfassung über. Wann die Stadt die Erbgerichtsbarkeit erhalten hat, war schon 1647 bei Rückgabe der vorübergehend erlangten Obergerichtsbarkeit an den Landesherrn nicht mehr festzustellen²⁾.

Die Statuten von 1487 teilten die Rechtspflege für den Ort Gera weiterhin in eine städtische und eine landesherrliche auf, wobei die Niedergerichtsbarkeit bei dem Rat verblieb.

Als Stadtgericht tagte das zweite Ratsmittel, der sitzende Rat³⁾, Schöffen waren die Ratskumpane⁴⁾. Der sitzende Rat war in seiner rechtsprechenden Tätigkeit selbständig, und er war von der administrativen Funktion des regierenden Rates abgegrenzt. Damit entsprach die Geraer städtische Gerichtsverfassung dem Magdeburger Stadtrecht⁵⁾, wonach die Erbgerichtsbarkeit von der reinen städtischen Selbstverwaltung getrennt ist.

³⁶⁾ UB. Schmidt II, 455.

³⁷⁾ Schmidt, Bausteine zur Geschichte der Stadt Gera, 4. Schloß Osterstein, 1893.

³⁸⁾ Rep. Fuchs, S. 92 Landesherrl. Reskript 1799, Aug. 27.

³⁹⁾ Vergleiche auch Thoß, a.a.O., S. 45, für Greiz.

¹⁾ UB. Schmidt I, 385.

²⁾ Fischer, a.a.O., S. 91.

³⁾ Die Mitglieder des sitzenden Rates werden auch zuweilen „Geschworene des Rates“ genannt, so Stadtbuch, 18, 20 b, 1538 Februar 20.; Erbteilung nach Hansen Clotzmüller.

⁴⁾ Auch in Neustadt a. d. O. waren Ratsmitglieder Schöffen, Stopfkuchen, a.a.O., S. 163.

⁵⁾ S. hierzu oben S. 81, Anm. 60.

Der terminus technicus z. B. in den Art. 7, es hat der „radt . . . zu richten“, und Art. 8 „der radt hat entscheidung zu thun“ sowie Art. 6 der Statuten von 1658 über die Erbgerichtsbarkeit „nachdem den Rath in der Stadt eine ziemliche einbezogene und gemessene Gerichtsbarkeit zustehet“, ist in diesem Sinne zu verstehen.

Das Stadtgericht war als Schöffengericht Kollegialorgan, wie das beim Schultheißengericht aller Wahrscheinlichkeit nach bereits der Fall war. Der Stadtschreiber war auch Gerichtsschreiber.

Das Stadtgericht schien jährlich in bestimmten Zeitabständen Gerichtstage abgehalten zu haben, wie aus Art. 8 der Zeulenrodaer Statuten hervorgeht⁶⁾. Der Stadtknecht hatte die Sitzungen öffentlich durch Ausruf bekannt zu machen, und alle Bürger der Stadt hatten sich an Gerichtsstelle einzufinden. Sie mußten ihre Klagen vorbringen und sich gegenseitig Rede und Antwort stehen.

Die örtliche Zuständigkeit des städtischen Schöffengerichts erstreckte sich über das Weichbild der Stadt und damit nach Art. 6 der Statuten von 1658 auch auf „dero Fluhr“⁷⁾, in das auch später teilweise die Vororte einbezogen waren⁸⁾.

Wegen der geringen, für eine intensive Strafrechtspflege unzureichenden örtlichen Zuständigkeit haben 1327 die Herren von Elsterberg und die Vögte von Plauen, Weida und Gera in einem Bündnis Rechtshilfe bei der Verfolgung von Räubern vereinbart⁹⁾. Es heißt dort:

„Wer . . . roubut oder schedeliche dinc tut, der sal in unsur allur achte sein“.

In der gleichen Quelle heißt es weiter:

„Und in welche unsere gegende man duz hubers gewahr wurde, der sal den rouber hindere und unde mit im gebäre also recht ist, glycher weiz, alz im der schade selbe wer geschen“.

Die sachliche Zuständigkeit des Erbgerichts umschloß die niedere Gerichtsbarkeit, causae minores¹⁰⁾. In Zivilsachen zählten dazu die Schlichtung und Entscheidung privatrechtlicher Streitigkeiten und arbeitsrechtlicher Klagen, beide vorerst ohne Begrenzung des Streit- oder Sachwertes. Zu den Strafsachen gehörte die Aburteilung geringerer strafbarer Handlungen, wie nach Art. 7 und 8 der Statuten von 1487 Beleidigungen, Zwietracht zwischen den Bürgern und leichte Körperverletzung, über die zu richten sich anfangs die Äbtissin zu Quedlinburg ausdrücklich vorbehalten hatte¹¹⁾.

Weiter urteilte das Stadtgericht nach geraischem Stadtrecht über folgende Verbrechenstatbestände: Ehebruch und Hurerei nach Art. 9, Sachbeschädigung an beweglichen Sachen und ruhestörender Lärm nach Art. 11 der Statuten. Ferner gehörte in die sachliche Zuständigkeit städtischer Strafjustiz die Rechtsprechung über Beleidigungen des

⁶⁾ In Zeulenroda tagte das Stadtgericht dreimal jährlich. In Gera werden die Gerichtssitzungen wahrscheinlich häufiger durchgeführt worden sein.

⁷⁾ Der Rat besaß die Jurisdiktion über Flurschäden nach Art. 55.

⁸⁾ Die Hauptschwäche des Stadtgerichts lag bei der Strafrechtspflege vor allem in dem geringen örtlichen Zuständigkeitsbereich. Der im Ort selbst gefaßte Verbrecher war dem Gericht verfallen. Falls es ihm aber gelang, aus dem Weichbild der Stadt Gera zu entkommen, war er dem Zugriff des Stadtrichters entzogen.

⁹⁾ US. Alberti, XXXII.

¹⁰⁾ Vgl. hierzu v. Below, a.a.O., Ursprung der deutschen Stadtverfassung, 1892, S. 68 und 82 ff.

¹¹⁾ Vergleich vom 25. Oktober 1237, Dobenecker III, 697. Danach hatte der scultetus über maledicta (Schimpfen) und alapae (Maulschellen) zu richten. Verhandlungen über Beleidigungen wurden teilweise in das Stadtbuch eingetragen, so z. B. 1538, 10 b.

Rates und der städtischen Beamten und Körperverletzungen im Gebäude des Rathauses nach Art. 29. Versuchte sich der Brecher des Stadtfriedens der Festnahme zu entziehen, so konnte nach Art. 29 der Statuten von 1658 der Rat die Bürgerschaft durch Glockenzeichen auffordern, den Täter festzunehmen. Weiter sind Hausfriedensbruch nach Art. 34, Sachbeschädigung oder Frevel an Bürgerhäusern sowie Feldschaden nach Art. 55 der Statuten von 1487 zu nennen. Auch Markt- und Polizeistraftatbestände begründeten die Zuständigkeit des Stadtgerichts.

Die sachliche Zuständigkeit in Strafsachen war unterteilt. Soweit „peinliche that“ im Weichbild vorlag, war das herrschaftliche Landgericht zuständig. In einigen Straftatbeständen wird das städtische Gericht ausdrücklich auf diese Grenzen hingewiesen. So heißt es z. B. in Art. 8: „Item der radt hat entscheidung zu thun, ab zwitracht wurde zwuschenn burgerskindernnn, ausgeslossenn umb peinliche that“. Auch in Art. 25 ist der Zuständigkeitshinweis „ausgeschlossen umb peinliche that“ enthalten. In Art. 4 ist die Rechtsverweisung an das „herschaft gericht“ vorgesehen, sobald der Beklagte sich nicht schuldig bekannte.

Was nun peinliche Tat ist, sagen die Geraer Statuten von 1487 nicht. Die Rechtsprechung hat den Begriff herausgebildet, und es wurden darunter diejenigen Verbrechen verstanden, die für Mensch, Eigentum oder sonstige Rechtsgüter schwere Folgen hatten. Dazu gehörten u. a. Totschlag, Diebstahl, Brandstiftung. Die eine Vergeltung bezweckende Sanktion darauf war in der Regel die Todes- und Körperstrafe. Die peinliche Tat war ein Verbrechen, das eine Bestrafung an Hals und Hand des Täters forderte¹²⁾. Das Landgericht befaßte sich nicht nur mit Strafsachen, sondern es konnte von den Geraer Bürgern auch in Zivilsachen um Entscheidung angerufen werden.

Es entsprach aber der eidgenossenschaftlichen Rechtsgemeinschaft, daß die Mitglieder, also die Bürger Geras, bei gegenseitigen Streitigkeiten nach Art. 5 der Statuten erst das Stadtgericht anzurufen hatten¹³⁾. Somit waren die Bürger verpflichtet, vor den städtischen Institutionen ihr Recht zu suchen, ehe sie sich in einer bürgerlichen Angelegenheit an das Gericht des Territorialherrn wenden konnten. Allerdings vermochte das Stadtgericht den Kläger direkt an das Landgericht zu verweisen.

Art. 26 sieht den Ausschluß des Obergerichts und die alleinige Zuständigkeit des Stadtgerichts vor, falls sich Bürger von dem Verdacht der Amtsbeleidigung durch Eid reinigen wollten.

Den Bürgern war vor dem Rat und vor dem Stadtgericht anständiges Verhalten geboten. Art. 6 untersagte es ihnen, sich vor den genannten Organen ungehörig zu betragen. Der Vorsitzende des Stadtgerichts hatte die Sitzungspolizei inne, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, und er war berechtigt, Bußen bis zu 20 neuen Groschen zu verhängen.

Die städtische Strafrechtspflege brauchte nicht allzu häufig wirksam zu werden. So wurden z. B. jeweils in den Zeiträumen von Walpurgis bis Michaelis 1573 7, bis Walpurgis 1574 8, bis Michaelis 1574 wiederum 8 und bis Walpurgis 1575 4 Strafverfahren durchgeführt, die mit einer Verurteilung endeten¹⁴⁾. Die höchste Bestrafung betrug

¹²⁾ Der Sachsenspiegel Richtsteig Ldr. 28,1, zählt zu den peinlichen Sachen alle, die „an die gesunt gehen“.

¹³⁾ Siehe hierzu Ebel, Bürgereid, 1958, S. 114 ff., 120 f. Dieser Rechtsgrundsatz ist auch in den Weidaer Statuten Art. 15–17 von 1483 enthalten und galt ferner in anderen thür. Städten wie Saalfeld, Remda, Langensalza, Jena, Arnstadt.

¹⁴⁾ LA. Greiz: Repertorium Gera Bd. V, FFFa, Extrakt aus der städtischen Gerichtsordnung 1565 bis 1601.

1 altes Schock und 30 Groschen. In der Regel wurden Geldstrafen von 14 Gr. verhängt. Der städtischen Gerichtsbarkeit unterstanden neben den Bürgern die sich in Gera aufhaltenden sonstigen Personen. Der Gerichtsstand der sog. „ehrbaren Mannschaft“ befand sich bei dem herrschaftlichen Landgericht. Dazu gehörten auch die Inhaber der im Stadtgebiet gelegenen Burggüter oder Freihäuser sowie die Räte und Bediensteten des Stadtherrn, die in Gera ihren Wohnsitz hatten. Diese Prozeßmaxime enthält Art. 37 der Statuten von 1487, der u. a. die Klage eines Bürgers gegen einen Edelmann regelt. Weiter waren von der städtischen Gerichtsbarkeit befreit: drei gräfliche Gebäude (Altes Schloß, Kanzlei und Kollegium), neun Kanzleileihnhäuser und vier Amtslehnshäuser (Klotz- und Angermühle, Reußischer Hof und Schwarzer Bär)¹⁵).

Zu den Zivilsachen, die in die Zuständigkeit des städtischen Schöffengerichts fielen, zählten alle Klagen um Schulden (debita)¹⁶) sowie die Schlichtung dinglicher Eigentums-, Grenz- und Gerechtigkeitsstreitigkeiten wie über Durchgänge, Rinnen, Backöfen, Grenzsteine, Aborte usw., wobei die Viertelmeister in der Regel die streitigen Sachen, Schäden usw. zu besichtigen hatten. Zu den Arbeitsrechtssachen des Stadtgerichts gehörten nach Art. 8 Streitigkeiten der Bürger mit ihrem Dienstgesinde über Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeiten und Arbeitslöhne.

Vor dem sitzenden Rat als dem städtischen Gerichtsorgan verhandelte man auch Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit¹⁷). So erklärten vor diesem Gremium die Bürger Auflassungen und erhielten die Wiederbeleihung von städtischem Grundbesitz. Des weiteren schlossen sie dort Verträge von besonderer Wichtigkeit ab und nahmen Nachlaßverfügungen vor. Das Erbgericht leitete Vormundschaften ein und überwachte diese. Wie schon erwähnt, traten Ratskumpane des ruhenden Rats bei wichtigen Vertragsabschlüssen als Zeugen auf, um die Rechtshandlungen zu bestätigen. Der sitzende Rat drohte auch Ordnungsstrafen an, um Maßnahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit durchzusetzen¹⁸).

Die Vorgänge und davon besonders Erbauseinandersetzungen und Grundstücksverkäufe nebst Auflassungen und andere wichtige Schuldsachen sowie Bestellung dinglicher Rechte wie z. B. Vorkaufsrecht, Altenteile und Wohnungsrecht beurkundete der Gerichtsschreiber in dem Stadtbuch des Rates zu Gera¹⁹).

Die Rechtshandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit von Vorortbewohnern registrierte im gleichen Stadtbuch auch der Amtmann zu Gera²⁰).

Auch beigelegte zivilrechtliche Streitigkeiten sind in dem Stadtbuch beurkundet²¹). Weiter vermerkte man darin letztwillige Verfügungen, die vor dem Erbgericht errichtet

¹⁵) Brückner, a.a.O., S. 438, u. Fischer, a.a.O., S. 91 f.

¹⁶) Vergleich von 1237, Dobenecker III, 697.

¹⁷) StA. Gera: Stadtbuch 1 b: Am 6. Dezember 1536 fand vor dem sitzenden Rat eine Erbauseinandersetzung zwischen Wolff Ostermann und einem gewissen Busch wegen des Vermögens seiner Ehefrau statt. Der Rat war durch Bürgermeister Markus Grefenthal und den Ratsfreunden Martin Geißler, Wolff Ostermann und Anthonius Schmit vertreten.

¹⁸) Ebenda, Wolff Ostermann hatte in drei Raten je 5 fl. zu zahlen. Bei Verzug wurde ihm angedroht, „vff Gehorsam (zu) gehen“.

¹⁹) StA. Gera: Stadtbuch 1536 bis 1561, Fol. 130 b bis 312.

²⁰) Ebenda, 1537, 4. Verkauf eines Hauses und Gartens, in der Vorstadt gelegen, des Hans Linke an Hanß Stilkraut.

²¹) Ebenda, 1537, 6 b. So vergleichen sich Fabian Werkner und Caspar Müller nach Besichtigung durch den Rat wegen nachbarrechtlicher Ansprüche über Rinnen und Traufen zwischen ihren beiden Häusern. Ebenda, 1537, 9. Irrungen zwischen Michael Höpfer und Hanßen Tierrolf wegen Erbstreitigkeiten legte der Rat bei.

wurden²²⁾). Im Rahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nahm das Erbgericht auch Hinterlegungen entgegen und trug diese im Stadtbuch²³⁾ ein. Das erfolgte auch bei Stiftungen²⁴⁾. Selbst Verträge über die Aufnahme von Personen in einem städtischen Hospital wurden im Stadtbuch registriert²⁵⁾. Vor dem Erbgericht erklärte man Verzichte²⁶⁾ und übergab Darlehen.

Durch den Kauf des Rittergutes Pöppeln im Jahre 1539 erhielt die Stadt Gera die Patrimonialgerichtsbarkeit über die bäuerlichen Anwesen und deren Bewohner sowie Bediensteten in Pöppeln.

5. Recht der Bannmeile

Der wirtschaftlich städtische Wirkungskreis von Gera war in erster Linie auf den engeren ländlichen Umkreis beschränkt. Durch den frühen Innungszwang erreichte die Stadt über die Dörfer der Herrschaft Gera eine wirtschaftliche Vormachtstellung.

Hierbei handelt es sich um ein Zwangsverhältnis zwischen Stadt und Land, das eine wirtschaftliche Arbeitsteilung zur Grundlage hatte¹⁾).

Die städtische Gewerbepolitik hielt energisch an dem produktions- und handelsrechtlichen Vorrang fest und versuchte ständig, die wirtschaftliche Monopolstellung Geras zu erhalten. So waren die Geraer Bürger eifersüchtig darauf bedacht, das Aufkommen von konkurrierendem Gewerbe innerhalb eines bestimmten Umkreises der Stadt auf dem platten Lande zu verhindern²⁾. Die Einwohner der umliegenden Dörfer sollten gezwungen sein, die von ihnen benötigten gewerblichen Erzeugnisse auf dem städtischen Markt zu erwerben³⁾).

Die Erzeuger und Verbraucher von Waren hatten sich in Gera zum Kauf und Verkauf auf den Wochen- oder Jahrmärkten einzufinden. Rat und Zünfte erhielten dadurch Gelegenheit, die städtische Wirtschaft vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen und ihre führende ökonomische Stellung zu wahren.

An diesen Grundsätzen mittelalterlich städtischer Wirtschaftspolitik vermochte die Geraer Bürgerschaft bis Ende des 18. Jahrhunderts festzuhalten.

Rat und Gemeinde werden schon früh an der rechtlichen Sicherung der wirtschaftlich privilegierten Stellung der Stadt bedacht gewesen sein. Das ist ihnen auch gelungen. Flach⁴⁾ stellt hierzu grundsätzlich fest:

„Das deutlichste Kennzeichen für die in allen Fällen, auch bei den kleinen Städten, geltende Besonderheit des städtisch-bürgerlichen Wirtschaftslebens gegenüber dem

²²⁾ Ebenda, 1537, 7 b. Gegenseitiges Testament der Eheleute Satler.

²³⁾ Ebenda, 1537, 6 b, 7, 7 b.

²⁴⁾ Ebenda, 1537, 9 b. Stiftung des Blasius Becker für arme Schüler.

²⁵⁾ Ebenda, 1538, 14.

²⁶⁾ Ebenda, 1538, 15 b, 16.

¹⁾ Über die Wurzeln des Meilenrechts s. Schlesinger, Kirchengeschichte Sachsens, II, 1962, S. 31 f.

²⁾ Planitz — Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 1961, S. 130 f., Ziff. 2 b, 3.

³⁾ Über die Prinzipien der mittelalterlichen Stadtwirtschaft s. Näheres bei v. Below, Probleme der Wirtschaftsgeschichte, 1920, S. 69, 79 ff.

⁴⁾ Bannmeile der Thür. Städte, 1940, S. 113.

dörflich-bäuerlichen ist die Tatsache, daß es den Städten gelang, durch mannigfache Verbotungs- und Zwangsrechte, die seit dem 13. Jahrhundert urkundlich deutlich in Erscheinung treten, gegen die in der Umgebung liegenden Dörfer und deren Einwohner wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, diese Umgebung in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Stadt zu bringen und in dieser auf die Dauer zu halten“.

Die städtische Wirtschaftspolitik zeigte sich als rücksichtslose Interessenvertretung der gewerblichen Bürgerschaft. In ihr begegneten sich engherziger Stadtegoismus und zugleich kräftiger Stadtpatriotismus.

Die Gesamtheit dieser Zwangs- und Untersagungsrechte, als „Recht der Bannmeile“ bezeichnet, enthält für Gera das Privileg, ein Ansässigmachen und Niederlassen von Handwerkern und sonstigen Gewerbetreibenden sowie das Schenken von Bier in einem bestimmten Umkreis von der Stadt zu untersagen. Das Privileg setzte die Bürgerschaft besonders dann durch, als eine Überzahl an Handwerkern im Stadtgebiet ansässig war und sie dazu übergingen, sich auf dem Land produzierend niederzulassen. Das wird gegen Ende des 13. Jahrhunderts geschehen sein, da das Geraer Meilenrecht zu den jüngsten Stadtgesetzen zählt⁵⁾. Die Stadt hat ihr Privileg der Bannmeile in Art. 87 der Statuten von 1487 gesichert, das vom Stadtherrn ausdrücklich anerkannt und bestätigt worden war. Der Landesherr hatte an dieser Regel Interesse, wirkte sie doch den feudalen Auflösungserscheinungen auf dem Land entgegen.

Nach dieser Rechtsnorm war die „stadt Gera von ihrer genedigenn herrschaft begnadet und befreiet, das in allen und itzlichen dorffern, in die herrschafft Gera gehorende, kein handtwercksmann noch hendeler wonen, noch einicherley handel ader handwerck darinnen ubenn noch treibenn sal, keinen ausgeschlossenn den schmidt und leyneweber, doch das derselbenn keiner in eyner viertelmeile wegges umb ader bei der stadt wonenn“⁶⁾.

In Art. 64 der Statuten von 1658 wurde auf Betreiben der Bürgerschaft noch hinzugefügt: „damit sie die Stadt nicht verderben möchten“⁷⁾.

Rat und Zünfte erlangten die Kontrolle über das ganze Gewerbe, das sich nur im Weichbild ausbreiten konnte. Kein Handwerker durfte auf dem platten Land des Territoriums Gera produzieren, reparieren, Dienstleistungen erbringen oder gar wohnen⁸⁾. Kein Händler konnte sich außerhalb der Stadt in der Umgebung niederlassen und seinem Gewerbe nachgehen, ohne nicht mit städtischen Zwangsmaßnahmen rechnen zu müssen. Die Bauern und auch der ländliche Adel waren daher auf die städtische Produktion und den Geraer Markt angewiesen. Außerdem gebot Art. 87 den wenigen auf dem Land zugelassenen Handwerkern und Händlern, weder an Sonn- oder Feiertagen, noch an Wochentagen in Dörfern Waren zu verkaufen. Deshalb waren stets Absatzmöglichkeiten der Bürger vorhanden, die ja überwiegend Handwerker und Kaufleute waren. Die Zünfte bestimmten den Charakter der Produktion und regelten mit dem Rat die Preisbildung.

⁵⁾ Das ist auch im Stadtrecht Weidas von 1377 zu beobachten. Mit Art. 15 b und 16 c wurden wirtschaftliche Verbots- und Unterlassungsnormen erst, als sie nötig wurden, in die Statuten eingefügt.

⁶⁾ Art. 139 der Weidaer Statuten von 1377 untersagte den Gewandschneidern, auf dem Land Tuch feilzuhalten.

⁷⁾ Über den Inhalt des Rechts der Bannmeile der übrigen reußischen Städte Schleiz, Greiz, Saalburg, Lobenstein, Hirschberg und auch der Stadt Ronneburg s. Flach, a.a.O., S. 123 ff.

⁸⁾ Nach Art. 16 c der Weidaer Statuten von 1377 durften Schneider, die dem Weidaer Stadtrecht unterstanden, auf dem Land arbeiten, jedoch nicht wohnen. Art. 15 d verbot den Schuhmachern und Gerbern, neue Schuhe auf dem Land herzustellen und dort zu gerben.

Die Bürgerschaft konnte aber nicht verhindern, Schmieden und Leinewebern⁹⁾ zu erlauben, auf dem Land Fuß zu fassen und dort ihr Gewerbe zu betreiben¹⁰⁾. Doch ihre Werkstätten hatten mindestens eine viertel Meile von Gera entfernt zu sein¹¹⁾.

Der Stadtherr Geras behielt sich aber in Art. 87 das Recht vor, in Untermhaus, „unnder dem schlossperge Gera“, Handwerker anzusiedeln und zu beschäftigen, um stets für seinen Sitz, das Schloß Osterstein, über die erforderlichen Arbeitskräfte zu verfügen.

In der genannten Rechtsnorm war noch das Verbot enthalten, daß Handwerker und Händler weder an heiligen noch Werktagen Waren verkaufen und ausbieten durften. Wegen dieser angedrohten Geldstrafe von einem neuen Schock war dem Verurteilten der Gnadenweg verschlossen, denn dem Stadtherrn war der Zoll entzogen worden¹²⁾, und der Bürger glaubte sich auch geschädigt.

Der Bezirk der geraischen Bannmeile war umfangreich. Bereits Flach¹³⁾ weist auf seine außergewöhnliche Größe hin.

Er wird weniger durch Maße, sondern durch das politische Territorium und somit durch die Landesgrenzen bestimmt¹⁴⁾. Es zählten alle Dörfer und Ansiedlungen der Herrschaft Gera bis auf Untermhaus und Langenberg dazu. Lediglich für Schmiede und Leineweber war als Grenze der Umkreis von einer viertel Meile maßgebend. Auch Handwerkszünfte ließen sich durch den Stadtherrn privilegieren, daß kein Handwerker ihres Gewerbes sich außerhalb der Stadtmauern niederlassen durfte. Eine derartige Sondervergünstigung ist in dem Zunftbrief der Geraer Schuhmacherinnung von 1651 enthalten. Eine Sonderregelung galt nur für den Ort Langenberg.

In Gera konzentrierte sich vor allem die Tuchproduktion und breitete sich im Stadtgebiet aus. Sie brachte den Bürgerstand zu Wohlhabenheit und Reichtum. Rat, Zünfte und Bürgerschaft wachten deshalb sorgfältig über die genaue Einhaltung der städtischen Gebote¹⁵⁾.

Das Recht der Bannmeile belastete die ländliche Bevölkerung, die nicht in der Lage war, ihre drückende wirtschaftliche Lage durch ein eigenes, zusätzliches Gewerbe zu bessern. Die verarmenden Bauern versuchten deshalb häufig, die städtischen Vorrechte zu

⁹⁾ So auch in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 149.

¹⁰⁾ In dem Vertrag der Stadt Gera mit der Ritterschaft von 1621 mußte sich die Stadt zusätzlich bereiterklären, noch einem Böttcher je Dorf und so vielen Schneidern als notwendig zu erlauben, sich gewerblich niederzulassen. StA. Gera: Samml. Reuß. Ges. I, S. 10 ff. Ähnliche Regelungen galten in anderen Städten wie z. B. Neustadt a. d. O., Pfannenschmidt, Meilenrecht der Städte Neustadt und Triptis, 1956, S. 109 ff., 125 ff.

¹¹⁾ Der gleiche Grundsatz ist in der Landesordnung von Kurfürst Friedrich und Herzog Albrecht von Sachsen aus dem Jahre 1482 enthalten. Codex Augusteus, Leipzig 1724, Sp. 1—10.

¹²⁾ Daraus geht das Interesse des Stadtherrn an dem Recht der Bannmeile für die Städte hervor.

¹³⁾ A.a.O., S. 133.

¹⁴⁾ Den städtischen Bannbezirk umschlossen folgende Dörfer: Im Westen Markersdorf, Hundhaupten, Schöna, Waltersdorf, Kaltenborn, Niederndorf, Kraftsdorf, Rüdersdorf; im Norden Köstritz, Seifartsdorf, Caaschwitz, Pohlitz, Steinbrücken, Roben, Großaga, Kleinaga; im Osten Hirschfeld, Kretzschwitz, Sölmnitz, Bethenhausen, Naundorf, Brahmenau (Culm), Negis, Schwaara, Trebnitz, Collis, Kaimberg, Kleinfalka; im Süden Oberröppisch, Zeulsdorf, Weißig.

¹⁵⁾ In Neustadt a. d. O. waren die Bürger verpflichtet, ihnen bekanntgewordene Verstöße unverzüglich dem Rat zu melden, Stopfkuchen, a.a.O., S. 149.

umgehen¹⁶⁾. Das geschah vor allem im Brauwesen. Im allgemeinen durfte auf dem Land weder gebraut noch geschenkt werden. Dieses Recht stand, wie schon geschildert, allein der Stadt zu¹⁷⁾. Eine Ausnahme machten nur die sieben Erbschenken in der Herrschaft Gera¹⁸⁾. Diese privilegierten Gasthöfe durften nur die Menge brauen, die sie in ihren Räumen zum sofortigen Verbrauch schenken konnten. Beschwerden des Rates der Stadt seit Mitte des 16. Jahrhunderts gegen die Bewohner des Landes über unberechtigtes Brauen, die sich vor allem gegen die ländliche Ritterschaft richteten, führten zu weitläufigen Irrungen. Während die Stadt durch Rezesse von 1543, 1551 und 1566 ihr alleiniges Braurecht behaupten konnte, nahm ihr dieses der Territorialherr schließlich im Rezeß von 1609¹⁹⁾.

In der Geraer Gegend ist es zu regelrechten Bierkriegen gekommen²⁰⁾, in denen die geraische Bürgerschaft vergeblich versuchte, ihr alleiniges Braurecht wieder herzustellen. Als wahrscheinlich die Beschwerden der Bürgerschaft bei dem Vertreter des Landesherrn unbeachtet blieben, fielen die Städter mit Waffengewalt in die Dörfer ein, nahmen das vorhandene Bier mit, falls sie es nicht an Ort und Stelle austranken. Sodann zerschlugen sie die Braufässer²¹⁾. Die bäuerlichen Gastwirtschaften hatten bis auf die genannten Erbkretschame ihr Bier in Gera abzuholen. Der Kauf von Bier an einer anderen Stelle als im Stadtgebiet war streng untersagt. Nur den Haus- und Erbtrunk durften die Landbewohner brauen.

III. Übertragung des Geraer Stadtrechts auf andere Städte

1. Die Geraer Stadtrechtsfamilie

Gera, dem Magdeburger Rechtskreis angehörend, bildete im 14. und 15. Jahrhundert selbst eine Stadtrechtsfamilie¹⁾. Die Landesherren hielten das Geraer Stadtrecht für ausgebildet und geeignet, auch auf andere Städte ihres Territoriums übertragen zu werden.

Gera war Residenz der regierenden Dynasten und Hauptstadt des Landes. Als nunmehrige Mutterstadt hatte Gera selbst keinen öffentlich-rechtlichen Anteil an der Ver-

¹⁶⁾ Nach Fritzsche, Die Unruhen im Vogtland im Jahre 1525, S. 70 ff., beschwerten sich 1537 die reußischen Städte Plauen, Oelsnitz, Adorf, Markneukirchen, Schöneck und Pausa über die Verletzung ihrer Rechte der Bannmeilen. Anlässlich der Zwickauer Verhandlungen 1537 forderten sie, das Schank- und Brauwesen allein in ihrer Hand zu behalten.

¹⁷⁾ Kur- und fürstliche sächsische Landesordnung von 1482. Codex Augusteus Bd. I, Leipzig 1724, Sp. 10.

¹⁸⁾ Es waren die Erbkretschame in Köstritz, Großaga, Nauendorf, Oberröppisch, Weißig, Saara und Töppeln, Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, S. 182 f; StA. Gera: Samml. Reuß. Ges. I S. 10 ff., Vertrag der Stadt Gera mit der Ritterschaft vom 7. September 1621.

¹⁹⁾ Ebenda III, S. 1.

²⁰⁾ Ebenda.

²¹⁾ 1551 beschwerten sich die Dörfer Schwaara, Laasen und Trebnitz beim geraischen Hauptmann Heinrich Meysch über den Richter zu Gera. Dieser hätte ihren Gotteshäusern die Braupfannen entwendet. Ein derartiges Selbsthilferecht war der Stadt Neustadt a. d. O. vom Landesherrn zugebilligt, falls der Amtmann von Arnshaugk den Beschwerden nicht abhalf, Stopfkuchen, a.a.O., S. 149. S. hierzu auch Ermisch, Anfänge des sächsischen Städtewesens, 1901, S. 156.

¹⁾ Unter Stadtrechtsfamilien werden im eigentlichen Sinne Mutterstädte mit ihren Tochter- und Enkelstädten verstanden, denen das gleiche Recht verliehen wurde oder in denen es durch Gewohnheit zur Geltung gelangte; Aubin, Die deutschen Stadtrechtslandschaften des Ostens, 1934, S. 32.

breitung seines Rechts auf andere Städte. Lediglich die Landesherren waren infolge ihrer Landeshoheit imstande, einer Stadt ihres Territoriums verbindliches Recht zu erteilen.

Für die Stadt selbst war zur Rechtsbelehrung, wie schon oben S. 51 f. ausgeführt, der Magdeburger Schöffenstuhl zuständig, an den sich auch der Stadtherr wandte²⁾.

Geraisches Recht verbreitete sich in einem östlichen und einem westlichen Zug. Ersterer³⁾ erfolgte Ende des 14. Jahrhunderts und erfaßte wahrscheinlich Ronneburg⁴⁾, dann Schmölln und Crimmitschau sowie, wie Hans Patze⁵⁾ vermutet, vielleicht auch Lucka. Der westliche Rechtszug⁶⁾ war etwa 100 Jahre jünger und umschloß die Städte Schleiz, Saalburg, Lobenstein, Tanna und Greiz.

Auch das Recht von Weida und Zeulenroda scheint in wesentlichen Grundsätzen auf das von Gera zurückzugehen.

Einige dieser Städte wie z. B. Crimmitschau besaßen vorher das Recht anderer Orte.

Nicht nur Städte des Territoriums der Vögte und Herren von Gera erhielten Geraer Stadtrecht, sondern auch solche, die nur kurze Zeit unter der Herrschaft der genannten Landesherren standen wie Schmölln und Ronneburg. Und schließlich gehörte auch eine Stadt zum östlichen geraischen Rechtskreis, die nie, auch nicht vorübergehend, unter der Herrschaft eines Geraer Landesherrn stand: Crimmitschau.

Auffallend ist die Ähnlichkeit Neustädter mit Geraer Recht⁷⁾. Sollte auch Neustadt a.d.O. geraisches Recht besessen haben? Das ist zu vermuten.

In dem magdeburgischen Rechtskreis entstand damit eine Unterfamilie, für die nach Kötzschke⁸⁾ Gera Oberhof wurde. Selbstverständlich konnte die Stadt die Funktion, wenn überhaupt, nur in sehr bescheidenem Maß besitzen, da die Grundsätze Geraer Rechts auf Magdeburg zurückgehen und die vogtländischen Städte⁹⁾ sich vor allem dorthin wandten.

2. Östlicher Rechtskreis

Die Einbeziehung der Städte in den östlichen Rechtszug begann höchstwahrscheinlich mit der 1209 erstmals genannten und Anfang des 14. Jahrhunderts — 1304 ist Ronneburg als civitas nachgewiesen — von den Herren Reuß gegründeten Stadt Ronneburg¹⁾. 1380 verlieh Heinrich Reuß zu Plauen, Stadtherr von Ronneburg, der Bürgerschaft eigenes Erbrecht²⁾. Es ist anzunehmen, leider sind keine urkundlichen Quellen vorhanden, daß

²⁾ 1446 wird für Thüringen der Rechtszug nach Magdeburg verboten, Schubart — Fikentscher, a.a.O., S. 101.

³⁾ Näheres S. 107 ff.

⁴⁾ Für Ronneburg ist die Verleihung geraischen Rechts ungewiß. Fehlende Quellen erschweren die Beweisführung; s. hierzu S. 107 f.

⁵⁾ Recht und Verfassung thür. Städte, 1955, S. 142.

⁶⁾ Näheres S. 111 ff.

⁷⁾ S. hierzu die Feststellung S. 52, Anm. 26.

⁸⁾ Arten der Rechtsbildung, S. 154. Leider führt er keine Rechtsweisungen auf.

⁹⁾ So Schleiz, Die Schöffensprachsammlung der Stadt Pößneck, T. I, S. 338, und Weida, ebenda.

¹⁾ Näheres über Entstehung, Recht und Verfassung von Ronneburg bei Patze, Recht und Verfassung thüringischer Städte, 1955, S. 175 ff., und Facius, Dt. St. B. II, S. 352.

²⁾ UB. Schmidt II, 262.

Ronneburg mit Geraer Recht bewidmet wurde³⁾). Heinrich V., Reuß zu Plauen, der Stadtherr Ronneburgs — Hans Patze vermutet, daß er dort sogar residiert habe — hat 1398 Schmölln Geraer Recht verliehen. Warum sollte er das mit dem nur 8 km von Gera entfernten Ronneburg nicht auch getan haben⁴⁾? Leider ist aber dafür noch kein Beweis erbracht⁵⁾).

Eine Ronneburger Regel entspricht dem Grundsatz des Art. 94 der Geraer Statuten von 1487. So hatten die zu den Jahrmärkten in Ronneburg erscheinenden Bauern einen Imbiß einzunehmen, um die städtischen Gastwirtschaften zu unterstützen. In Gera war nach der genannten Rechtsnorm in der Kreuzwoche dasselbe üblich und vorgeschrieben. Weiter sah um 1584 die Ronneburger Ratsverfassung wie die von Gera drei Ratsmittel vor⁶⁾).

Der Rechtszug traf östlich von Ronneburg auf die Stadt Schmölln und auf die 1122 erstmals als *civitas* bezeichnete Stadt Crimmitschau. Beide Städte erhielten Geraer Stadtrecht.

Schmölln⁷⁾ ging von den Bischöfen zu Naumburg Ende des 13. Jahrhunderts auf die Reußen von Plauen über⁸⁾). Gemeinsam mit Ronneburg erhielt es Heinrich I., Reuß von Plauen, zu Lehen.

Die Stadt Schmölln ist von seinem Nachfolger Heinrich II., Reuß von Plauen, in der Zeit von 1323 bis 1329 angelegt worden⁹⁾). Der Vogt von Plauen war mit dem von Gera eng befreundet.

Heinrich Gottlieb Francke¹⁰⁾ weist auf die rege und vielseitige Verbindung mit Gera hin. Dabei hatte der Schmöllner Stadtherr genügend Gelegenheit, das Geraer Recht in seiner praktischen Auswirkung kennenzulernen und die städtische Verfassung einzuschätzen. Etwa 60 Jahre später, nachdem der Ort zur Stadt erhoben wurde, vermutet Francke die Verleihung geraischen Rechts an Schmölln. Salomea von Auschwitz bestätigte das Recht. Auch die Wettiner konfirmierten das Schmöllner Stadtrecht, und das gleiche geschah durch den Weidaer Vetter, Heinrich d. Ä., im Jahre 1412. Durch ihn erfahren wir erst, daß es bereits unter Heinrich V., Reußen zu Plauen, gegolten hat. Die genannte Stadtrechtskonfirmation erfolgte nach geleisteter Erbhuldigung durch Rat und Bürgerschaft. Bestätigt wurden ihre alten Gewohnheiten, Rechte und Freiheiten,

„als die von Alter an sie geerbt und kommen sind, verbrieft oder nicht verbrieft und bei unserer Muhme Salomea . . . darnach bei unseren Herrn den Fürsten . . . gehabt haben“.

Diese Urkunde wurde mehrmals und zwar in den Jahren 1469, 1486 und 1533 sowie 1554 und 1575 bestätigt¹¹⁾). Die genannten Quellen enthalten nichts, was auf den Inhalt

³⁾ Das bejahen auch Facius, a.a.O., S. 352, und Patze, a.a.O., S. 179.

⁴⁾ S. hierzu Patze, ebenda.

⁵⁾ Über die Ronneburger Stadtrechtsaufzeichnungen s. Flach, Grundzüge einer Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar. Mit einer Übersicht über die Kodifikationen der Stadtrechte in Thüringen, S. 225.

⁶⁾ Patze, a.a.O., S. 180 f.

⁷⁾ Über die Anfänge der Stadt, Stadtrecht, Verfassung und wirtschaftliche Rechte s. ebenda, S. 187 ff.

⁸⁾ Ebenda, S. 188. 1398 wurde die Stadt wettinisch, von 1410 bis 1419 war sie reußisch und danach dauernd wettinisch, ebenda, S. 190.

⁹⁾ Francke, Beziehungen der Geraer Statuten zu denjenigen von Schmölln u. Crimmitschau, 1905, S. 309; Patze, a.a.O., S. 188; UB. Schmidt I, 702.

¹⁰⁾ A.a.O., S. 310.

¹¹⁾ Patze, a.a.O., S. 191.

des Stadtrechts schließen läßt. Deshalb wurde angenommen, daß das Recht nicht aufgezeichnet worden sei, sondern als ungeschriebenes Gewohnheitsrecht gegolten habe¹²⁾.

Das ist jedoch aus folgenden Gründen irrig:

Die älteste Aufzeichnung geschriebenen Schmöllner Stadtrechts stammt aus dem Jahre 1524¹³⁾. Diese „der Stadt Schmölln Statuten und Privilegien, (so) von einer Herrschaft zur anderen confirmiert worden“, hat der Bürgermeister Georg Filder in einem 1524 angelegten Stadtbuch niedergeschrieben. Ermisch¹⁴⁾ fällt die nahe Verwandtschaft des Textes der Statuten mit denen von Gera auf, und er stellt hierzu fest, „reichlich die Hälfte der letzteren entspricht wörtlich oder mit geringen Abänderungen den Statuten von Schmölln“. Er vermutet aber zu Unrecht, daß Gera von Schmölln das Recht erhalten habe und zweifelt daran, daß es eben die Statuten von 1524 waren, die im Jahre 1412 bestätigt worden sind¹⁵⁾. Abschließend räumt er¹⁶⁾ aber ein, es „muß die nähere Feststellung weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben, zu der mir die archivalischen Unterlagen fehlen“.

Francke¹⁷⁾ und Patze¹⁸⁾ beweisen, daß die Stadt Schmölln und von dort aus die Stadt Crimmitschau mit Geraer Stadtrecht bewidmet worden sind. Es ist nicht zu vermuten, daß der das Schmöllner Recht aufzeichnende Georg Filder andere Statuten als die der Stadt und den Bürgern Schmöllns ursprünglich verliehene vorliegen gehabt und im Stadtbuch eingetragen hatte. Er erwähnt ja ausdrücklich, alle, von einer Herrschaft zur anderen geltenden Rechte vorliegen gehabt und diese auf ihre Echtheit geprüft zu haben. 1525 schreibt er wörtlich, daß die Originale

„des rats unnd gemeiner stadt statuten, privilegien, rechten gewohnheiten sambt allen originalien und hawbtbriffen wie sie die selbtigen von einer herrschaft zur andern an sich bracht . . . nicht aller zzeit dorffen gesucht noch angegriffen angesehen, das an den sigilln nicht mochte vorserung bescheen“¹⁹⁾.

Filder wird nur die althergebrachten, von den Stadtherrn bestätigten und confirmierten Gesetze und Freiheiten aufgezeichnet haben, denn nur diese waren geeignet, den Bürgern und der Stadt Sonderrechte zu gewähren, die auch künftigen Stadtherrn jederzeit nachweisbar waren.

Schmölln ging auch nicht nach Altenburg „zu Haupte“, wie Facius annimmt²⁰⁾.

Schmölln besaß das alte Geraer Recht noch im 18. Jahrhundert²¹⁾.

Die Schmöllner Statuten enthalten das Geraer Recht, das wir neben den neueren Normen in den 1487iger Statuten wiederfinden. Auch die Schmöllner Rechtsnormen beginnen

¹²⁾ Ermisch, Aus dem Ratsarchiv der Stadt Crimmitschau, 1901, S. 154. Unter nicht verbrieften Rechten sind wohl gewohnheitsrechtliche Polizeibestimmungen und geltendes Strafrecht zu verstehen.

¹³⁾ Über die Stadtrechtsaufzeichnungen Schmöllns s. Flach, a.a.O., S. 229. S. auch Patze a.a.O., S. 190 f.

¹⁴⁾ A.a.O., S. 154.

¹⁵⁾ Ebenda, S. 154 f.

¹⁶⁾ Ebenda.

¹⁷⁾ A.a.O., S. 307 ff.

¹⁸⁾ A.a.O., S. 190 f., Anm. 6. Patze widerlegt auch die gleiche irrige Auffassung von Basedow, ebenda, S. 190, Anm. 6.

¹⁹⁾ Francke, a.a.O., S. 312.

²⁰⁾ Dt. St. B. II, S. 364 und hierzu Patze, a.a.O., S. 77, Anm. 3.

²¹⁾ Patze, ebenda, S. 191.

mit „Item“. Sie sind seit der Rechtsverleihung durch eine wenn auch geringe Sonderrechtsbildung geprägt. Deshalb besteht teilweise keine vollkommene Gleichheit beider Texte. So hat z. B., wie schon Francke feststellt, der Art. 47 einen kleinen Zusatz erhalten, der eine Verbesserung des altgeraischen Rechts für Schmölln bedeutete. So ist der in der genannten Rechtsnorm der Geraer Statuten geschützte Hausfrieden der brauberechtigten Häuser in Schmölln auf sämtliche Bürgerhäuser ausgedehnt. Beide Rechte hatten den jeweils örtlichen Bedingungen Rechnung zu tragen und wurden durch neue Rechtsnormen ergänzt. Manche Artikel gleichen sich wörtlich. Die 55 Schmöllner „Item“ decken sich in ihrer Anordnung auch nicht vollständig mit denen der Geraer Stadtgesetze, die durch Überarbeitung anlässlich neuer Bestätigungen gewisse Umgruppierungen erforderten und auch verschiedentlich Rechtsnormen gleicher Institute vereinigt wurden.

Eine am Ende dieses Abschnitts enthaltene Übersicht zeigt einen derartigen Vergleich beider Stadtrechte, die der Arbeit von Francke²²⁾ entnommen ist.

Crimmitschau wird nach Ermisch²³⁾ durch Markgraf Wilhelm II. in einer Urkunde von 1414 als eine Stadt bezeichnet, die zwar „zu Weichbild ausgesetzt, jedoch mit solchen Freiheiten und Gewohnheiten nicht besorgt war, als möglich und Not wäre“. Die aber mit „solcher Freiheit und Gewohnheit als die Bürger der Stadt zu Schmölln haben“, versehen sei. Die Urkunde wurde von den Stadtherrn in den Jahren 1453, 1464 und 1484 bestätigt.

Crimmitschau gelangte aber nicht wie Schmölln zu einer vollständigen Redaktion der Geraer Statuten. Bemerkenswert ist aber, auch das stellt Ermisch²⁴⁾ fest, daß

„der Wortlaut der Crimmitschauer Statuten sich näher an den der Geraer als an den der Schmöllner Statuten anschließt, ja für die §§ 29, 30, 37, 41 sowie einen Teil von § 53 finden sich nur in den Geraer Statuten (§§ 79, 80, 85, 83) — nicht in unserer Redaktion der Schmöllner — Vorlagen“.

Daraus ist zu schließen, nicht das Schmöllner Stadtrecht, das ja schließlich die älteren Statuten Geras enthält, sondern direkt das Geraer Mutterrecht ist nach Crimmitschau übertragen worden. Patze²⁵⁾ folgert deshalb zu Recht: „Die Übernahme neuerer Geraer Statuten in das Crimmitschauer Recht von 1575 beweist, daß Crimmitschau Gera, die Ausgangsstadt des Schmöllner Rechts, als rechtsweisend ansah“.

Auch das ist ein weiterer Beweis für die östliche Übertragung Geraer Stadtrechts nach Schmölln und Crimmitschau. Wesentlich hierbei ist auch die Feststellung, daß in dem aufgezeichneten Recht der Stadt Crimmitschau auch ein Teil der jüngeren Rechtsnormen der Geraer Statuten von 1487 wie Art. 74, 79, 80, 83 und 85 in den Crimmitschauer Artikeln 24, 29, 30, 41 und 37 enthalten sind.

Ob Lucka in diesem Rechtskreis eingeschlossen wurde, kann nur bejahend vermutet werden.

²²⁾ A.a.O., S. 307.

²³⁾ A.a.O., S. 152.

²⁴⁾ Ebenda.

²⁵⁾ A.a.O., S. 190 f., Anm. 6 Z. 4.

Vergleich der Artikel der Statuten Geras zu denen von Schmölln und Crimmitschau

Ältere Hälfte der Geraer Statuten

Jüngere Hälfte der Geraer Statuten

Artikel der Geraer Statuten	Artikel der Schmöllner Statuten	Artikel der Crimmitschauer Statuten	Gera	Schmölln	Crimmitschau	Gera	Schmölln	Crimmitschau	Gera	Schmölln	Crimmitschau	Gera	Schmölln	Crimmitschau
1	1 u. 2	—	20	—	—	39	30, 31	32, 33	58	—	—	77	—	—
2	—	—	21	23	—	40	32	35	59	—	—	78	—	—
3	3	—	22	24	5	41	33	—	60	—	—	79	—	29
4	4	—	23	25	—	42	34	—	61	—	—	80	—	30
5	5	—	24	26	31	43	35	—	62	—	—	81	—	—
6	6	—	25	27	—	44	36	47	63	—	—	82	—	—
7	7	—	26	28	—	45	37	48	64	52, 51	—	83	—	41
8	8	—	27	29	—	46	38	49	65	—	—	84	55	—
9	9 u. 10	—	28	—	—	47	39	50	66	—	—	85	—	37
10	—	—	29	54	—	48	40	—	67	53	—	86	—	—
11	11	44, 45	30	—	—	49	41	51	68	—	—	87	—	—
12	—	—	31	—	—	50	42	52	69	—	—	88	—	—
13	12	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	13	—	32	45	—	51	—	—	70	—	—	89	—	—
15	14	56	33	46	—	52	43	—	71	—	—	90	—	—
16	15-19	53	34	47	—	53	44	—	72	—	—	91	—	—
17	20-22	54	35	48	—	54	—	—	73	—	—	92	—	—
18	—	—	36	—	—	55	49, 50	—	74	—	24	93	—	—
19	—	—	37	—	—	56	—	—	75	—	—	94	—	—
—	—	—	38	—	—	57	—	—	76	—	—	95	—	—

3. Südlicher Rechtskreis

Das Geraer Stadtrecht verbreitete sich im 15. Jahrhundert nach Schleiz, Saalburg, Lobenstein, Tanna, Greiz, Zeulenroda und etwa 300 Jahre vorher nach Weida. Die Orte wurden im 13. Jahrhundert Städte. Tanna und Zeulenroda erlangten diese Entwicklung 200 Jahre später.

Die Neustadt Schleiz¹⁾ gründeten die Herren von Lobdeburg²⁾. 1318 ging sie in den Besitz der Vögte über³⁾. Die Stadtgründung dürfte um 1284 anzusetzen sein⁴⁾. Im Jahre 1297 wird Schleiz als oppidum bezeichnet. Außerdem ist der Rat der Stadt, magister consulum und sind consules civitatis, zu diesem Zeitpunkt nachweisbar⁵⁾.

Die Ratsverfassung ist damit festgestellt. Schleiz erhielt als planmäßige Stadtgründung zeitig Sonderrecht, das wohl damals noch nicht aufgezeichnet wurde. Das ursprüngliche Recht scheint auf das fränkische zurückzugehen. Die Vögte von Gera, seit 1318 die Stadtherren, verbreiteten sächsisches Recht und strebten danach, geraisches Recht auf

¹⁾ S. Hänsel, Dt. StB. II S. 361 ff., u.B. Schmidt, Geschichte der Stadt Schleiz.

²⁾ Näheres über Großkopf, Herren von Lobdeburg, 1929, S. 31 f., 35.

³⁾ B. Schmidt, a.a.O., Bd. II, S. 20 ff., u. Großkopf, a.a.O., S. 90 f.

⁴⁾ B. Schmidt, a.a.O., S. 33.

⁵⁾ In der Urkunde bezeugen Fridericus magister consulum ibisque consules civitatis in Slomciz den Ankauf einer halben Hufe in Diterichsdorf bei Tanna durch das deutsche Ordenshaus in Schleiz, B. Schmidt, a.a.O., S. 119.

die anderen Städte ihres Territoriums auszubreiten. Schleizer Stadtrecht hat durch das adoptierte Geraer Recht seinen Endursprung im Magdeburger Stadtrecht. Rechtsbelehrungen holte der Rat vom Magdeburger Schöffenstein⁶⁾. Die Bürgerschaft von Schleiz erhielt 1359 ein vom Landrecht abweichendes, privilegiertes Erbrecht bis zur dritten Sippe bewilligt⁷⁾, und die Bürger erlangten das freie Verfügungsrecht über ihr Vermögen.

Die Statuten von Schleiz als erstes förmlich ausgefertigtes und stadtherrlich bestätigtes Stadtrecht stammen von 1492⁸⁾. Erteilt hat sie Heinrich d. M., Herr von Gera, Schleiz und Lobenstein. Dieser Dynast erhob zwei Jahre später Tanna zur Stadt. Sein älterer Bruder bestätigte 1487 die Geraer Stadtgesetze. Das Vorbild dieses Bruders und die Zweckmäßigkeit Geraer Rechts werden den Stadtherrn von Schleiz bewogen haben, dieser Stadt geraisches Recht zu verleihen, das auch gewohnheitsrechtlich vor 1492 im Weichbild der Stadt galt. Die Präambel der Schleizer Statuten sagt hierzu folgendes:

„dass unser Eltern und Vorfahren löbliches Gedächtnis gnediglich sie mit etlichen Freyheiten, Gewohnheiten, Statuten und Gesetzen begabt und begnadet, dieselbigen eine lange Zeit nicht inn Schrifftten, sundern süst in uebung unordentlich gehabt darnach aufgezeichnet, aber dennoch nicht genugsam bevestent, bestetigt, und versigelt, das zu erhalten gemeiner Stadt eren, Wird und Nutz“.

Daraus ist die allmähliche Verbreitung Geraer Rechts in Schleiz ersichtlich. Die Behauptung Brückners⁹⁾, Schleiz hätte wie Gera Pößnecker Stadtrecht erhalten, ist für Gera oben (S. 73) schon widerlegt und zurückgewiesen worden. Die gleiche Begründung gilt auch für Schleiz.

Die Originalurkunde der Stadtrechtskonfirmation ist leider nicht mehr vorhanden; nur eine Abschrift ist auf uns gekommen.

Der Text der Statuten stimmt in zahlreichen Artikeln mit dem des geraischen Stadtrechts von 1487 wörtlich überein. Eine Übersicht hierzu wird Näheres zeigen.

Die Artikel der Statuten von Schleiz sind nicht numeriert oder mit Item versehen, wie das im geraischen Stadtrecht der Fall ist. Das kodifizierte Schleizer Recht besteht aus 89 Artikeln, die jedoch verhältnismäßig leicht erkannt und abgegrenzt werden können. Sie sind mit Überschriften versehen. Die ersten 9 Artikel sind textlich unter Vergleich des geraischen Rechts nur an ihren Abschnitten erkenntlich.

Vergleich der Statuten Geras mit denen von Schleiz

Gera			Gera		
	—	Schleiz		—	Schleiz
Art. 1		1	Art. 50		49
2		3	51		52
3		4	52, 53		53
4		6, 7	54		—
5		5	55		60
6, 7		9	56		—

⁶⁾ Die Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck, T. I, S. 338.

⁷⁾ Über die Stadtrechtsaufzeichnungen von Schleiz s. Flach, a.a.O., S. 228. In Ronneburg erfolgte 1380 die gleiche Privilegierung der Bürgerschaft.

⁸⁾ Veröffentlicht von Walch, a.a.O., VIII. S. 58—137, und Alberti, Stadtrechte reußischer Städte, S. 18 ff.

⁹⁾ Brückner, a.a.O., S. 588. Auch Alberti, ebenda, S. 16, weist diese Ansicht zurück.

Gera	—	Schleiz	Gera	—	Schleiz
8	—		57	—	
9	—		58		62
10		10	59		63, 64
11		11	60		66
12		12	61		65
13		—	62		—
14		13	63		—
15		14	64		—
16		15	65		67
17		16	66		68
18		17	67		69
19		18	68		70
20		19	69		71
21		23	70		—
22		24	71		75, 76
23		25	72		77
24, 25, 26		26	73		78
27		—	74		79
28		27, 28	75		—
29		29	76		81
30		30	77		80
31		33	78		82
32		34	79		85
33		35	80		61
34		—	81		—
35		36	82		—
36		37	83		—
37		38	84		—
38		—	85		84, 72
39		39, 40	86		74
40		42	87		—
41		43	88		—
42		44	89		—
43		—	90		—
44		45	91		—
45, 46		46	92		—
47		—	93		—
48		47	94		—
49		48	95		—

In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts entwickelte sich die lobdeburgische Gründung Saalburg zur Stadt¹⁰⁾. Der Ort ging wie Schleiz 1316 in den Besitz der Vögte über¹¹⁾. Den Bürgern wurde, wie aus Art. 3 der Zeulenrodaer Statuten hervorgeht, zeitig ein besonderes Erbrecht verliehen¹²⁾. In dem wahrscheinlich auf die zweite Hälfte des

¹⁰⁾ Bezeichnung Stadt 1313 u. Bürger von Saalburg 1333. S. Näheres bei Hänsel, Dt. StB. II, S. 355 ff., Alberti, a.a.O., S. 43 ff. und Großkopf, a.a.O., S. 31.

¹¹⁾ B. Schmidt, a.a.O., 20 ff., Hänsel, a.a.O., S. 536; nach Großkopf, a.a.O., S. 37, im Jahre 1313.

¹²⁾ Über die Stadtrechtsaufzeichnungen von Saalburg, s. Flach, a.a.O., S. 226.

14. Jahrhunderts nach Alberti¹³⁾ zu datierenden Gnadenbrief ist die Erbrechtsverleihung bis zum 3. Grad erfolgt. Saalburg erhielt sein Recht 1495 durch Heinrich d. M., Herrn von Gera und Schleiz, verliehen, das 1590 erneuert wurde. Eine weitere Redaktion und Konfirmation dieser Statuten erfolgte 1667 durch Heinrich II. von Gera, Heinrich X. von Lobenstein und Heinrich I. von Schleiz¹⁴⁾. Der Ursprung und die Ableitung des Saalburger Rechts geht auf das Schleizer und damit Geraer Stadtrecht zurück.

Als weitere Stadt besaß Lobenstein¹⁵⁾ Geraer Stadtrecht¹⁶⁾. Auch hierbei handelt es sich wahrscheinlich um eine lobdeburgische Stadtgründung¹⁷⁾. Der Ort besaß schon früh, etwa gegen Ende des 13. Jahrhunderts, Weichbildrecht¹⁸⁾. 1278 kam Lobenstein an die Vögte und Herren von Gera¹⁹⁾, die bedeutenden Einfluß auf die Stadtrechtsgestaltung nahmen. Bereits 1411 ist eine städtische Ratsverfassung nachweisbar. Die Gemeindegeschäfte führten ein Bürgermeister und drei geschworene Ratsleute.

Statuten erhielt die Stadt etwa um 1500²⁰⁾, und das Stadtrecht glich dem Geras in zahlreichen Rechtsnormen wörtlich.

Alberti²¹⁾ stellte die in den Statuten enthaltenen gemeinsamen rechtlichen Grundsätze und die fast genaue textliche Übernahme mit den Geraer Statuten fest. Danach sind folgende Geraer Artikel vollständig oder nur mit geringen Abweichungen übernommen: 1, 3 – 6, 9 – 38, 40 – 53, 55, 58, 59, 61 – 84, 94 und 95.

Der von Heinrich d. M.²²⁾ zur Stadt erhobene Ort Tanna²³⁾ erhielt Schleizer und damit Geraer Stadtrecht. Die Rechtsbewidmung erfolgte durch Burggraf Heinrich VII. im Jahre 1566, obgleich Tanna bereits seit 1494 Stadtrecht besaß²⁴⁾. Die Statuten gleichen bis auf geringe Abweichungen denen von Schleiz²⁵⁾.

Die ersten schriftlich gefaßten Statuten der Stadt Greiz²⁶⁾, die Heinrich d. Ä. und Heinrich IV. 1672 konfirmierten, enthalten neben Zeulenrodaer auch Geraer Stadtrecht²⁷⁾. Die Übertragung geraischen Rechts auf Greiz ist unbestritten. In einem Brief des Greizer Rates an den Stadtherrn bittet er, die vorgeschlagenen Statuten zu genehmigen. Es heißt dort: „zu dem ende wir auch aus anderen städten nachricht eingezozen haben“²⁸⁾. Allerdings sind in den 65 Artikeln der Statuten geraische Stadtgesetze wörtlich nicht rezipiert, aber zahlreiche Bestimmungen gleichen inhaltlich denen von Gera. Der älteste Rechtszustand ist unbekannt, die frühesten verfassungsrechtlichen Verhältnisse sind nach Thoß „in unlösbares Dunkel“ gehüllt²⁹⁾. Ohne Zweifel sind aber den

¹³⁾ A.a.O., S. 49.

¹⁴⁾ Veröffentlicht ebenda, S. 55–63.

¹⁵⁾ S. Näheres bei Hänsel, a.a.O., S. 330 f.

¹⁶⁾ Alberti, a.a.O., S. 26.

¹⁷⁾ Näheres bei Großkopf, a.a.O., S. 36 u. 100.

¹⁸⁾ In einer Urkunde von 1278 werden unter Zeugen auch Bürger der Stadt Lobenstein genannt, Hänsel, a.a.O., S. 330.

¹⁹⁾ Ebenda, S. 331.

²⁰⁾ Über die Stadtrechtsaufzeichnungen von Lobenstein s. Flach, a.a.O., S. 217.

²¹⁾ A.a.O., S. 26–30.

²²⁾ Veröffentlicht ebenda, S. 40 f.

²³⁾ S. Näheres bei Hänsel, a.a.O., S. 376 f.; Alberti, a.a.O., S. 30 ff., und Großkopf, a.a.O., S. 36 f.

²⁴⁾ Über die Stadtrechtsaufzeichnungen von Tanna s. Flach, a.a.O., S. 232.

²⁵⁾ Alberti, a.a.O., S. 39, 41 und 43.

²⁶⁾ Näheres s. bei Kaffenberger, Dt. StB. II, S. 305, u. Alberti, a.a.O., S. 48 ff. Statuten sind von Alberti ebenda, S. 62–80, u. von Thoß, a.a.O., S. 160–174 veröffentlicht.

²⁷⁾ Thoß, a.a.O., S. 39 f. Über die Greizer Stadtrechtsaufzeichnungen s. Flach, a.a.O., S. 208.

²⁸⁾ Thoß, a.a.O., S. 39.

²⁹⁾ Ebenda, S. 34.

Bürgern der Stadt Greiz Privilegien und Freiheiten noch vor der Konfirmation der Statuten erteilt worden. Auch diese entsprachen wenigstens teilweise geraischen Grundsätzen, weshalb auch später der Rat von Greiz und auch der Stadtherr u. a. auf das bekannte Geraer Recht zurückgegriffen haben.

Zeulenroda, von Heinrich von Gera, Herr zu Lobenstein, am 29. September 1438 zur Stadt erhoben, erhielt zum gleichen Zeitpunkt ihr Recht³⁰⁾. Gewohnheitsrecht konnte sich nicht bilden, da die Statuten von 1438 das ursprüngliche Stadtrecht enthalten.

Bei der Ausarbeitung der Gesetze und Privilegien lagen dem Stadtherrn zweifellos andere Stadtrechte der Herrschaft Gera als Muster vor. Das beweist Art. 1, durch den der Bürgerschaft und Stadt Wappen und Siegel verliehen wurden. Letzteres war so zu gebrauchen, wie das in anderen Städten des gleichen Territoriums üblich war. Art. 2 bezieht sich auf den Frieden des Schleizer Jahrmarktes. Weiter weist Art. 6 auf andere Städte, bei denen in gleicher Weise das herrschaftliche Gericht tagte. Den Bürgern Zeulenrodas wurde das Erbrecht der Stadt Saalburg erteilt (Art. 3 g).

Zeulenroda besaß die gleiche Ratsverfassung wie Gera, nämlich drei Ratsmittel, bestehend aus einem regierenden, einem sitzenden und einem ruhenden Rat³¹⁾, die jährlich im Amt wechselten³²⁾. Das deutet auf eine Übertragung Geraer Stadtrechtsgrundsätze hin. Das Zeulenrodaer Erbrecht gleicht dem von Gera. Hervorzuheben ist das Dritteilsrecht, das den Witwen in Art. 3 eingeräumt wurde. In Art. 10 erscheint die Redewendung „von neues“ in der gleichen Form wie der Inhalt des denselben Gegenstand behandelnde Art. 43 der Geraer Statuten von 1487³³⁾. Auch die in Art. 13 geregelte Polizeigewalt des Rates ungehorsamen Bürgern gegenüber ähnelt der des Geraer Rats im Art. 1. Ein Torhaus war in Zeulenroda nach Art. 14 das Stadtgefängnis. Die Regeln über Asylrecht und Hausfriedensrecht der Art. 15 und 16 enthalten gleiche Grundsätze wie geraisches Recht in Art. 33 und 34.

Obgleich eine wörtliche Übernahme Geraer Gesetze nicht feststellbar ist, so lassen doch die gemeinsamen Grundsätze auf angewandtes geraisches Stadtrecht schließen. Gera zählte Anfang des 15. Jahrhunderts zu den bedeutendsten Städten des Vogtlandes, besaß von den Nachbarstädten Zeulenrodas das älteste Stadtrecht, und eine, wenn auch nur teilweise Rezeption Geraer Rechts war naheliegend, noch dazu der Stadtherr von Zeulenroda dem Geschlecht der Herren von Gera entstammte.

Weit schwieriger ist festzustellen, ob auch das weidaische Stadtrecht auf Gera zurückgeht. Heinrich Gottlieb Francke³⁴⁾ verneint das grundsätzlich. Und doch spricht manches dafür.

Die Vögte zu Weida besaßen die Stadt bis 1427³⁵⁾. Dann traten sie den Ort an die Wettiner ab; die Vögte erkannten seit 1354 die wettinische Lehnshoheit an³⁶⁾.

³⁰⁾ F. L. Schmidt, a.a.O., Bd. II, T. I, S. 50. Die Statuten sind ebenda, S. 55–59 und von Alberti, a.a.O., S. 41–52, veröffentlicht. Hinweise über die Geschichte der Stadt s. S. 70, Anm. 21.

³¹⁾ F. L. Schmidt, a.a.O., S. 66.

³²⁾ Ebenda, S. 67.

³³⁾ Darauf verweist bereits Alberti, a.a.O., S. 48.

³⁴⁾ Weidas Stadtrechte von 1377 und 1483, S. 144 f.

³⁵⁾ Tille, a.a.O., S. 37, s. auch Seyfarth, Dt. StB. II, S. 387, und Hänsel, Weida zur Zeit der Vögte, S. 23 ff.

³⁶⁾ Tille, a.a.O., S. 37, und Hänsel, a.a.O., S. 23. Über die weitere Rechtsentwicklung s. S. 70, Anm. 21.

Das Recht Weidas ist in den Statuten von 1377^{36a)} und 1483³⁷⁾ aufgezeichnet³⁸⁾.

Gera und Weida entwickelten sich seit ihrer Gründung gemeinsam unter der unmittelbaren Herrschaft der Vögte von Weida, wobei auf das Geraer Recht der Stadtherr zu Quedlinburg einwirkte. Zwischen beiden Städten bestanden jedoch enge Verbindungen. In Gera war eine Wechselstelle der weidaischen Münze, wie aus einem Vergleich der Vögte von Weida und Gera von 1309 hervorgeht³⁹⁾.

Im Jahre 1319 verkauften die Weidaer die Wechselstelle an die Vögte von Gera⁴⁰⁾. Beide Städte dürften gleichaltrig sein⁴¹⁾. Trotzdem hat das magdeburgische Recht besitzende Gera zweifellos auf Weida eingewirkt; umgekehrt kann es nicht möglich gewesen sein. Den Vögten von Weida war das von Quedlinburg erteilte Recht Geras bestens bekannt, und eine Rechtsverleihung für Weida konnte leicht stattfinden. Über zwei Jahrhunderte scheint die Rechtsentwicklung Geras auf die von Weida gewirkt zu haben. Das beweisen mehrere gemeinsame Rechtsgrundsätze, die in den Statuten Geras von 1487 und Weidas von 1377 und 1483 enthalten sind⁴²⁾. Eine geschlossene Rechtsübertragung auf Weida schien von Gera aus nicht stattgefunden zu haben. Das Recht Geras war im 13. und 14. Jahrhundert auch noch nicht voll ausgebildet, wie das ein bis zwei Jahrhunderte später der Fall war. Weida hat bis Ende des 15. Jahrhunderts auch keine solche weitgehenden Rechte wie Gera besessen. So erhielt Weida erst 1483 die niedere Gerichtsbarkeit von den Wettinern⁴³⁾.

Gemeinsame Grundsätze bestanden auf folgenden Rechtsgebieten: Die Bürger Weidas waren nach Art. 1 der Statuten von 1377 und Art. 1 und 14 der Statuten von 1483 wie die Geras zum Gehorsam gegenüber den Anordnungen des Rates verpflichtet. Weiter sah Art. 1 die jährliche Ratswahl vor, die allgemein bei Städten des Magdeburger Rechtskreises und somit auch in Gera üblich war. Weida besaß die gleiche Ratsverfassung mit drei Ratsmitteln⁴⁴⁾.

Anfangs seiner stadtrechtlichen Entwicklung schien Weida wie Gera magdeburgischem Recht gefolgt zu sein⁴⁵⁾. Wie in Gera schützten die Stadtgesetze Weidas den dortigen Rat und die städtischen Beamten während und außerhalb ihrer Verwaltungstätigkeit vor Beleidigungen. Die genannten Rechtsnormen enthielten Art. 2, 4 und 5. Ferner war es nach Art. 3 auch den Weidaer Bürgern untersagt, sich vor dem Rat zu zanken und zu beleidigen. Nach Art. 15 der Statuten von 1483 hatte sich ein um „schulde ader zuspruche“ klagender Bürger zuerst an das Stadtgericht zu wenden und nicht zugleich an das Obergericht des Territorialherrn. In Art. 6 ist der Grundsatz des Marktzwanges enthalten, der auf die beiden Weidaischen Märkte bezogen ist. Den Weidaer Bürgern war es in Art. 10 f genau so wie denjenigen von Gera geboten, zu wachen und diese Pflicht

^{36a)} UB. Schmidt II, 233.

³⁷⁾ Die Statuten sind von Francke, a.a.O., S. 63—81 veröffentlicht.

³⁸⁾ Francke, ebenda, S. 138, 146, behauptet, daß nur ein Teil der im Stadtbuch von Weida eingetragenen Gesetze in den genannten Statuten enthalten sind.

³⁹⁾ UB. Schmidt I, 408.

⁴⁰⁾ Ebenda, I, 499.

⁴¹⁾ Weida 1209 civitas, Seyfarth, a.a.O., S. 387. Über Gründung und Stadtrecht von Weida, s. Näheres bei Hänsel, a.a.O., S. 27 ff.

⁴²⁾ Über die Stadtrechtsaufzeichnungen Weidas s. Flach, a.a.O., S. 236 f.

⁴³⁾ Francke, a.a.O., S. 130.

⁴⁴⁾ Art. 14 und 17 Statuten von 1483.

⁴⁵⁾ Rechtssuchen an den Schöffensstuhl zu Leipzig sind nachweisbar. Schöffenspruchsammlung der Stadt Pößneck, T. I, S. 338.

nicht freventlich zu versäumen. Weiter hatten die Hausbesitzer Weidas in Art. 10 h den gleichen Schutz des Hausrechts und -friedens. Die Lebensmittelpolizei des dortigen Rats über Bäcker und Fleischer glich der Geras. Allerdings sind die geraischen Rechtsnormen bedeutend länger und gründlicher ausgearbeitet, was aber nicht verwunderlich ist. Das Weidaer Recht ist ja in seiner Kodifikation etwa hundert Jahre älter. Das Bannmeilenrecht Weidas enthalten die Art. 13 g, 15 d und 16 c. Es befaßte sich nicht allgemein und abstrakt mit dem Rechtsgrundsatz, wie das in Gera geschah, sondern enthielt kasuistisch für einzelne Handwerke besondere Gebote. Wie in Gera und natürlich in den meisten mittelalterlichen Städten war auch in Weida der Vorkauf nach Art. 19 verboten. Art. 21 schrieb vor, nur dem besessenen Bürger das Braurecht zuzubilligen. Weiter war in Art. 24 c eine gleiche Regelung wie in Art. 64 der Geraer Statuten enthalten. Grundsätzlich sollten Vermögenswerte nicht aus der Stadt gebracht werden. Beide Städte besaßen gleiches Erbrecht. Weiter bestanden für das Vormundschafswesen — die Rechtsgrundlage für Weida enthielt Art. 25 a — gleiche Grundsätze. Dasselbe betraf den Feuerschutz.

Geraer Rechtsgrundsätze sind in folgenden Artikeln der Weidaer Statuten enthalten:

Statuten der Städte			
Gera von 1487	Weida von 1377	und	1483
1	1		14
22, 79	1		1, 4
25	2, 5		2, 5
6	3		3
24	4		4
39	6		—
69	10 f		11
35	10 h		12
15	12 a		—
87	13 g, 15 d 16 c		—
16	14 a		—
39	19		27
53	21		—
64	24 c		20
58	25 a		21
5	—		15
37	11 b, 11 c		31
38	—		32
45	—		35
49, 50	—		36
11	—		39

Dieser Vergleich beweist zusätzlich die aufgestellte Behauptung, daß Gera bereits vor der Wende des 12. zum 13. Jahrhundert gegründet und sofort Stadtrecht erhalten hat. Francke⁴⁶⁾ bestätigt nämlich für Weida den Besitz städtischer Gerechtsame vor 1209. Die Weidaer Statuten von 1377 bestehen aus einer Zusammensetzung alter und neuer

⁴⁶⁾ A.a.O., S. 108.

Stadtgesetze, die wahrscheinlich chronologisch in das Stadtbuch eingetragen waren. Das beweisen die verschiedenartigen Münzbezeichnungen wie z.B. Mark, Talente, „schillinge eyer Pfennige“ in Art. 1, 2, 4 und 21. Bei der Zusammensetzung, Erteilung und Konfirmation der Stadtgesetze übernahm man die Bezeichnung der jeweils gültig gewesenen Währung, ohne diese dem gegenwärtigen Stand anzugleichen⁴⁷⁾. Aus der Art der Münzbezeichnungen stellt Francke⁴⁸⁾ die Zeitabschnitte der Kursfähigkeit für Weida fest. Als älteste Währungen sind „phunt“ um das Jahr 1256 und „marca“ um 1255 für Weida nachgewiesen⁴⁹⁾. Daraus folgt das hohe Alter der Stadtgesetze, die nach Erfordernis und Notwendigkeit erlassen, vom Stadtherrn bestätigt und vom Stadtschreiber in das Stadtbuch eingetragen wurden. Da Weida von Gera und nicht umgekehrt Stadtrecht erhielt, besaß Gera noch früher Sonderrecht. Francke⁵⁰⁾ verneint die Übernahme fremden Rechts für Weida. Trotz Rechtsvergleiche habe er keine wörtliche und auch keine grundsätzliche Ähnlichkeit mit anderen Statuten festgestellt. Er gibt jedoch gleiche Rechtsgrundsätze mit den Stadtrechten von Gera und Rudolstadt zu, bestreitet aber, auch nur von einer Anlehnung an diese Stadtrechte sprechen zu können⁵¹⁾.

Diese Ansicht dürfte irrig sein, wie bereits zu beweisen versucht wurde. Infolge des engen Zusammenliegens beider Städte⁵²⁾ und einer gemeinsamen Verwaltung durch die Vögte von Weida hat wenigstens im 13. und 14. Jahrhundert eine teilweise Rezeption Geraer Stadtrechts für Weida stattgefunden⁵³⁾.

Durch die baldige wettinische Stadtherrschaft begann für Weida eine anders verlaufende Rechtsentwicklung. Gera übertraf Weida an wirtschaftlicher Bedeutung, und das Weidaer Recht konnte darum auch nicht die Vollkommenheit Geraer Stadtrechte erhalten. Francke⁵⁴⁾ stellt noch weiter fest, Weida habe Stadtrecht besessen, das keine Aufnahme in die Statuten fand. Bei diesen, uns unbekannten Rechtsnormen, könnten wahrscheinlich noch weitere gleiche Grundsätze ermittelt werden.

⁴⁷⁾ Anders in Gera.

⁴⁸⁾ A.a.O., S. 130 ff.

⁴⁹⁾ Ebenda, S. 131.

⁵⁰⁾ Ebenda, S. 144 f.

⁵¹⁾ Ebenda, S. 144.

⁵²⁾ Es sind nur 12 km.

⁵³⁾ Francke, a.a.O., S. 144, schließt nämlich die Möglichkeit der Übernahme fremder Stadtrechtsgrundsätze nicht aus.

⁵⁴⁾ Ebenda, S. 138.

C. Der Niedergang des Geraer Stadtrechts im absolutistischen Reuß und die nochmalige Neufassung und Bestätigung der Statuten im Jahre 1658

1. Kampf der Bürgerschaft gegen den Rat um die bürgerlichen Freiheiten

Der Niedergang des Geraer Stadtrechts setzte Mitte des 16. Jahrhunderts unter dem reußischen Landesherrn Burggraf Heinrich IV. zu Meißen aus dem Hause Plauen ein¹⁾. Der neuzeitliche moderne Territorialstaat Reuß übte die Polizei in seinem Gebiet in wachsendem Umfang selbst aus²⁾. So zog er wichtige kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben wie Schulwesen und Gewerbe an sich und befaßte sich mit der Förderung der Wohlfahrt seiner Untertanen in geistiger wie auch in materieller Hinsicht³⁾. Das erfolgte durch den Erlaß von Landesordnungen, die sich inhaltlich auf Reichspolizeiverordnungen begründeten⁴⁾.

Das hatte zur Folge, daß die Aufgaben der Stadt Gera als autonomer politischer Gebietskörperschaft immer mehr auf den Staat übergingen. Den Rat von Gera unterstellte man der Landesgesetzgebung, die die städtischen Statuten und Rechte einschränkte und neues Recht setzte⁵⁾. Die städtische Autonomie engte man zugunsten landesherrlicher Gewalt ein⁶⁾, und es kam der Grundsatz auf: Landrecht bricht Stadtrecht.

Diesen Recht und Autonomie von Gera auflösenden Prozeß förderte von innen heraus der Dualismus von Rat und Gemeinde.

Die städtische gesellschaftliche Oberschicht, die sich aus den Geraer Handelsherren, Inhabern von Manufakturen und wohlhabenden Zunftbürgern zusammensetzte, und die die Ratsstellen innehatte⁷⁾, stand Ende des 16. Jahrhunderts wiederum im Interessengegensatz zu dem übrigen Teil der städtischen Bevölkerung, den kleinen Handwerkern, Gesellen, Gesinde und den Tagelöhnern. Den Kampf führte man versteckt, doch trat er auch offen in Erscheinung.

Zuerst versuchte der selbstherrliche Rat, die ihn in der Führung seines Stadtreiments hinderlichen Rechtsnormen zu umgehen und ihm nicht genehme Gemeindeinstitutionen als „unpraktisch“ abzuschaffen⁸⁾.

¹⁾ Näheres bei B. Schmidt, Geschichte des Reußenlandes, II, 1927, S. 14 ff.

²⁾ Über die Ursachen vgl. Zycha, Deutsche Rechtsgeschichte der Neuzeit, 1937, S. 132 f.

³⁾ Planitz — Eckhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 1961, S. 267 f. Nr. 1.

⁴⁾ Schröder — v. Künßberg, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 1932, S. 974. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, auf die zahlreichen Polizeiverordnungen usw. einzugehen.

⁵⁾ Vgl. Flach, Land und Städte in Thüringen, 1941, S. 259.

⁶⁾ Schröder — v. Künßberg, a.a.O., S. 978, und Zycha, a.a.O., S. 128 ff.

⁷⁾ Auch in zahlreichen anderen Städten wie Greiz, Thoß, a.a.O., S. 150; Schleiz, B. Schmidt, a.a.O., S. 120; Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 24, besetzten die wohlhabenden Bürger die Ratssitze. S. auch Hefter, Deutsche Selbstverwaltung, S. 16.

⁸⁾ S. S. 120 Nr. 2, 11; S. 121 f. Nr. 2, 11.

Weiter leitete er das Stadtre Regiment egoistisch und handelte eigenwirtschaftlich. Dadurch regierten Selbstsucht und Spießertum im Geraer Rathaus⁹⁾.

Als Folge entfremdete sich der Rat, der die übrigen Schichten der städtischen Bevölkerung als Untertanen betrachtete, von der Gemeinde.

Diese Situation in Gera kennzeichnet eine bisher unveröffentlichte Beschwerde der Viertelmeister und der Bürgerschaft über den Rat, die Erwiderung des Rates und die Entscheidung des Territorialherrn¹⁰⁾.

Die Viertelmeister und die „gemeine Bürgerschaft“ beschwerten sich im Jahre 1608 über den Rat und brachten vor:¹¹⁾

1. Gebräuchlich seien seit Alters her drei Räte, seit einiger Zeit sind es nur zwei.
2. Es seien „Zwölf von der Gemeinde“ verordnet, die neben den Viertelmeistern „in fürfallenden sachen gemeiner Bürgerschaft nutz und bestes bedencken“. Diese seien „eine zeitlang hero gantz nicht gestattet“. Auch die Viertelmeister würden oft nicht gehört.
3. Beschwerde man sich über die geringe Holzflößerei. Der Rat sei sehr „nachlessigk, daher den dieses Jahr die Flöße abermals nicht mit geringen derselben nachteil außen blieben“.
4. Der „rat habe ohne Vorwissen der Bürgerschaft einen gemeinen Platz Balduino Conradi Bürgern . . . all hier verkauft“, was „ihnen auch nicht gebühret“.
5. Über 800 Klafter Scheite seien dieses Jahr im Stadtholz geschlagen worden. Dieselben habe man „größenteils frembden gelassen“. Es sei für 18 Gr. auch viel zu teuer. „Für die Fürnehmsten seien die Klafter sehr ungleich gelegt und den Fürnehmsten des Rates gemeiniglich die größten zu teil wurden“.
6. Dieses Jahr hätte der Rat fast alles Bier in der Stadt aufgekauft, „solches darauf umb einen Pfennig gesteigerth, darzu geringe gemäß gegeben . . . das manche armen Bürger not leiden undt Wasser trinken müssen“.
7. Jeder Erbe müsse von jedem Stück 20 Pfennig zu „gesambten Lehngelde“ geben, und das sei dem Herkommen und ihrer bürgerlichen Freiheit zuwider.
8. Die Schlüssel zur Stadtverwahrung und -öffnung sei den Stadtknechten anvertraut „ihres gefallens damit zu gebahren“. Früher hätten diese Schlüssel Vertreter der Bürgerschaft verwahrt.
9. Es würde mit dem Wein im Stadtkeller „sehr lessigk umbgegangen“, dessen Pflege und Schlüssel oft dem Gesinde anvertraut, so daß der gemeine Mann selten was Gutes „zu labsal und ehren“ für sein Geld bekommen könnte.
10. Die Statuten bestimmten, daß der Rat ohne Vorwissen und Zuziehung der Viertelmeister keine neuen Schulden machen sollte. Auf diese Vorschrift würde aber der Rat wenig acht geben.
11. Würden die Viertelmeister und „gemeinde“ — es handelt sich hierbei um die Zwölf von der Gemeinde — von „abhörung der Raths Rechnung abgesondert und ausgeschlossen werden, welches dem herkommen und billigkeit . . . gantz zuwider“ sei.

⁹⁾ Über die damalige Erstarrung und Selbstsucht in den Gemeinden s. Zycha, a.a.O., S. 129.

¹⁰⁾ LA. Greiz: a. Rep. Gera DDD II 9 a Nr. 3, Acta der Stadt Gera Statuten von anno 1608 nebst einem Abschied zwischen dem Rat und der Gemeinde zu Gera vom 17. April 1613, Bl. 4—20.

¹¹⁾ Ebenda, Bl. 4—9.

12. Habe man zwei Brauhäuser „abkommen“ lassen und das hindere die Braugeschäfte der Bürger.
13. „Wolte auch ehenotwendiger Visitation zu der Apotheken sowohl einer gewissen Taxa mangel vorfallen, welches sie hierbei zu erinnern auch nicht umbgehen könnten“.
14. Unterständen sich die Stadtknechte, den Bürgern nicht allein in das Haus, sondern auch in die Stuben zu laufen und dieselben „umb schoß und anders, so lengstens bezahltt zu mahnen“.
15. Könnten sie mit dem jetzigen Stadtschreiber nicht zufrieden sein, und „bätten alles vleiße ihm darumb abzuschaffen“, weil er dem Rat und der Gemeinde niemals die schuldige Dienstpflicht zufriedenstellend geleistet habe. Er sei nicht vereidigt und beschwere die Bürgerschaft mit zu hoher Gebühr, er fluche den Bürgern oft alles Üble an den Hals und äußere andere hochbeschwerliche Worte.

Der Rat entgegnete darauf folgendes:¹²⁾

1. Der dritte Rat sei vor etlichen Jahren „theils aus mangel duchtiger Personen, anders-theils aber das wo drey Rathe sein gemeniglich ein Rath die sachen immer uf den andern stellet, die Ratseinkommen zu kurz bleiben und gemeiner nutz verlaßen und sonst faßt alle sachen stecken bleiben thäten, auch zum Theil durch vielfeltige abwechßellung vergessen wurden, welchen incommodis durch zweene Rätthe . . . am besten abzuheffen“.
2. Wären die „Zwölffer“ vor vielen Jahren „umb allerhand Unruhe Willen, so dieselben erwecket, abgeschaffet und ahn dero stadt vier gemeine Meister im Rath verordnet worden“.
3. Die Flöße betreffend „were dieses Jahr der Mangel nicht ahn ihnen, sondern zum theil ahn deme, das Voriges Jahr das Holz wegen mancherley Schnees (1612 war geringer Schneefall) nicht angeführet werden mögen, zum theil am Floßmeister Peter Fischer gewesen“. Der Rath habe es an fleißigster Erinnerung aber nicht fehlen lassen.
4. Der Platz sei an Balduin Conrad mit „Vorwissen und Einwilligung“ beider Rätthe und der Gemeinmeister erfolgt, und das Kaufgeld „zu gemeiner Stadt nutz angewendet und in Rechnung ordentlich und gebührlich Verschrieben worden“.
5. Auch das verkaufte Holz sei richtig verrechnet worden, und dieses Jahr soviel gemacht worden, weil es voriges Jahr durch einen großen Windbruch viel niedergebrogene Bäume gab und man diese nicht umkommen lassen konnte. Das Holz sei durch öffentlichen Anschlag angeboten, „aber den Bürgern nicht annehmlich gewesen“, weil sie es nicht haben wohlfeiler geben können. Der Rat habe große Kosten „uff die Brausach gewendet“ und konnte es nicht „wohlfeiler“ geben, zumal sie außer diesem Holznutz und dem Stadtkeller nur geringe Einnahmen hätten. Sie wüßten von keiner Ungleichheit und über 2 Klafter sind nicht auf das Land verkauft worden.
6. Den Bierkauf wäre im vergangenen Sommer „auß guter treuer wolmeinung und vorsorge fürgenommen“, weil der Rat zu verschiedenen Malen „in Sterbensleufften“ und auch in Brausachen für die Bürgerschaft große und schwere Ausgaben hatte.
7. Das Lehnsgeld richte sich nach alt Herkommen und der Rat habe wegen seiner Mühe-waltung wenig „ergetzligkeit“. Der Rat beabsichtige, dem Stadtherrn die Entscheidung gehorsam anheimzustellen.

¹²⁾ Ebenda, Bl. 9—15.

8. Über die Stadttorverwaltung „solte hinfüro dero Verordnung kein mangel erscheinen“.
 9. Der Weinherr wende allen gebürlichen Fleiß auf. Er vertraue die Pflege des Weines keineswegs dem Gesinde an, sondern verrichte solche selbst. Die Weinherren haben sich ferner „diesfalls zu allen treuen Vleiß gehorsamlich ahnerboten“.
 10. Schulden hätten sie bisher keine neuen gemacht, sondern was sie an Bargeld aufgenommen, wäre zur Abzahlung alter Schulden „und alß in utilitatem Civitatis“ angewendet worden. Die Einwilligung der Viertelmeister dazu wäre nicht erforderlich, da auch landesherrliches Wissen und Consens nicht notwendig sei.
 11. Sie erachteten es für unnötig, die Viertelmeister jederzeit zur Abhörung der Stadtrechnung zuzuziehen, weil sie „zu denenselben jederzeit an Unser stadt etzliche Unserer Rätthe zu verordnen“ pflegten, die auf solche Rechnung genaue Aufsicht führten. Die Viertelmeister würden deshalb nicht mehr hinzugezogen, da sie nur „unnötige Verwirrung“ verursachen. Die Rechnungen und Strafen würden ordentlich und richtig geführt.
 12. Der Rat habe auf die Besitzer der eingegangenen Brauhäuser eingewirkt, diese wieder aufzubauen. Er könnte aber keinen Zwang zum Wiederaufbau ausüben. Ein Neubau von Brauhäusern solle „mit allem willen nachgelassen sein“.
 13. Ingleichen habe der „bestellte Hoff- und Stadt Medicus bißhero unterschiedene visitationes zue der Apotheken nicht unlengst gehalten, führe aber auch der Apotheker den Wittenbergischen Tax, welcher in der Nachbarschaft hin und widter vor just und billisch gehalten wurde und sey also auch deswegen kein mangel“.
 14. Die Stadtknechte hätten Befehl, in bürgerlichen Sachen „vor den thüren anzuklopffen und gebürliche bescheidenheit zu gebrauchen, das aber etzliche böse Bezahler zuweilen nicht hören oder daheim sein wollten, sondern ursach geben, daß dieselben sich nottwendig in die Heuser hinein begeben und (sie) ihren (Dienst) treulich verrichten mußten“.
 15. Der Stadtschreiber habe zwar dem Rat keinen Eid geleistet, aber demselben „gebürlich handgelobens gethan“. Man könne „wol leiden, daß ihme eine gewisse Taxe der geburen halben geordnet wurde, damit er menniglich sich hiernach zu achten . . . Geschehe ihm auch ungutlich, daß er beschuldiget wurde, als wenn er den burgern mit ehrunwürdigen wortten beschwerlichen sey, möchte zwar wol sein. Das er dermaleinzten einen mutwilligen frevler mit ernst vor den staupbesen gleichsam verwarnet, welches den damals die notdurft erfordert, hoffe derowegen, er habe daran nicht unrecht gethan“.
- Zugegeben werde, daß er gesagt hat: „Er sey niemahl bey der gemeinde gestanden“; er wollte es nicht wieder tun.

Der Stadtherr teilte mit, er habe die „puncta sambt und anders in gnediger ertragung und reife berathschlagung mit unsern geordneten Hauptmann, Cantzler und Rethen gezogen und soviel befunden, das obwohl der Rat die meisten puncta belangende bei vorgebrachter ihrer vorantworten, billig zu bessern, jedoch auch dero etzliche notwendiger reformation, vorbesserung oder enderung bedurffen“.

Der Stadtherr, es ist Heinrich Posthumus, verfügte in den Schieden vom 9. und 17. Dezember 1613¹³⁾: Der Rat hat zu 2) die Viertelmeister, wenn diese etwas über die Beschwerden der Bürger anbringen wollten, „gern und willig zu hören und denen mit ehesten als möglich nach billigkeit abhelffen, zu solchen allen auch die verordneten dem

¹³⁾ Ebenda, Bl. 15—20.

Rath beisitzende gemeinmeister ihren (des Rats) pflichten nach, der gemein bestes ihr jederzeit treulichst angelegen sein lassen“.

Die Viertelmeister haben sich ohne Wissen der Herrschaft aller ungesetzlichen Einmischung zu enthalten.

Des Rats Entschuldigung zu den Beschwerdepunkten 3 bis 6, 9, 10 wird anerkannt. Dem Rat wird aufgegeben, das Floßwerk zu fördern, und ohne beider Räte und der Viertelmeister „vorbewußt und bewilligung“ von dem städtischen Grundbesitz und anderen Gütern nichts zu veräußern, und auch keine neuen „Schulden ader beschwerung uff gemeine burgerschafft“ zu machen.

Des Bieraufkaufs und der Preissteigerung von Getränken hat sich der Rat zu enthalten. Als Lehngeld hat der Belehnte „nicht von jedem stuck insonderheit, sondern von allen zugleich 20 pf. zu gesambten lehngeldtt dem rath und darneben einen schreiber groschen dem stadtschreiber zu entrichten“. „Wan aber die Erben zur theilung schreiten, also dann dieselben ein jedes stuck, so ihnen in Theilung zu kommen, absonderlich mit 20 Pf. und 1 Gr. Schreibgebühr zu Lehen zu nehmen schuldig sein“. Die Schlüssel zu den Stadttoren dürfen den Stadtknechten nicht anvertraut werden. Allein die Vertreter der Bürgerschaft haben das Schlüsselamt inne.

Viertel- und Gemeinmeister haben der Abhörung der Ratsrechnung zum Besten der Bürgerschaft beizuwohnen, „doch ohne ungebührliche vergebliche widersetzlichkeit und mit vernunfttger gutter bescheidenheit“. Diese sollen aber die Ratsangelegenheiten ihrer Pflicht getreu geheim halten, „darmit wihr zu notwendiger enderung nicht bewogen werden mögen“.

Der Rat soll ferner für ausreichende Braugelegenheit sorgen. Hinsichtlich der Beschwerdepunkte 13 und 14 läßt er es bei dem Vorbringen des Rates bewenden.

Wegen des Stadtschreibers soll nach weiteren Ermittlungen in der Sache entschieden werden. Inzwischen aber soll er seines Dienstes treulich warten „undt von unß gnädig geschützet werden“.

Der um die Stadt und Bürgerschaft verdiente Heinrich Posthumus legte die Streitangelegenheit zwischen Bürgerschaft und Rat mit dem Wunsch auf ein künftiges beiderseitig gutes Verhältnis bei: „Wollen derowegen hiermit . . . aus landesherrlicher Gewalt und Macht, alle und jede . . . Irrungen, Missverstand, Clagpuncten und Widerwillen zu grunde affgehoben . . . und verglichen haben. Verbieten darauff ernstlichen, setzen und wollen, daß sich hinführe gedachte bürgerschafft gegen genanden Rath alß ihr nach Uns von Gott forgesetzte Obrigkeit alles schuldigen gehorsams und ehrerbietung beflæssigen, und sich demselben bey vermeidung unserer schwehren Ungnade um un-nachlässiger Straffe . . . nicht widersetze“.

Dem Rat „wird gemeine Stadt bestens zu besorgen jederzeit auf das getreulichste“ aufgegeben.

Die Beschwerdeschrift der Bürgerschaft und die Entgegnung des Rates deckten die schweren Differenzen und den Gegensatz zwischen den städtischen Einwohnern und der Stadtverwaltung auf. Der Rat und damit die städtische gesellschaftliche Oberschicht versuchten, das Stadtre Regiment allein zu führen und die Verwaltung der Kontrolle der Bürgerschaft zu entziehen. Das gelang dem Rat schon soweit, den „Zwölf aus der Gemeinde“ ihre Aufsichtsfunktion vollständig zu entziehen. Das Organ der Gemeindevertretung war wirkungslos geworden.

Auch interessant ist es zu hören, daß der Rat die drei Ratsmittel als verwaltungshemmend und überholt ansah und von sich aus die Ratsverfassung auf zwei Ratsmittel abänderte.

2. Die Gestaltung des Stadtrechts in den Statuten von 1658

Der Rat der Stadt versuchte, die städtische Autonomie zu erhalten. Deshalb bat er die Stadtherren im 17. Jahrhundert wiederholt, die Statuten und Stadtgesetze zu bestätigen. Solche Ersuchen waren lange Zeit erfolglos, wie aus einem Schreiben des Rates vom 15. Dezember 1656¹⁾ an die Kanzlei der reußischen Regierung hervorgeht. Es heißt dort:

„. . . nach dem wir unsere Statuta und Stadtgesetze schon vor vielen Jahren . . . eingeschicket und umb dero revision und gnädige confirmation vielmals gebeten haben“.

Wahrscheinlich bemühte sich der Rat auch, einige bisher zu Unklarheiten und Kompetenzstreitigkeiten führende Rechtsnormen abändern zu lassen.

Offensichtlich beabsichtigten die Landesherren, eine Stadtrechtskonfirmation nicht vorübergehen zu lassen, ohne die städtischen Privilegien zugunsten eigener fiskalischer Interessen und absolutistischer Regierungsansprüche einzuschränken²⁾. In sorgfältiger Arbeit fertigte die Regierungskanzlei im Jahre 1656 einen „Uffsatz der hiesigen Statuten“ an³⁾, der auch dem Rat und den Viertelmeistern zur Kenntnisnahme übersandt wurde. In einem Entwurf arbeiteten die Kanzleiräte neue Normen in die alten Statuten von 1487 ein, um den Forderungen des Territorialherrn Rechnung zu tragen.

Vom 21. März 1657⁴⁾ datiert eine Instruktion über die neuen Statuten. Hier waren die Polizeibefugnisse des Rates nach der Polizeiordnung von 1643 in Art. 51 des Konzeptes begrenzt und Neuerungen nicht zugelassen. Auch die Gerichtsbarkeit des Rates sollte beschränkt werden. Der Fischzins — von einem Faß Fische 2 Stück — sollte nicht mehr an den Rat, sondern an die Herrschaft entrichtet werden. Weiter sollte das Amt künftig auch Mühlen und den Mühlgraben verwalten. Der unbefugte Taubenfang und das Verwenden dieser Tiere zu eigenen Zwecken gehöre in die strafrechtliche Zuständigkeit des Landgerichtes und stehe nicht mehr dem städtischen Gericht zur Verhandlung und Aburteilung zu.

Auch die strafbare Handlung des Ehebruchs würde danach künftig zur Zuständigkeit des Obergerichtes zählen. Die Strafbefugnis des Stadtgerichtes sollte nicht mehr bis 500 fl., sondern nur 300 fl. betragen. Eine krasse Unterordnung sah Art. 29 vor. Danach hätte der Rat beim Kauf des Rittergutes Pöppeln nicht um Belohnung beim Stadtherrn nachgesucht, und der Stadt sollte das Recht genommen werden, das Bauerngut und die dazu gehörigen Grundstücke allodial zu besitzen.

Der Landesherr, Heinrich der Andere (1635 — 1670), versuchte, der Stadt sogar den Verwendungszweck der ihr zustehenden Strafgelder vorzuschreiben. Pulver und Blei sollten angeschafft und davon bezahlt werden.

Aber nicht nur der Territorialherr strebte danach, seine Interessen der Stadt gegenüber durchzusetzen. Auch die Vorstädter trugen dem Landesherrn Forderungen vor, die sich gegen Rat und Bürgerschaft richteten und die sie bei der Gestaltung des Stadtrechts berücksichtigt wissen wollten. Sie beschwerten sich in 6 Punkten mit Schreiben vom 15. Dezember 1656⁵⁾ über ihre benachteiligte gesellschaftliche Stellung und baten, dafür

¹⁾ LA. Greiz: a. Rep. Gera Bd. IV DDD II 9 a Nr. 6, Bl. 35—38.

²⁾ Allgemeines über den Kampf der Stadträte mit den Landesherren um die städtische Autonomie s. Zycha, a.a.O., S. 129 f.

³⁾ LA. Greiz: a. Rep. Gera Bd. IV DDD II 9 a Nr. 5.

⁴⁾ Ebenda, Nr. 4.

⁵⁾ LA. Greiz: a. Rep. Gera Bd. IV DDD II 9 a Nr. 6, Bl. 44 ff. Die Beschwerdeschrift wurde von 117 Vorstädtern unterschrieben.

zu sorgen, daß „wir armen Unterthanen bey rechte geschützet, undt nicht wider recht und billigkeit beschwert werden mögen“. Ihre Beschwerde richtete sich vor allem gegen den Rat. Dieser habe ihnen „Zeit ihres Lebens“ nicht das geringste von den Statuten angedeutet, und sie hätten von deren Inhalt keine Kenntnis⁶⁾). Wegen des „Abzugs“ seien sie so hart gehalten, daß, falls ein Vorstädter dem anderen ein Stücklein Grundbesitz abkaufe, beide Parteien und, falls ein Hauswirt solches verleihe, seine Erben gleichfalls zur Zahlung von Abzugsgeld verpflichtet wären. Weitere Beschwerdepunkte betrafen das Bierbrauen, das ihnen nicht zustand sowie die häufigen Fronleistungen. Die Stadtbürger hätten verschiedene zu Fronhäusern gehörige Gärten gekauft, ohne die darauf ruhenden Fronleistungen zu übernehmen. Diese seien auf das Fronhaus zurückgefallen, und die armen Vorstädter hätten doppelte Abgaben zu leisten. Manche Hausbesitzer wären so beschwert, daß sie ihre Häuser wüst und öde ließen.

Der Rat und vor allem der juristisch gebildete Stadtschreiber Glaser sträubten sich heftig gegen die beabsichtigten Einschränkungen althergebrachter städtischer Rechte und beharrten wiederholt auf den stadtherrlichen Bestätigungen von Privilegien und Freiheiten.

Der Zorn des reußischen Landesherrn richtete sich deshalb besonders gegen den hartnäckigen Stadtschreiber, und er drohte ihm persönliche Zwangsmaßnahmen an. Zu des „Raths und gemeiner Bürgerschaft Statuten und Gravamia“ gehörig, befindet sich eine Urkunde über „vereinzelte Differenzen zwischen Herrschaft und Stadt der Statuten wegen“⁷⁾). Nach dem Inhalt der Schriftstücke vertrat Stadtschreiber Glaser dem Amt und Landesherrn gegenüber mutig die Belange der Stadt. Deshalb zog er sich die Ungnade des Landesherrn zu, so daß sich der Rat in einem Schreiben vom 15. Dezember 1656⁸⁾) für ihn verwandte. Darin betonte der Rat:

„Das die Stadt Statuta und Stadtgesetze schon vor vielen Jahren . . . umb dero revision und gnädiger confirmation vielmahls gantz unterthänig gebeten, hiebey aber der Reuß-Plawusche wohl verordnete Ambtmann Herr Lic. Oßwaldt Leupoldt alhier unterschiedliche Amtsbeschwerden und erinnerungen eingewendet und unsere Gegennottorfft aufzusetzen . . . veranlaßt wurden“.

Der Stadtschreiber war zu einem de- und wehmütigen Entschuldigungsbrief gezwungen⁹⁾). Der Landesherr drohte, so schreibt Glaser, „mich heute oder morgen an einen solch Orth stecken zu lassen, da mich weder Sonnen noch Mond bescheinen möchte“. Von der Ungnade des Herrn fürchte er, „wo immer ich auch wohl biß an mein sel. Ende vertiefft stecken bleiben und selbige nach meinem Tode wohl gar meine arme verzogene und z. T. noch in der Wiege liegende Kinder gantz unverschuldeter Sache entgegen, entgelten dürfen“.

Auch die Viertelmeister wandten sich in neun Punkten am 15. November 1656 energisch im Namen der gesamten Bürgerschaft gegen die in dem „Ufsatz der Neuen Statuten“ enthaltenen neuen und die Bürger beschwerenden Bestimmungen¹⁰⁾).

⁶⁾ Die Statuten sollten jährlich vor der Bürgerschaft verlesen werden. Die Vorstädter hatten sich zu diesem Zweck an die Gassenmeister zu wenden.

⁷⁾ LA. Greiz: a. Rep. Gera DDD II 9 a Nr. 6.

⁸⁾ Ebenda, Bl. 35–38. Es ist von den Bürgermeistern Jacob Fülle, Caspar Petzold und Simon Korn sowie vom Stadtschreiber Riemer und den Ratsmitgliedern Grünler, Buttermann, Arnoldt, Heinrich und Arnoldt Hanß und von Örttel, Nicol Arnoldt, Johann Dobenecker unterzeichnet.

⁹⁾ Ebenda, Bl. 30–34.

¹⁰⁾ LA. Greiz: a. Rep. Gera DDD II 9 a Nr. 6, Bl. 39 u. 40. Schreiben vom 15. November 1656 an Landesherrn Heinrich d. Ä.

Diese würden wenig dem Wohle der gemeinen Stadt und Bürgerschaft entsprechen, und es würde nur darauf geachtet, wie man sie noch mit mehr und weit höheren Strafen und Neuerungen, als sich in den alten Statuten befinden, belasten könne.

Die neun Beschwerdepunkte lauten:

1. So finden wir im 3. Art., daß ein jeglicher Bürger, welcher sich mit des Rates Abschied nicht wolle begnügen, sondern an die Regierung appelliere, jedoch erfolglos bliebe; derselbe solle dem Rat mit 10 Taler verfallen sein.
2. Im 24. Art. steht, daß man für eine Besichtigung in der Stadt 5 Gr., von Feldern aber 10 Gr. geben solle, während man doch nach den älteren Statuten nicht mehr als 1 Gr. in der Stadt, von Feldern aber 2 Gr. zu geben schuldig sei.
3. Ist im Art. 29 vorgesehen, daß wer etwas von Geschoß und anderen Abrichtungen schuldig wäre, und dasselbe nicht alsbald am gesetzten Termin erlege, solle, so er vom Stadtknecht gemahnt würde, 5 Gr. zur Strafe geben.
4. Kommt uns beschwerlich vor, daß, wenn man auf dem Rathaus eine Klage erhebt, nicht allein dem Stadtknecht von jeder Person 1 Gr. Fordergeld, sondern auch Kläger und Beklagter dem Rat 3 Gr. Verhörgebühr geben müsse.
5. Beschwerde sich die Bürgerschaft sehr, daß sie bei Erbteilung mit übermäßigen Gebühren belastet werde.
6. Wenn eines Bürgers Sohn selbst Bürger geworden sei, so koste es nicht mehr als einen Stübigen Wein, jetzt aber müsse man 2 Taler geben.
7. Ist es von alters her Brauch gewesen, daß die Statuten beim Antritt eines Rates abgelesen würden. Es bittet die Bürgerschaft, daß solches künftig wieder vorgenommen werden solle.
8. Die Brautafel sei wieder in den Rathaussaal zu hängen, damit jeder die Gebräude nachlesen könne.
9. Haben durch Not und Krieg manche Bürger ihr Gut verloren und waren gezwungen, das wenige Besitztum zu verkaufen. Sie haben sich in der Vorstadt ansiedeln müssen. Es soll nun nicht allein vom Verkäufer, sondern auch vom Käufer Abzugsgeld genommen werden.

Das Ringen zwischen Rat und Landesherrn um Bestätigung der städtischen Freiheiten und Rechte war heftig und dauerte mehrere Jahre. Noch am 3. April 1658¹¹⁾ erinnerte der Rat den Landesherrn erneut an die Konfirmation der geraischen Statuten.

Endlich wurden diese am 7. April 1658¹²⁾ der Stadt Gera mit gewissen Abänderungen bestätigt. Dabei konnten im wesentlichen die althergebrachten städtischen Freiheiten und bürgerlichen Privilegien erhalten werden¹³⁾.

Während der Auseinandersetzung gelangte die Stadt sogar auf eine begrenzte Zeit in den Besitz der hohen Gerichtsbarkeit.

Große Schuldenlasten veranlaßten im Jahre 1603 den Landesherrn, die hohe Gerichtsbarkeit über das Weichbild Gera für 5000 Gulden an den Rat zu verpfänden. Erst 1647 erlangten die Reußen die Gerichtsbarkeit zurück¹⁴⁾.

¹¹⁾ Ebenda, Bl. 60.

¹²⁾ Das Original wird ohne besondere Signatur im Stadtarchiv Gera aufbewahrt.

¹³⁾ S. auch Planitz — Ekhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, 1961, S. 262 Nr. 2.

¹⁴⁾ Fischer, a.a.O., S. 91. Harnisch berichtet über diese Zeit, veröffentlicht bei E. P. Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, S. 194 f.

Die 1658 neugefaßten Statuten der Stadt Gera veröffentlichte August Friedrich Schott¹⁵⁾. Weitere Publikationen erfolgten bis heute nicht. Der Art. 51 der Statuten wurde durch eine landesherrliche Urkunde vom 6. Juli 1663 erweitert¹⁶⁾. Schließlich änderte Heinrich XXV. Art. 6 ab und faßte ihn durch Reskript vom 10. April 1738 neu¹⁷⁾.

Die Statuten haben Bürgermeister Caspar Petzold und weitere elf Ratsmitglieder unterzeichnet.

Das neu bestätigte und aufgezeichnete geraische Stadtrecht war in 73 Artikel gefaßt und bestand, wie es in der Präambel heißt, aus

„alt wohl hergebrachte Stadtgesetze, Statuten, Freyheiten und Gewohnheiten, die solche zum Theil in ihren vorigen von weylant Unsern in Gott ruhenden Vorfahren confirmierten alten Statutis schon zu befinden und begriffen gewesen“.

Das neue Stadtrecht setzte sich im wesentlichen aus den Statuten von 1487 zusammen und enthielt die gleichen Rechtsinstitute und häufig textlich die gleichen Artikel unter Fortfall des „Item“. Die bisherigen Grundsätze und der einheitliche, aber modernisierte Aufbau wurden beibehalten.

Die in den alten Statuten neu eingeführten und dadurch verstreuten Bestimmungen der einzelnen Rechtsinstitute stellte man nunmehr geschlossen dar.

Den bestätigten Statuten waren zusätzliche Rechtsnormen beigelegt, welche „theils von Newen zusammen getragen, und in Schriften verfaßt“ seien. Hierbei handelt es sich um gewohnheitsrechtlich herausgebildete Rechtssätze, die nunmehr schriftlich gefaßt und kodifiziert wurden, oder Einschränkungen des Stadtrechts durch den Landesherrn.

Die alten und neuen Statuten können zur gegenseitigen Erläuterung genutzt werden, was bereits bei der eingehenden Besprechung des kodifizierten geraischen Stadtrechts von 1487 erfolgte.

Die Statuten von 1658 sind die letzte Redaktion und Bestätigung mittelalterlichen Geraer Stadtrechts¹⁸⁾, und die städtischen Verfassungsgrundsätze galten bis 1831, soweit sie nicht teilweise durch Eingriffe der Landesherren de facto beseitigt wurden.

In den Statuten behielt sich der Landesherr vor, das Stadregiment zu bevormunden und vor allem die Ratswahlen zu beeinflussen¹⁹⁾.

August Friedrich Schott²⁰⁾ nennt 13 Punkte der neuen Statuten, die „eine Aufmerksamkeit zu verdienen scheinen“ und führt hierzu aus:

1. Die Ratsgerichtsbarkeit werde erweitert und auf die Erbgerichte und deren Exekution ohne Einschränkung auf einen bestimmten Streitwert in der Stadt wie auch in der Vorstadt ausgedehnt. Bei Klageansprüchen über 1000 fl. sollte der Kläger die Wahl haben, die Sache vor der städtischen oder landesherrlichen Gerichtsbarkeit rechtshängig zu machen.
Von Kriminalsachen sollten nur geringe Straffälle in die Zuständigkeit des Stadtgerichts gehören.

¹⁵⁾ Sammlung zu den deutschen Land- und Stadtrechten. I. T., 1772, S. 145–198. Derselbe, Von den Statuten der Stadt Gera, 1888, S. 543, gibt irrtümlich den 11. Juni 1658 an.

¹⁶⁾ Original ist im Besitz des Verfassers.

¹⁷⁾ LA. Greiz: a. Rep. Gera Bd. IV DDD II 9 Nr. 8, u. StA. Gera.

¹⁸⁾ S. oben Verzeichnis und Nachweis Geraer Verfassungsrechtsquellen S. 23 f.

¹⁹⁾ Heinrich d. Ä. zählt zu den absolutistischen Territorialherren von Reuß.

²⁰⁾ Von den Statuten der Stadt Gera. Unpartheyische Kritik über die neuesten juristischen Schriften nebst vermischten Beiträgen, 1888, S. 544 f.

2. Keine Bürger dürften im Rathaus ihre Wehr tragen.
3. Verpfändete Güter dürften nicht ohne des Rats und des Gläubigers Einwilligung veräußert werden.
4. Die Herrschaft, gemeine Stadt, Gotteshäuser und Schulen hätten vor anderen Gläubigern den Vorzug.
5. Ein Hauswirt sei Bürge und Selbstschuldner für die von seinen Hausgenossen, die nicht Bürger sind, dem Rat gegenüber gemachten Schulden.
6. Wer Erbmasse aus der Stadt an einen fremden Ort schaffen wolle, müsse zuvor Bürgerrecht erhalten und überdies Abzugsgeld bezahlen.
7. Die Taufpaten seien legitimi tutores.
8. Der gesetzliche Erbteil einer Witwe bestehe im dritten Teil, falls der Mann nicht mehr als vier Kinder hinterlasse, und sie ihr eigenes Vermögen der Erbmasse beigebe. Sind über vier Kinder vorhanden, betrage der Witwenerbteil nur den eines der Kinder.
9. Der Witwer beerbe seine verstorbene Frau, falls Kinder vorhanden sind, stets mit einem Drittel.
10. Stirbt ein Ehegatte ohne Kinder, Eltern und Großeltern, so falle alles bewegliche wie auch unbewegliche Vermögen, das er gekauft oder durch den Dritteil erhalten habe, nebst den ehelichen Errungenschaften dem überlebenden Ehegatten ganz, von dem aber, was er durch Erbschaften übernommen, nur zur Hälfte zu. Das übrige sollten desselben nächste Freunde erhalten.
11. Sind noch Eltern und Großeltern da, so sollte zwischen diesen und dem noch lebenden Ehegatten ein Halbscheid gemacht werden, ohne etwas der Erbmasse beizugeben.
12. Unter den Seitenverwandten sei die Erbfolge bestimmt:
 - a) zuerst die vollbürtigen Geschwister, dann
 - b) die Stiefgeschwister, und schließlich
 - c) die vollbürtigen Geschwisterkinder, welche alle beide der Eltern Geschwister abschließen und zugleich in capita gehen.
13. Zu verwundern sei es, daß hier gar keine Gerade berücksichtigt werde, sondern alles in das gemeine Erbe fließe.

Einige der aufgeführten Rechtsnormen der Statuten von 1658 sind nicht etwa neu, wie Schott vermutet, sondern bereits in den alten Stadtrechten von 1487 enthalten. Das betrifft teilweise Punkt 1. Die städtische Gerichtsbarkeit in Zivilsachen war vorher nicht eingeschränkt. Auch die unter Ziffer 2 und 6 genannten Rechtsnormen sind nicht etwa neu, denn das Waffentragen im Rathaus verbot bereits Art. 28, und fremde Erben hatten nach Art. 64 der Statuten Bürger zu werden und eine Abgabe zu leisten, falls sie die Erbmasse aus der Stadt Gera hinweg bringen wollten.

Sogar die in Ziff. 3 und 4 genannten zivilrechtlichen Tatbestände enthielten bisher die Art. 67 und 68 der Statuten von 1487. Selbst die Erbfolge der Witwe nach Dritteilsrecht war in Art. 38 kodifiziert.

Gegenüber den alten Statuten sind die Rechtsnormen nach Sachgebieten angeordnet, und sie beginnen folgerichtig mit der städtischen Verfassung.

So bestimmen die ersten ausführlichen fünf Artikel die Organisation der Stadtverwaltung, nämlich den Rat, dessen Wahl, Einführung, Sitzungstage, Rechnungslegung und weiter die Pflicht der Bürgerschaft, der Stadtobrigkeit gegenüber gehorsam zu sein.

Dem Art. 1 liegt wiederum die Ratsverfassung mit drei Ratsmitteln zugrunde, während ja einige Jahrzehnte lang der Rat auf zwei Ratsmittel vermindert war²¹⁾). Die statuten-gemäße Ratsverfassung bestand noch Ende des 17. Jahrhunderts²²⁾). Jedoch wurde das Ratskollegium bereits im ersten Drittel des folgenden Jahrhunderts auf zwei Bürgermeister²³⁾, einen Stadtschreiber, zwei Kämmerer, zwei Ober- und Unterbaumeister und zwei Weinmeister beschränkt. Planstellen für den Kammereieinnehmer führte man 1726 und für den Ratsaktuaris 1749 ein²⁴⁾

In Art. 2 behielt sich der Stadtherr, wie schon in Art. 79 der Statuten von 1487 ausdrücklich das Recht vor, gewählte Ratsmitglieder zu bestätigen. So konnte er in die Gemeindeangelegenheiten in seinem Sinne eingreifen.

Die städtische Gerichtsverfassung regelten zusammenhängend die Art. 6 – 9 der Statuten.

Aus Gründen der Rechtssicherheit und der Wahrung althergebrachter Rechte und vor allem zur Vermeidung wahrscheinlich bisheriger Kompetenzstreitigkeiten schien der Rat vor Bestätigung der neugefaßten Statuten den Landesherren um eine genaue Abgrenzung der Erb- von der Landgerichtsbarkeit ersucht zu haben²⁵⁾). Das erfolgte schließlich durch Art. 6, in dem die örtliche Zuständigkeit des Erbgerichts auf die Vorstädte erweitert wurde.

Dem Rat der Stadt gelang es auch, seine Gerichtshoheit grundsätzlich zu wahren und den bisherigen Zuständigkeitsbereich zu erhalten. Dennoch konnte der Landesherr durch Gerichtsordnungen und durch die Appellgerichte Einfluß auf die Rechtsprechung nehmen²⁶⁾).

Die sachliche Zuständigkeit grenzte man in der genannten Norm genau ab und unterteilte sie nach Straf- und Zivilsachen.

So gehörte zur städtischen Strafrechtspflege die Entscheidung über

„Haar-Rauffen, Maulschellen, Nägel-Kratzen, Maul-, Nasen- oder Zähne-Bluten, Schläge so Braun und Blau, aber nicht Blutrünstig sind, schlechte Lügen, schlechte Schelt-Wortte die außerhalb hohen befreiden Personen und Oerthern geschehen, und da nur Bürger oder Bürgerin, einer geringen Tat beschuldigt werden, schänden und schmähen, so es bürgerlich geklagt wird, unzüchtig muthwillig geschrey, Nachtgepflocke, Pflasterstürmen, Messer Züge, wann niemand damit beschädiget wird, verbotens Wehr und Spiel feil haben, tragen und spielen, schlechte Deuben die unter drey Schilling (daß ist, weniger denn 4 gute Groschen) werth sind“.

Danach zählten zur Strafrechtspflege des städtischen Schöffengerichts Übertretungen und Vergehen, nämlich Beleidigung, tätliche Beleidigung, leichte Körperverletzung, grober Unfug sowie in bestimmten leichten Fällen Betrug und Diebstahl.

²¹⁾ Derartige Verminderung des Rates erfolgte auch in anderen Städten, wie z. B. in Zeulenroda, F. L. Schmidt, a.a.O., Bd. II, T. I, S. 67.

²²⁾ In einer im Privatbesitz des Verfassers befindlichen Urkunde über die Befreiung von Personen von der Abgabepflicht der Nach- und Abzugssteuer vom 6. 7. 1663 sind drei Ratskollegien erwähnt. Zopf, Reußische Gerauische Stadt- und Landchronika, 1692, Einleitung, berichtet auch noch von drei Bürgermeistern.

²³⁾ Fischer a.a.O., S. 98. In dem Vermerk des Stadtschreibers Wolff vom 4. 6. 1738 über die Bekanntmachung der Statutenänderung ist nur von zwei Ratskollegien die Rede, StA. Gera.

²⁴⁾ Kretschmer, Geschichte der Stadt Gera, S. 209.

²⁵⁾ In der Präambel heißt es: „Undt sintemahl hiebervorn in Vielen derselben zwischen unsern Stadt- und Land-Gerichten, dann Ihnen, Burger Meister und Rath sich competentien er-eignet“. Der Stadtherr war auch an eine endgültige Zuständigkeitsregelung der Rechtspflege interessiert.

²⁶⁾ S. hierzu Zycha, a.a.O., S. 130 f.

Auch in Zivilsachen erfolgte eine sachliche Zuständigkeitsbegrenzung, die im Verhältnis zu Strafsachen bedeutender war. Das städtische Erbgericht war zuständig für Forderungsklagen bis zu einem Streitwert von 1000fl. sowie für Konkursachen, soweit sie dort und nicht bei dem Obergericht anhängig gemacht wurden. In Art. 6 heißt es wörtlich:

„Nemlichen, es soll der Rath, wann wieder die Bürger dingliche Persönliche Klagen, in Sachen, so Schuld und Gülde, oder Dero Güthere beweglich, unbeweglich, und alle davon herrührende Contracte betreffen, anpracht worden, darüber (zu) erkennen und (zu) verabschieden haben“.

Das Erbgericht entschied danach auch über Klagen, deren Streitgegenstand sich auf bewegliche oder unbewegliche Sachen bezog, in eigener Zuständigkeit und befaßte sich mit Vertragsstreitigkeiten. Auch Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wie Nachlaß-, Testaments- und Vormundschaftssachen zählten zum Tätigkeitsbereich des Erbgerichts. In Art. 6 heißt es hierzu:

„Ingleichen können von Ihnen Testamenta, geschäffte und Todes-Fölle, und andere Letzte-Willens Verordnung auffgerichtet, eröffnet, Inventuren vorgenommen, Erbtheilungen verrichtet, Vormünder und Curatores bestetiget, und in Summa alles und jedes, so in Bürgerlichen Sachen und Sprüchen sich ereignen, und zu den Erbgerichten gehörig, verrichtet werden, jedoch mit der ausdrücklichen maaß, daferne eine Schuld, Erbschaft oder andere Sache über 1000 fl. austrüge, und durch gütliche Vergleiche oder entscheidung nicht bald anfangs vor dem Rathe beygelegt werden möchte, sondern die Güte entstünde, und es also derenthalben zum Contradictorio Judicio gelanget, oder über eines Bürgers gantzes Vermögen ein Concurs sich ereignete, soll dem Kläger, Erben und Creditoribus frey stehen, ob er solche vorm Rathe, oder alßbald bey der Cantzeley anhängig machen wollte.“

1738 wurde der Art. 6 neu gefaßt. Konnten Streitigkeiten über „Schuld, Erbschaft und andere Sache“ mit einem Streitwert über 1000 Gulden vor dem Ratsgericht nicht gütlich beigelegt werden, oder handelte es sich um einen Konkurs über das gesamte Vermögen eines Bürgers, so konnten Kläger, Erben oder Gläubiger das Verfahren bei der Kanzlei des Landesherrn anhängig machen. Die absolute Zuständigkeit der städtischen Gerichtsbarkeit wurde in eine wahlweise abgeändert.

Innungssachen entschied das Erbgericht nur, falls im Innungsbrief dessen Zuständigkeit begründet war.

Der Art. 7 enthielt für bestimmte im Stadtgebiet liegende Gebäude, deren Besitzer und Bewohner und für einen begrenzten Personenkreis einen ausschließlichen Gerichtsstand vor dem herrschaftlichen Landgericht. An Gebäuden fielen darunter das alte Stadtschloß, die acht Kanzlei- oder Freihäuser (Burggüter), deren Lehnsaufsicht der Kanzlei oblag. Ferner gehörten dazu Schulgebäude, Kirchen, Pfarr- und Schulhäuser, das alte und neue Collegium, die drei Amtsmühlen, beide Vorstadtgasthöfe, die Meisterei sowie die vom Stadtherrn oder der Kanzlei beliehenen unbebauten Grundstücke, die im Weichbild der Stadt lagen.

Der privilegierte Personenkreis bestand aus den geistlichen und weltlichen Räten der Herrschaft, die der Landesherr anstellte, und deren Beamten und Lehrern nebst ihren Witwen. Dabei war es unmaßgeblich, ob sie in städtischen Häusern wohnten. Nur dingliche, ihre Häuser betreffende Angelegenheiten gehörten zum Zuständigkeitsbereich des städtischen Erbgerichtes.

Diesem war weiter untersagt, über strafbare Handlungen und andere als dingliche Streitigkeiten von Bürgermeistern, Ratsmitgliedern, Kämmerern und Bauherren zu verhandeln und zu urteilen²⁷⁾. Hiervon waren Wein- oder Gemeinmeister ausgenommen.

Diese Regelung war neu. Die Statuten von 1487 ließen die städtische Gerichtsbarkeit zu, falls sich Ratsmitglieder eines Vergehens gegen das Stadtrecht schuldig gemacht hatten. Auch hier lag ein Eingriff des Stadtherrn in die städtische Gerichtsverfassung vor.

Die übrigen Abschnitte des Art. 7 enthielten prozessuale Grundsätze, die auf ein weitgehend schriftliches Verfahren in Zivilsachen deuten. Auch sollten die Parteien vor Eintritt in die streitige Verhandlung auf eine gütliche Einigung hingewiesen werden.

In Art. 8 sicherte sich der Rat vor der Möglichkeit, daß Bürger und auch Fremde das städtische Gericht durch Anrufen des Obergerichtes umgehen könnten.

Die Rechtspflege zu Pöppeln und Vollersdorf übte der Rat durch die Patrimonialgerichtsbarkeit aus.

Während die besprochenen Art. 1 — 3 über den Rat und Art. 6 — 9 über die städtische Gerichtsbarkeit im allgemeinen neues, jedenfalls aber neu abgefaßtes und in die Statuten aufgenommenes Stadtrecht enthielten, wurden die folgenden Artikel bis auf wenige Ausnahmen im wesentlichen und auch teilweise textlich unverändert aus den alten Statuten übernommen:

Artikel der Statuten von

1658	und	1487	1658	und	1487
10		21	40		88
11		22	41		86
12		23	42		42, 43, 80
13		1	43		51
14		3	45		88
15		28	46		93
16		61	47		51
17		60	49		69
18		29	50		77
19		30	51		64, 65
20		30	52		39, 40
21		31	53		41
22		24	54		14
23		25	55		49, 52, 53, 54
24		26	56		71, 72
25		83	57		58
26		82	58		12, 13
27		78	59		15
28		84	60		16
30		32 — 35	61		17
31		4	62		19
32		67, 76	63		2
33		68	64		27, 87
34		6, 7	65		63
35		11	66		90, 91
36		8	67		92
37		9	68		73, 74
38		10	69		56, 57
39		55	71		38, 64
			73		95

²⁷⁾ Eine Ausnahme enthält Art. 25 für Amtspflichtverletzungen.

Es werden nur solche Rechtsnormen besprochen, die inhaltlich erheblich von den alten abweichen, die neues Stadtrecht enthalten oder die bisher in den alten Statuten nicht aufgezeichnet waren.

Nach Art. 13, in dem sich der alte Art. 1 beinahe wörtlich findet, konnte der Rat die Dauer der vierteljährlichen Stadtverweisung auf vier Wochen herabsetzen, falls mildernde Umstände vorlagen. Weiter wurde das städtische Erbgericht berechtigt, diejenigen Bürger und Bürgerinnen zu strafen, die „an der Stadt gemeinen Guth schaden thun, oder sich deßen etwas ohne des Raths Erlaubnis unterwinden“, soweit nicht nach der Schwere und der Art der strafbaren Handlung die Zuständigkeit des Landgerichts begründet war.

Den nach Art. 28 der Statuten von 1487 im Rathaus angeordneten Burgfrieden, der auch für Fleischbänke, Marstall und andere Räume des Rathauses galt, dehnte Art. 15 auf alle anderen zum „Rath-Haus gehörigen Eingebäude und orthe“ aus. Das für diese Räumlichkeiten ausgesprochene Verbot des Waffentragens wurde für Personen eingeschränkt, die durch Amt oder dienstliche Funktion zum Waffenführen verpflichtet waren.

Art. 22, der Rat und dessen Beamte gegen Beleidigungen schützte, ist gegenüber dem bisherigen Art. 24 textlich erweitert worden. In längeren Ausführungen beklagte die Stadtobrigkeit, daß wider „Gottes-Ordnung und den heilsamen beschriebenen Rechten“ das „abscheuliche Laster“ der Rats- und Beamtenbeleidigung sehr überhand nehme und Verhöhnung. „Durchziehung“ und Beleidigung mit recht ehrenrührigen Worten hauptsächlich in Bier-Häusern, Versammlungen und Gesellschaften erfolgten. Die Täter sollten u. a. eine „ernste würckliche Straffe Leibes und Gutes“ erleiden.

Art. 27, der den Rat verpflichtete, vor größeren Käufen oder Eingehen von Schuldverhältnissen sich der Einwilligung der Gemeinde zu versichern, erwähnt die „Zwölf von der Gemeinde“ nicht mehr²⁸⁾. Sie werden auch in den übrigen Bestimmungen nicht mehr genannt. Damit war dieses Gemeindeorgan endgültig abgeschafft.

Die bisherigen Straftatbestände der Art. 6 und 7, die Beleidigungen vor dem Rat und von Bürgern untereinander verbieten, enthält Art. 34 unter dem Begriff „Von Schmah-Sachen“. Den Täterkreis dehnte man auf Dienstpersonal, Hausgenossen und Lehrlinge aus. Personen, die besonders liederlich waren oder ihre Geldstrafen nicht bezahlten, sollten den über dem Weinkeller aufbewahrten Stein, anderen zur Abscheu, an den Hals gehängt bekommen und von dem Stadtknecht ein-, zwei- oder dreimal um den Markt herum geführt werden. Lästerte oder fluchte der Verurteilte dabei erneut, war er nach der Landespolizeiverordnung zu bestrafen.

Art. 34 verweist als erste Rechtsnorm der Statuten auf die Landesordnungen des Territorialherrn. Dadurch wurden sie für das Weichbild Geras rechtsgültig anerkannt und in die Geraer Statuten aufgenommen.

Den Tatbestand für Feld-, Gartendiebstahl und für Sachbeschädigung, der bisher in dem Art. 55 enthalten war, nahm fast wörtlich der Art. 39 auf. Es wurde dort über viel „müßige Leuthe, und dero muthwillige Kinder und Gesinde“ geklagt, die in Gärten, Wiesen, Feldern und Gehölzen ohne jegliche Scheu und Furcht soviel Schaden anrichten würden, als sie nur könnten. Das städtische Gericht konnte hierbei auf Gefängnis und

²⁸⁾ Wie oben S. 119 ff. mitgeteilt, versuchte der Rat, diese Gemeindevertretung als lästiges Kontrollorgan zu beseitigen. Das schien ihm gelungen zu sein.

das des Landesherrn entweder auf „Durchfallen des Korbes“²⁹⁾ oder auf Stadtverweisung erkennen.

Art. 88 des alten Stadtrechts gestattete den Vollbürgern, Wein zu schenken. Das untersagte nunmehr bis auf einige Sorten Art. 40, und nur die Ratsgasthöfe schenkten noch Wein und fremdes Bier. Das Verbot betraf auch alle übrigen Gaststätten und sogar die beiden Vorstadtgasthöfe. Es bezweckte, die Ratseinnahmen zu erhöhen. Handelte im Weichbild jemand dagegen, so pflegte der Rat die Getränke zu beschlagnahmen und in Hospitäler für die Armen auszugeben. Das Holzfaß ließ er zerschlagen.

Die in Art. 42, fast wörtlich enthaltenen Rechtsnormen über das Bürgerrecht der alten Art. 42, 43 und 80 wurden erweitert. Außer der Leistung des Bürgereides³⁰⁾ hatten an Bürgergeld³¹⁾ Wohlhabende 25 bis 30 fl. und Arme 4 bis 5 fl. zu zahlen. Die Söhne Geraer Bürger, die sich in der Stadt niederließen und dort ihren Wohnsitz begründeten, entrichteten nicht mehr ein Gefäß voller Wein, sondern zahlten je 1 Rthl. „pro receptione et inscriptione“ zur Erhaltung der Stadtmauer. Weiter waren sie verpflichtet, einen ledernen Wassereimer³²⁾ zum städtischen Feuerlöschgerät zu liefern. Auch die nach Gera ziehenden Fremden hatten diese Abgabe zu leisten.

Die Art. 43 und 44 bestimmten die direkten Gemeindeabgaben, die jährlich zu Walpurgis fällig waren. Während Art. 43 die Besteuerung der Stadtgüter, das sind die städtischen, an die Bürger geliehenen Grundstücke im Weichbild, enthält, regelte die folgende Norm die steuerliche Veranlagung der Vorstadtgrundstücke.

In Art. 43 ist der alte Art. 51 über die Bede (Geschoß) fast unverändert enthalten. Jährliche Fälligkeitstermine waren wiederum Walpurgis und Michaelis. Der bisherige Art. 62, der die Steuergrundlage für die Häuser und Scheunen vor dem Mühlgraben darstellte, wurde nicht mit übernommen. Während es nämlich im 15. Jahrhundert außer Zschochern noch keine Vorstädte gab, entstand etwa ein- bis zweihundert Jahre später durch die Anlage der drei nördlichen Vorstädte eine neue Rechtslage. Die neuen Ansiedlungen waren zum erheblichen Teil auf landesherrlichem Grund und Boden angelegt. Geschoß- und Zinsberechtigter war der Landesherr, der auch noch im städtischen Weichbild Grundbesitz hatte, von dem er Steuern einnahm. Die Stadt wiederum besaß Grundstücke auf landesherrlichem Territorium und war dort zu Zinseinnahmen berechtigt. Wie aus Art. 44 hervorgeht, wurde deshalb 1608 folgendes vereinbart: Der Rat ist berechtigt, im Stadtgebiet die gesamten Steuern zu erheben. Das gleiche Recht erhielt der Landesherr für sämtliche Grundstücke außerhalb des städtischen Weichbildes. Bei der gegenseitigen Aufrechnung zahlte die Stadt einen jährlichen Ausgleich von 6 fl. 19 Gr. 7 Pf. Nunmehr sollte der Rat nach Art. 44 gegen die Pauschalsumme von 30 fl. befugt sein, auch die Vorstadtgrundstücke zu versteuern und das Schutzgeld der darin wohnenden Hausgenossen zu vereinnahmen, das dem Landesherrn als Grundherrn zustand. Ausgenommen waren zwei Häuser, die in dem sich jenseits des Mühlgrabens erstreckenden herrschaftlichen Garten lagen. Der Ablösungsbetrag war jährlich in zwei Raten zu Walpurgis und Michaelis fällig.

²⁹⁾ Die Vollstreckung der Strafe erfolgte in der Färbegasse am Mühlgraben. Der Delinquent hatte in einen Korb zu steigen, der über den Mühlgraben geschwenkt wurde. Den Boden zog man weg, und der Verurteilte fiel ins Wasser. Die Prozedur wiederholte man so oft, als für den Strafzweck notwendig erschien. Noch 1786 erneuerte man den Korb. Die Färbegasse hieß nach einem Stadtplan von 1820 „Hinter dem Korb“.

³⁰⁾ StA. Gera: Sammlung Reußischer Gesetze II. Bd., Nr. 103, S. 101: Eid eines neuen Bürgers.

³¹⁾ Über die Höhe des Bürgergeldes im Jahre 1844 s. Fischer, a.a.O., S. 126 ff.

³²⁾ Auch in Zeulenroda, F. L. Schmidt, a.a.O., Bd. II, T. I, S. 90.

Auch die künftig in den Vorstädten erbauten Häuser sollten unter die Schoßpflicht und Gerichtsbarkeit des Rates fallen.

Wohl aber behielt sich der Landesherr vor, die Besitzer von Häusern auf seinem Grund und Boden weiterhin zu Fronleistungen heranzuziehen.

Direkte Gemeindesteuern der Bürger waren das Schoß- und Bedgeld³³⁾. Weitere Abgaben gleichen Charakters waren Schutz- und Wachtgelder³⁴⁾.

Art. 47 regelte die Besteuerung unbehauster Bürger und der Hausgenossen, die der Rat bisher auf Grund von Art. 51 nach eigener Erkenntnis vornahm. An Steuersätzen waren für ein Ehepaar 1 fl., einen Mann 12 Gr. und eine Frau 9 Gr. zu zahlen.

Art. 47 enthielt auch den Grundsatz, kein Bürger dürfe einen Hausgenossen ohne Zustimmung des Rates aufnehmen³⁵⁾, denn die Stadtobrigkeit unterrichtete sich vorher über das bisherige Leben und Treiben der künftigen Stadtbewohner und nahm nur diejenigen auf, die von vornherein eine Achtung des Stadtrechts und vor allem der Bürgerpflichten gewährleisteten. Trotzdem war der Hauswirt verpflichtet, als Bürge für alle Schulden seines Hausgenossen zu haften.

Aber selbst der zuverlässige und unbescholtene Hausgenosse erhielt nicht sofort Bürgerrecht, sondern war nur berechtigt, in der Stadt zu wohnen und den Markt frei zu benutzen. Wurde nach einem vollen Jahr nichts Nachteiliges über ihn bekannt, verließ man ihm das Bürgerrecht.

Hausgenossen, auch „gemeine Einwohner“ genannt, war untersagt, Gera zur Erntezeit zu verlassen und an einen anderen Ort überzusiedeln.

Art. 51 befaßte sich mit den Grundsätzen über das Nachsteuer- und Abzugsgeld. Er stellte fest, daß nach den alten Statuten ein Bürger, der sich von Gera nach einem anderen Ort wandte, eine Nachsteuer oder Abfahrtsgeld zu zahlen hatte und Fremde, die als Erben einen im Stadtgebiet Gera befindlichen Nachlaß an sich nahmen, Abzugsgeld zu entrichten hatten. In diesen Fällen waren 1 fl. von je 15 fl. Vermögenswert zu leisten. Das Gebot hatte bisher in recht knapper Weise Art. 64 der Statuten von 1487 geregelt, während es Art. 51 nunmehr ausführlicher darstellte.

Nach Art. 51 ist die Zuständigkeit des Geraer Stadtgerichts für wegziehende Bürger noch auf Jahr und Tag begründet³⁶⁾, eine Regel, die bisher Art. 65 enthielt. Art. 51 sah für Bürger, die aus des Rates Weichbild fortzogen und ihren im Stadtgebiet befindlichen Grundbesitz, Haus und Hof mit Gärten und Feldern, verkauften, eine Nachsteuer, einen Nachschuß oder Abschied an den Rat vor, weil sie „das Kauff-Geld anders wohin wenden wolten“. Erst nach Zahlung der obengenannten Gebühr war der Wegzug aus dem Stadtgebiet erlaubt.

Ein weiterer Nachteil des Auswanderns aus Stadt und Land Gera bestand in einer vorläufig bleibenden Abhängigkeit zur Stadt. Wegziehende Bürger und Bürgerinnen hatten sich bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen noch des städtischen Gerichts zu bedienen, das auch für Verfahren gegen sie zuständig war, bis sie ihre Befreiung

³³⁾ Nach Fischer, a.a.O., S. 211, erfolgte ihre Aufhebung bzw. Änderung 1833.

³⁴⁾ Ebenda. Diese Abgabe schaffte man 1854 ab.

³⁵⁾ So auch in Greiz, Thoß, a.a.O., S. 47.

³⁶⁾ Die Bezeichnung „Jahr und Tag“ in der deutschen Rechtssprache bedeutet wohl ein Jahr, sechs Wochen und drei Tage. Der Zusatz von sechs Wochen bedeutet die echte Dingfrist, und die drei Tage kennzeichnen die Dingdauer. S. hierzu Franz Klein — Bruckschwaiger, Jahr und Tag, S. 441 ff.

durch eine Gerichtsentscheidung erlangten. Das war nicht vor Jahr und Tag möglich. Sie behielten auch weiterhin die Bürgerrechte Geras auf Jahr und Tag, falls sie jährlich 12 Gr. schößten, ohne ein einziges Mal mit der Zahlung in Verzug zu geraten.

Das Abzugsgeld oder die Nachlaßsteuer oder das Nachlaßgeschloß – *Jus detractio* – hatten diejenigen zu zahlen, die als Erben städtischen Grundbesitz erlangten und diesen verkauften, oder fremde Personen, die Stadtgut erwerben wollten. Sie hatten das Bürgerrecht zu erwerben, 30 Gr. Aufnahmegebühr und 1 Gr. zur Stadtmauer sowie „Abschied von Gut oder Erbe, als je . . . von 15 fl. einen“ zu zahlen. Erst nach Leistung der Abgabe durften auswärtige Erben oder fremde Personen das Stadtgut an sich bringen und mit sich nehmen. Von diesen Abgaben waren Bürger und Bürgerinnen befreit, die ihren Grundbesitz verkauften oder vertauschten und aus der Stadt in die Vorstadt oder in ein dem Geraer Landgericht unterliegendes Amtsdorf des Landesherrn zogen³⁷⁾.

Ergänzend zu diesen Grundsätzen enthielt Art. 51 folgende Regelung. Erbte ein Bürger aus der Vorstadt oder verkaufte er „1 Stück-Guth“, welches einem innerhalb der Ringmauer Wohnenden gehörte oder erbten Bewohner von Amtsdörfern Stadtgut, verkauften oder tauschten sie es, so hatten sie der Stadt Gera von je 15 fl. Vermögenswert einen halben Gulden Abzugsgeld zu zahlen.

Zog jemand aus einem Dorf des Geraer Territoriums in die Stadt oder erbte ein Bürger auf dem Land befindliches Vermögen, verzichtete der Landesherr auf Abgaben.

Befreit von den Abgaben waren bestimmte Kanzlei-, Kirchen-, Schulbedienstete wie auch Bürgermeister, Ratsmitglieder und nach deren Tod ihre Witwen und Kinder. Der Landesherr versprach in Art. 51, den privilegierten Personenkreis näher zu bestimmen³⁸⁾. Nach Gera einheiratende und aus fremden Orten kommende Witwen und Witwer, die ihr Ehe- oder Erbgehalt mitbrachten, und schließlich von Gera wieder fortzogen, brauchten keine Abgaben zu leisten. Sie durften aber nicht mehr aus der Stadt herausschaffen, als sie eingebracht hatten. Der zusätzliche Wert war zu versteuern.

Schließlich war der Rat berechtigt, bei aus oder nach solchen Orten ziehenden Personen, in denen die Abgaben höher waren, die dortigen Steuersätze anzuwenden, also eine Art Vergeltung zu üben.

Nach Art. 52 kamen neben der Familie des Landesherrn auch dessen Räte, Beamte, Kirchen- und Schuldiener, soweit sie Geraer Bürger waren, in den Genuß des ersten Marktbesuches. In Art. 53 behielt sich der Landesherr vor, eine Verordnung über die Höhe der Markt- und Standgelder zu erlassen. Auch das ist ein Eingriff in die städtische Autonomie, denn dem Rat allein stand bisher diese Befugnis zu.

³⁷⁾ Vier nacheinander folgende Reskripte des Stadtherrn bestimmten ergänzend, daß die Bürger, welche sich aus der Vorstadt in die Stadt oder umgekehrt mit ihrem Vermögen wendeten und unter einheitlicher Jurisdiktion, unter Stadtrecht wohnhaft blieben, vom Abzugsgeld befreit waren. Diejenigen, die unter eine andere Amts- oder Jurisdiktion kamen, wurden nicht von der Zahlung befreit. Diejenigen, die aus des Rats Jurisdiktion unter die der Regierung Nachlaß oder sonstiges Vermögen brachten, hatten Abzugsgeld zu zahlen. Reskripte vom 8. September 1794, 16. Dezember 1796, 22. und 29. Dezember 1796.

³⁸⁾ Das erfolgte in der Urkunde des Stadtherrn Heinrich vom 6. Juli 1663, s. oben S. 127, Anm. 16. Danach sind vom Abzugsgeld und von der Nachsteuer für sich und seine Kinder befreit:

1. Kanzler, Hof-, Justitien- und Konsistorialräte, Medicus, der Amtmann und alle Kanzlei- und Konsistorial-Sekretäre sowie Schösser, Stadt- und Landrichter.
2. Das Ministerium und zwar der Superintendent, Archidiakon, Hofprediger sowie der Subdiakonen. Ferner der Rektor, Conrektor und Tertius der Landschule.
3. Alle Bürgermeister, Kämmerer, der Stadtschreiber und Baumeister.

Selbst in das vom Rat nach Art. 52 – 54 der Statuten von 1487 selbständig zu leitende bürgerliche Brauwesen schaltete sich der Stadtherr ein. Er gebot, daß die vom Rat herauszugebenden Brautafeln ihm vorher vorzulegen und von ihm zu genehmigen seien. Ende des 18. Jahrhunderts – Stadtrechnung von Lichtmeß 1779 bis 1780 – waren erstmalig von jedem Gebräu 7 Gr. Braupfannenzins und 4 Gr. Konv.-Geld zur Erhaltung der Geraer „Wasserkunst“ (Pumpenwerk) zu zahlen³⁹⁾. Eine weitere Abgabe, ein sog. Bierimpost, von 18 Gr. erhob man ab 1781 von jedem verbrauchten Scheffel Gerste⁴⁰⁾. Feuerschutzmaßnahmen wurden nicht mehr durch die Statuten, sondern durch die landesherrliche Feuerordnung geregelt.

Art. 56 verbot das übermäßige Essen und Trinken bei Hochzeiten und Kindtaufen und verwies hierzu auf die landesherrliche Polizeiverordnung von 1643. Die Bürger sollten nach dieser getreulich leben; das Stadtrecht wich dem Landesrecht.

Der Rat hatte nach Art. 57 vor der Einleitung von Vormundschaften die „Mobilia und fahrnus Verloßener Erbschafft“ zu sichern und zu verwahren, um sie dann dem bestellten Vormund zur Verwaltung auszuhändigen. Jedes Jahr war dem Rat gegenüber Rechnung zu erteilen. Einnahmen und Ausgaben mußten in das „Kinderbuch“ eingetragen werden.

Der von der Lebensmittel- und Marktpolizei handelnde Art. 59, der inhaltlich dem früheren Art. 15 gleicht, bestimmte näher, wer von den Ratskumpanen die Güte- und Gewichtsprüfungen durchführen sollte. Es wurden die zwei Bauherren des regierenden Rats genannt, die dieser zu „Brottschauern“ bestellte. Die Bäckerinnungsartikel von 1608 enthielten Geldstrafen für falsches Gewicht⁴¹⁾. Im übrigen hatte der Rat die Brottaxen unter Berücksichtigung der Getreidepreise alle 14 Tage zu überprüfen, ob die Brotpreise noch angemessen waren. Die Preise hatten an den Verkaufsständen auszuhängen, um jeden Käufer über Gewicht und Preis des Brotes zu unterrichten.

Art. 60 befaßte sich mit den gleichen lebensmittel- und marktpolizeilichen Vorschriften im Fleischerhandwerk wie bisher Art. 16. Neu aufgenommen waren Regeln über das Halten von Fleischerhunden. Diese sollten zu Hause bleiben, weder tags noch nachts frei herumlaufen, damit niemand gebissen und geschädigt würde, und sie nachts nicht alte und kranke Leute durch ihr Heulen und Bellen beunruhigten. Die das Verbot übertretenden Fleischer hatten 10 Gr. Strafe halb der Stadt und halb dem Handwerk zu zahlen. Des Scharfrichters Gesinde sollte frei herumlaufende Hunde fangen.

Weiter enthielt Art. 60 den Anstaltsbenutzungszwang des Schlachthofes. Alle Tiere waren auf dem städtischen Kuttelhof zu schlachten⁴²⁾. Der Rat habe mit erheblichen Mühen und Unkosten ein eigenes Schlachthaus (Kuttelhof) erbaut, heißt es in den Statuten. Es „soll ein jeder Meister des Fleisch-Hauer-Handwercks solches in baulichen Wesen zu halten“ verpflichtet sein. Dazu zahlte er folgende Schlachtgebühren an den Rat: Von jedem Ungarischen oder Polnischen 6 Gr., von einem Landstier 4 Gr., von

³⁹⁾ Fischer, a.a.O., S. 207. Die Abgaben änderten sich laufend.

⁴⁰⁾ Ebenda. Diese Abgabe wurde zum Wiederaufbau der durch den Stadtbrand vernichteten öffentlichen Gebäude verwandt. Sie kam durch das Braumalzgesetz von 1839 in Wegfall.

⁴¹⁾ Rep. Fuchs, S. 13 f.

⁴²⁾ Der Rat erlies am 5. September 1612 eine die Benützung des Schlachthofes regelnde „Kuttelhoffs-Ordnung“, LA. Greiz: Rep. Gera Kap. XXVIII Nr. 38, da „alles zu Specificiren, wie sich das Handwerk in einem und den anderen zu verhalten, dieß Orths die Gelegenheit nicht giebt“. Es war technisch unzweckmäßig, Anstalts- und Benutzungsregeln in die Statuten aufzunehmen. An die Fleischer und deren Frauen sowie Gehilfen richtete man die Mahnung, die Innungsregeln einzuhalten und sich danach zu richten. In der Kuttelhofordnung war das Verbot des Wiederverkaufs enthalten.

einer Kuh oder jährigen Kalbe 2 Gr., von einem „Speck Schweine“ 3 Gr., von einem „gemeinen Schweine“ 1 Gr. 6 Pf. und von einem Schöps, Lamm, Bock oder einer Ziege 1 Gr.

Art. 61 gebot den Fischschauern, den Preis der zu verkaufenden Fische erst nach Besichtigung und Begutachtung der Ware auf dem Markt festzusetzen. Im übrigen wurde der alte Art. 17 aufgenommen. Die Schaugebühr, die in Naturalien (Fischen) zu leisten war, erhöhte man. Art. 62 bestimmte, jeder, der auf dem Markt Fische zum Kauf anbot, hatte dem Rat eine Kanne Fische zu spenden.

Gemeinsame Rechtsnormen über Handwerk und Bannmeile befinden sich in Art. 64. Die bisherigen, die gleiche Materie regelnden Art. 27 und 87 wurden übernommen. Das gesamte Handwerk verpflichtete man, die Gebote der Zunftbriefe einzuhalten. Die Obermeister hatten ihre Jahresabrechnung dem Rat zur „Examination und Instification“ vorzutragen, „denn (es hatte) bißhero die erfahrung (er-) geben, daß die Meister damit zurück geblieben, und also dadurch Gnädiger Herrschaft und den Rath viel unterschlagen wurden“. Weiter warnte die Stadtoberkeit das Handwerk, keine Aufwiegelung in der Stadt zu verursachen und sich nicht ohne Genehmigung des Stadtherrn und des Rats zu organisieren oder zusammenzuschließen.

Das Geraer Erbrecht war in dem Art. 71 kodifiziert, der in fünfzehn Abschnitte untergliedert war. Die gesetzliche Erbfolge⁴³⁾ war folgende:

Abs. 1 enthielt die Erbregelung des früheren Art. 38. Starb der Mann und hinterließ Witwe und bis zu vier eheliche Kinder, so sollten die Frau den dritten Teil und die Abkömmlinge aus dieser oder einer vorhergehenden Ehe die übrigen beiden Teile erhalten. Lebten zur Zeit des Erbfalls mehr als vier Kinder, so erbte die Frau nur einen Kindesteil. Zur Erbmasse gehörten Mobilien und Immobilien, Fahrnis und Liegenschaften. Ihr eingebrachtes Gut hatte die Frau der Erbmasse beizugeben, falls sie es nicht vorzog, statt ihres Erbteils das eingebrachte Gut zu fordern. Die Witwe konnte diejenige Erbfolge wählen, die sie vermögensrechtlich besser stellte. Starb die Frau, so erbte der Mann den dritten Teil der Erbmasse und seine Kinder aus dieser oder einer anderen Ehe erbten die übrigen beiden Teile. Der Vater hatte nach Erbfall die Kindesteile am Nachlaß in Besitz zu nehmen und zu verwalten. Er war befugt, „damit seines Gefallens zu thun und zu lassen“. Er war nicht verpflichtet, sich mit den ehelichen Kindern auseinanderzusetzen und die Erbteilung durchzuführen. Das hatte aber vor seiner Wiederverheiratung oder Verehelichung seiner Kinder zu erfolgen. Das gleiche galt, falls die Kinder einen eigenen Hausstand gründeten. Im letzteren Falle hatte er auch den „usus fructus“ herauszugeben, was bei einer Verehelichung der Kinder oder seiner eigenen Verheiratung bei weiterer Unterhaltsgewährung unterbleiben konnte.

Starb der Mann kinderlos und hinterließ er die Frau, aber keine Verwandten aufsteigender Linie, so erbte die Frau diejenigen beweglichen Güter und Grundstücke, die der Mann gekauft oder die in der Ehe erwirtschaftet wurden. Von demjenigen hinterlassenen Grundbesitz, den der Erblasser durch Verwandtenerbfolge erlangt hatte, erbte die Witwe die Hälfte und der andere Teil fiel an des „Mannes nächsten Freunde oder Erbnehmen“. Das in die Ehe eingebrachte Gut brauchte die Frau nicht der Erbmasse beizugeben.

Lebten zum Erbfall außer der Witwe nur Eltern oder Großeltern des Erblassers, so erbten diese ungeachtet ihrer Zahl die eine und die Frau die andere Hälfte, ohne daß letztere der Erbmasse etwas beizugeben hatte (S. oben S. 128 Ziff. 11).

⁴³⁾ Gleiches Erbrecht galt nach Art. 21 der Statuten vom 9. Januar 1671 in Schleiz.

Erfolgte der Erbfall umgekehrt, so verhielt sich die Erbfolge gleichermaßen (S. oben S. 128 Ziff. 10).

Starb der Mann und hinterließ nur Kinder, so erbten diese zu gleichen Teilen nach Köpfen. Bei der Erbauseinandersetzung über den Nachlaß standen den Söhnen keine besonderen Rechte zu.

Veräußerte ein Erbe seinen Erbteil am väterlichen Grundbesitz, so war dieser zuerst den Miterben zu den gleichen Bedingungen wie einem Fremden gegenüber zum Kauf anzubieten.

Starb, ohne Eltern oder Großeltern zu hinterlassen, eines der Kinder, so fiel dessen Erbteil in gleichen Teilen an die übrigen Geschwister, wobei die vollbürtigen die Halbgeschwister ausschlossen nach dem Grundsatz: Halbe Geburt tritt einen Grad weiter.

Die vom Erblasser stammenden, vollbürtigen Kinder erbten vor den Geschwistern des Erblassers.

Waren nur Stiefgeschwister (Halbgeschwister) vorhanden, erhielten sie die Erbschaft und schlossen die Eltern-Geschwister als Erben aus (S. oben S. 128 Ziff. 12).

Nach dem letzten Absatz schlossen die vollbürtigen Geschwister-Kinder die Eltern-Geschwister aus (S. oben S. 128 Ziff. 12).

Waren nur „Vollbürtige Bruders oder Schwister Kinder an einem theil, und am andern theil Stief-Brüdern oder Stief-Schwestern von haber Geburth vorhanden“, so bestand gleiches Erbrecht nach Köpfen, was Art. 71 Abs. 14 mit dem Rechtsspruchwort, „so manchen Mund, so manches Pfund“ ausdrückt.

Für Erbauseinandersetzungen enthält Art. 71 Abs. 4 und 5 für unmündige Erben folgende Regelung: Es war für sie vor Verteilung des Nachlasses ein „Zucht- oder Ziehgeld“ bis zum 12. Lebensjahr der Erbmasse zu entnehmen. Die ausgestatteten Kinder, die gewöhnlich durch Eheschließung versorgt waren, sollten ihren Erbteil nicht eher erhalten, als auch die Unmündigen aus der Erbmasse befriedigt waren.

Neben diesen gesetzlichen Erbfolgeordnungen nach geraischem Stadtrecht war nach Abs. 8 auch die gewillkürte Erbfolge zulässig, die in der Regel die gesetzliche ausschloß. Sie erfolgte durch „Testament, Codicill, Donationes und aufflaßung“.

Unzulässig war es, dem überlebenden Ehegatten bei der Erbfolge zweiter Ordnung durch letztwillige Verfügung den Erbteil zu entziehen. Dieser hatte in voller Höhe Pflichtteilcharakter und konnte durch Verfügung von Todes wegen lediglich vergrößert werden. Schließlich verwies Art. 71 Abs. 15 der Geraer Statuten von 1658 auf das sächsische Landrecht, das ergänzend galt⁴⁴⁾.

In die Statuten nahm man auch Regelungen auf, die sich zwischenzeitlich herausgebildet hatten oder die zur Wahrung der öffentlichen Ordnung für notwendig gehalten wurden. Es handelt sich um die Art. 29, 48, 69, 70 und 72.

Nach Art. 29 besaß die Stadt Gera seit altersher auf ihren eigenen Gütern wie auch in Pöppeln und Völlersdorf und auf dem städtischen bürgerlichen Grundbesitz folgende Freiheit: Die Grundstücke waren dem Stadtherrn nicht lehnspflichtig und zinsbar, wie das bei den Amtsgrundstücken der Fall war. Verkaufte ein Bürger sein Grundstück oder erfolgte die Eigentumsveränderung durch Erbfall, so belehnte der Rat den neuen Grundstückseigentümer mit dem Gut gegen Zahlung einer Gebühr von 20 alten oder

⁴⁴⁾ So auch in Art. 3 g der Statuten von Zeulenroda von 1438.

30 neuen Pfennigen und für den gewöhnlichen Schreibschilling von 1 Gr. Der Wert und die Zahl der Grundstücke war hierbei nicht maßgebend, sondern allein die Tatsache der Eigentumsveränderung. Bei einer Erbauseinandersetzung waren von den einzelnen Erben nochmals für den auf sie fallenden Grundbesitz die gleichen Lehnsgebühren und die Schreibkosten zu zahlen.

Gera gelangte im 16. Jahrhundert durch Kauf des Rittergutes Pöppeln zu eigenen Stadtwaldungen. Jeden Donnerstag waren die Bürger und die übrigen Stadtbewohner berechtigt, sich in Körben und Bürten dürre Äste zu sammeln⁴⁵⁾. Die Vergünstigung wurde aber oft überschritten. Besonders die Hausgenossen und die in den Vororten Wohnenden richteten an den jungen Stämmen durch Abhauen noch frischer Äste Schaden an. Sie hielten sich nicht an den wöchentlichen Holztag und benutzten außer Körben Schubkarren, um größere Mengen Holz zu transportieren. Das wurde ihnen auf Grund von Art. 48 bei Strafe von 1 Aßo untersagt.

Art. 69 stellte den Grundsatz auf, kein Bürger soll Kühe, Schafe und Ziegen halten, falls er nicht einen eigenen Acker, eigene Wiesen oder Gärten habe.

Die Tauben der Stadtbewohner richteten auf den Feldern erheblichen Schaden an. Wie Art. 70 feststellte, hielten sich Personen im Stadtgebiet Tauben, die keinen landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz besaßen. Das verboten nunmehr die Statuten. Künftig durften nur diejenigen Tauben halten, die Felder bewirtschafteten⁴⁶⁾. Die Anzahl der Scheffel Land bestimmte die Zahl der Taubenpaare, zu deren Haltung der Grundbesitzer berechtigt war⁴⁷⁾. Überschritt er die Zahl oder eignete sich jemand fremde Tauben an oder hielt sich jemand welche, ohne Felder zu besitzen, wurde er trotz Beschlagnahme und Entzug der Tiere noch zusätzlich bestraft.

Auch die Gänse und Enten der Vorstadtbewohner richteten in den Gärten und auf den Feldern der Bürger sowie unter den Fischen des Mühlgrabens Schaden an. Deshalb untersagte man, das Geflügel im Frühjahr und Sommer frei weiden zu lassen⁴⁸⁾. Flurschütze und Stadtknecht waren vom Rat beauftragt, außerhalb der Umfriedungen umherlaufende Gänse und Enten wegzunehmen⁴⁹⁾. Erst nach Abernten der Felder und Gärten durften die Tiere darauf weiden⁵⁰⁾.

Schließlich ist noch Art. 72 zu erwähnen, der überschrieben ist: „Von Handhabung und Execution der Stadt-Gesetze“. Den regierenden Bürgermeister und den Rat verpflichtete der Stadtherr, für Einhaltung und ständige Beachtung des Stadtrechts durch die Stadt- und Vorortbewohner zu sorgen, „alldieweil ein gemein Sprichwort, daß die Gesetze und Statuta ohne Execution, daß ist, wenn nicht drüber gehalten wird, gleich einer Glocke seyn, so keenen Klöppfel hat, und dero Hall und Schall nicht gehöret noch vernommen werden könnte“.

⁴⁵⁾ Die Bürger in Greiz waren an bestimmten Tagen berechtigt, in den herrschaftlichen Wäldern dürrer Brennholz zu sammeln, Thoß, a.a.O., S. 51 f.

⁴⁶⁾ Nach IV Art. 5 § 1 der Greizer Stadtverfassung von 1672 war es den Bürgern, die keine Felder besaßen, verboten, außer Tauben auch Kühe, Ziegen, Hühner, Gänse und anderes Vieh zu halten.

⁴⁷⁾ So auch in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 55.

⁴⁸⁾ So auch in Neustadt a. d. O., ebenda, S. 60, und in Greiz, Thoß, a.a.O., S. 67.

⁴⁹⁾ Auch in Greiz richtete das Wassergeflügel Schaden an, indem es Fische in dem Größlitzbach fraß. Jedermann konnte nach IV Art. 6 § 3 der Greizer Statuten diese Tiere totschiessen. Der Stadtknecht hatte sie zu beschlagnahmen und zugunsten der Stadt einzuziehen.

⁵⁰⁾ Gleicher Grundsatz galt in Neustadt a. d. O., Stopfkuchen, a.a.O., S. 56.

Ohne Ansehung der Person sollten diejenigen unnachlässig bestraft werden, die gegen die Statuten verstießen. Rat und Bürgermeister hatten ferner die Geldstrafen pünktlich einzutreiben und den jährlichen Anteil des Stadtherrn daran an das Obergericht abzuliefern. Der städtische Anteil an Bußen und Gebühren war in die jährliche Ratsrechnung aufzunehmen.

Weiter waren Statuten und Stadtgesetze jährlich beim Dienstantritt des neugewählten, regierenden Rats der im Rathaus oder auf dem Markt versammelten Gemeinde vorzulesen, damit jedem seine Rechte und Pflichten bekannt waren und keiner Unwissenheit einwenden konnte⁵¹⁾.

3. Übersicht über die Ablösung der mittelalterlichen Ratsverfassung und Außerkraftsetzung der städtischen Statuten im 19. Jahrhundert

In dem Schlußwort zur Konfirmation der Geraer Statuten von 1658 versicherte der Stadtherr für sich und seine Nachfolger, die von ihm bestätigten Statuten einzuhalten und zu beachten. Zugleich behielt er sich das Recht vor, diese „zu ändern, zu vermindern, zu vermehren oder zu verbessern“, falls es der „Gemein Nutz“ erfordere. Obwohl er noch erklärte, in einem solchen Fall sich vorher mit dem Rat der Stadt zu beraten, war er doch ungehindert, das Stadtrecht nach seinem Willen zu gestalten und in seinem Interesse auszulegen¹⁾.

Tatsächlich griffen die absolutistischen Landesherren immer häufiger in die städtischen Rechte ein. Die in Art. 73 der Stadt zugestandene Befugnis, autonom Recht zu setzen, wurde infolge der landesherrlichen Ordnungen und Anordnungen immer mehr begrenzt²⁾.

Typisch für den allmählichen Verfall städtischer Autonomie war, daß das Geraer Stadtrecht von 1658 bis zum 19. Jahrhundert weder neu abgefaßt und aufgezeichnet, noch durch die Landesherren Reuß j. L. bestätigt wurde³⁾. Daher entsprach das mittelalterliche Stadtrecht nicht der neuen bürgerlichen Gesellschaftsordnung und der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Es vermochte nicht mehr, das eigenständige städtische Leben zu fördern.

Den dadurch bedingten Tiefstand Geraer Rechts und das entstandene Mißverhältnis zwischen dem städtischen Recht, den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Wirtschaftsordnung beseitigten erst die örtlichen bürgerlichen Erhebungen des 19. Jahrhunderts⁴⁾.

So galt die in die Statuten von 1658 übernommene mittelalterliche städtische Ratsverfassung noch bis 1831. Sie wurde schließlich durch die von der Geraer Bürgerschaft er-

⁵¹⁾ Das den Art. 6 der Statuten von 1658 neu fassende Reskript des Landesherrn (s. S. 127), StA. Gera, enthält einen Vermerk des geraischen Stadtschreibers Joh. Friedrich Wolff vom 4. Juni 1738. Danach ist die Statutenänderung den beiden Ratskollegien, den Viertelmeistern und der gesamten, im Rathaussaal versammelten Bürgerschaft bekannt gemacht worden.

¹⁾ Flach, Land und Städte in Thüringen, 1941, S. 259.

²⁾ S. hierzu Zycha, a.a.O., S. 131 f., Planitz — Eckhardt. a.a.O., S. 261 (II,1).

³⁾ Die gleichen Verhältnisse bestanden für Weimar, vgl. Flach, Grundzüge einer Verfassungsgeschichte der Stadt Weimar, 1956, S. 172 f.

⁴⁾ Eine gleiche grundsätzliche Rechtsentwicklung ist bei anderen thüringischen Städten festzustellen, wie Flach, ebenda, S. 190 ff., nachweist.

strittene „Verordnung über die Verfassung des Stadtrates und der Gemeinderepräsentation in der Stadt Gera“ vom 13. September 1831⁵⁾ außer Kraft gesetzt. Damit wich die sich längst überlebte mittelalterliche Stadtverfassung der ersten Form moderner kommunaler Selbstverwaltung.

Dagegen blieb die in den bisherigen Statuten enthaltene städtische Gerichtsverfassung über die Strafrechtspflege noch bis 1836 rechtswirksam⁶⁾.

Andere Rechtsnormen der Statuten über die Freiheiten und Pflichten der Bürger wurden durch § 75 der Stadtordnung von 1831 neu bestätigt. Sie blieben teilweise bis Mitte oder gar Ende des 19. Jahrhunderts gültig⁷⁾, um schließlich durch Gesetze und Landesordnungen aufgehoben oder den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßt zu werden.

⁵⁾ A. u. N. Bl. Gera Nr. 43 v. 25. 10. 1831; StA. Gera: Sammlung Reußischer Gesetze, Bd. X.

⁶⁾ Gerichtsordnung für das fürstl. reuß. Kriminalgericht zu Gera v. 25. Oktober 1836, A. u. N. Bl. Gera Nr. 48, S. 209 ff. Darin wird Art. 30 der Statuten von 1658 aufgehoben.

⁷⁾ Das Braurecht der Geraer Bürger, die Eigentümer mit Brauprivileg versehener Häuser waren, bestand bis 1872 fort. Es wurde durch das Gesetz vom 26. Februar 1872, G. S. Reuß, S. 7, abgelöst. Über die Entschädigung der Bürger s. Fischer, a.a.O., S. 208. Die Bürgergeldabgaben regelte die Gemeindeordnung vom 13. 2. 1850, G. S. Reuß, S. 73 ff., neu. Über das Recht des Holzlesens im stadt eigenen Forst im Jahre 1855 s. Hahn, a.a.O., S. 403 ff.

Lebenslauf

Am 11. Februar 1928 wurde ich als Sohn des Finanzinspektors Walter Krahner und seiner Ehefrau Margarete, geborene Wideburg, in Neustadt a. d. Orla geboren.

Ich besuchte in Gera die Volks- und anschließend die Mittelschule, an der ich im Februar 1945 die mittlere Reife erlangte.

Vom Frühjahr 1945 bis Anfang 1949 war ich Justizschüler und Rechtspflegeranwärter im thüringischen Justizdienst. Am 8. April 1949 legte ich die Rechtspflegerprüfung ab und war bis März 1951 als Justizinspektor bei dem Amtsgericht in Rudolstadt.

Die Prüfung für die Zulassung zum Hochschulstudium bestand ich am 17. Oktober 1951 in Jena.

Vom Wintersemester 1951/52 bis Sommersemester 1955 studierte ich acht Semester Rechtswissenschaft an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Am 18. Juni 1955 legte ich vor der Staatlichen Prüfungskommission das juristische Staatsexamen ab.

Anschließend war ich Oberreferent bei der Handwerkskammer des Bezirkes Gera.

Vom Wintersemester 1960/61 bis zum Sommersemester 1962 studierte ich weitere vier Semester Rechtswissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Die erste juristische Staatsprüfung bestand ich am 22. Januar 1963 vor dem Prüfungsamt in Frankfurt am Main.

Seit dem 2. Mai 1963 bin ich Gerichtsreferendar im hessischen Justizdienst.

